

**Die Internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die
Volksrepublik China unter besonderer
Berücksichtigung der Europäischen Union und der
Bundesrepublik Deutschland**

Inauguraldissertation

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie

dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

und Philosophie

der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von

Ping He

aus VR China, Dalian

2011

Vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie als

Dissertation angenommen am

Tag der Disputation / mündlichen Prüfung.....

Gutachter: Prof. Dr. Frank Deppe,

Prof. Dr. Hubert Zimmermann

Die Internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Volksrepublik China unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland

1. Einleitung

- 1.1. Konzept der Arbeit
- 1.2. Die methodische Grundlage
- 1.3. Forschungsstandard, Hypothese und Fragestellungen

2. Model China

2.1. Reform 1979

- 2.1.1. Interne Reformdynamik
 - 2.1.1.1. Ursache der internen Reform
 - 2.1.1.2. Ablaufschritt und Inhalt der internen Reform
- 2.1.2. Externe Reformdynamik
 - 2.1.2.1. Ursache der externen Reform
 - 2.1.2.2. Ablaufschritt und Inhalt der externen Reform
- 2.1.3. Ergebnisse und Probleme

2.2. Weltmarktöffnung Chinas und Integration in den Globalisierungsprozess

- 2.2.1. WTO
- 2.2.2. Das internationale Währungssystem
- 2.2.3. Handelsbeziehung
 - 2.2.3.1. USA
 - 2.2.3.2. Japan
 - 2.2.3.3. ASEAN

3. Integration der Europäischen Union

- 3.1. Überblick

3.2. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft / Europäische Union

3.2.1. Die wichtigsten EU-Institutionen

3.2.2. Etappe der Integration

3.2.3. Erweiterungen der EG bzw. EU

3.2.4. Ergebnisse der europäischen Integration

3.3. Probleme in der Integration

3.3.1. Koordinierung des institutionellen Systems

3.3.2. Koordinierung der gemeinsamen Agrarpolitik

3.3.3. Koordinierung der Regionalpolitik der EU

3.3.4. Koordinierung der makroökonomischen Politik

3.4. Deutschland in der EU

3.4.1. Deutsch-Französische Beziehungen in der EU

3.4.2. Divergenz

3.4.3. US-Faktor

3.5. Die Schuldenkrise in Griechenland und weiteren Ländern – nur eine Krise oder auch Chance für die EU-Integration?

3.5.1. Schuldenkrise

3.5.2. Probleme die durch die Krise aufgetaucht sind

3.5.3. Chance zur Reform

4. Die Beziehungen zwischen China und der EU

4.1. Überblick der Beziehung zwischen China und der EU

4.1.1. Die chinesische Debatte zur EU

4.1.2. Die Beziehungen zwischen einzelnen EU-Ländern und China, insbesondere zwischen China und Deutschland

4.2. Der Status der Beziehungen zwischen China und der EU

4.2.1. Der Status der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und der EU

4.2.1.1. Die Erweiterung der China-EU Handel

4.2.1.2. Die Strukturänderung der Waren in den Handel zwischen China und der EU

4.2.1.3. EU die größte Quelle von Technologie-Einfuhren Chinas

4.2.1.4. Die Zusammenarbeit zwischen China und der EU in anderen Bereichen

4.2.1.5. Die Hauptproblemen in der Handelsbeziehungen zwischen China und der EU

- a. Unbalancierte Entwicklung von Handel und Investitionen
- b. Anti-Dumping
- c. Der chinesische Marktwirtschaftsstatus
- d. Technische Barriere
- e. Andere Faktoren

4.2.2. Die Ursache der Divergenzen und Problemen in der China-EU Beziehung-- Asymmetrie und Symmetrie zwischen China und der EU

- a. Die Asymmetrie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung
- b. Die Asymmetrie des Politischen und gesellschaftlichen Systems
- c. Die Asymmetrie der Geschichte und Kultur

4.3. Die Notwendigkeit und die wichtige strategische Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen China und der EU

4.3.1. Der Aufstieg Chinas und der EU und die Vertiefung der bilateralen strategischen Beziehungen zwischen China und der EU fördert die Machtveränderung der Weltstruktur

4.3.2. Die steigende Bedürfnis der gegenseitigen Unterstützung

zwischen China und der EU

4.3.3. Die gegenseitige ergänzende und vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit als ein herausragender Punkt der China-EU Beziehungen und wichtig für die Entwicklung ihrer eigenen Wirtschaft.

4.4. Rolle der USA in der China- EU Beziehungen

4.5. Die Förderungen zu der Entwicklungen der Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen China und der EU

4.5.1. Weitere Verstärkung “der umfassenden strategischen Partnerschaft” zwischen China und der EU

4.5.2. Stärkung des politischen Dialogs zwischen China und der EU

4.5.3. Die aktive Lösungsmaßnahme der Probleme in der China- EU Wirtschafts- und Handelsbeziehungen

4.5.4. Zusammenarbeit auf der Ebene der EU und ihrer Mitgliedstaaten

4.5.5. Stärkung der China-EU strategischen Beziehungen unter der Berücksichtigung der Dreiecksbeziehung zwischen China den USA und der EU

4.5.6. Förderung der regionalen wirtschaftlichen Integration in Asien

4.6. China und Deutschland

4.6.1. Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Deutschland

4.6.2. Die günstigen und ungünstigen Faktoren in der Entwicklung der Beziehungen zwischen China und Deutschland

4.6.3. Die Bedeutung der China-Deutschland Beziehung für beiden Seiten

5. Ausblick

6. Literatur

7. Dokumentation

- 7.1. China's EU Policy Paper 2003
- 7.2. Country Strategy Paper 2002-2006 China
- 7.3. China Strategy Paper 2007-2013
- 7.4. EU-China Joint Statement (2009)
- 7.5. Deutsch-Chinesisches Gemeinsames Kommuniqué zur umfassenden Förderung der Strategischen Partnerschaft (2010)
- 7.6. Deutsch-Chinesische Erklärung über gemeinsame Anstrengungen zur Stabilisierung der Weltwirtschaft (2009)

Abbildungsverzeichnis:

Abb.2-1. Die wichtigen Schritten im Beitritt Chinas in die WTO

Abb.2-2. Die US-Exporte und -Importe mit China 2005-2009

Abb.2-3. Japanischer Export-Import mit China

Abb.2-4. Die Reihenfolge der acht wichtigsten Punkte im Machtverhältnis
zwischen China Japan und den USA

Abb.2-5. Event- Die Entwicklung der China - ASEAN Beziehungen

Abb.4-1. EU-Umfrage unter Studenten 1

Abb.4-2. EU-Umfrage unter Studenten 2

Abb.4-3. EU-Umfrage unter Studenten 3

Abb.4-4. Das Handelsvolumen zwischen China und der EU

Abb.4-5. Anteil des Export und Import mit China am gesamten
Außenhandel der EU

Abb.4-6. Export nach China (UK, Frankreich, Deutschland, Italien)

Abb.4-7. Import von China (UK, Frankreich, Deutschland, Italien)

Abb.4-8. Das bilaterale Handelsvolumen mit China (UK, Frankreich,
Deutschland, Italien)

Abb.4-9. Das Wachstum im Handel zwischen China und Deutschland

Abb.4-10. Anteil des deutschen Handels mit China in seinem gesamten
Handel

Abb.4-11. Die wichtigsten deutschen Ausfuhrwaren nach China im ersten
Halbjahr 2010

Abb.4-12. Import, Export und Handelsbilanz der EU mit China

Abb.4-13. Die wichtige Handelspartner der EU 2007

Abb.4-14. Liste der wichtigsten chinesischen Exportprodukte in die EU2007

Abb.4-15. EU- Direktinvestitionen in China

Abb.4-16. 1999-2008 EU-Investitionen in China

Abb.4-17. Direktinvestitionen ausgewählter Regionen / Länder in China bis
zum Jahr 2007

Abb.4-18. Tabelle: EU-Handel mit China

Abb.4-19. Die Wichtige Waren im EU-Handel mit China

Abb.4-20. Der Chinesische Handelsüberschuss im Handel zwischen China
und EU (1992-2006)

Abb.4-21. Der Handelsüberschuss von verschiedenen statistische Methoden

Abb.4-22. Events der wirtschaftlichen China-EU-Beziehungen

Abb.4-23. Deutsch- chinesische Beziehungen , Events

1. Einleitung

1.1. Konzept der Arbeit

„Lang währende Zwietracht folgt nach der Einheit, lang währende Einheit folgt nach der Zwietracht“. Das ist der erste Satz des sehr berühmten chinesischen historischen Romans „Romance of Three Kingdoms“ von Luo Guanzhong. Es beschreibt den Entwicklungsprozess von Staat und Macht: Zwietracht, Vereinigung, Erfolg und Niedergang.

Die Weltordnung hat sich seit dem Eintritt in das Zeitalter der (westlichen) Moderne (seit 1500) ständig verändert. Der „Aufstieg und Niedergang der großen Mächte“ (Paul Kennedy) geht mit unterschiedlichen Dominanz-Systemen, Strukturen sowie mit unterschiedlichen Konfliktkonstellationen einher. Die Veränderung der Macht- und Kräfteverhältnisse innerhalb der internationalen Ordnung ist das Ergebnis von mehreren interagierenden Faktoren. Der wichtigste Grund für den Wandel und die Veränderung des Gleichgewichts der politischen Kräfte besteht allerdings in der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung.¹

Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts konnte das Vereinigte Königreich aufgrund des internationalen Goldstandard-Systems, des Freihandels-Systems und seiner wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit ein hegemoniales System etablieren (Pax Britannica). Seit dem späten 19. Jahrhundert änderte sich jedoch das alte Muster des europäischen Machtgleichgewichts – vor allem (seit 1871) durch die aufholende kapitalistische Industrialisierung im Deutschen Reich -

¹ Vgl. „Zeitgenössische Weltwirtschaft und politische Lage“
<http://wenku.baidu.com/view/e97fc7ef5ef7ba0d4a733be9.html> S. 4.

grundlegend. Die Destabilisierung des bis dahin in Europa bestehenden Kräftegleichgewichts charakterisierte das „Zeitalter der Katastrophen“ (Eric Hobsbawm) bzw. die „Epoche rivalisierender Imperialismen“ (Robert W. Cox) von 1914 bis 1945 und explodierte gleichsam in den beiden Weltkriegen.² Nach dem Zweiten Weltkrieg begründeten die Vereinigten Staaten von Amerika ihre wirtschaftliche, militärische und ideologische Vormachtstellung im Rahmen der neuen bipolaren Weltordnung der Systemkonkurrenz. Nach dem Zerfall des Bretton-Woods-Systems (Anfang der 70er Jahre) gerieten die USA in eine wirtschaftliche Notlage, die durch eine hohe Inflationsrate sowie durch ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet war. In dieser Zeit vollzog sich ein schneller Aufstieg der Wirtschaften der in der Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengeschlossenen Länder – vor allem aber von Deutschland und von Japan in Ostasien. Die Europäische Gemeinschaft und Japan – zusammen mit den sogenannte „Tigerstaaten“ – entwickelten sich seit den 70er Jahren zu Zentren der Weltwirtschaft. Die Auflösung der Sowjetunion (1991) und des Warschauer Paktes sowie des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) bezeichneten nicht nur das Ende des Kalten Krieges, sondern eröffneten auch eine neue Epoche der Weltwirtschaft, die dem Kapital neue Verwertungsräume und Anlagesphären in der ganzen Welt erschloss.

Die Erosion der alten Strukturen vollzog sich über einen längeren Zeitraum; die globalen Machtstrukturen veränderten sich vor allem seit 1991. Nach dem Ende der Sowjetunion schien es nur noch eine Supermacht zu geben, die USA. Mit dem Übergang in das 21. Jahrhundert wurde allerdings deutlich, dass der Anspruch, der von den USA vertretenen

² Robert W. Cox „Weltordnung und Hegemonie- Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie““, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) 1998, S. 81.

„Unipolarität“ vielfach auf Grenzen stieß und, dass sich gleichzeitig die Veränderungen in den Strukturen der Weltwirtschaft auch zunehmend auf der Ebene der politischen Machtverhältnisse und Verteilung artikulierten. Beim Anblick der heutigen Weltstruktur lassen sich zurzeit drei mögliche Perspektiven erkennen und verstehen.

Eine Auffassung geht davon aus, dass die heutige Weltstruktur unipolar ist und sich unter einer USA-geführten unipolaren Welt entwickelt hat. Viele Politikwissenschaftler waren (und sind) der Ansicht, dass nach der Auflösung der Sowjetunion die Ausbildung einer unipolaren Welt mit einer Dominanz der Vereinigten Staaten bevorstehe³.

Die zweite Ansicht beruht auf der Annahme einer multipolaren Weltstruktur, die sich aus mehreren Mächten wie den Vereinigten Staaten, Russland, der Europäischen Union, China, Japan usw. zusammensetzt.

Der dritten Meinung zufolge ist die Weltstruktur weder unipolar noch multipolar, sondern befindet sich im Übergang in Richtung Multipolarität. Die Vereinigten Staaten stellen momentan die einzige Supermacht dar. Mit der EU, Japan und einigen „Schwellenländern“ – den so genannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) – haben sich jedoch weitere wichtige Mächte bzw. potentielle Machtblöcke in der Weltordnung herausgebildet. In diesem Zusammenhang spielt der wirtschaftliche und politische Aufstieg der Volksrepublik China in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine entscheidende Rolle.

Diese dritte Perspektive erfasst die Entwicklungstendenzen auf dem Gebiet der Weltwirtschaft und der internationalen Politik besser als die beiden

³ Vgl. Frank Deppe, Politisches Denken im Übergang ins 21. Jahrhundert, Hamburg 2010, S. 25 ff.

anderen Positionen. Allerdings ist die Struktur einer neuen Weltordnung noch keineswegs festgelegt. Nach der Auflösung der bipolaren Ordnung der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges befindet sich die internationale Ordnung nach wie vor in einer Periode eines höchst instabilen und teils chaotischen Übergangs, in dem auch die Anwendung von Gewalt zugenommen hat. Im Jahre 1999 schrieben Giovanni Arrighi und Beverly Silver am Ende ihres Buches „Chaos and Governance in the Modern World System“: “We can expect social contradiction to play a far more decisive role than ever before in shaping both the unfolding transition and whatever new world order eventually emerges out of the impending systemic chaos”⁴.

Nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltstruktur hatten die Vereinigten Staaten zunächst die vollkommene Überlegenheit in den Bereichen der Wirtschaft, der Technologie und Wissenschaft, des Militärs und der Kultur errungen. Im Jahr 2007 betrug das BIP der Vereinigten Staaten 13220 Milliarden US-\$ und damit mehr als ein Viertel des globalen BIP. Im militärischen Bereich betrugen die gesamten Ausgaben Chinas, Russlands, Englands und Frankreichs zusammen nur ein Drittel des Militäretats der Vereinigten Staaten. Für die Zukunft konnte also von der anhaltenden Überlegenheit der USA ausgegangen werden. Joseph Nye schrieb im Jahre 2002 über den „American Colossus“: „Not since Rome has one nation loomed so large above the others“⁵

Russland ist reich an Ressourcen, besitzt ein hohes technisches Niveau und auch ein hohes Bildungsniveau. Darüber hinaus verfügt es noch immer über eine erhebliche militärische Stärke. Russland hat immer noch einen großen Einfluss in regionalen und einigen wichtigen internationalen Fragen. Zwar stellt ein möglicher erneuter Aufstieg der Macht Russlands einen

⁴ Giovanni Arrighi / Beverly Silver, *Chaos and Governance in the Modern World System*, Minneapolis / London 1999, S. 289.

⁵ Joseph S. Nye jr., *The Paradox of American Power*, Oxford 2002, S.1.

schwierigen und langwierigen Prozess dar, aber sein Entwicklungspotenzial – vor allem im Rahmen der BRIC-Kooperation und auch der Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China – sollte nicht unterschätzt werden.

Die EU gehört zu den sich rasch entwickelnden Mächten innerhalb der Weltstruktur. Seit ihrer Gründung in den 50 Jahren entwickelte sich die EU zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt und erreichte den höchsten Integrationsgrad der regionalen Organisationen, so dass sie nun im Übergang von der wirtschaftlichen Integration zur politischen Integration begriffen ist. Bis zum Jahre 2007 wuchs – als Folge der Erweiterung von 6 auf 27 Mitgliedstaaten - die Gesamtbevölkerung der EU auf mehr als 480 Mio. an, während das BIP einen Anstieg auf 14.45 Billionen US-\$ verzeichnete⁶. Analytiker der internationalen Beziehungen gehen davon aus, dass die EU aufgrund dieses Machtzuwachses eine zunehmend größere Rolle im internationalen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich spielen wird. Allerdings ist die Geschichte der europäischen Integration durch zahlreiche Krisen und Rückschläge gekennzeichnet. Keine dieser Krisen hat bisher die Existenz der EU in Frage gestellt. Gleichwohl hat die Weltwirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 die EU mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Die Stabilisierung des Euro erfordert Rettungsmaßnahmen für Staaten, die vom Staatsbankrott bedroht sind (zunächst Griechenland, Irland, Portugal, Spanien). Diese Maßnahmen („Rettungsschirm“, Eurobonds etc.) sind freilich innerhalb der EU höchst umstritten. Vor allem die führende Rolle Deutschlands beim Krisenmanagement provoziert in anderen Ländern heftige Kritik und Massenproteste (z.B. der Gewerkschaften) gegen die Austeritäts- und Privatisierungspolitik, die den verschuldeten Ländern

⁶ „Welt BIP 2007“, <http://q.sohu.com/forum/6/topic/3430728>

auferlegt wird.

Darin zeigt sich eine Besonderheit der EU im Vergleich zu anderen Großmächten. Sie gleicht weder einem föderalen *Bundesstaat* noch einem *Staatenbund*, sondern – so hat es das deutsche Bundesverfassungsgericht definiert – sie muss - gleichsam dazwischen liegend - als „*Staatenverbund*“⁷ begriffen werden. In diesem gibt es einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Währung (einschließlich der europäischen Zentralbank); außerdem gibt es die Gemeinschaftsinstitutionen sowie gemeinschaftliche Politikfelder in einigen Bereichen (wie Währungspolitik, Handelspolitik, Agrarpolitik). Die Politik und Gesetzgebung der EU greift in viele nationale Politikbereiche ein und der Europäische Gerichtshof (EuGh) spielt für die Durchsetzung der europäischen Verträge und der Verordnungen und Richtlinien „aus Brüssel“ eine wichtige Rolle. Die Mitgliedstaaten verfügen aber gleichzeitig immer noch über die nationale Souveränität in der Haushaltspolitik, der Wirtschafts- und Steuerpolitik, vor allem aber der Außen- und Sicherheitspolitik. Auch die legislative Souveränität, die von den nationalen Parlamenten ausgeübt wird, darf nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Die Mitgliedstaaten vertreten immer auch ihre nationalen und damit unterschiedliche Interessen; es bestehen asymmetrische Machtverhältnisse zwischen den großen Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, UK), aber auch zwischen den großen und den kleinen Mitgliedstaaten. Aufgrund dieser Interessenskonstellationen ist es immer wieder schwierig, im politischen Entscheidungsprozess der EU, d.h. in den Abstimmungsverfahren im Rat eine Einigung oder auch nur eine Mehrheit (wie sie im Lissabon-Vertrag geregelt ist) herzustellen. Vor allem nach der EU-Erweiterung auf 27 Mitgliedstaaten ist der Entscheidungsprozess oftmals

⁷ Martin Beckmann/ Hans-Jürgen Bieling / Frank Deppe, „Euro-Kapitalismus : begriffliche Provokation oder heuristische Analysekonzeption“, „Euro-Kapitalismus und globale politische Ökonomie“, Hamburg 2003, S.7.

blockiert; so findet die EU in wichtigen außenpolitischen Fragen (z. B. im Jugoslawienkrieg seit den 90er Jahren, beim Irakkrieg der USA 2003 oder auch beim Krieg gegen Libyen 2011 nicht zu einer einheitlichen Position. Damit wird immer wieder die Rolle der EU als ein Akteur auf der Ebene globaler Machtpolitik begrenzt.

Deutschland ist die stärkste wirtschaftliche Macht und zugleich das bevölkerungsreichste Land in der Europäischen Union. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke spielt Deutschland im Prozess der europäischen Integration eine führende Rolle, zum Beispiel im Bereich der institutionellen Reformen der EU, bei der Einführung des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion (einschließlich der Einführung des Euro), bei der Erweiterung der EU sowie bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die deutsch-französische Allianz bildet den „Kern“ der europäischen Integration. Dabei haben Frankreich und Deutschland zunächst gemeinsame Interessen. Dennoch gibt es zwischen den beiden Staaten auch unterschiedliche und gelegentlich konfligierende Interessen, zum Beispiel hinsichtlich der Beziehungen zur NATO und zur Politik der Vereinigten Staaten, sowie in der Frage der Führung in der Europäischen Union. Im Bereich der Agrarpolitik z. B. musste schon bei der Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahre 1948 ein Kompromiss zwischen den divergierenden Interessen Deutschlands (Industrieexporte) und Frankreichs (Schutz der einheimischen Landwirtschaft) ausgehandelt werden. Auch bei der EU-Erweiterung gab es gravierende Divergenzen: Deutschland konzentrierte sich auf die „Osterweiterung“, während Frankreich (und Spanien) für eine intensiviertere „Mittelmeerpoltik“ der EU eintraten. Während der „Euro-Krise“ (2010/2011) standen sich die Positionen der deutschen und der französischen Regierung zunächst deutlich gegenüber, bis der französische Präsident Sarkozy auf die deutsche Position einschwenkte. Auch auf dem Wege der

politischen Integration treten immer wieder unterschiedliche Vorstellungen und Interessen in Bezug auf die Kompetenz der Institutionen sowie auf die Entwicklung des Verhältnisses von nationaler Souveränität und Vergemeinschaftung (z. B. im Bereich der Sicherheits- und Außenpolitik) auf.

Aufgrund historischer Besonderheiten (Kriegsniederlage 1945, Beherrschung und militärische Kontrolle des Landes durch die USA) ist Japan in seinen außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten beschränkt. Dennoch wird das Land - als die weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft – das Entwicklungstempo in Richtung eines „normalen Landes“, das souverän über seine Außen- und Verteidigungspolitik verfügt, beschleunigen. Japan versucht, ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates zu werden und damit den Aufstieg zu einer globalen politischen Macht zu vollziehen. Im Bereich der globalen Wirtschaft und des Finanzsystems spielt Japan ohnehin eine wichtige Rolle.

China als das größte Entwicklungsland und als ein sozialistischer Staat entwickelte sich seit den letzten 30 Jahren schnell. Auf der Basis des weltweit höchsten Wirtschaftswachstums, nahm auch das politische Gewicht der Volksrepublik China zu. Viele Analytiker der internationalen Beziehungen sowie der globalen Machtverhältnisse gehen davon aus, dass China im 21. Jahrhundert neben den USA auch eine führende Rolle in der Weltpolitik spielen wird. Für John Mearsheimer „a rising china is the most dangerous potential threat to the United States in the early twenty-first century“⁸.

Die Entwicklungsländer stehen wegen der Auswirkungen der

⁸ John J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York / London 2001, S. 362.

wirtschaftlichen Globalisierung vor neuen Schwierigkeiten. Dennoch weisen insbesondere die Schwellenländer höhere wirtschaftliche Wachstumsraten als die entwickelten Länder auf. Die wichtigsten Entwicklungsländer wie Indien, Brasilien und Südafrika haben ihre politische Zusammenarbeit in den letzten Jahren verstärkt (BRIC-Staaten). Damit konnten sie ihren Einfluss auf die internationalen Angelegenheiten steigern. Sie werden auf jeden Fall eine wichtige Rolle in der künftigen Weltstruktur spielen.

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die Verhältnisse zwischen den großen Mächten tiefgreifend verändert. Dabei sind drei Aspekte zu beachten:

- die Beziehungen zwischen den USA und anderen Mächten;
- die Beziehungen zwischen diesen anderen Mächten; sowie
- die Beziehungen zwischen den Großmächten und den jeweiligen Ländern ihrer Regionen.

In den Beziehungen zwischen den USA und anderen Großmächten besitzen die USA immer noch eine vorherrschende Stellung. Das strategische Ziel der Vereinigten Staaten besteht im 21. Jahrhundert offensichtlich darin, weiterhin diese weltweite Führungsposition zu verteidigen bzw. weiter auszubauen. Wegen des Mächteungleichgewichts werden die anderen Großmächte nicht allein auf Konfrontationskurs zu den USA gehen, auch wenn sie mit der hegemonialen Politik der USA unzufrieden sind. Für alle Großmächte nimmt die Beziehung zu den USA eine herausragende Position in ihren auswärtigen Beziehungen ein. Obwohl die Vereinigten Staaten eine deutlich größere Macht besitzen, sind sie in internationalen politischen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und weiteren wichtigen Fragen auf die Zusammenarbeit mit anderen wichtigen Ländern angewiesen.

Die Beziehungen zwischen den Großmächten China, Russland, Japan und der Europäischen Union sowie den großen Entwicklungsländern Indien, Brasilien und Südafrika beruhen in hohem Maße auf Wettbewerb und Kooperation. Insgesamt überwiegt die Zusammenarbeit. Die Großmächte verfolgen allerdings durch die Intensivierung der Beziehungen untereinander auch den Erhalt und die Erweiterung ihrer eigenen Interessen. Eine stabile Form dieser Kooperation, d.h. eine „gesunde und harmonische Beziehung“, ist für den Trend zur Multipolarisierung unabdingbar. Nur so kann die einseitige Vorherrschaft der USA eingeschränkt werden.

Die Hauptziele der großen Mächte bestehen im Ausbau der Beziehungen zu Ländern ihrer Region sowie der Steigerung der eigenen nationalen Stärke. Damit schaffen sie eine wichtige Grundlage für die Stärkung ihres Einflusses auf die internationalen Machtverhältnisse. In diesem Zusammenhang steht auch die Zusammenarbeit zwischen China und der EU, also zwischen zwei Mächten, deren wirtschaftliche und politische Macht in den vergangenen beiden Jahrzehnten schnell gewachsen ist. Selbstverständlich wird dabei auch die Frage thematisiert, welchen Einfluss eine solche Kooperation auf die Machtverteilung in der Weltpolitik sowie die Entwicklung einer künftigen Weltordnung haben wird. In China hatte die Reform von 1979 ein kontinuierliches rasches Wirtschaftswachstum zur Folge. Das Bruttoinlandsprodukt stieg von 268,3 Milliarden US-\$ im Jahr 1979 um mehr als das 16-fache auf 4326,2 Mrd. US-\$ im Jahr 2008. Im Jahre 2010 übertraf Chinas BIP das BIP Japans. Das BIP der Volksrepublik rangiert jetzt auf Platz 2 hinter den USA. Der Umsatz des gesamten chinesischen Im- und Exports stieg von 20,6 Mrd. US-\$ im Jahre 1979 auf 2561,6 Mrd. US-\$ im Jahr 2008. Der Anteil am gesamten Welthandel vergrößerte sich damit von 0,8 % auf 7,9 %. Im Jahr 2008 wurde China nach den USA und Deutschland das drittgrößte Handelsland der Welt. Im

selben Jahr erreichten die Devisenreserven Chinas 2000 Milliarden US-\$. Mit seiner riesigen Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen verfügt China über einen großen potentiellen Markt.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas ist nicht allein der Umfang der Produktion, sondern deren Strukturwandel charakteristisch. So hat sich Chinas Position in den internationalen Produktionsbeziehungen und Arbeitsverteilungen während der letzten 30 Jahre langsam gewandelt. Mittlerweile stellen elektro-mechanische Produkte statt Rohstoffe und einfache arbeitsintensive Waren die wichtigsten chinesischen Exportgüter dar. Im Jahr 2008 bestand fast ein Drittel der chinesischen Exportwaren aus High-Tech-Produkten.⁹ Mit der Verlagerung der Produktionsbereiche geht auch ein sozialer Strukturwandel in China und eine Veränderung der internationalen Beziehungen einher.¹⁰

Europa als die Wiege der industriellen Revolution, wurde für eine lange Zeit als das weltwirtschaftliche und politische Zentrum der Welt angesehen. Zwei Weltkriege zerstörten Europa in hohem Maße. Um den Wiederaufbau Europas zu beschleunigen, die wirtschaftliche Entwicklung in Europa zu fördern und den Frieden in Europa dauerhaft zu erhalten, gründeten am 18. April 1951 mit Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Italien, sechs Staaten die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Im Jahre 1965 wurde die Gründung der Europäischen Gemeinschaft vollzogen. Am 1. November 1993 begann der Übergang der EG zur Europäischen Union. Bis zum Jahre 2007 wurde die EU mit ihren 27 Mitgliedsländer zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt und besitzt unter den regionalen Organisationen den höchsten Integrationsgrad.

⁹ Zhang Yansheng, „Die Beobachtung der chinesischen Wirtschaft“, <http://www.globbrand.com/2009/231992.shtml> (cn.)

¹⁰ Vgl R. W. Cox, „Social Forces, States, and World Orders, ” 1981

Die Beziehungen zwischen China und der EU werden weder von grundlegenden Interessenskonflikten, noch von territorialen und historischen Problemen beeinträchtigt. Beide Seiten haben gleiche oder ähnliche Ideen im Umgang mit vielen internationalen Themen. Beide Wirtschaften ergänzen einander in hohem Maße und verfügen über ein großes Potenzial zur Zusammenarbeit. Zum einen besitzt China ein enormes Marktpotenzial und personelle Ressourcen, was auf die wirtschaftliche Entwicklung der EU eine starke Anziehungskraft ausübt. Zum anderen benötigt China für seine eigene wirtschaftliche Entwicklung dringend das Kapital, die Technologie und die High-Tech-Produkte Europas.

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und der EU im Jahr 1975, war die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen beider Regionen gut und stetig. Die Beziehungen zwischen China und der EU entwickelten sich von einer „konstruktiven Partnerschaft“ zu einer „umfassenden Partnerschaft“ und schließlich zu einer „umfassenden strategischen Partnerschaft“ weiter. Das Handelsvolumen zwischen den beiden Seiten nahm von 2,4 Mrd. US-\$ im Jahr 1975 auf 400 Mrd. US-\$ im Jahr 2008 zu. Die EU ist gegenwärtig der größte Handelspartner Chinas, während China der zweitgrößte Handelspartner der EU ist. Das erste Joint Venture wurde 1980 von China und der EU in Tianjin gegründet. Bis heute stiegen die europäischen Direktinvestitionen in China auf eine Höhe von mehr als 100 Mrd. US-\$. Im Jahre 1985, als die Vereinbarung der Wirtschafts- und Handelszusammenarbeit zwischen China und der EU unterzeichnet wurde, bestand eine Zusammenarbeit nur in 13 Wirtschaftsbranchen, bis zum heutigen Tag wurde sie auf 50 Wirtschaftsbranchen ausgeweitet. Die EU

wurde zum insgesamt größten Lieferanten von Technologie für China.¹¹ Das China-EU-Gipfeltreffen, das im Jahr 1998 ins Leben gerufen wurde, sorgte für die Etablierung eines wichtigen Kommunikationsnetzwerks auf höchster politischer Ebene. Die Zusammenarbeit zwischen China und der EU in internationalen Angelegenheiten wird immer umfangreicher und intensiver. Durch die stetig fortschreitende Globalisierung nimmt die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und China eine immer größere und global strategische Bedeutung ein. Von der politischen Sicherheit bis zur wirtschaftlichen und finanziellen Sicherheit, von regional bedeutenden Themen bis zu neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die Zusammenarbeit zwischen China und der EU findet sich überall. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen sind inzwischen mehr als 30 Jahre vergangen. Die enormen Veränderungen der Beziehungen zwischen China und der EU förderten nicht nur die Entwicklung der EU und Chinas, sondern leisteten auch einen Beitrag zu einer friedlichen Welt und mehr Wohlstand.

Aufgrund der Besonderheit der EU als „Staatenverbund“ muss China in der Entwicklung der China-EU Beziehungen auch auf die Beziehungen zwischen China und einzelnen EU-Mitgliedstaaten achten. Da die EU ein begrenzter strategischer Akteur ist, sind die Positionen und Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten für die Zusammenarbeit zwischen China und der EU besonders wichtig.¹² Wegen den unterschiedlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten sind die Entwicklungen der Beziehungen zwischen China und einzelnen EU-Ländern auch unterschiedlich. Im Bereich der Wirtschaft hat sich vor allem die Zusammenarbeit zwischen China und

¹¹ Statistik von der „The Economic and Commercial Counsellors’ office of the Mission of the People’s Republic of China to the European Communities“

<http://eu.mofcom.gov.cn/images/pai.gif>

¹² Chen Zhimin, „Die strategische Beziehung zwischen China und der EU“, Internationale Beobachter No 5 2006 (cn.)

Deutschland schnell entwickelt. Auf Deutschland allein entfällt mehr als ein Viertel des gesamten Handelsvolumens zwischen China und der EU. Deutschland ist auch die größte Quelle des Technikimports Chinas und ein wichtiges Investitionsland für China. An der Förderung der weiteren Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen hat Deutschland natürlich ein großes Interesse, zumal die deutsche Exportwirtschaft in der Krise seit 2009 vor allem von der Nachfrage aus China profitiert hat.

Die Struktur der Weltordnung unterliegt einem Prozess der Veränderung, der durch ökonomische, politische und militärische Faktoren beeinflusst wird.¹³ Die internationalen Beziehungen sind daher durch Widersprüche und Kämpfe um Machtpositionen gekennzeichnet, die vor allem durch die Ungleichgewichte der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen beeinflusst werden. Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg in der westlichen Welt eine hegemoniale Position eingenommen („American Century“). Aber zwischen den 60er und den frühen 70er Jahren des 20. Jahrhunderts funktionierte, die von den USA beherrschte Weltordnung nicht mehr in vollem Umfang.¹⁴ Dennoch nehmen die USA als einzige Supermacht immer noch eine sehr wichtige Position in der weltpolitischen und wirtschaftlichen Struktur ein. Für China, die EU und viele weitere Länder spielen die USA immer noch eine zentrale Rolle in ihren Außenbeziehungen. Als Folge der Entwicklung der EU und des Aufstiegs Chinas sowie der anderen Schwellenländer ändert sich allerdings das Gleichgewicht in der internationalen politischen und wirtschaftlichen Struktur.

Besonders nach der Weltfinanzkrise 2008/2009 hat die Bedeutung der

¹³ Vgl. Yang Chengxu „Welt Struktur“ World Knowledge Presse 2006, S.121-128. (cn.)

¹⁴ Vgl Robert W. Cox „Weltordnung und Hegemonie- Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“ Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) 1998, S.82.

wirtschaftlichen und finanziellen Sicherheit für die gesamte „Staatssicherheit“ zugenommen. Durch die Globalisierung wurden die einzelnen Staatswirtschaften stark untereinander verbunden. In der internationalen Sicherheit und Stabilität spielt die Wirtschaftssicherheit daher eine immer wichtigere Rolle. Aus politischen, wirtschaftlichen und technischen Gründen wurde in der Konfliktlösung und Aufrechterhaltung der Stabilität immer weniger Waffengewalt angewendet und stattdessen immer häufiger auf wirtschaftliche Methoden zurückgegriffen. Das Verhältnis zwischen China und den USA, besonders im Wirtschaftsbereich wurde immer enger. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen China und den USA ist von ca. 2 Milliarden US\$ im Jahr 1979 bis zu 302 Milliarden US\$ im Jahr 2007 gestiegen, also in 28 Jahren um das 150-fache. Auf Grund der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur, der unterschiedlichen Position in der internationalen Arbeitsteilung, der US-Beschränkung für Hightech-Produkte usw. erzielt China inzwischen einen großen Überschuss im bilateralen Handel mit den USA. Nach der chinesischen Statistik war der chinesische Handelsbilanzüberschuss im China-USA Handel im Jahr 2007 163 Milliarden US\$ (nach der Statistik der USA 256 Milliarden US\$). Allerdings sind damit auch Probleme im bilateralen Handel verbunden, denn als Folge des Handelsüberschusses sind die chinesischen Devisenreserven stark angestiegen. Im Jahr 2008 erreichten sie den Umfang von 2000 Milliarden US-\$. Ein großer Teil der Devisenreserven hat China in US-amerikanische Staatspapiere investiert. Die Wirtschaft der beiden Staaten ist daher nicht nur durch Produktion und Handel, sondern auch durch die wechselseitige Abhängigkeit von Schuldnern und Gläubigern eng miteinander verflochten („Chimerika“). Seit der Finanzkrise – besonders aber, seitdem die US-Notenbank die Märkte mit billigem Geld überschwemmt – sucht China nach Möglichkeit, ihre großen Devisenreserven nicht nur auf US-amerikanische Schuldverschreibungen und den instabilen US-Kapitalmarkt zu konzentrieren. Dafür bietet sich die

EU als ein interessanter Partner und eine gute Alternative an. Bei seinem Staatsbesuch in Berlin am 07.01.2011 hat der chinesische Vizepremier Li Keqiang betont: „China hat großes Interesse an einem stabilen Euro und einem geeinten Europa. Die Eurozone wird einer der weltweit wichtigsten Märkte für chinesische Finanzinvestitionen bleiben.“¹⁵ Die EU ist die stärkste Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt, besitzt den größten Kapitalmarkt und den höchsten Integrationsgrad unter den regionalen Organisationen. China dagegen ist das Land mit dem weltweit höchsten Wirtschaftswachstum, der weltweit größten Bevölkerung, den größten globalen Devisenreserven und darüber hinaus der größte Gläubiger der USA. China und die EU werden mit steigender wirtschaftlicher Macht eine zunehmend wichtigere Rolle auf dem internationalen Parkett einnehmen.

Auf Grund der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung wird sich die Machtstruktur der Weltordnung unvermeidlich verändern. Der (relative) Niedergang der US-Macht sowie der Aufstieg der EU, Chinas, Indiens und anderer Mächte fördert die Weltordnung zur Mulipolarisierung.¹⁶ Das alte Gleichgewicht wurde gestört. Während der Bildung eines neuen Gleichgewichts besteht die Schwierigkeit, Konflikte gänzlich zu vermeiden. Eine gute Zusammenarbeit zwischen China und der EU kann hilfreich sein, um aufkommende Konflikte zu minimieren und ein neues Gleichgewicht bzw. eine neue Weltordnung herzustellen. Die EU stellt ein wichtiges Mitglied der westlichen Welt dar, während China das größte Entwicklungsland ist. Eine positive Zusammenarbeit zwischen China und der EU kann möglicherweise verhindern, dass sich eine instabile bipolare Weltstruktur mit den Ländern der westlichen Welt auf der einen Seite und

15 . Walz Christian, „Milliardengeschäfte mit China vereinbart“ , „Deutsche Welle“ 07.01.2011

16 Robert Gilpin, „Krieg und Wandeln in der internationalen Politik“, Shanghai Volks Verlag 2007, S.96.

der restlichen Welt auf der anderen Seite entwickelt, bei der China und Russland möglicherweise mit so genannten „Schurkenstaaten“ zusammen gegen die westliche Welt kooperieren werden.¹⁷

China und die EU - als zwei wichtige Pfeiler der internationalen politischen und wirtschaftlichen Struktur - vereinen zusammen insgesamt 28% der Weltbevölkerung, fast ein Drittel der globalen Gesamtwirtschaft und 43% des weltweiten Gesamthandels. Welche Rolle werden also die Entwicklungen der Zusammenarbeit zwischen China und der EU für deren eigene Entwicklung sowie die Veränderungen der Weltstruktur spielen?

1.2. Die methodische Grundlage

Diese Arbeit berücksichtigt vor allem die Theorie der internationalen Beziehungen von Robert Cox und seine Theorie von Hegemonie und Weltordnung, die Veränderungen in den internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen analysieren. Wie verändert sich die Weltstruktur und die Weltordnung während des Niedergangs der amerikanischen Hegemonie, des wirtschaftlichen Aufstiegs von Japan und Deutschland, der Entwicklung und Erweiterung der EU und des Aufstiegs Chinas und einer Gruppe von Schwellenländern? Den internationalen Beziehungen folgen die grundlegenden gesellschaftlichen Beziehungen. Die grundsätzlichen Veränderungen in den internationalen Machtverhältnissen oder der Weltordnung, die als Wechsel im militärisch-strategischen und geopolitischen Gleichgewicht zu beobachten sind, lassen sich auf fundamentale Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen zurückführen.¹⁸ Welche Veränderungen der Weltordnung werden durch die

¹⁷ Vgl. Hans Binnendijk, „Back to bipolarity“, The Washington Quarterly, 1999, S. 7-14.

¹⁸ Robert W. Cox „Weltordnung und Hegemonie- Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“ Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) 1998, S.79.

Veränderung der internationalen Wirtschaftsstruktur hervorgerufen?

1.3. Forschungsstandard, Hypothese und Fragestellungen

Seit den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhundert funktioniert die von den USA beherrschte Weltordnung nicht mehr in vollem Umfang. Während der schnellen Entwicklung der europäischen Länder, Japan und anderen Ländern sowie der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China), steigt auch ihre Rolle in den internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen. Gleichzeitig bleibt die USA immer noch als einzige Supermacht in der Weltordnung. Am Anfang des 21. Jahrhundert besonders nach der Finanzkrise versuchten viele Ländern wegen ihrer Wirtschaftsstabilität und anderen Interesse ihre Abhängigkeit von den USA zu vermindern. China und die EU sind zwei wichtige Mächte in der internationalen wirtschaftlichen und politischen Struktur. Ihre bilaterale Beziehung mit ihrer Besonderheit (ohne geopolitische Probleme wie das Taiwan-Problem in der China-USA Beziehung, ergänzende Wirtschaft und Konsens zum multipolaren internationalen System) spielt eine immer wichtigere Rolle in der internationalen Beziehungen und ihrer eigenen Entwicklung. Auf Grund der Besonderheit der EU (als Staatenverbund¹⁹), sind die Entwicklungen der Beziehungen zwischen China und einzelner EU-Mitgliedsländer in der China-EU Zusammenarbeit unterschiedlich. In der spielt die Bundesrepublik Deutschland eine besonders wichtige Rolle bei, der Förderung der China-EU Beziehungen.

Mittlerweile hat sich zum Thema der China-EU Beziehung bereits ein Forschungsschwerpunkt im Bereich der Internationalen Politik und

¹⁹ Martin Beckmann/ Hans-Jürgen Bieling / Frank Deppe, „Euro-Kapitalismus : begriffliche Provokation oder heuristische Analysekonzeption“, „Euro-Kapitalismus und globale politische Ökonomie“, VSA -Verlag Hamburg 2003, S.7.

Wirtschaft entwickelt. In China interessieren sich immer mehr Experten für die EU-Integration und die Entwicklung der China-EU Beziehungen. Einige wichtige Forschungsprojekte sind: „Die Untersuchung des Modus der EU-Integration“, „Die EU-Integration und die Beziehungen zwischen China und der EU“ von Wu Yikan²⁰, „Europa nach dem Vertrag von Lissabon und ihre Außenbeziehungen“ von Dai Bingran²¹, „Weltordnung und die China-EU Beziehung“ von Zhu Liqun²². Zhou Hong hat in ihrem Buch „Analyse der China-EU Partnerschaft“ über die Asymmetrie und Symmetrie auf den wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Ebenen zwischen China und der EU insbesondere die Herausforderungen und Triebkräfte in der Beziehung analysiert. Sie vertritt die These, dass die Asymmetrie zwischen China und der EU die Förderungskraft für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und gleichzeitig auch die Ursache einiger Herausforderungen in der Entwicklung der China- EU Beziehung ist. Zhu Liqun erforschte in ihrem Buch „Das Internationale System und China-EU-Beziehungen“ im Kontext des internationalen Systems. In diesem hat sie ebenfalls die Beeinflussung der China-EU Beziehung auf die Weltordnung und die Beziehung zwischen China, der EU und den USA dargestellt. Gleichzeitig wird China immer öfter zu einem interessanten Thema im politischen Forschungsbereich in den westlichen Ländern, wie z.B. „Globale Rivalen: Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens“ von Eberhard Sandschneider, „Adam Smith in Beijing“ von Giovanni Arrighi. Mittlerweile versuchen die chinesischen und westlichen Experten ihre Meinungen auszutauschen und gemeinsam ein Projekt zu führen. Eines davon ist die von mehreren chinesischen und westliche Experten (David Shambaugh, Zhou Hong, Eberhard Sandschneider...) zusammengeführte Arbeit „China-Europe Relations, Perceptions, Policies

²⁰ Vorsitzender des chinesischen EU - Forschungsverbands

²¹ Träger der Jean Monnet Prize

²² Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen, Foreign Affairs University

und Prospects“ In diesem Buch haben die Experten aus den verschiedenen Perspektiven und Hintergründe die China- EU Beziehung dargestellt.

Als ein chinesischer Student, der lange Zeit in Europa studiert hat und die Meinungen über die Zusammenarbeit zwischen China und der EU gehört und erlebt hat, möchte der Autor der vorliegenden Arbeit aus der Perspektive der beiden Seiten anhand von Materialien und Daten der letzten 30 Jahre die Entwicklung der China-EU Beziehungen, die Bedeutung der Zusammenarbeit für beiden Seiten und die Beeinflussungen der Entwicklung der EU und Chinas in der internationalen wirtschaftlichen und politischen Struktur und Weltordnung analysieren.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit folgenden Fragen:

Was sind die Gründe für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen China und der EU?

Welche Interesse und strategische Bedeutung haben China und die EU in der Entwicklung ihrer Beziehungen unter dem Gesichtspunkt einer niedergehenden US-Macht?

Welche Rolle wird diese Entwicklung der China-EU Beziehungen im Kontext der Veränderung der Weltordnung spielen?

Welche Rolle spielt die Bundesrepublik Deutschland in der Entwicklung der China- EU Beziehungen?

2. Modernisierung Chinas

Wenn man die Außenpolitik und die mehr als 30 Jahre kontinuierlicher wirtschaftlicher Entwicklung Chinas besser verstehen will, kann das Kennenlernen der chinesischen Geschichte und Kultur behilflich sein.

Die chinesische Geschichte zählt mehr als 4000-jarige Tradition. Im Jahr 221 v. Chr. gründete Qinshihuang das erste vereinigte feudale Kaiserreich. Die Unterschiede in Schrift, Abstand der Wagenräder und Währung wurden im ganzen Kaiserreich durch Vereinheitlichung beseitigt. Dadurch wurde das Rudiment des modernen China gelegt. In den nachfolgenden 2000 Jahren bestand über die meiste Zeit ein vereinigtes China, das sich weiter entwickelte, obwohl es häufig Angriffen von Außen und inneren separatistischen Bewegungen ausgesetzt war. Im 14. Jahrhundert besaß die chinesische Stadt Hangzhou bereits 7 Millionen Einwohner. Papier, Typografie, Kompass, Schießpulver und andere wichtige Erfindungen aus China haben zudem eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung weltweit. Für eine sehr lange Zeit fühlte sich China als „Reich der Mitte“. Seit dem Opiumkrieg im Jahre 1840 trugen anschließend eine Reihe verlorener Kriege und nachteilige Verträge zur Zerstörung des Selbstbewusstseins Chinas bei. In den mehr als 100 nachfolgenden Jahren bis 1949 war China ständig in äußere und innere Kriege und Konflikte verwickelt. Die wirtschaftliche, kulturelle und technische Entwicklung wurde in China während dieser Zeit stark gestört. Das Brutto-Inlandsprodukt Chinas im Jahr 1840 besaß immer noch einen Anteil von ca. 29% an der gesamten weltweiten Summe. Im Jahr 1945 war dieser Anteil auf nur noch ca. 4% gesunken.²³ Nach 1949, insbesondere in den 50er Jahren, konnte sich die chinesische Wirtschaft einigermaßen erholen. Aber wegen innenpolitischer Probleme („Großer Sprung“, Kulturrevolution) und äußerer Isolation

²³ „Der Anteil der chinesischen BIP in der Geschichte“, http://blog.eastmoney.com/nb188/blog_150561848.html

(Handelsverbot von den USA bis 1971) verlangsamte sich die wirtschaftliche Entwicklung Chinas. Ein besonders starker wirtschaftlicher Einbruch wurde in China durch die Kulturrevolution verursacht.

2.1. Reform 1979

Nach der Kulturrevolution stand Chinas Wirtschaft vor dem Zusammenbruch. Das Staatshaushaltsdefizit war hoch. Obwohl die Wirtschaft Chinas nach 1949 einen großen Fortschritt erzielt und sich ein unabhängiges und komplexes industrielles System entwickelt hatte, befand sich China aufgrund der Kulturrevolution in einer negativen wirtschaftlichen Situation. Nach der Kulturrevolution blieb die Bevölkerung arm, die Technologie war rückständig. Die kommunistische Regierung Chinas erlebte in gewissem Maße eine Macht- und Vertrauenskrise. Als Deng Xiaoping wieder an die Macht kam, versuchte er, das chinesische Wirtschaftssystem komplett zu reformieren und die Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft umzuwandeln.²⁴

Ein Motto von Dongs Reform in China lautete: „Ein Kern, zwei grundlegende Punkte“. Der Kern stellt den wirtschaftlichen Aufbau als Mittelpunkt dar. Die zwei grundlegenden Punkte bedeuten: Erstens das Vorantreiben der Reform und Öffnung, zweitens die Einhaltung der vier grundlegenden Prinzipien. Die vier grundlegenden Prinzipien sind: Einhaltung des sozialistischen Wegs, der Diktatur des Proletariats, der Führung der Kommunistischen Partei Chinas sowie die Einhaltung von Marxismus-Leninismus und der Ideologie Mao Zedongs. Dem Motto lag die Annahme zugrunde, dass nur durch den wirtschaftlichen Aufbau als Mittelpunkt, die Haltung der Freigabe und Entwicklung der Produktivität,

24 Xinhua Yuebao, „Die Denkwürdigkeit der 30 Jahre Reform Chinas“, Volks Verlag 2008 (cn.)

die Entwicklung der nationalen Stärke und des Lebensstandards der Bevölkerung und einer umfassenden Förderung der wirtschaftlichen sowie sozialen Entwicklung die Überlegenheit des sozialistischen Systems erreicht werden könne.²⁵ Deng Xiaoping gelangte zu folgender Ansicht: „Reform ist die Selbst-Verbesserung des sozialistischen Systems“²⁶.

Planwirtschaft war früher ein Symbol der sozialistischen und kommunistischen Wirtschaft. Nach 1949 hat die Planwirtschaft Chinas einen großen Beitrag zur frühen Konjunkturerholung und der ersten Entwicklung geleistet, aber im Laufe der Zeit wurden ihre Nachteile deutlich.²⁷

Die Kontrolle der Binnenwirtschaft war zu stark, da die Verantwortung von der Regierung und nicht den Unternehmen selbst ausging. Alles wurde nach Plan produziert ohne Berücksichtigung des Wertgesetzes und der Marktregulierung. Da nicht auf die Bedürfnisse der Verbraucher eingegangen wurde, stellte sich die Einschränkung der Entwicklung der Warenwirtschaft als ein großes Problem für die Wirtschaftsentwicklung Chinas heraus. Die Anzahl der Produktionsgüter wurde planmäßig festgeschrieben. Um die Waren kaufen zu können, benötigte man den entsprechenden Schein. Das Ergebnis war, dass die Verbraucher kaum die nötigen Waren kaufen konnten, selbst wenn sie über das nötige Geld verfügten. Einzelpersonen durften kein privates Eigentum besitzen. Alle Arbeitsleistungen wurden gleichmäßig aufgeteilt. Dies schadete schließlich der Arbeitsmotivation des Herstellers und seinen Interessen im Ausbau der

²⁵ Deng Xiaoping, "Ausgewählte Werke von Deng Xiaoping", Volks Verlag 2004, Band 3, S.45-46. (cn.)

²⁶ Deng Xiaoping, "Ausgewählte Werke von Deng Xiaoping", Volks Verlag 2004, Band 3, S.324. (cn.)

²⁷ Song Xiaowu, „Der Rückblick und Ausblick der Reformen des sozialen Systems in China“, Volksverlag 2008, S.26. (cn.)

Produktion. Die Leute waren daran gewöhnt unter „dem großen Topf“²⁸ zu leben. Der Wirtschaftsentwicklung fehlte die Triebkraft.²⁹

Um die Wirtschaft zu entwickeln und die Gesellschaftsprobleme zu beseitigen, war eine Reform des Wirtschaftssystems notwendig. Die Prämisse dieser Reform war die Beibehaltung des sozialistischen Systems. Der Zweck dieser Reform lag in der Änderung des wirtschaftlichen Systems, das nicht mehr mit der Produktionsentwicklung übereinstimmte, und dem Aufbau einer sozialistischen Marktwirtschaft. Diese Reform wurde erst in den ländlichen Gebieten eingeführt und danach landesweit in allen wirtschaftlichen Bereichen implementiert.³⁰

Es gab zwei Hauptrichtungen der Reform: Die inländische wirtschaftliche Reform und die Förderung der Öffnung und des internationalen Austausches.

2.1.1. Interne Reformdynamik

2.1.1.1. Ursache der internen Reform

Die Kulturrevolution hinterließ im Land eine sehr ernste Situation: Die stagnierende Entwicklung der Produktivität, die fehlende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung und Kleidung und die Rückständigkeit von Bildung und Technologie. Eine Reform wurde aufgrund der angespannten

28 Alle Leute werden gleich behandelt. Jeder bekommt Essen, unabhängig von seiner Leistung.

29 Song Xiaowu, „Der Rückblick und Ausblick der Reformen des sozialen Systems in China“, Volksverlag 2008, S.32. (cn.)

30 Tang Yingwu, „Dokument der wichtigen Entscheidungen in der Reform“, Verlag der zentralen Parteihochschule, S. 45-46. (cn.)

Lage als notwendig erachtet³¹.

2.1.1.2. Ablauf und Inhalt der internen Reform

Die Reform begann in einem kleinen Dorf. „Xiao Gang“ liegt im Landkreis Fengyang in der Provinz Anhui und war vor 1978 ein sehr armer Ort, dessen Einwohner fast jedes Jahr unter Nahrungsmangel litten. Am 24.11. des Jahres 1978 bestätigten 18 Bauern den Vertrag mit ihrem Fingerabdruck und begannen mit seiner Umsetzung. Dies stellte den historischen Anfang der ländlichen Reform dar. Kurz danach beschloss die Regierung im elften Kongress der kommunistischen Partei, die Reform in ganz China durchzuführen.³²

Nach der Reform erfuhren sowohl das Wirtschaftssystem als auch die Betriebe Chinas tief greifende Veränderungen. Das planwirtschaftliche System wurde ersetzt. Die Grundfunktion des Marktes, die Zuweisung von Ressourcen, wurde die staatliche Makrokontrolle verstärkt. Die Rahmenbedingungen des neuen Systems haben sich weitgehend etabliert. Die wichtigsten Bereiche der Reform sind folgende:

Die Wirtschaftsreform auf dem Land

Die ländliche Reform war der Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Reformen in China. Durch die Reform hat die ländliche Wirtschaftsentwicklung einen großen Schritt gemacht. Familienunternehmen wurden als Produktionsbasis eingeführt. Die Planung der landwirtschaftlichen Produktion wurde abgeschafft. Die Preise

31 Song Xiaowu, „Der Rückblick und Ausblick der Reformen des sozialen Systems in China“, Volksverlag 2008, S.33-34. (cn.)

32 Song Xiaowu, „Der Rückblick und Ausblick der Reformen des sozialen Systems in China“, Volksverlag 2008, S.38. (cn.)

der meisten landwirtschaftlichen Produkte wurden liberalisiert. Jedoch wurden die Preise der wichtigsten Produkte, wie Getreide und Baumwolle, weiterhin vom Staat mit einem Schutzpreis gesichert. Die Entwicklung der Landwirtschaft und der nicht-landwirtschaftlichen Wirtschaft mit verschiedenen Eigentumssystemen wurden auf dem Land gefördert. Unternehmen im ländlichen Raum entwickelten sich schnell. Die Integration von Handel, Industrie und Landwirtschaft und der Aufbau von Fertigung, Zulieferung und Vertrieb wurden gefördert. Die ländliche Wirtschaft, die traditionell und das schwächste Glied der wirtschaftlichen Entwicklung ist, vollzog als erstes den Wandel in eine Marktwirtschaft. Die Reform des ländlichen Wirtschaftssystems war ein großer Erfolg. Die Umsetzung des neuen ökonomischen Systems bewirkte eine hohe Begeisterung in der Produktion. Die Reform des ländlichen Wirtschaftssystems diente als Vorbild für die Reformen in anderen Bereichen. Die Grundfunktion des Marktes, die Zuweisung von Ressourcen, wurde identifiziert und spielte eine bedeutende Rolle.³³

Vor der Reform existierten überall und in allen Aspekten der nationalen Wirtschaft die verbindlichen Pläne der Planwirtschaft. Nach der Reform wurden die obligatorischen Pläne der landwirtschaftlichen Produkte abgeschafft. Der Staat griff nur noch bei den 9 wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten ein. In der Industrieproduktion wurde der Anteil der verbindlichen Pläne von 70% im Jahr 1979 auf 4,6% im Jahr 2000 gesenkt. Produktionsmenge und Preise von über 95% der industriellen Verbrauchsprodukte wurden nach Angebot und Nachfrage des Marktes vom Hersteller selbst bestimmt. Im gesamten Einzelhandelsumsatz sank der Anteil der Produkte, deren Preis vom Staat bestimmt wurde, von 95% im Jahr 1979 auf 7,2% im Jahr 2000. Der Warenmarkt des ganzen Landes

³³ Vgl., Zhang Xiaoshan, „30 Jahre ländlichen Reform in China“, Wirtschafts-Management Verlag 2008, S. 21-23. (cn.)

wurde umgebildet. Die Faktormärkte, vor allem die Kapitalmärkte, unterlagen in China einer schnellen Entwicklung.³⁴

Das moderne Unternehmenssystem, dessen Ziel das Wachstum des Marktes war, wurde etabliert. Ein neues System, das neben dem öffentlichen Eigentum die verschiedenen Wirtschaftszweige mit einbezieht, wurde eingerichtet. Vor der Reform bestand die chinesische Wirtschaft nur aus der öffentlichen Wirtschaft. Nach der Reform wurde eine Politik, die das Gemeineigentum weiterhin als Hauptstütze ansieht, jedoch zusätzlich die Regeln eines faireren Wettbewerbs und der gemeinsamen Entwicklung hin zu verschiedenen Eigentumssystemen berücksichtigt, eingeführt. Die Förderung der Entwicklung von individuellem, privatem und anderen Formen des nicht-öffentlichen Eigentums brachte wichtige Veränderungen in der Eigentümerstruktur mit sich. Die ehemalige Wirtschaftsstruktur, bei der es einzig eine öffentliche Wirtschaft unter der Planwirtschaft gab, wurde abgeschafft. So wurde eine neue wirtschaftliche Struktur, in der die öffentliche und staatliche Wirtschaft dominierend sind, in der sich jedoch staatliche, kollektive, individuelle, private, ausländische und andere Wirtschaftsformen parallel entwickeln können, gegründet. Das ist förderlich für die wirtschaftliche Entwicklung und die Bildung eines konkurrierenden und leistungsstarken Marktmechanismus.

Das Distributionssystem, nach der Arbeit nach Bedarf verteilt wurde, und das soziale Sicherheitssystem wurden gebildet. Vor der Reform unterdrückte das egalitäre Verteilungs- und Managementsystem die Aktivität der Arbeiter stark. In gewissem Sinne begann die Reform Chinas mit der Abschaffung des Egalitarismus – dem so genannten „Essen im großen Topf“. Nach der

³⁴ Zhang Xiaoshan, „30 Jahre ländlichen Reform in China“, Wirtschafts-Management Verlag 2008, S. 25. (cn.)

Reform wurde die Politik eingeführt, die den Reichtum einiger Leute und in einigen Bereichen durch ehrliche Arbeit und rechtmäßige Geschäftspraxis zulässt. Die Effizienz und Gerechtigkeit wurden als Prinzip behalten. Neben der Verteilung der Arbeit als wichtigster Teil existieren mehrere Verteilungsmethoden.³⁵

Die Verknüpfung zwischen dem tatsächlichen Beitrag des Einzelnen und seinen wirtschaftlichen Interessen hat die Aktivität der verschiedenen Aspekte wirksam mobilisiert. Um einen zu großen Einkommensunterschied zu verhindern, wurden Steuereinnahmen als wichtigstes Mittel des Redistributionssystems verwendet. Die Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen spielte bei der Regulierung des Marktes, Stärkung der Makro-Steuerung, Verbesserung der Rechtssicherheit und Erweiterung der Reform eine wichtige Rolle.³⁶

Die Reform hat dem wirtschaftlichen Unternehmenssystem Chinas historische Veränderungen gebracht. Die Wirtschaft Chinas wurde von einer geschlossenen über eine halbgeschlossene zu einer offenen Wirtschaft, also von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Die Reform bedeutete einen starken Impuls für die chinesische wirtschaftliche und soziale Entwicklung und enorme Veränderungen in China. Die Produktivität Chinas hat sich nach der Reform mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit entwickelt. Von 1978 bis 2007 weist die Wirtschaft Chinas ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 11,5% auf und hat sich so in seinem Volumen versechzehnfacht.³⁷

³⁵ Vgl., Zhang Xiaoshan, „30 Jahre ländlichen Reform in China“, Wirtschafts-Management Verlag 2008, S.32-36. (cn.)

³⁶ Vgl., He Xiurong, „Der Überblick der ländlichen Politik Chinas“, Verlag der Hochschuleausbildung 2010, S. 38-41. (cn.)

³⁷ National Development and Reform Commission, Institut für Wirtschafts-und System-Management, „Dreizeig Jahre Reform und Öffnung“, Volks Verlag, S.55.

2.1.2. Externe Reformdynamik

2.1.2.1. Ursache der externen Reform

Die Förderung der Öffnung und des internationalen Austauschs

Eine von den zwei Hauptrichtungen der Reform ist die Öffnung, der Ausbau der außenwirtschaftlichen Beziehungen, die Entspannung der Außenwirtschaftspolitik und die Aufhebung der Beschränkungen des Markts für ausländische Investitionen, d.h. die Bildung einer offenen Wirtschaft.

In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts besaß die chinesische Wirtschaft wegen einer längeren Abriegelungspolitik in den Bereichen der Technologie, dem Management und der Wettbewerbsfähigkeit einen großen Abstand zu den Industrieländern. Die Verstärkung des wirtschaftlichen und technologischen Austauschs und die aktive Teilnahme am internationalen Austausch und internationalen Wettbewerb stellt einen notwendigen Weg für die chinesische wirtschaftliche Entwicklung dar.³⁸

2.1.2.2. Ablauf und Inhalt der externen Reform

Die Gründung der wirtschaftlichen Sonderzonen

Im Mai 1980 wurden in den Städten Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen wirtschaftliche Sonderzonen gegründet. Im April 1983 wurde beschlossen, auf der Insel Hainan ebenfalls die bevorzugte Politik für wirtschaftliche Sonderzonen umzusetzen. Im April 1988 wurde in der ersten Sitzung des Siebten Nationalen Volkskongresses offiziell entschieden, dass die Provinzen Hainan und die Insel Hainan eine gemeinsame wirtschaftliche

³⁸ Vgl., Zhang Yunling, „Die Öffnung Chinas: Strategie und Praxis“, Social Sciences Academic Press 2008, S.56-58. (cn.)

Sonderzone formen sollen. Dadurch ist die Insel Hainan die größte wirtschaftliche Sonderzone China geworden. Die Gründung der wirtschaftlichen Sonderzonen ist der erste Schritt der Öffnungspolitik Chinas. Deng Xiaoping beschrieb die wirtschaftlichen Sonderzonen wie folgt: „Die wirtschaftlichen Sonderzonen sind Fenster, Fenster für Technologie, Management, Wissen und auch Außenpolitik.“³⁹

Öffnung der Küstenstädte

Im Mai 1984 wurden mit Dalian, Qinhuangdao, Tianjin, Yantai, Qingdao, Lianyungang, Nantong, Shanghai, Ningbo, Wenzhou, Fuzhou, Guangzhou, Zhanjiang und Beihai insgesamt 14 Hafenstädte zu den ersten offenen Küstenstädten ernannt.⁴⁰ Die offenen Küstenstädte stellen Orte dar, in denen die Inlandswirtschaft mit der Weltwirtschaft kombiniert wurde, und sie spielen eine wichtige Rolle in den auswärtigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und der innenwirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dies wirkt sich unmittelbar auf die Entwicklung der Öffnungspolitik der Reform aus.

Die Einrichtung der wirtschaftlichen Zonen im Küstengebiet

Im Februar 1985 wurden die Gebiete Yangtze River Delta, Pearl River Delta und Minnan (Südteil der Provinz Fujian) als wirtschaftlich offene Zonen geplant. Seit 1985 bilden die Liaodong- und die Shandong-Halbinsel mit den offenen Küstenstädten Dalian, Qinhuangdao, Tianjin, Yantai und Qingdao zusammen eine wirtschaftliche Zone im Umfeld des Bohai-Meeres. Eine Handel, Industrie und Landwirtschaft integrierende Produktionsstruktur wurde in diesen wirtschaftlichen Zonen geschaffen.⁴¹

³⁹ Zhang Yunling, „Die Öffnung Chinas: Strategie und Praxis“, Social Sciences Academic Press 2008, S.72. (cn.)

⁴⁰ Zhang Yunling, „Die Öffnung Chinas: Strategie und Praxis“, Social Sciences Academic Press 2008, S.73. (cn.)

⁴¹ Zhang Yunling, „Die Öffnung Chinas: Strategie und Praxis“, Social Sciences Academic Press 2008, S.75. (cn.)

Öffnung der inneren Städte, die sich an Flüssen und Grenzen befinden

Nach den 90er Jahren wurde die Öffnungspolitik der Küstengebiete auf die inneren Städte, die sich an Flüssen und Grenzen befinden, ausgeweitet. Um die schnelle wirtschaftliche Entwicklung in den Yangtze-Regionen zu fördern, wurden im Juni 1992 fünf Städte entlang des Yangtze (Wuhu, Jiujiang, Yueyang, Wuhan und Chongqing) als wirtschaftlich offene Städte ausgewählt. Bald danach wurden Hefei, Nanchang, Changsha, Chengdu, Zhengzhou, Taiyuan, Xian, Lanzhou, Yinchuan, Xining, Wulumuqi, Guiyang, Kunming, Nanning, Haerbin, Changchun und Huhehaote - insgesamt 17 Provinzhauptstädte - als wirtschaftlich offene Städte bestimmt. Im Laufe der Zeit wurden zudem viele weitere Grenzstädte zu Wirtschaftssoonderzonen erklärt.⁴²

Die Formen der Öffnung

Einführung von ausländischem Kapital und Technologie stellen eine wichtige Form der Öffnung dar. Besonders gegen Ende der 70er- bis Anfang der 80er-Jahre ist die wirtschaftliche Grundlage Chinas noch sehr schwach, China ist ein Entwicklungsland. Um seine Wirtschaft entwickeln zu können, benötigte China Kapital und fortschrittliche Technologie und Ausrüstung. Die Ausweitung des Handels mit Waren und Dienstleistungen war auch eine der grundlegenden Formen der Öffnung. Der internationale Handel konnte sowohl den absoluten Vorteil, als auch den komparativen Vorteil erhalten. Die Exporte förderten Kapital in den effektivsten Bereichen. Dies brachte auch ausländisches Kapital, Technologie und Management-Know-how. Die Einrichtung der wirtschaftlichen Sonderzonen ist für die Öffnung Chinas von hoher Bedeutung. Durch die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen erkundet das Land den Weg der Reform und Öffnung. Die wertvollen

42 Zhang Yunling, „Die Öffnung Chinas: Strategie und Praxis“, Social Sciences Academic Press 2008, S.78.(cn.)

Erfahrungen haben im Land die Reform und Öffnung der Küstengebiete gefördert.⁴³

2.1.3. Ergebnisse und Probleme

Erfolge der Reform und Öffnung

In den letzten 30 Jahren nach der Reform unterlag China im Bereich der Wirtschaft und der Gesellschaft großen Veränderungen und erzielte Erfolge.

Der Aufbau einer sozialistischen Marktwirtschaft

Nach 30 Jahren der Reform und Öffnung weist China ein Eigentumsmuster auf, das ein dominantes öffentliches mit diversen Sektoren der Wirtschaft kombiniert. Bis Ende 2006 waren in städtischen Gebieten 71,94 Millionen Menschen in den staatlichen und kollektiven Einheiten beschäftigt und 211,16 Millionen Menschen in der Wirtschaft anderer Formen des Eigentums.⁴⁴

In den ländlichen Gebieten arbeiten 14,68 Millionen Menschen in den Township-Unternehmen, dazu mehr als ein Drittel in der Privatwirtschaft. Die sozialistische Marktwirtschaft wurde gegründet. Der Marktmechanismus spielte bei der Verteilung der Ressourcen eine fundamentale Rolle.⁴⁵

Die Preise der meisten Produktgruppen wurden liberalisiert. Der Markt der Produktionsfaktoren wurde aufgebaut. Der Besitz von Land, Kapital,

43 Chen Wenjing, Li Gang, Li Jian, „30 Jahre Chinas Öffnung“, China Economic Verlag 2008, S.78. (cn.)

44 Jin Guohua, „Die sozialwissenschaftliche Untersuchung der 30 Jahre Reform Chinas“, Verlag der Akademie für Sozialwissenschaft Shanghai“ 2007, S.121. (cn.)

45 Jin Guohua, „Die sozialwissenschaftliche Untersuchung der 30 Jahre Reform Chinas“, Verlag der Akademie für Sozialwissenschaft Shanghai“ 2007, S.122. (cn.)

Patenten und andere Produktionsfaktoren wurden zugelassen, um sich an der Einkommensverteilung zu beteiligen.

Vor der Reform bestimmte letztlich die Regierung das Produktionsverhalten. Es gab keine scharfe Unterscheidung bei der wirtschaftlichen Verordnung zwischen Makro- und Mikroebene. Nach der Reform erlangten die Unternehmen allmählich den Status eines unabhängigen Produzenten und Betreibers. China baute sein mit indirekter Kontrolle arbeitendes Makro-Steuerungssystem allmählich auf.

Die Entwicklung von Wirtschaft und Lebensstandard in China

30 Jahre nach der Reform entwickelt sich die chinesische Wirtschaft nachhaltig. Die Industrialisierung, Urbanisierung und industrielle Umstrukturierung wurden kontinuierlich ausgebaut.

Durch die rasante Eskalation der industriellen Struktur, Urbanisierung und anderen Faktoren wird das schnelle Wirtschaftswachstum in China wahrscheinlich eine gewisse Zeit konstant hoch bleiben. Vermutlich wird China im Jahr 2020 die völlig Industrialisierung grundsätzlich erreicht haben. Bis dahin werden die Lebensqualität und die umfassende nationale Stärke deutlich verbessert werden.⁴⁶

Die wirtschaftliche Entwicklung hat eine deutliche Verbesserung des Lebensstandards mit sich gebracht. Von 1978 bis 2006 ist das städtische Pro-Kopf-Einkommen Chinas von 343 Yuan auf 11.759 Yuan, also um ein 33,3-faches gestiegen. Das Pro-Kopf-Nettoeinkommen der ländlichen Haushalte ist von 134 Yuan auf 3.587 Yuan, also 25,8-fach gestiegen. Der Konsumstandard Chinas, auch bereinigt um die Preisbedingungen, ist um

⁴⁶ Song Xiaowu, „Der Rückblick und Ausblick der Reformen des sozialen Systems in China“, Volksverlag 2008, S.143. (cn.)

das 6,5-fache gestiegen. Der Engel-Koeffizient⁴⁷ der städtischen Haushalte sank kontinuierlich von 57,5% auf 35,8%. Der Engel-Koeffizient der ländlichen Haushalte sank von 67,7% auf 43%. Der Rückgang des Anteils der Ausgaben für Lebensmittel lässt den städtischen und ländlichen Einwohnern mehr Einkommen zur Verbesserung der Lebens-, Reise-, Gesundheits- und Freizeitbedingungen, um eine bessere Lebensqualität zu genießen.⁴⁸

Das Eigentum der Einwohner hat ebenfalls rasant zugenommen. Fernsehgeräte, Kühlschränke, Waschmaschinen, Telefone, usw. gehören in den städtischen Gebieten bereits zu den gängigen Haushaltsgeräten. Das Auto ist zum neuen Konsumgut geworden. Seit der Reform und Öffnung hat sich die Pro-Kopf-Wohnfläche der Stadtbewohner von 6,7 Quadratmeter auf 26,1 Quadratmeter (im Jahr 2005) um das 2,9-fache erhöht und die Pro-Kopf-Wohnfläche der ländlichen Bevölkerung von 8,1 Quadratmeter auf 30,7 Quadratmeter um das 2,8-fache (2006). Von 1978 bis 2007 sind die RMB- Spareinlagen von städtischen und ländlichen Einwohnern von 21,06 Milliarden Yuan auf 17.253,4 Milliarden Yuan angestiegen, haben also fast 800-fach zugenommen.⁴⁹

Ein wichtiges Mitglied in der internationalen wirtschaftlichen Struktur

Wirtschaftliche Reform und Öffnung gegenüber dem Ausland sind untrennbar miteinander verbunden. Während der Ausweitung der Reformen schritt auch die Öffnung weiter voran. China weist mittlerweile das Entwicklungsmuster einer Allround-Öffnung auf. Von 1978 bis 2007 ist das Außenhandelsvolumen von 10,9 Milliarden US-\$ auf 2.173,8 US-\$, also

⁴⁷ Der Engel-Koeffizient ist der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den gesamten Konsumausgaben eines Haushalts. Ein niedriger Engelkoeffizient gilt gemäß dem engelschen Gesetz als Indikator für hohen materiellen Wohlstand.

⁴⁸ Song Xiaowu, „Der Rückblick und Ausblick der Reformen des sozialen Systems in China“, Volksverlag 2008, S.86-87. (cn.)

⁴⁹ Song Xiaowu, „Der Rückblick und Ausblick der Reformen des sozialen Systems in China“, Volksverlag 2008, S.89. (cn.)

etwa 200-fach gestiegen. Das chinesische Handelsvolumen stand im Jahr 1978 weltweit an 27ster Stelle und im Jahr 2009 nach den USA an zweiter Stelle.⁵⁰

Seit der Reform und Öffnung hat China bis zum Jahr 2007 774,5 Milliarden US-\$ an ausländischen Direktinvestitionen erhalten. China weist die höchsten ausländischen Direktinvestitionen unter den Entwicklungsländern auf. Das Ergebnis der aktiven Teilnahme in der internationalen Arbeitsteilung und der Nutzung des komparativen Vorteils der billigen Arbeitskräfte in China ist das sich schnell entwickelnde Exportvolumen von chinesischen Produkten. China wird bereits als "World Factory" bezeichnet.⁵¹ Eine große Anzahl der ausgeführten arbeitsintensiven Produkte hat nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung Chinas, sondern auch die Modernisierung der industriellen Struktur der westlichen entwickelten Länder gefördert. Mit der Entwicklung der Wirtschaftsstärke versuchen die chinesischen Unternehmen, aktiver an der internationalen Wirtschaft teilzunehmen. Die chinesischen direkten Investitionen im Ausland sind kontinuierlich gestiegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung fördert auch den sozialen Fortschritt. China hat eine neunjährige allgemeine Schulpflicht. Im Jahr 2006 erreichte die Zahl der aktuellen Studenten 10,5 Millionen. Die Gesundheitsbedingungen wurden weiter verbessert. Die Zahl der Ärzte pro Tausend Einwohner ist von 1,08 im Jahr 1980 auf 1,54 im Jahr 2006 gestiegen. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung ist von 67,77 Jahren im Jahr 1981 auf 71,4 im Jahr 2006 gestiegen.⁵² Die wirtschaftliche Entwicklung und die erfolgreiche Wirtschaftsreform fördern auch den Fortschritt im politischen Bereich. Obwohl die Entwicklung im politischen

⁵⁰ National Bureau of Statistic of China, <http://www.stats.gov.cn/tjsj>

⁵¹ Zhou Shaoxi, „Der historische Prozess der chinesischen Nutzung des ausländischen Kapitals“, Wissenschaft Verlag 2009, S.86-87. (cn.)

⁵² National Bureau of Statistic of China, <http://www.stats.gov.cn/tjyj/>

Bereich nicht vergleichbar mit der Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich ist, steigt der Wunsch der Bevölkerung, sich in der öffentlichen Entscheidungsfindung mehr zu beteiligen.⁵³

2.2. Weltmarktöffnung Chinas und Integration in den Globalisierungsprozess

Während der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas fand eine immer engere Vernetzung der chinesischen Wirtschaft auf internationaler Ebene statt.

2.2.1. WTO

Am 10. Juli 1986 stellte China offiziell den Antrag auf Wiederaufnahme in das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) (der Vorgänger der WTO). „Die sich anschließenden Verhandlungen mündeten in einer der kompliziertesten und langwierigsten multilateralen Verhandlungsrunden der letzten Jahrzehnte. Die Gespräche um den WTO-Beitritt Chinas waren das zentrale Projekt eines langfristigen und noch andauernden Prozesses.“⁵⁴ Dieser Prozess dauerte über 15 Jahre, bis es am 11. Dezember 2001 offiziell zum Eintritt Chinas in die WTO kam. China ist ursprünglicher Unterzeichner des GATT-Abkommens. Am 21. April 1947 unterzeichnete China das „Protokoll über die vorläufige Anwendung“ des GATT. Am 21. Mai 1947 wurde China offizieller Unterzeichner des GATT.⁵⁵

Am 1. Oktober 1949 wurde die Volksrepublik China gegründet. 1950 zog die Guomindang-Regierung (Taiwan) die Mitgliedschaft Chinas aus dem

⁵³ Ma Zhaoming, „Reform und politische Entwicklung in China“, Shandong Volks Verlag 2009, S.125. (cn.)

⁵⁴ Zimmermann Hubert, „Die EU und die USA in den Verhandlungen um die Integration Chinas in den Welthandel“, Baden-Baden : Nomos, 2007, S.9.

⁵⁵ Wang Yi, „Die Verhandlung der Jahrhundert- Chinas Eintritt in WTO“, Verlag der Zentralen Parteihochschule 2007, S12. (cn.)

GATT zurück. Aus ideologischen Gründen wurde die Volksrepublik China für eine lange Zeit fern von den internationalen Wirtschaftsorganisationen gehalten. Die Beziehungen der westlichen Länder zu China waren stark vom weltpolitischen Gegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus bestimmt.⁵⁶ China hatte keinen Kontakt mehr zum GATT bis 1972. Im Mai 1972 wurde China Mitglied der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) und dem International Trade Center, die Nebenorgane des GATT darstellen. Damit wurde der Kontakt Chinas mit dem GATT allmählich wieder hergestellt.⁵⁷

Der Prozess der Verhandlungen über den Beitritt Chinas zur WTO

Auf dem Weg Chinas zum WTO-Beitritt fanden eine Reihe multilateraler und bilateraler Verhandlungen statt, die im Folgenden erläutert werden.

1. Die multilateralen Verhandlungen

Nach der Abgabe des Antrags auf Wiederaufnahme ins GATT hat China am 13. Februar 1987 ein „Memorandum des chinesischen Außenhandelssystems“ vorgelegt. Er besteht aus den folgenden vier Teilen: „Die Reform des chinesischen Wirtschaftssystems, die Situation des chinesischen Außenhandels und der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, Die chinesische Außenhandelspolitik, Die Organisationen in China, Liste der chinesischen aktuellen wichtigen Verordnungen.“

Am 19. Juni 1987 wurde die Arbeitsgruppe zum Eintritt Chinas gegründet. An der ersten Generalversammlung nahmen 68 Mitglieder teil. Dies stellt

⁵⁶ vgl. Zimmermann Hubert , „Die EU und die USA in den Verhandlungen um die Integration Chinas in den Welthandel“, Baden-Baden : Nomos, 2007, S.167.

⁵⁷ Wang Yi, „Die Verhandlung der Jahrhundert- Chinas Eintritt in WTO“, Verlag der Zentralen Parteihochschule 2007, S.25-26. (cn.)

die größte Arbeitsgruppe (mit der größten Zahl der Mitglieder) in der Geschichte des GATT dar.⁵⁸

In der Arbeitsgruppe wurde eine große Anzahl der Probleme vorgestellt und diskutiert. Im Oktober 1992 wurde in der 11. Sitzung der Arbeitsgruppe beschlossen, die Überprüfung der chinesischen Handelssysteme zu beenden. In dem „Entwurf eines Berichts der Arbeitsgruppe von China“ und „Entwurf des chinesischen Kooperationsvertrags“ wurden die Sorgen der Mitglieder vom GATT zu den Problemen des chinesischen Außenhandelssystems und die Verpflichtungen Chinas aufgezeichnet. Der „Entwurf des chinesischen Kooperationsvertrags“ hat die Verpflichtungen Chinas umfassend dokumentiert, einschließlich des Managements des Handelssystems (integrierte Bewirtschaftung, Management der speziellen ökonomischen Zone, die Transparenz der Handelssysteme), nicht diskriminierender Behandlung des Auslands, spezieller Handelsvereinbarungen, Import- und Exportrechten, staatlicher Handelsunternehmen, nichttarifären Maßnahmen, Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen, Devisenkontrollen, Preiskontrollen, Subventionen, Zahlungsbilanzmaßnahmen, Steuern auf Importe und Exporte, landwirtschaftlichen Produkten, Normen und technischen Vorschriften, Maßnahmen der Quarantäne, Schutzmaßnahmen, Anti-Dumping, etc.⁵⁹ Während der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft stellt China plötzlich nicht nur einen vielversprechenden Markt, sondern auch eine potentielle Bedrohung für bestimmte Branchen dar. Seit Mitte der 1990er Jahre sind die Handelsbilanzdefizite der USA und der EU mit China enorm gewachsen.⁶⁰ Der Beitritt Chinas zur WTO ist für die weitere Entwicklung der chinesischen Wirtschaft im internationalen wirtschaftlichen System

⁵⁸ Wang Yi, „Die Verhandlung der Jahrhundert- Chinas Eintritt in WTO“, Verlag der Zentralen Parteihochschule 2007, S.35. (cn.)

⁵⁹ Wang Yi, „Die Verhandlung der Jahrhundert- Chinas Eintritt in WTO“, Verlag der Zentralen Parteihochschule 2007, S.47-49. (cn.)

⁶⁰ Vgl. Zimmermann Hubert, „Die EU und die USA in den Verhandlungen um die Integration Chinas in den Welthandel“, Baden-Baden : Nomos, 2007, S.18-20.

förderlich. Aber der Weg der Verhandlungen wird nicht leicht.

2. Die bilateralen Verhandlungen

Im Prozess des Beitritts Chinas zur WTO gab es insgesamt 37 Mitglieder, die mit China bilaterale Verhandlungen führten. Diese Verhandlungen waren vor allem auf die Zollzugeständnisse und den Marktzugang für Handel und Dienstleistungen bezogen. Einige Länder hatten relativ einfache Exporte nach China, so dass in bilateralen Verhandlungen die Zollsenkungen nur auf einige Produkte bezogen waren. Einige Länder, wie die Vereinigten Staaten, bestanden hingegen auf umfassende Verhandlungen. Am 15. November 1999 erzielten China und die USA eine Einigung in der Frage über den Beitritt Chinas zur WTO. Diese Vereinbarung bestand aus vier Teilen: Zoll für Landwirtschaftsprodukte und Zollkontingent, Zoll für gewerbliche Waren und nicht-tarifäre Maßnahmen, Dienstleistungshandel und das Protokoll. Dort wurden die Zollsätze und Bewirtschaftungsmaßnahmen festgeschrieben und die Bedingungen für den Übergang der Marköffnung in den wichtigsten Dienstleistungssektoren festgelegt. Das Protokoll bezog sich auf Investitionen, Anti-Dumping, Subventionen, staatliche Unternehmen, Textil-, Servicehandel usw.⁶¹

Am 1. September 2001 schloss China mit allen 37 Mitgliedern die bilateralen Verhandlungen ab.

China hat trotz 14 Jahren schwieriger Verhandlungen und unterschiedlicher Widerstände den Beitritt in die WTO erreicht. Warum wollte China dies trotz so vieler Schwierigkeiten schaffen?

Vor allem ist China ein großes Entwicklungsland. Öffnung und Modernisierung ist eine grundlegende nationale Politik Chinas. „Seit dem

⁶¹ Wang Yi, „Die Verhandlung der Jahrhundert- Chinas Eintritt in WTO“, Verlag der Zentralen Parteihochschule 2007, S. 66-68. (cn.)

Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich im Bereich des Welthandels auf internationaler Ebene eine zunehmende Verrechtlichung und Institutionalisierung ereignet.“⁶² Aufgrund der Trends der wirtschaftlichen Globalisierung muss sich China aktiv und wirksam an dieser wirtschaftlichen Globalisierung beteiligen. Der WTO-Beitritt hat dazu beigetragen, die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, einer relativ stabilen äußeren Umgebung, zu verbessern. Sich direkt an der Festlegung der internationalen Regeln zu beteiligen und die Rechte Chinas zu verteidigen, war für die weitere Beteiligung Chinas an der internationalen Arbeitsteilung, der internationalen Zusammenarbeit und der Nutzung von ausländischen Investitionen und Exporten förderlich.⁶³

Mit seiner erstaunlichen Entwicklung spielt China eine zunehmend wichtige Rolle in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Der Beitritt Chinas zur WTO war förderlich für die Stabilität und Entwicklung des internationalen Handels.

Der Beitritt Chinas zur WTO bringt dem Land viele Vorteile

Der Beitritt zu einer multilateralen Organisation hat große positive Bedeutung für die langfristige Entwicklung eines Landes. Obwohl China für den Beitritt zur WTO einige Kompromisse eingehen musste, die sicherlich auch negative Auswirkungen für China hatten, überwiegen dennoch die positiven Auswirkungen bei weitem.⁶⁴

a. Förderung der schnellen und besseren Integration Chinas in die internationale Wirtschaftsgemeinschaft.

⁶² Zimmermann Hubert , „Die EU und die USA in den Verhandlungen um die Integration Chinas in den Welthandel“, Baden-Baden : Nomos, 2007, S.15.

⁶³ Bai Guang, „China und WTO“, China Baustoffindustrie Verlag 2002, S.38. (cn.)

⁶⁴ Bai Guang, „China und WTO“, China Baustoffindustrie Verlag 2002, S.62. (cn.)

Die wirtschaftliche Integration und die Globalisierung sind die Trends der Entwicklung der Weltwirtschaft. Indem China sich diesem Trend anschließt, kann es seine Interessen der internationalen Arbeitsteilung und der fortgeschrittenen Wirtschaft und Technologien befriedigen. Der WTO-Beitritt kann dabei helfen, die Integration der chinesischen Wirtschaft in die internationale Wirtschaft und Gesellschaft und eine bessere Nutzung der internationalen Ressourcen und der internationalen Märkte voranzutreiben und damit die sozialistische Marktwirtschaft Chinas zu entwickeln.⁶⁵

b. Förderung für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Chinas

Die WTO ist eine der drei führenden internationalen Wirtschaftsorganisationen, sie wird als die wirtschaftlichen Vereinten Nationen bezeichnet. Die WTO spielt die Verwaltungsrolle in der Weltwirtschaft und im Handel. Die derzeitigen WTO-Regeln wurden vor allem von den Vereinigten Staaten, Europa und anderen entwickelten Ländern entwickelt. Der Beitritt zur WTO wird China ein größeres Mitspracherecht in der internationalen Wirtschafts-Arena bringen. Dies ist förderlich, um eine faire und angemessene Weltwirtschaftsordnung zu schaffen.⁶⁶

c. Förderung der Wirtschaftsreform Chinas

Die WTO ist eine multilaterale Ordnung, deren Marktwirtschaft als Basispunkt genannt werden kann. Das Ziel der chinesischen Reform besteht im Aufbau einer chinesischen Marktwirtschaft. Mit dem Beitritt zur WTO wird das gleiche Ziel wie mit den chinesischen Reformen verfolgt. Die

⁶⁵ Vgl., Bai Guang, „China und WTO“, China Baustoffindustrie Verlag 2002, S.256-258. (cn.)

⁶⁶ Vgl., Bai Guang, „China und WTO“, China Baustoffindustrie Verlag 2002, S.265-269. (cn.)

WTO-Regeln bestehen in der wirkungsvollen Förderung zur Verbesserung der chinesischen Marktwirtschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung.⁶⁷

d. Förderung zur Erhöhung der Ausfuhren

Nach dem Eintritt in die WTO kann China die multilaterale, stabile und unbedingte Meistbegünstigung bekommen. Es ist förderlich für die Marktdiversifizierung und den Anstieg der Exporte.

Durch die WTO-Streitbeilegungsverfahren werden zudem Handelsstreitigkeiten fair und angemessen beigelegt.⁶⁸

e. Förderung ausländischer Investitionen

Mit der weiteren Verbesserung des Investitionsklimas wird der Gesamtbetrag der ausländischen Direktinvestitionen deutlich erhöht. Der aktive Investmentmarkt wird den Produktionsmaßstab erweitern und damit die wirtschaftliche Entwicklung Chinas fördern.⁶⁹

f. Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Unternehmen

Nach dem Eintritt in die WTO werden mehr ausländische multinationale Unternehmen in den chinesischen Markt eintreten. Der Wettbewerbsmechanismus wird sich verstärken. Der Wettbewerbsdruck wird die Staatsunternehmen zur Anpassung der wirtschaftlichen Produktion und der Produktstruktur führen und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern.⁷⁰

⁶⁷ Vgl., Bai Guang, „China und WTO“, China Baustoffindustrie Verlag 2002, S.272-274. (cn.)

⁶⁸ Vgl., Bai Guang, „China und WTO“, China Baustoffindustrie Verlag 2002, S.279-283. (cn.)

⁶⁹ Vgl., Bai Guang, „China und WTO“, China Baustoffindustrie Verlag 2002, S.288. (cn.)

⁷⁰ Vgl., Bai Guang, „China und WTO“, China Baustoffindustrie Verlag 2002, S.292-293. (cn.)

e. Förderung für den technologischen Fortschritt in China

Als Entwicklungsland hat China die dringende Notwendigkeit, die fortschrittlichen ausländischen Technologien einzuführen. Nach dem Eintritt in die WTO werden die Zugangbedingungen zu Hightech-Produkten und fortschrittlichen Technologien für China verbessert.⁷¹

Die Auswirkungen nach dem Beitritt Chinas in die WTO

Der Beitritt Chinas in die WTO bringt nicht nur Vorteile sondern auch Herausforderungen. In Landwirtschafts-, Finanz- und anderen Bereichen, in denen China im Vergleich zu den entwickelten Ländern große Defizite hat, wurde das Land nach dem Eintritt in die WTO durch die starke Konkurrenz vor große Herausforderungen gestellt. Die Anpassung der Industriestruktur und der Wirtschaftssysteme ist die große Herausforderung für die weitere Entwicklung der chinesischen Wirtschaft nach dem Eintritt Chinas in die WTO.⁷²

Abb.2-1. Die wichtigen Schritten im Beitritt Chinas in die WTO⁷³

30. Oktober 1947: China unterzeichnet das letzte Dokument für die UN Konferenz des Handels und der Beschäftigung. Mit der Konferenz in Genf wurde das GATT von 23 Ländern gegründet.

21. April 1948: China unterzeichnet eine vorläufige Anwendung des GATT-Protokolls.

25. Oktober 1971: Die Generalversammlung der UN stellt das legitime

⁷¹ Vgl., Bai Guang, „China und WTO“, China Baustoffindustrie Verlag 2002, S.297. (cn.)

⁷² Bai Guang, „China und WTO“, China Baustoffindustrie Verlag 2002, S.325. (cn.)

⁷³ „Financial Review“ 04.12.2006

<http://finance.21cn.com/news/cjyw/2006/12/04/3053864.shtml>

Recht der Volksrepublik China wieder her.

November 1982: China erlangt den GATT Beobachterstatus. Damit kann China an der jährlichen Tagung der Vertragsparteien teilnehmen.

11. Juli 1986: China informiert den GATT Generalsekretär und fordert, seinen Sitz als Mitgliedsland des GATT wiederherzustellen.

4. März 1987: Das GATT gründet die chinesische Arbeitsgruppe zum Vertragsparteistatus.

Februar 1988: Die erste Konferenz der chinesischen Arbeitsgruppe findet statt.

10. Oktober 1992: Die USA schließen ein „Market Access Memo“ mit China ab und geben die Zusage zur Unterstützung Chinas in seinem Bestreben, den Status der Vertragsparteien des GATT zu erlangen. Im Hinblick auf die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) bekundet China sein Interesse, als Mitglied der WTO aufgenommen zu werden.

17. bis 21. Dezember 1994: Die chinesische GATT-Arbeitsgruppe hält seine 19. Sitzung ab. China und die anderen Parteien erzielen keine Einigung hinsichtlich der Aufnahme Chinas als Gründungsmitglied der WTO.

1. Januar 1995: Die WTO wird mit 134 Mitgliedern offiziell gegründet. Sie ersetzt das GATT zur Verwaltung der Weltwirtschaft und des Welthandels.

1. Juli 1995: Die WTO entscheidet sich, China als Beobachter der Organisation anzunehmen.

5. Februar 1997: In Genf sprechen sich die Mitgliedsländer (Entwicklungsländer) der WTO in einer Erklärung dafür aus, dass sie einen möglichen früheren Beitritt Chinas zur WTO unterstützen.

1. August 1997: Die WTO-China-Arbeitsgruppe beendet das 5. Treffen in Genf. Long Zongtu verkündet, was die chinesische Regierung bisher bezüglich einer weiteren Verringerung der Zölle, der Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse und der Abschaffung der Agrarexportsubventionen unternommen hat.

10. April 1999: Chinas Außenhandelsminister und der US-Handelsbeauftragte unterzeichnen in Washington, als Vertreter der beiden Regierungen, das „chinesisch-amerikanische Landwirtschafts-Kooperationsabkommen“, das als Auftakt für den Beitritt Chinas zur WTO angesehen wird.

11. April 1999: Die USA und China geben eine gemeinsame Erklärung über den Beitritt Chinas zur WTO.

8. Mai 1999: Nach der US-Bombardierung der chinesischen Botschaft in Jugoslawien werden die WTO-Beitrittsverhandlungen Chinas unterbrochen. Vor der APEC-Sitzung (Asia-Pacific Economic Cooperation) nehmen beide Seiten den Kontakt zum Beitritt Chinas in die WTO wieder auf.

10. September 1999: Der Außenhandelsminister Chinas spricht mit dem US-Handelsbeauftragten über Chinas Beitritt zur WTO.

15. November 1999, 15:25: Es wird ein chinesisch-amerikanisches Abkommen über den Beitritt Chinas zur WTO abgeschlossen.

26. November 1999: China und Kanada schließen in Toronto ein bilaterales Abkommen über den Beitritt Chinas zur WTO ab.

30. November 1999: China nimmt an der WTO-Konferenz in Seattle als Beobachter teil.

24. Dezember 1999: China, Kuba und Venezuela beenden die bilateralen Verhandlungen über den Beitritt Chinas zu der WTO.

21. Januar 2000: China, Brasilien und Sri Lanka beschließen eine WTO-Vereinbarung.

25. bis 27. Januar 2000: China und EU führen eine Verhandlung über den Beitritt Chinas zur WTO.

27. Januar 2000: China, Kuba, Peru und Uruguay unterzeichnen das bilaterale Abkommen über den Beitritt Chinas zur WTO.

28. Januar 2000: Long Yongtu unterzeichnet im Namen Chinas mit Norwegen und Island ein Abkommen über Chinas Beitritt zur WTO in Genf.

16. Februar 2000: China und die Philippinen unterzeichnen in Manila ein bilaterales WTO-Abkommen.

17. Februar 2000: Zhu Rongji trifft sich mit dem WTO-Generaldirektor Mike Moore. Moore und die chinesische Regierung diskutieren die Fragen im Zusammenhang mit dem Beitritt Chinas zur WTO.

22. Februar 2000: China erreicht mit Indien eine förmliche Vereinbarung über den Beitritt Chinas zur WTO.

Bis 1. März 2000: Von den 36 Mitgliedern der WTO hat China schon mit 23 Mitgliedern in bilateralen Verhandlungen eine Einigung erreicht. Letztere sind: Ungarn, Tschechien, Slowakei, Japan, Korea, Pakistan, Neuseeland, Türkei, Singapur, Indonesien, Australien, Chile, den Vereinigten Staaten, Kanada, Kuba, Brasilien, Sri Lanka, Uruguay, Peru, Norwegen, Island, Philippinen und Indien. Die WTO-Mitglieder, die noch keine Einigung mit China erreicht haben, sind die EU, Argentinien, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Kirgisistan, Lettland, Malaysia, Mexiko, Polen, Schweiz und Thailand.

7. März 2000: China erreicht mit Kolumbien in Bogotá eine Einigung über den Beitritt Chinas zur WTO.

10. März 2000: China und Thailand unterzeichnen das bilaterale Abkommen über den Beitritt Chinas zur WTO. Bis zu diesem Zeitpunkt haben schon 26 Mitglieder ein bilaterales Abkommen mit China unterzeichnet.

12. März 2000: China und Argentinien verabschieden ein bilaterales Abkommen über den Beitritt zur WTO.

17. März 2000: China und Malaysia schließen die WTO-Beitrittsverhandlungen ab.

20. März 2000: Die EU versichert, dass die Wahlergebnisse Taiwans die WTO-Verhandlungen mit China nicht beeinflussen werden.

24. März 2000: Der Chefunterhändler Long erreicht mit Polen und Kirgisistan ein bilaterales Abkommen über den Beitritt Chinas zur WTO.

28. bis 31. März 2000: Die dritte Runde der Beitrittsverhandlungen mit der EU findet statt. Obwohl einige Fortschritte in den Verhandlungen erreicht werden, wird kein endgültiges bilaterales Abkommen geschlossen. Die großen Unterschiede zwischen beiden Seiten sind der Öffnungsgrad der chinesischen Telekommunikation und der Versicherungs-Märkte. Die EU verlangt größere Zugeständnisse als die USA im Jahr 1999 in der Vereinbarung mit China erreicht hat.

12. April 2000: China und Malaysia unterzeichnen ein bilaterales Abkommen über den Beitritt Chinas zur WTO.

15. Mai 2000: Der EU-Handelskommissar Pascal Lamy beginnt in Peking die 4. Runde der China-EU-WTO-Verhandlungen.

16. Mai 2000: In Genf schließen China und Lettland ein bilaterales WTO-Abkommen ab.

19. Mai 2000: China und die EU erreichen Einverständnis über den Beitritt Chinas zur WTO. Bis zu diesem Zeitpunkt haben nur Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Mexiko und die Schweiz noch kein bilaterales Abkommen mit China geschlossen.

28. Juli 2000: Der für Handel zuständige Kommissar der EU, Pascal Lamy, verkündet, dass die EU auf einen früheren WTO-Beitritt Chinas hoffe.

November 2000: China und die EU unterzeichnen ein bilaterales Abkommen.

9. bis 21. Juni 2001: Die USA und die EU erreichen mit China einen umfassenden Konsens über die noch offenen Fragen der multilateralen

Verhandlungen zum Beitritt Chinas zur WTO.

13. September 2001: China einigt sich mit Mexiko auf ein bilaterales Abkommen zum Beitritt Chinas zur WTO. Zu diesem Zeitpunkt hat China mit allen WTO-Mitgliedern die bilateralen Marktzugangs-Verhandlungen abgeschlossen.

17. September 2001: Die WTO-Arbeitsgruppe Chinas unterzeichnet ein Abkommen, damit das Protokoll und die Anlagen formell genehmigt werden.

10. November 2001: Die WTO stimmt über den Beitritt Chinas zur WTO ab und nimmt China als Mitglieder der WTO an.

11. Dezember 2001: China tritt offiziell der WTO als 143. Mitglied bei.

2.2.2. Das internationale Währungssystem

Der Status des US-Dollar im internationalen Währungssystem.

Der Präsident der chinesischen Zentralbank Zhou Xiaochuan veröffentlichte am 23. März einen Artikel mit dem Titel „Gedanken zu der Reform des internationalen Währungssystems“ auf der offiziellen Webseite der Zentralbank. In diesem Text gab er „Das ideale Ziel der Reform des internationalen Währungssystems“ aus, nämlich „die Schaffung einer internationalen Leitwährung, die von den souveränen Ländern getrennt wird und die langfristige Stabilität gewährleisten kann.“⁷⁴ Das hat die Diskussion über die Reform des internationalen Währungssystems und den US-Dollar

74 Zhou Xiaochuan, „Finanznachrichten“, 23.03.2009 (cn.)

als wichtigste Währung für den Internationalen Zahlungsausgleich und Reservewährung wieder aufleben lassen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg besaßen die Vereinigten Staaten als Welt-Supermacht drei Viertel der gesamten weltweiten Goldreserven und fast die Hälfte des globalen BIP. Im Jahr 1944 beschlossen 44 Länder in Bretton Woods in den USA auf der Internationalen Währungs- und Finanz-Konferenz, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), den Internationalen Währungsfonds sowie ein System fester Wechselkurse (das sogenannte Bretton-Woods-System), bei dem der US-Dollar mit Gold und die Währungen anderer Länder mit dem US-Dollar gekoppelt werden, zu gründen. Der Dollar wurde damit zur einzigen internationalen Währung nach dem Krieg.

Das System fester Wechselkurse spielte eine wichtige Rolle beim wirtschaftlichen Wiederaufbau und der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Bretton-Woods-System gewährte für lange Zeit die Stabilität des Weltwährungssystems. Aber Konflikte und Probleme (wie das „Triffin-Dilemma“⁷⁵) führten schließlich zum Zusammenbruch dieses Systems.

Zur Erhöhung ihrer Geldmengen mussten Staaten unter diesem System Dollarreserven zur Deckung anlegen. Für die USA gestaltete es sich problematisch, immer mehr Gold zur Deckung dieser nachgefragten Dollar zurückzuhalten. Dadurch entstand eine immer größere Dollarmenge, die nicht durch Gold gedeckt waren. Im Falle eines Rücktauschs der US-Dollar anderer Länder gegen Gold bestand für die USA das Problem, nicht genug

75 Das Triffin-Dilemma (nach Robert Triffin, 1959) zeigt einen Konstruktionsfehler des Bretton-Woods-Systems auf. Bedingt durch die begrenzten Goldbestände ist eine für den weltweiten Handel benötigte Liquidität nur durch die Freisetzung zusätzlicher US-Dollar möglich. Dadurch aber entstehen den USA Defizite in der Zahlungsbilanz.

Goldreserven für die entsprechende Summe an US-Dollar zur Verfügung zu haben.

Auf Anordnung des Bretton-Woods-Systems akkumulierten die Länder Dollar als Devisenreserven. Der Prozess der Akkumulation von US-Dollar verursacht das US-Defizit in der Bilanz. Auf der einen Seite sank der Leistungsbilanzüberschuss der USA bis zum Handelsbilanzdefizit. Auf der anderen Seite bezieht seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts das starke Wirtschaftswachstum in Europa und Japan eine große Zahl von US-Direktinvestitionen und Krediten. So ist das US-Defizit des Kapitalprojekts ebenfalls deutlich gestiegen. Ende der sechziger Jahre hatte die USA wegen des Vietnam-Kriegs ein riesiges Haushaltsdefizit. Als die Auslandsschulden der USA die US-Goldreserven überstiegen, wurde das fixe Wechselkurssystem zwischen US-Dollar und Gold mehr und mehr in Frage gestellt. Am 15. August 1971 hat die US-Regierung die Verpflichtungen des Tauschs zwischen US-Dollar und Gold gekündigt. Das 26 Jahre andauernde Bretton-Woods-System wurde damit beendet.

Um den Status des Dollars als internationale Währung zu halten, hat die USA wenig Interesse an irgendeiner neuen internationalen Währung, einschließlich der Verwendung von Special Drawing Rights (SDR). Das System des frei schwankenden Wechselkurses wurde installiert.

Im frei schwankenden Wechselkurs geführten internationalen Währungssystem spielt der US-Dollar weiterhin eine wichtige Rolle. Als die weltweit stärkste Wirtschaftsmacht bleibt der US-Dollar in der internationalen Regelung und internationalen Zahlungen das wichtigste internationale Zahlungsmittel. Die meisten Waren, insbesondere Öl, Nahrungsmittel, Schwermetalle und andere Massengüter, werden immer noch in Dollar abgerechnet. Mehr als 60% der Anteile an internationalen

Reserven sind in Dollar angelegt.⁷⁶ Wenn die Welt weiterhin US-Dollar akkumulieren, wird für die USA unweigerlich weiterhin das riesige Handelsdefizit bestehen. In diesem Sinne sind wir wieder im Grundproblem des Bretton-Woods-Systems.

Die globale Finanzkrise ist eine weitere große Auswirkung des internationalen Status des US-Dollars. Die Krise führt dazu, dass der US-Anteil in der Weltwirtschaft weiter sinkt. Die Bewertungsstudie ergab, wenn die Wirtschaft der dominanten Währung ihren Anteil in der Weltwirtschaft um 1% verändert, wird sich ihr Anteil in den internationalen Reserven um 1,33 % verändern.⁷⁷ Die Senkung der Anteile der US-Wirtschaft in der internationalen Wirtschaft wird zweifellos den Status des US-Dollar als dominante Währung beeinflussen. Die Einstellung des US-Finanzsystems verringert die Attraktivität von Dollar-Anlagen, und die langfristigen Inflationsaussichten in den USA sind nicht förderlich für die Stabilität des US-Dollar.

Am 18. März 2009 hat die Federal Reserve entschieden, bis zu 300 Milliarden Dollar langfristige US-Staatsanleihen und weitere 750 Milliarden US-\$ von Sonstige Anleihen zu kaufen.⁷⁸ Dies ist das erste Mal seit 40 Jahren, dass die Federal Reserve Staatsanleihen kauft. Das verschlechtert weiter die Stabilität des US-Dollars und ist ein schwerer Schlag für das Vertrauen der Investoren in US-Staatsanleihen und Dollar.⁷⁹

In seinem Text "Gedanken zur Reform des internationalen

⁷⁶ Vgl. Cao Jinling „Dollar Anteil an der weltweiten Währungsreserven“ 02.07.2010 „First Financial Daily“(cn.)

⁷⁷ Vgl. Wang Yuan, „Das Einflusse der globalen Finanzkrise auf das internationale Währungssystem“ <http://qkzz.net/article/bb1572e6-d556-43d7-86c3-cee654c586df.htm> (cn.)

⁷⁸ Dirk Müller, „FED wirft Druckerpresse an“ 18.03.2009 Cashkurs, [http://www.cashkurs.com/Detailansicht.80.0.html?&cHash=9d9f9be744&tx_t3blog_pi1\[daxBlogList\]\[showUid\]=1389](http://www.cashkurs.com/Detailansicht.80.0.html?&cHash=9d9f9be744&tx_t3blog_pi1[daxBlogList][showUid]=1389)

⁷⁹ Zhou Xiaochuan, „Finanznachrichten“, 23.03.2009 (cn.)

Währungssystemen" sagte der Präsident der chinesischen Zentralbank Zhou Xiaochuan, „Die Krise hat uns gewarnt, dass nur durch eine kreative Reform und Verbesserung des bestehenden internationalen Währungssystems und Förderung der stabilen internationalen Leitwährung die globale wirtschaftliche und finanzielle Stabilität gewahrt werden kann.“⁸⁰

Um dem systematischen Mangel, die Ursache die Souveränitätswährung als Reservewährung ist, zu vermeiden, ist die Schaffung einer internationalen Reservewährung, die von den souveränen Ländern getrennt wird und die langfristige Stabilität halten kann, das ideale Ziel für die Reform des internationalen Währungssystems.

Die Idee der „Super-Souveränitäts-Reservewährung“ gibt es seit langem. In den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts hatte Keynes bereits die Idee einer internationalen Währungseinheit "Bancor", die auf dem Wert von 30 repräsentativen Produkten basierte. Leider wurde dieses System nicht in Kraft gesetzt. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems zeigt, dass der Ansatz von Keynes vielleicht doch weitsichtiger war.

Bereits mit dem Erkennen der Mängel des Bretton-Woods-Systems schuf der IWF im Jahre 1969 die Special Drawing Rights (SDR). Leider hat sich die Rolle der SDR wegen des Verteilungsmechanismus und der Nutzungsbeschränkungen noch nicht voll entfalten können.

Die „Super-Souveränitäts-Reservewährung“ kann nicht nur das Risiko der souveränen Währung überwinden sondern bietet auch die Möglichkeit, die globale Liquidität zu regulieren. Eine internationale Reservewährung, die von einer globalen Institution verwaltet wird, ermöglicht die Erstellung und die Kontrolle der globalen Liquidität.

⁸⁰ Zhou Xiaochuan, „Finanznachrichten“, 23.03.2009 (cn.)

Die SDR hat den Charakter und das Potenzial einer „Super-Souveränitäts-Reservewährung“. Das ist auch förderlich für den IMF, um die Schwierigkeiten, die der IMF in seiner Reform im Bereich Finanzierung, Beschlussfassung usw. getroffen hat, zu überwinden.

Zhou Xiaochuan macht zur SDR Vorschläge in vier Bereichen:

- Förderung der Clearing-Beziehungen zwischen der SDR und anderen Währungen. Die Situation, dass momentan die SDR nur im internationalen Zahlungsausgleich zwischen den Regierungen und den internationalen Organisation verwendet werden kann, zu ändern, damit die SDR als ein akzeptiertes Zahlungsmittel in den internationalen Handels- und Finanztransaktionen verwendet werden kann.
- Förderung der Preiskalkulation der SDR im Bereich des internationalen Handels, der Rohstoffpreise und den Investitionen.
- Förderung der Schaffung von Vermögen in SDR.
- Weitere Verbesserung des SZR-Werts und des Herausgabe-Modus. Der Warenkorb des SDR-Werts sollte auf die weltweit größten Wirtschaftsmächte ausgeweitet werden.

Zhou Xiaochuan hat auch vorgeschlagen, dass der IWF eine neue Rolle einnehmen könnte - einen Teil der Reserven seiner Mitglieder zu verwalten und einen marktbasierten Open End Funds zu bilden.

Zhou Xiaochuan ist nicht der einzige, der diese Meinung vertritt. Am 16 März 2009 wurde auf der Website der russischen Präsidentschaft ein Vorschlag, der beim finanziellen G20-Gipfel unterbreitet wurde, veröffentlicht. Dieser Vorschlag schließt die Einführung der SDR als einer "supranationalen Reservewährung" mit ein. Bei der G20-Finanzminister und Zentralbankpräsidenten-Sitzung im Vereinigten Königreich am 14 März 2009 veröffentlichten die "BRIC" Länder, einschließlich Russland, China,

Indien und Brasilien, in einer gemeinsamen Erklärung ein Dokument, in dem sie mit Nachdruck eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen empfehlen.⁸¹

Die Gründung des Euro 1999 und der Aufstieg der Schwellenländer in den letzten Jahrzehnten stellen die wichtigsten Ereignisse für die aktuelle Weltwirtschaft dar. In den nächsten Jahrzehnten kann mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem relativen Niedergang der US-Wirtschaft ausgegangen werden. Auf der einen Seite wird wegen des langfristigen US-Handelsdefizits ein Prozess der Anpassung des Währungswerts beginnen. Auf der anderen Seite spielen die Währungen der Schwellenländer in dem internationalen Währungssystem eine zunehmend wichtigere Rolle. Der Anteil des US-Dollars wird in den internationalen Transaktionen schrittweise sinken.

Mit der Einführung des Euro und der stabilen Geldpolitik der europäischen Zentralbank (EZB) steigt die Bedeutung des Euro im internationalen Währungssystem schrittweise an. Diese Änderung lässt sich deutlich an den Statistiken der ländlichen offiziellen Reserven des IWF ablesen. Von Ende 2000 bis zum Ende des zweiten Quartals 2008 sank der Anteil der Dollar-Reserven in den Industrieländern von 73% auf 68% und der Anteil der Euro-Reserven in den Industrieländern stieg von 17% auf 23%. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Dollar-Reserven in den Entwicklungsländern von 70% auf 59% und der Anteil der Euro-Reserven stieg von 19% auf 29%.⁸²

Obwohl die globale Finanz- und Wirtschaftskrise Turbulenzen in die internationale Wirtschaft brachte, hält der Euro seinen Status als weltweit

⁸¹ Zhou Xiaochuan, „Finanznachrichten“, 23.03.2009 (cn.)

⁸² „Der Einfluss der globalen Finanzkrise auf das internationale Währungssystem“ <http://www.lunwen32.com/post/287.html> (cn.)

zweitgrößte Reserve-Währung in der internationalen Wirtschaft im Wesentlichen auf einem konstanten Niveau. Im Geschäftsbericht der europäischen Zentralbank 2009 stieg der Anteil des Euro an den internationalen Devisenreserven von 27% im Vorjahr auf 27,3% im Jahr 2009.⁸³

Als die weltweit zweitgrößte Währung hat der Euro beim Ausbau seines Status im internationalen Währungssystem viele Einschränkungen. Im Vergleich zum amerikanischen hat der europäische Finanzmarkt immer noch einen großen Abstand. Die Integration der Finanzmärkte im Euroraum ist noch nicht vollständig realisiert. Es gibt weiterhin noch relativ hohe Kosten bei grenzüberschreitenden Finanzgeschäften und Dienstleistungen sowie keine einheitliche Rendite. Diese Probleme sind zu beseitigen, damit externe Investoren ihre Vermögenswerte in Euro zu halten. Einige langfristige Probleme in der Entwicklung der EU beeinflussen auch die Attraktivität des Euro. Die langfristige wirtschaftliche Wachstumsrate der EU ist niedriger als die der Vereinigten Staaten. Die EU hat viel größere Probleme bei der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung als die USA. Diese Punkte werden auch die langfristige Rendite von Vermögenswerten in Euro beeinflussen.⁸⁴

Darüber hinaus spielt der reibungslose politische Integrationsprozess der Nationalstaaten in die Europäische Union eine wichtige Rolle für den internationalen Einfluss der eigenen Währung. Dies erhöht auch die Unsicherheit des Euro. Eine stabile Entwicklung der europäischen Integration und der europäischen Wirtschaft ist sehr wichtig für die Rolle, die der Euro im internationalen Währungssystem spielen wird.

⁸³ http://finance.ce.cn/rolling/201007/15/t20100715_15963260.shtml

⁸⁴ Han Xiping, „EU sozialen und wirtschaftlichen Struktur“, Verlag der Jilin Universität 2008, S.134. (cn.)

In den nächsten Jahrzehnten ist der wahrscheinlichste Trend des internationalen Währungssystems eine Diversifikation. Dollar, Euro und die Währungen von anderen großen Wirtschaftsmächten können als Devisenreserven verwendet werden. So wie in der Geschichte würden Gold und Silber oder Dollar und Pfund gleichzeitig als Devisenreserven verwendet. Und natürlich besteht darüber hinaus auch die Möglichkeit, dass durch die Verstärkung der Koordinationsmechanismen im Internationalen Währungssystem die SDR eine wichtige Rolle spielen wird.

2.2.3. Handelsbeziehungen

2.2.3.1. USA

Die Beziehung zwischen China und den USA waren eine der wichtigsten Beziehungen zwischen den Weltstaaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Am Anfang des 21. Jahrhunderts, während die Wirtschaft Chinas schnell an Stärke gewann, spielte die China-USA-Beziehung eine zunehmend wichtige Rolle in den internationalen Beziehungen. Die China-USA-Beziehungen haben mittlerweile weit über den Rahmen der bilateralen Beziehungen hinaus auch eine immer wichtigere globale Bedeutung bekommen. Im Hinblick auf die Globalisierung der Wirtschaft und die Multi-Polarisierung der Politik sind China und die USA die zwei weltweit einflussreichsten Großmächte. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern hat eine gewaltige Auswirkung auf die globale wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Struktur.

Am 23. Februar 1784 verließ das 360-Tonnen-Hochsee-Segelschiff "Kaiserin von China" unter Leitung des Kapitän Green mit 40 Tonnen amerikanischem Ginseng den Hafen von New York nach China. Dies stellt

den Auftakt der China-USA-Beziehungen dar.⁸⁵

Nach dem zweiten Weltkrieg können die Beziehungen zwischen China und den USA in zwei geschichtliche Perioden eingeteilt werden.

Seit der Gründung der Volksrepublik China 1949 bis Anfang der 70er Jahre wurden die Beziehungen zwischen China und den USA durch den Kalten Krieg überschattet. Die bilaterale Beziehung bestand in gegenseitiger Feindschaft, die mitunter sogar in direkte oder indirekte militärische Konflikte mündete.

1972 wurde die "chinesisch-amerikanische Joint Communiqué Shanghai" eröffnet, beide Seiten haben die Haltung der Konfrontation geändert. Damit begann der Prozess der Normalisierung. Im Dezember 1978 veröffentlichten beide Seiten das diplomatische Kommuniqué. Damit erreichten die China-USA-Beziehungen ihre Normalisierung und eine neue historische Epoche.

Die bilateralen Beziehungen haben sich seitdem schnell entwickelt. Der bilaterale politische, wirtschaftliche, militärische, kulturelle und personelle Austausch wurde von beiden Seiten gefördert. Im Vergleich zu der Zeit des Kalten Krieges haben sich die Beziehungen zwischen China und den USA in allen Bereichen deutlich entwickelt. In den späten 80er und Anfang 90er Jahre hat ein erneuter Wandel in den China-USA-Beziehungen stattgefunden.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion stellt China das weltweit größte Land mit kommunistischer Regierung dar. Die Ideologien und Werte zwischen China und den USA weisen große Unterschiede auf. Als die einzige Supermacht

85 Tao Wenzhao, „Geschichte der China-USA Beziehungen“, Verlag der sozialen Wissenschaft 2009, S.36. (cn.)

halten es die Vereinigten Staaten für wichtig, das Emporkommen neuer Rivalen, die eine neue strategische Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellen können, zu verhindern. Dies soll dem Ziel dienen, den "speziellen" Status der USA zu sichern und das Machtverhältnis nach dem Kalten Krieg zugunsten der USA zu konsolidieren. Mit seiner kontinuierlichen wirtschaftlichen Entwicklung ist China der größte potenzielle Konkurrent der USA geworden. Das strategische Ziel Chinas ist ein starkes und einheitliches China zu erreichen. Dies weckt Befürchtungen der USA, dass die Entwicklung Chinas eine Bedrohung für den speziellen Status der USA bedeuten könne. Dies wiederum führt zu Widersprüchen und Differenzen in den Beziehungen zwischen China und den USA.⁸⁶

Die China-USA-Beziehung ist eine der wichtigsten bilateralen Beziehungen weltweit. Es gibt viele Faktoren, die die China-USA-Beziehungen beeinflussen, wie die Lage der internationalen Beziehungen, die Wirtschaft und Ideologie, die Geopolitik, die nationalen Interessen usw..

Zwischen China und den USA gibt es viele gemeinsame strategische Interessen. Die Vereinigten Staaten sind das weltweit größte Industrieland. China ist das weltweit größte Entwicklungsland mit einem kontinuierlichen und überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum. Beide Länder tragen eine große Verantwortung für die Entwicklung und Stabilität in Asien und der ganzen Welt. China und die USA haben in vielen wichtigen globalen und regionalen Fragen gemeinsame Interessen. Es gibt eine breite Basis für die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Im wirtschaftlichen Bereich gibt es besonders große Perspektiven für die Zusammenarbeit zwischen China und den USA. Natürlich bestehen weiterhin viele negative Faktoren in den bilateralen Beziehungen wie Menschenrechte, Handelsungleichgewicht und die Taiwan-Frage. Die Taiwan-Frage betrifft die Integrität der chinesischen

⁸⁶ Vgl. Tao Wenzhao, „Geschichte der China-USA Beziehungen“, Verlag der sozialen Wissenschaft 2009, S.54-67. (cn.)

Souveränität und sein Territorium. Sie stellt das größte Hindernis für die Entwicklung der Beziehungen zwischen China und den USA und das sensibelste Thema dar, das zu direkten Konflikten zwischen beiden Seiten führen könnte. Eine stabile und gut entwickelte Beziehung zwischen China und den USA ist für die Außenpolitik beider Seiten und die Stabilität der internationalen Beziehungen von großer Bedeutung.⁸⁷

Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen als die älteste Methode der menschlichen Kommunikation spielen in den China-USA-Beziehungen eine wichtige Rolle.

Die Vereinigten Staaten sind zweitgrößter Handelspartner und der zweitgrößte Exportmarkt Chinas. China auf der anderen Seite ist der zweitgrößte Handelspartner, drittgrößter Exportmarkt, der größte Importmarkt der USA sowie die größte Quelle des Handelsdefizits der USA. Die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen China und den USA spielt eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Länder. Die bilateralen Handelsbeziehungen weisen zwei Hauptmerkmale auf: die schnell fortschreitende Entwicklung und die erhöhte Reibung.

1. Der Status der Handelsbeziehungen zwischen China und den USA

(1) Der Kontinuierliche Ausbau der bilateralen Handelsbeziehungen und die gegenseitige Beziehung als wichtige Handelspartner

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 1979 stieg das bilaterale Handelsvolumen zwischen China und der USA von ca. 2 Milliarden US-\$ im Jahr 1979 auf 302 Milliarden US-\$ im Jahr 2007, ein

⁸⁷ Vgl., Gu Guoliang, „Die Beziehungen zwischen China und den USA“, Social Sciences Academic Press 2010, S.163-172. (cn.)

150-facher Anstieg in 28 Jahren. Nach der chinesischen Zollstatistik betrug das China-USA-Handelsvolumen im Jahr 2007 302 Milliarden US-\$, ein Anstieg von 15% im Vergleich zum Vorjahr, und besaß damit einen Anteil von 13,9% an den gesamten Importen und Exporten Chinas. Damit stiegen die Vereinigten Staaten zum zweitgrößten Handelspartner Chinas auf. Der chinesische Export in die USA im Jahr 2007 betrug 232,7 Milliarden US-\$. Dies entspricht einem Anstieg von 14,4% im Vergleich zum Vorjahr. Damit gingen 19,1% der gesamten chinesischen Ausfuhren in die USA. Damit wurden die Vereinigten Staaten zweitgrößter Exportmarkt Chinas. Importe aus den Vereinigten Staaten betrugen 69,4 Milliarden US-\$, mit einem Anstieg von 17,2% im Vergleich zum Vorjahr. Dies waren 7,3% der gesamten Einfuhren Chinas. Damit wurden die Vereinigten Staaten der sechstgrößte Importmarkt Chinas.

Nach US-Zollstatistik im Jahr 2007 hat China Kanada übertroffen und ist zum größten Import-Partner der USA aufgestiegen. Die Einfuhren aus China betrugen 16,5% der gesamten US-Importe. China übertraf somit Japan und wurde zum drittgrößten Exportmarkt der USA.⁸⁸

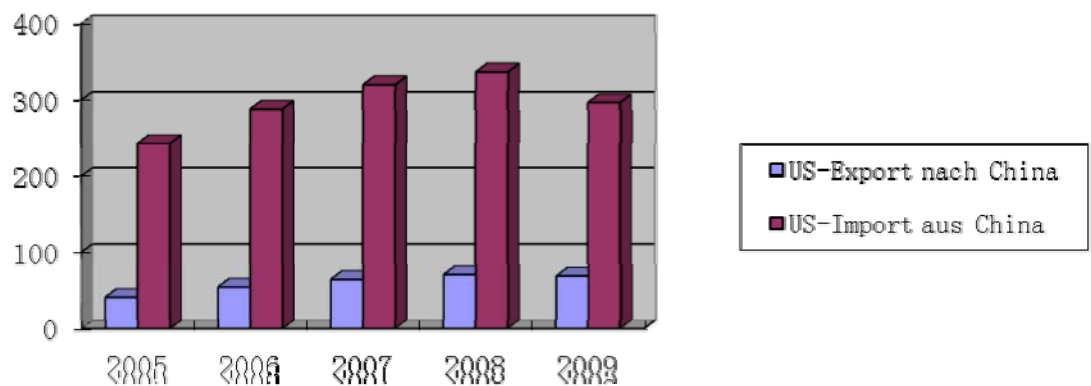
(2) Der weitere Anstieg des Handelsbilanzdefizits

Während der kontinuierlichen Entwicklung des Handelsvolumens zwischen China und den USA hat sich der Status des Handels zwischen beiden Seiten seit 1993 vom Handelsdefizit zum Handelsüberschuss Chinas verändert. Seitdem steigt der Handelsüberschuss Chinas gegenüber den USA kontinuierlich. Nach chinesischen Statistiken betrug der chinesische Handelsbilanzüberschuss des China-USA-Handels im Jahr 2007 163 Milliarden US-\$, ist also um 13,2% gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

⁸⁸ Vgl., Gu Guoliang, „Die Beziehungen zwischen China und den USA“, Social Sciences Academic Press 2010, S. 87-94. (cn.)

Damit sind die Vereinigten Staaten zur zweitgrößten Quelle des chinesischen Handelsüberschusses geworden. Nach US-Statistiken betrug das Handelsvolumen zwischen China und den USA im Jahr 2007 386,8 Milliarden US-\$. Dies entspricht einem Anstieg von 12,8% gegenüber dem Vorjahr. Davon betrug der US-Export nach China 65,2 Milliarden US-\$, die Einfuhr aus China 321,5 Milliarden US-\$ bei einem Defizit von 256,3 Milliarden US-\$. Damit ist China das größte Herkunftsland des Handelsdefizits der Vereinigten Staaten.⁸⁹

Abb.2-2. Die US-Exporte und -Importe mit China 2005-2009 (in Milliarden US-\$)



2. Die wichtigsten Hindernisse und Probleme in den Handelsbeziehungen zwischen China und den USA

Mit der schnellen Entwicklung der Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit zwischen China und den USA steigt auch die Handelsreibung zwischen den beiden Seiten. Die größten Hindernisse und Probleme in den bilateralen Handelsbeziehungen stellen

⁸⁹ Vgl., Gu Guoliang, „Die Beziehungen zwischen China und den USA“, Social Sciences Academic Press 2010, S.96-102. (cn.)

⁹⁰ Vgl. Die Statistiken vom US Department of Commerce, <http://countryreport.mofcom.gov.cn/record>

Handelsbilanzdefizit, Wechselkurs, Produktsicherheit, Schutz des geistigen Eigentums, Antidumping und Antisubvention dar.

(1) Handelsbilanzdefizit

In der Handelsbeziehung zwischen China und den USA wachsen der Handelsüberschuss Chinas und das Handelsdefizit der USA stetig an. Dafür gibt es neben der schnellen Entwicklung der chinesischen Wirtschaft auch weitere Ursachen.

a. Unterschiedliche statistische Methoden beider Seiten

Auf beiden Seiten existieren unterschiedliche statistische Berechnungsmethoden. Die USA zum Beispiel schlagen den Transithandel von Hongkong dem China-USA-Handel zu. Im Jahr 2006 betrug das Transithandelsvolumen zwischen Hongkong und den USA 435,4 Milliarden US-\$. In der Tat besteht ein Teil dieses Transithandels aus Produkten anderer Länder. Von der chinesischen Seite hingegen wird dies nicht als Export aus China gerechnet. Auch die statistischen Methoden zur Erhebung der Preise der Import- und Export-Produkte weisen Unterschiede auf. Die US-Statistiken nutzen FOB (frei an Bord, anzugebender Ort: vereinbarter Verladehafen) als Importpreis, während als Einfuhrpreis vom CIF (Kosten, Versicherung und Fracht bis zum Bestimmungshafen, anzugebender Ort: vereinbarter Bestimmungshafen) genommen wird. Damit werden die Transport- und Versicherungskosten ins US-Handelsdefizit eingerechnet. Das trug in gewissem Maße auch zur Vergrößerung des US-Handelsdefizits bei.

b. Auswirkungen auf den Handel von ausländischen Direktinvestitionen

Nach der Theorie der ausländischen Direktinvestition haben die ausländischen Direktinvestitionen in ihrem Heimatland den Effekt der

Export-Substitution.⁹¹ Bis Ende 2007 machen die US-Direktinvestitionen in China insgesamt ca. 56.7 Milliarden US-\$ aus. Zudem wurden bis Ende 2007 54.800 US-Unternehmen in China gegründet. Die Produkte der US-Unternehmen wurden vor allem auf dem chinesischen Markt oder in den chinesischen Nachbarländern und Regionen verkauft. Viele US-Unternehmen produzieren ihre Produkte in China und verkaufen die Produkte auf dem chinesischen Markt. Diese ersetzen die importierten Waren aus den Vereinigten Staaten. Nach Statistik des Ministeriums für Handel betrugen die Umsätze der US-Unternehmen in China im Jahr 2006 auf dem Chinesischen Markt ca. 120 Milliarden US-\$, und das Exportvolumen in die Nachbarländer und -regionen Chinas 80 Milliarden US-\$.⁹²

Darüber hinaus kommt es auch zur Umleitung der Handelsbilanz durch Direktinvestitionen aus einem Drittland. Seit der Reform und Öffnung kommen fast 70% der ausländischen Investitionen Chinas aus Ostasien. Damit wird ein Hauptteil der Produktion der Exportwaren, die in die USA exportiert werden, auch in China gehandelt. Das US-Handelsdefizit mit dem gesamtpazifischen Raum hat sich kaum verändert. Allerdings hat sich der Anteil Chinas daran beständig vergrößert. Das Resultat: Das US-Handelsdefizit des USA-China-Handels steigt, das des USA-Ostasien-Handels (ohne China) sinkt. Der Handelsüberschuss Chinas im Handel zwischen China und den USA steigt. Das Handelsdefizit Chinas im Handel zwischen China und Ostasien steigt. Nach der chinesischen Zollstatistik betrug der Handelsbilanzüberschuss Chinas 2007 im Handel

⁹¹ Xu Danhong, „Die Zusammenfassung der Theorie der ausländischen Direktinvestitionen“, Finanz Verlag 2004, S.58-62. (cn.)

⁹² Xiong Zhiyong, „60 Jahre China-USA Beziehungen“, Volks Verlag 2009, S.79-81. (cn.)

zwischen China und den USA 163,3 Milliarden US-\$, das Handelsdefizit zwischen China und den ostasiatischen Regionen 171,3 Milliarden US-\$.⁹³

c. Verarbeitungshandel

Der Verarbeitungshandel ist die wichtigste Handelsart. 70% der chinesischen Exportwaren in die USA kommen vom Verarbeitungshandel. Viele Exportwaren stammen ursprünglich aus den USA, Japan und Korea. Sie werden in China nur zusammengebaut. Die chinesischen Beiträge besitzen nur einen sehr kleinen Prozentsatz des gesamten Werts der Produkte. zum Beispiel viele Laptops, die China in die USA exportiert, werden in einer koreanischen Firma in China zusammengebaut. Die CPU und Software stammen hingegen aus den USA. Die Festplatte wird aus Japan angeliefert. Das Display ist aus Korea, die Soundkarte aus Singapur usw. Die chinesischen Beiträge zu diesem Laptop betragen weniger als 30%. Mit den Ursprungsregeln wird ein solcher Laptop als „made in China“ deklariert. Der Zollwert des gesamten Laptops wird dem chinesischen Exportvolumen angerechnet.⁹⁴ Auf diese Weise kann natürlich nicht die tatsächliche Situation des Handels wiedergegeben werden.

d. Die US-Beschränkung auf Hightech-Produkte

Die chinesischen Hauptexportwaren sind arbeitsintensive Produkte und Konsumgüter. Die US-Haupt-Exportwaren sind Hightech-Produkte. Mehr als 80% des Spielzeugs, 85% der Schuhe und 40% der Kleidung im US-Markt sind aus China.⁹⁵ China muss beispielsweise 50 Millionen Paar Schuhe in die USA verkaufen, damit China ein Boeing 747-Flugzeug aus den USA kaufen kann. Der Grund, warum es ein riesiges US-Handelsdefizit

⁹³ Xiong Zhiyong, „60 Jahre China-USA Beziehungen“, Volks Verlag 2009, S.82. (cn.)

⁹⁴ Hai Wen, „Die internationale Handel“, Shanghai Volks Verlag 2003, S.172. (cn.)

⁹⁵ Zhang Yansheng, „Die Analyse des Chinesisch-amerikanischen Handelsbilanzüberschuss“, Chinesische Finanz Verlag 2006, S.122-123. (cn.)

gibt, liegt in der unvollständigen Nutzung des US-Handelsvorteils. Bei dem US-Export nach China besonders bei den Hightech-Produkten gibt es eine Reihe von Kontroll- und Beschränkungssystemen. So bestehen für eine Reihe von Hightech-Waren Exportverbote nach China. Am 15. Juni 2007 hat das US-Department of Commerce eine neue Liste zur Export-Steuerung veröffentlicht. Darunter befinden sich Flugzeugmotoren, moderne Navigationssysteme, Laser, Unterwasserkameras, Antriebe sowie 20 weitere Kategorien von US-High-Tech-Produkten, die nicht nach China exportiert werden dürfen.⁹⁶

(2). RMB-Wechselkurs

Das wachsende US-Handelsdefizit verstärkt den Streit zwischen China und den USA beim Thema RMB-Wechselkurs. Beide Seiten haben seit langer Zeit unterschiedliche Auffassungen in der Frage des RMB-Wechselkurses. Es bestanden immer große Meinungsunterschiede zwischen beiden Seiten. Die Vereinigten Staaten konzentrieren sich auf das Thema "Beseitigung des Handels-Ungleichgewichts". Die Meinung der US-Seite ist, dass der unterschätzte RMB-Wechselkurs das Ungleichgewicht im Handel beider Länder verursacht. China konzentriert sich auf das Thema des "widersetzten Protektionismus". Die Meinung Chinas ist, dass die Ursache des Ungleichgewichts des China-USA-Handels nicht im RMB-Wechselkurs sondern in den Problemen der eigenen Wirtschaftsstruktur der USA liegt. Die Vereinigten Staaten besitzen Handelsbilanzdefizite mit 90 Ländern. Sich nur auf den RMB-Wechselkurs zu konzentrieren, könne das Problem des US-Handelsdefizits nicht lösen.⁹⁷

(3). Produktsicherheit und Schutz des geistigen Eigentums

⁹⁶ Zhang Yansheng, „Die Analyse des Chinesisch-amerikanischen Handelsbilanzüberschuss“, Chinesische Finanz Verlag 2006, S.125. (cn.)

⁹⁷ Vgl., Xiong Zhiyong, „60 Jahre China-USA Beziehungen“, Volks Verlag 2009, S.189-192. (cn.)

Der Schutz geistigen Eigentums ist ein langfristiges Problem im Handelsstreit zwischen China und den USA. Im Jahre 1992 unterzeichneten beide Seiten das "China-USA-Memorandum des Verständnisses über den Schutz geistigen Eigentums". Beide Seiten versuchten durch bilaterale Konsultationen die Widersprüche und Reibungen im Bereich des geistigen Eigentums zu lösen. Nach dem Eintritt Chinas zur WTO werden die Streitigkeiten im Bereich des Schutzes des geistigen Eigentums durch das multilaterale WTO-Streitbeilegungsverfahren behandelt.⁹⁸

(4). Antisubventionen und Antidumping

2009 hat China Deutschland überholt und ist damit der Exportmeister geworden. Aber die chinesischen Exportprodukte sind hauptsächlich Landwirtschaftsprodukte, Textilien, Stahl, chemische, elektrische und mechanische arbeitsintensive Produkte. Nur ein kleiner Teil davon sind kapitalintensive Hightech-Produkte. Die erstgenannten Produkte haben einen geringen Zusatzwert und sind oft von Problemen der Antisubventionen und Antidumping betroffen. Nach Statistik der WTO waren 2008 34% der Antidumping Verfahren gegen China. Davon sind viele von dem Handel zwischen China und den USA. Besonders nach dem Ausbruch der internationalen Finanzkrise steigt der Protektionismus in vielen Ländern. Es gibt immer mehr Antisubventionen, Antidumping und andere Schutzmaßnahmen in dem Handel zwischen China und den USA.⁹⁹

Der WTO-Bericht hat gezeigt, dass China am häufigsten Gegenstand der Anti-Dumping-Ermittlungen war. Wenn Dumping festgestellt wurde, wird ein höherer Zoll auf diese Produkten erhoben, damit sie die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt verlieren, und so gezwungen werden,

⁹⁸ Vgl., Zhang Yansheng, „Die Analyse des Chinesisch-amerikanischen Handelsbilanzüberschuss“, Chinesische Finanz Verlag 2006, S.128-135. (cn.)

⁹⁹ Vgl., Zhang Yansheng, „Die Analyse des Chinesisch-amerikanischen Handelsbilanzüberschuss“, Chinesische Finanz Verlag 2006, S.136-143. (cn.)

den Markt zu verlassen.

In den Anti-Dumping-Untersuchungen werden, wegen der Nichtanerkennung des Marktwirtschaftsstatus Chinas von den USA, die chinesischen Unternehmen in zwei Arten aufgeteilt, nämlich den Betrieb der Unternehmen unter der Bedingung „Marktwirtschaft“ oder „Nicht-Marktwirtschaft“. Um festzustellen, ob die Unternehmen unter der Bedingung Marktwirtschaft betrieben werden, werden ihre inländischen Verkaufspreise auf dem "Normalwert" mit den Ausführpreisen in die USA verglichen; so stellt man fest, ob es Dumping in den Produkten gibt. Für die Unternehmen, die ihren Betrieb unter der Bedingung der Nicht-Marktwirtschaft haben, wird ein Verkaufspreis aus einem „Drittland mit Marktwirtschaft“ als „Normalwert“ genommen. Da das „Drittland mit Marktwirtschaft“, das von den USA gewählt wird, oft ein westliches entwickeltes Land ist, wird der "Normalwert", der dadurch bestimmt wird, oft zu hoch. Dadurch bekommt man das Resultat, dass die Preise der chinesischen Exportwaren zu niedrig sind, und die chinesischen Unternehmen nicht nur Dumping betreiben, sondern in erheblichem Maße. In der zweiten Hälfte des Jahres 2008 bezogen sich 34 von den insgesamt 120 neuen Untersuchungen im Bereich auf die chinesischen Ausfuhren.¹⁰⁰

2.2.3.2. Japan

China und Japan sind die zweit- und drittgrößte Wirtschaftsmacht weltweit. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Seiten spielt eine wichtige Rolle in der Wirtschaftsentwicklung Ostasiens und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Die freundschaftlichen Beziehungen und der Kulturaustausch zwischen China und Japan fingen schon vor mehr als 2000 Jahre an. Nach dem

¹⁰⁰ Vgl. „WTO Secretariat reports increase in new anti-dumping investigations“ 2009
<http://www.wto.org>

zweiten Weltkrieg und der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen haben sich die bilateralen Beziehungen erholt und gut entwickelt. Besonders nach der Reform in China sind die Beziehungen zwischen beiden Seiten in allen Bereichen gut entwickelt, insbesondere im Bereich Wirtschaft.

China und Japan sind wichtigste Handelspartner füreinander. Die Entwicklung der Handelsbeziehungen ist sehr wichtig für beide Seiten. Der bilaterale Handel ergänzt sich gut. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und Japan hat nicht nur die chinesische Industrialisierung gefördert, sondern auch einen Vorteil für die Anpassung der industriellen Struktur in Japan geschafft.

Seit 1980 entwickelte sich die Handelsbeziehung zwischen China und Japan schnell. Das Handelsvolumen zwischen beiden Seiten überstieg im Jahr 2002 100 Milliarden US\$ und im Jahr 2006 200 Milliarden US\$. Nach der chinesischen Zollstatistik ist das Handelsvolumen zwischen China und Japan von 8.9 Milliarden US\$ im Jahr 1980 auf 207.3 Milliarden US\$ im Jahr 2006 fast 23-fach gestiegen. Das Handelsvolumen im Jahr 2007 erreichte 236.7 Milliarden US\$, und hat das erste Mal das Handelsvolumen zwischen Japan und den USA überholt. Damit ist China der größte Handelspartner Japans geworden.¹⁰¹ Zwischen 1993 und 2003 war Japan der größte Handelspartner Chinas. Seit 2004 haben die USA und die EU Japan überholt. Japan ist der drittgrößte Handelspartner Chinas geworden.

Es gibt einen Unterschied zwischen der Außenhandelsstatistik beider Seiten. Nach japanischer Statistik hatte Japan immer ein Handelsdefizit im Handel zwischen China und Japan, und es steigt kontinuierlich. Das japanische

¹⁰¹ Statistik vom chinesischen Zollamt,
<http://www.customs.gov.cn/publish/portal0/tab2453/module72494/page10.htm>

Handelsdefizit in dem China-Japan Handel betrug 21.9 Milliarden US\$ im Jahr 2002, 20.4 Milliarden US\$ im Jahr 2004 und 25.7 Milliarden US\$ im 2006. Das steigende Handelsdefizit verursachte Reibungen und Probleme in der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten.¹⁰²

Änderung der Struktur der Handelsprodukte

Von den 70er bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts waren japanische Exporte nach China hauptsächlich hochwertige Konsumgüter, Maschinen und Ausrüstungen, die für die Produktion benötigt wurden und die komplette Ausrüstungen. Die chinesischen Exporte nach Japan waren vor allem Kohle, Rohstoffe, Nahrungsmittel, elektrische Geräten, und Textilien usw.¹⁰³

Von den 1990er Jahren bis Anfang des 21. Jahrhunderts bestanden die japanischen Exporte nach China hauptsächlich aus Motoren und Ersatzteilen, Werkzeugmaschinen, digitalen programmgesteuerten Schaltern, integrierten Schaltungen, digitalen Kameras, Autos und anderen fortschrittlichen High-Tech-Produkten. Die chinesischen Exporte nach Japan waren Haushaltsgeräte, Computer, Computer-Monitore, Telefone und eine kleine Anzahl von High-Tech-Produkten.¹⁰⁴

Während der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und Technik stiegen auch die japanischen Direktinvestitionen in China. Das ist ein wichtiger Grund der Veränderung der Struktur der Handelsprodukte¹⁰⁵. Der Handel zwischen China und Japan wendete sich von Rohstoffen, Textilien und

¹⁰² Vgl. Liu Yongjiang, „Die China- Japan Beziehung—Politische Kalt und Wirtschaftliche Warm“, Volks Verlag 2007, S. 208. (cn.)

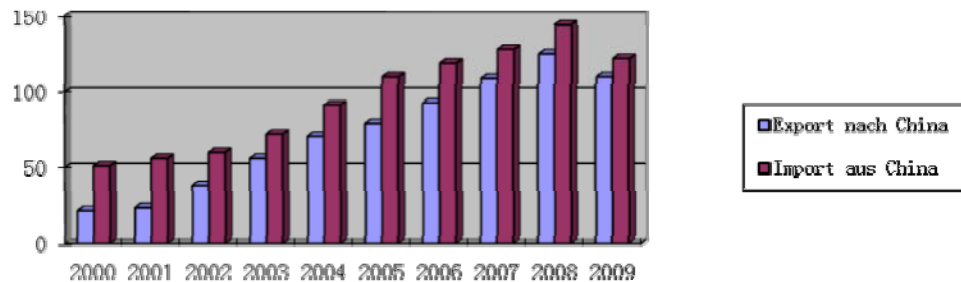
¹⁰³ Vgl. Liu Yongjiang, „Die China- Japan Beziehung—Politische Kalt und Wirtschaftliche Warm“, Volks Verlag 2007, S.214 .(cn.)

¹⁰⁴ Vgl. Liu Yongjiang, „Die China- Japan Beziehung—Politische Kalt und Wirtschaftliche Warm“, Volks Verlag 2007, S. 215. (cn.)

¹⁰⁵ Vgl. Liu Yongjiang, „Die China- Japan Beziehung—Politische Kalt und Wirtschaftliche Warm“, Volks Verlag 2007, S. 217. (cn.)

anderen Produkten mit niedrigem Mehrwert zu mechanischen und elektrischen Produkten mit hohem technologischem Gehalt.

Abb.2-3. Japanischer Export-Import mit China (Milliarden US\$)¹⁰⁶



Eine stabile und kontinuierliche Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Japan ist sehr wichtig nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung beider Seiten, sondern auch für die Stabilität und die Entwicklung in Ostasien und den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Eine kontinuierliche Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen benötigt stabile politische Beziehungen. Es gibt immer noch viele heikle historische Probleme zwischen China und Japan, etwa das Diaoyu-Inseln-Problem, die Beziehungen zwischen China, Japan und den USA und das Problem mit Taiwan. All diese Probleme können politische Spannungen zwischen beiden Seiten verursachen und die bilateralen Handelsbeziehungen stören. Der häufige Meinungs Austausch und die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der Verstärkung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Umweltschutz, Handel und Investitionen sind wichtig für die stabile Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Der Unterschied in der Handelsstatistik zwischen China und Japan und das Handelsdefizit bewirken die Reibungen und Probleme im bilateralen Handel. Es ist eine große

¹⁰⁶ nach Statistik der Europäischen Kommission,
<http://countryreport.mofcom.gov.cn/record/>

Aufgabe für beide Seiten, die Ursache der Probleme richtig zu verstehen und eine Lösungsmöglichkeit zu finden.¹⁰⁷

Die chinesischen wettbewerbsfähigsten Branchen sind hauptsächlich arbeitsintensive Branchen. Die japanischen wettbewerbsfähigsten Branchen sind die Technologie- und kapitalintensiven Industrien. Da sich die Wirtschaften beider Seiten stark ergänzen, ist die Zusammenarbeit förderlich für die Wirtschaftsentwicklung beider Seiten.

Die Rolle der USA in der Beziehung zwischen China und Japan

In den China- Japan Beziehungen spielt die USA eine sehr wichtige Rolle. Wegen der Sonderbeziehung zwischen Japan und den USA, dem ideologischen Unterschied und der Geopolitik der USA sind die Beziehungen zwischen China, Japan und den USA die wichtigste Grundlage für die Stabilität in Ostasien. Die USA, China und Japan beeinflussen als die drei größten Wirtschaftsmächte weltweit diese Beziehungen auch stark in den internationalen Beziehungen. Die Politik der USA und Japan haben einen wichtigen Einfluss auf das internationale Umfeld von China. Die rasante Entwicklung Chinas hat auch eine zunehmend große Wirkung auf die USA - Japan Beziehungen und Dreieckbeziehung zwischen China, Japan und den USA.¹⁰⁸

Vom Mächteverhältnis gesehen sind die USA in der absoluten Überlegenheit. Das wird aus der folgenden Tabelle ersichtlich. Von den acht Punkten haben die USA in den sechs Punkte Platz eins und keinen dritte Platz. China hat bei Bevölkerung und Export den ersten Platz. Japan hat keinen ersten und 5-mal den dritten Platz.

¹⁰⁷ Vgl., Liu Yongjiang, „Die China- Japan Beziehung—Politische Kalt und Wirtschaftliche Warm“, Volks Verlag 2007, S. 224-226. (cn.)

¹⁰⁸ Vgl., Liu Yongjiang, „Die China- Japan Beziehung—Politische Kalt und Wirtschaftliche Warm“, Volks Verlag 2007, S.97-112. (cn.)

Abb.2-4. Die Reihenfolge der acht wichtigsten Punkte im Machtverhältnis zwischen China Japan und den USA¹⁰⁹

	Bevölkerung	BIP	Pro-Kopf BIP	Goldreserven	Export	Militär	Technologie. Und Bildung	Politischer Einfluss
USA	2	1	1	1	2	1	1	1
Japan	3	3	2	2	3	3	2	3
China	1	2	3	3	1	2	3	2

Da Japan und die USA ein Militärbündnis darstellen, ist auf der politischen und Sicherheitsebene die Beziehung zwischen Japan und den USA viel näher. Auf der Handelsebene spielt China eine steigende Rolle. Im Jahr 2009 exportierte Japan das erste Mal mehr Waren nach China als in die USA. Im Bereich der Direktinvestitionen sind die japanischen Direktinvestitionen in den USA immer noch 3-mal so hoch wie in China. China und Japan sind die zweit- und drittgrößten Wirtschaftsmächte und der größte und zweitgrößte Halter von US-Staatsanleihen. Die Entwicklung der Beziehung zwischen China und Japan spielt eine wichtige Rolle in den US-Wirtschaftsinteressen. Deswegen werden die USA für eine lange Zeit eine wichtige Rolle in der Beziehung zwischen China und Japan spielen.¹¹⁰

Zwischen China und Japan gibt es viele historische und geopolitische Probleme, aber es gibt auch viele gemeinsame Interessen. Es steht im Interesse beider Seiten in der weltweiten wirtschaftlichen Regionalisierung, wie die ostasiatischen Länder zusammenarbeiten werden. Als zwei große Mächte in Ostasien werden China und Japan in der Wirtschaftsentwicklung

¹⁰⁹ Vgl. „Entwicklung der internationalen Lage und China-Diplomatie“, <http://www.china.com.cn/international/zhuanti>

¹¹⁰ Vgl., Liu Yongjiang, „Die China- Japan Beziehung—Politische Kalt und Wirtschaftliche Warm“, Volks Verlag 2007, S.123-124. (cn.)

der Region eine wichtige Rolle spielen und ihre Zusammenarbeit weiter verstärken.

2.2.3.3. ASEAN

China und ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)

Der Vorgänger vom ASEAN ist die „Union des Südostens Asiens“, die 1961 in Bangkok von Malaysia, Philippinen und Thailand gegründet wurde. Am 28. August 1967 haben Malaysia, die Philippinen und Thailand in der Ministersitzung entschieden, die Union des Südostens Asiens durch ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) zu ersetzen. Bis 2009 haben ASEAN mit Brunei, Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam, Laos, Myanmar und Kambodscha, insgesamt 10 Mitgliedländer.¹¹¹

Der offizielle Dialog zwischen China und ASEAN begann im Jahr 1991. Seitdem entwickelte sich die Beziehungen zwischen China und ASEAN schnell, insbesondere die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Das Handelsvolumen zwischen China und ASEAN betrug im Jahr 1991 nur 6.3 Milliarden US\$. Während der schnellen Wirtschaftsentwicklung Chinas entwickelten sich die wirtschaftliche Beziehung und das Handelsvolumen zwischen China und ASEAN auch schnell. Im Jahr 1996 wurde China der vollständige Dialogpartner der ASEAN. Das bilaterale Handelsvolumen betrug in diesem Jahr mehr als 20 Milliarden.¹¹² 2005 fingen die Zollsenkungen der Freihandelszone zwischen China und ASEAN offiziell

¹¹¹ Guo Hong, „Global Market: Innenpolitik und regionale wirtschaftliche Integration der ASEAN“, Wirtschaftsverlag China, 2009, S.32. (cn.)

¹¹² „Die wirtschaftliche Beziehung zwischen China und ASEAN“, http://news.xinhuanet.com/world/2006-10/29/content_5262797.htm

an. Die bilateralen Handelsbeziehungen haben eine neue Entwicklungsetappe erreicht.

Im November 2002 haben Regierungschefs aus China und 10 Staaten der ASEAN die „Rahmenvereinbarung der umfassenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und ASEAN“ unterzeichnet, und beschlossen, bis 2010 die China- ASEAN Freihandelszone offiziell zu gründen. Im November 2004 unterzeichneten beide Seiten "Das Abkommen des Warenhandels" der Freihandelszone. Im Januar 2007 unterzeichneten beide Seiten "Das Abkommen der Dienstleistungen" der Freihandelszone. Am 15. August 2009 unterzeichneten China und ASEAN "Das Investitionsabkommen" der Freihandelszone. Am 1. Januar 2010 wurde das China – ASEAN Freihandelszone offiziell gegründet. Die China- ASEAN Freihandelszone ist mit einer Bevölkerung von 1,9 Milliarden, einem Bruttoinlandsprodukt von fast 6 Billionen US\$ und einem Handelsvolumen von 4.5 Billionen US\$ die erste Freihandelszone Chinas. Es ist auch eine von Entwicklungsländern gegründete Freihandelszone. Nach 8 Jahren harter Arbeit haben beide Seiten den Null-Tarif von 90% der Handelswaren erreicht. Als ein System der Wirtschaftszusammenarbeit hat die China–ASEAN Freihandelszone den Test der Finanzkrise überstanden. Nach Angaben der neuesten Statistiken der Welthandelsorganisation fiel wegen des Rückgangs der Nachfrage in der gesamten Welt der Warenhandel um 23%. Die chinesischen Exporte fielen um 16%. Die Exporte von ASEAN fielen um 18%. Aber nach chinesischer Zollstatistik sind die ASEAN-Exporte nach China im Jahr 2009 nur um 8% gefallen. Die ersten drei Monate des Jahres 2010 hat sich der bilaterale Handel rasch entwickelt. Die chinesischen Exporte in die ASEAN wuchsen um 46,7%, während die ASEAN Exporte nach China um 76,6% gestiegen sind.¹¹³ Die Gründung der

¹¹³ Vgl. "Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und ASEAN, <http://www.xsbnly.com/info/6748-1.htm>, 2008.

China- ASEAN Freihandelszone verbessert die Fähigkeit, die internationale Wirtschaftskrise zu bewältigen. Es steht in den Interessen von beiden Seiten und wird förderlich für die Wirtschaftsentwicklungen von beiden Seiten.

Das Handelsvolumen im Jahr 2005 erreichte 130.4 Milliarden US \$, also 15-mal mehr als im Jahr 1991. Die ASEAN ist nach der EU, den USA und Japan der vierte Handelspartner Chinas geworden. In Kürze wird erwartet dass die ASEAN Japan überholt und der dritte Handelspartner Chinas wird.¹¹⁴

Um die Finanzkrise in Asien 1997 zu beseitigen, haben die ASEAN, China, Japan und Korea ein 10+3 System der Zusammenarbeit gegründet. Damit wurde der Mechanismus der regionalen Zusammenarbeit in Ostasien weiter gefördert und vertieft. Die vertieften Dialoge und Koordinationen zwischen ostasiatischen Ländern haben die regionale Zusammenarbeit gefördert. Der Prozess der wirtschaftlichen Integration hat sich weiter entwickelt. Ostasien ist eine der dynamischsten Wirtschaftsregionen weltweit geworden.¹¹⁵

Im Jahr 2009 besaßen die ostasiatische Volkswirtschaften 40% des Welthandelsvolumens und 60% der Devisenreserven weltweit¹¹⁶. Die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit zwischen den ASEAN-Ländern, China, Japan und Südkorea hat sich während der Finanzkrise gut entwickelt. Die China-ASEAN Freihandelszone wurde gegründet. Der Null-Tarif für 90% Handelswaren wurde erreicht. Der "China - ASEAN Investment Fund", dessen Gesamtkapazität 10 Milliarden

¹¹⁴ Guo Hong, „Global Market: Innenpolitik und regionale wirtschaftliche Integration der ASEAN“, Wirtschaftsverlag China, 2009, S.56. (cn.)

¹¹⁵ Vgl., Guo Hong, „Global Market: Innenpolitik und regionale wirtschaftliche Integration der ASEAN“, Wirtschaftsverlag China, 2009, S.57-59. (cn.)

¹¹⁶ Vgl, Yi Xiaozhun, „Die Wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit in Ostasien“, http://www.cs.com.cn/xwzx/03/201004/t20100421_2403166.htm (cn.)

US\$ beträgt, ist seit Ende 2009 in Betrieb. In den nächsten 3 bis 5 Jahren wird China den ASEAN-Ländern Kredite von 15 Milliarden US\$ liefern. Dies ist auch Teil des Pakets der China- ASEAN Kooperation zur Bekämpfung der Finanzkrise. Derzeit sind 40% des chinesischen Handels und mehr als die Hälfte der Ausländischen Investitionen aus Ländern und Regionen Ostasiens. Während der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas investieren mehr und mehr chinesische Unternehmen im Ausland. Zum Ende des Jahres 2009 betrugen die kumulativen ausländischen Direktinvestitionen in China mehr als 220 Milliarden US\$. Trotz der Finanzkrise erreichten Chinas Direktinvestitionen im Ausland im Jahr 2009 43.3 Milliarden US\$, eine Steigerung von 6,5% im Vergleich zum Vorjahr. Davon wurden 58.7% in Asien investiert.¹¹⁷

Die Zusammenarbeit zwischen China und den ostasiatischen Ländern ist nicht nur sehr wichtig für die Wirtschaftsentwicklung Chinas sondern auch förderlich für die Regionalentwicklung in Ostasien. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ASEAN, China, Japan und Korea wird die regionalen Zusammenarbeit in Ostasien weiter fördern und eine zunehmende Rolle in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen spielen.¹¹⁸

Abb.2-5. Event- Die Entwicklung der China - ASEAN Beziehungen¹¹⁹

Im Jahr 1991 begannen China und die ASEAN formellen Dialog. Im Juli besuchte der chinesische Außenminister Qian Qichen den 24. ASEAN-Außenminister bei der Eröffnungsfeier. Dies war ein Kennzeichen dafür, dass China ein Konsultationspartner der ASEAN geworden ist.

¹¹⁷ Handelsstatistik, <http://info.jctrans.com/shuju/mysj/default.shtml>

¹¹⁸ Vgl., Mei Ping, „Gründung der China – ASEAN Freihandelszone“, World Knowledge Verlag 2007, S.81. (cn.)

¹¹⁹ “China - ASEAN Beziehungen“ http://news.xinhuanet.com/ziliao/2003-06/30/content_944141.htm

Im März 1996 wollte China voller Dialogpartner der ASEAN werden. Für diese Initiative erhielt China eine positive Reaktion von den ASEAN-Ländern. Im Juli desselben Jahres bestätigte der ASEAN-Außenminister China als vollständigen Dialogpartner der ASEAN. China nahm auch der Dialogpartner-Sitzung dieses Monates teil.

Im Dezember 1997 besuchte der chinesische Präsident Jiang Zemin erstmals den China- ASEAN-Gipfel. Während des Treffens gaben China und die Regierungschefs der ASEAN-Staaten die „Gemeinsame Erklärung“ ab, um im 21. Jahrhundert eine vertrauliche Partnerschaft zu schaffen. Dies bedeutete, dass China-ASEAN-Beziehungen in eine neue Phase eintraten.

Im November 2002, auf dem sechsten China - ASEAN-Gipfel, unterzeichneten beide Seiten die „China-ASEAN-Rahmenvereinbarung über umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit“, damit wurde der Aufbau der China - ASEAN-Freihandelszone als ein gemeinsame Ziel festgelegt.

Im Oktober 2003, während des siebten China-ASEAN-Gipfels, unterzeichneten die Ministerpräsidenten beider Seiten eine „Gemeinsame Erklärung über Frieden und Wohlstand-orientierte strategische Partnerschaft“. Bei dem Treffen hat China den „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit“ unterschrieben, damit wurde das politische gegenseitige Vertrauen verbessert.

Im Jahr 2004 unterzeichneten beide Seiten die „China-ASEAN-Rahmenvereinbarung über umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit und Abkommen über den Warenhandel“ und den „Verhandlungsmechanismus des Streits zwischen China und der ASEAN“. Die China - ASEAN-Freihandelszone trat in eine inhaltliche Aufbauphase ein.

Im Juli 2005 wurde eine Zollsenkung für über 7000 Warenartikel im Rahmen des Abkommens über den Warenhandel durchgeführt.

Am 14. Januar 2007 unterzeichneten China und ASEAN in Cebu, auf den Philippinen, das „ASEAN Free Trade Area Abkommen über Handel und Dienstleistungen“. Die Unterzeichnung des Abkommens hat für den planmäßigen Aufbau der China-ASEAN Freihandelszones ein solides Fundament gelegt.

Am 15. August 2009 unterzeichneten die ASEAN und China das „Investment Agreement ASEAN-Freihandelszone“. Die Vereinbarung war der erfolgreiche Abschluss der wichtigen Verhandlungen zwischen beiden Seiten. Die China - ASEAN-Freihandelszone ist wie geplant vollständig im Jahr 2010 abgeschlossen.

3. Integration der Europäischen Union

3.1. Überblick

Europa hat eine lange und ruhmreiche Geschichte. Das Küstengebiet der Ägäis im östlichen Mittelmeerraum gilt als Wiege der europäischen Zivilisation. Denn die dort beheimatete altgriechische Kultur prägte diese in vielerlei Hinsicht und hat nach ihrem Verfall einen reichen und prächtigen Erben hinterlassen.

Im 14. Jahrhundert entstanden in Süd- und Westeuropa die ersten Grundlagen der kapitalistischen Entwicklung. Hierzu gehören vor allem solche Länder wie Spanien, Portugal und Frankreich. Staaten wie Spanien und Portugal unternahmen eine ganze Reihe von Abenteuerreisen, machten zahlreiche geographische Entdeckungen und hinterließen Spuren des europäischen Menschen in Amerika, Afrika und Asien. Im gleichen Zeitraum gab es in Europa eine neue kulturelle Entwicklung, die in der Geschichte als Renaissance bekannt ist.

Im 16. Jahrhundert gewann England mehrere gegen die spanische Armada geführte Seeschlachten und stieg in der Folgezeit zu einer Seemacht auf. Im 17. Jahrhundert besiegte England die Niederlande in einem Seekrieg und erlangte das Monopol im Seehandel. Im 18. Jahrhundert setzte die Industrielle Revolution in England ein, die eine unmittelbare Auswirkung auf den ganzen europäischen Kontinent hatte und den Aufstieg der Nationalstaaten förderte.

Im Zuge der Industriellen Revolution in England erhöhten sich sowohl die Nachfrage auf den Überseemärkten durch die britische Bourgeoisie als auch Kapitalinvestitionen. Im Jahre 1816 verfasste das Vereinigte Königreich den

"Goldstandard Bill", die weltweit erste Implementierung des Goldstandards. Ein effizientes öffentliches Kredit- und Geldsystem, ein beträchtlicher Finanzmarkt, ein stabiler Wechselkurs im Goldstandard-System und das Vereinigte Königreich, das weltweit als politische Macht galt, machten das Pfund zur allgemein akzeptierten internationalen Währung. London wurde zum internationalen Finanzzentrum. Aber die Währungssysteme der verschiedenen Länder verhinderten einen vom Vereinigten Königreich gewünschten Anstieg ausländischer Investitionen sowie eine internationale Ausweitung des Handels. Der Goldstandard blieb ein auf das Vereinigte Königreich beschränktes Währungs- und Finanzsystem. Deshalb beeinflusste das Vereinigte Königreich mit seinen wirtschaftlichen und militärischen Vorteilen viele Länder. Dabei verfolgte das Vereinigte Königreich das Ziel, andere Länder zur Übernahme dieses Währungsfinanzsystems zu bewegen. In den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts wurde das internationale Goldstandard-System endgültig etabliert.¹²⁰

Die Errichtung des internationalen Goldstandard-Systems begründete die globale finanzielle Hegemonie des Vereinigten Königreichs. Die Briten dominierten in diesem Finanzsystem weltweit bis zu seinem Zusammenbruch im Jahre 1914. Das System schuf einerseits überaus komfortable Bedingungen für eine britische weltumspannende wirtschaftliche Expansion. Andererseits erzielten die Engländer einen großen Anteil des Gewinns durch immaterielle kommerzielle Kreditaufträge, Auslandsüberweisungen und Investitionen. Im Jahr 1914 besaßen die britischen Auslandsinvestitionen zunächst etwa einen Anteil von 41,8 % am Gesamtwert aller ausländischen Investitionen.¹²¹ Die Investitionen im

¹²⁰ Vgl. „Wie hat Pfund das gold "Ersetzen", <http://www.ldvip-gold.com/archives/491.html> (cn.)

¹²¹ Vgl. Ne Qingping, „Wie hat internationale Goldstandard England gebaut“, Economic

Ausland brachten Großbritannien riesige Gewinne ein. Aufgrund des internationalen Goldstandard-Systems, des freien Handels-Systems und der Schutz bietenden wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit konnte das Vereinigte Königreich ein hegemoniales System aufbauen.

Zum Ende des 19. Jahrhunderts hin wurde das alte Muster des europäischen Machtgleichgewichts durch die Veränderungen in Deutschland weltweit geändert.

Zwischen den Jahren 1880 und 1900 betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der deutschen Wirtschaft mehr als 6 %. Damit übertraf sie die Wachstumsraten des Vereinigten Königreichs sowie Frankreichs deutlich. Die deutsche Industrie war in den Jahren von 1870-1880 noch immer nur die viertgrößte in der Welt, aber in den Jahren 1880 bis 1890 übernahm Deutschland den dritten Platz vor Frankreich. 1890 erreichte die deutsche Kohle-, Roheisen- und Stahlproduktion 59,1 Mio. t bzw. 2,73 Mio. t sowie 0,62 Mio. t pro Jahr. Bereits im Jahr 1871 waren die deutschen kohle-chemischen Industrietechniken weltweit führend. Im Jahre 1873 überholte Deutschlands Farbstoffindustrie Großbritannien hinsichtlich der Produktionsmenge und -qualität. Durch Chemie-Unternehmen wie Bayer erreichte die deutsche Produktion von Industriefarbstoffen in diesem Jahr einen Anteil von 90 % an der weltweiten Produktion. Von 1850 bis 1900 stieg das BIP Deutschlands von 10,5 Mrd. Mark auf 36,5 Mrd. Mark und der absolute Wert der industriellen Produktion erhöhte sich um das Sechsfache. Deutschland entwickelte sich in dieser Zeit zu einem Industrieland. Großbritannien benötigte fast 100 Jahre um die industrielle Revolution zu durchlaufen, während der Prozess in Deutschland in weniger als der Hälfte der Zeit ablief. Im Jahre 1913 erreichte Deutschland einen Anteil von 14,8 % an der Weltindustrie. Dagegen betrug der Anteil des

Vereinigten Königreichs 13,6 %. Russland und Frankreich trugen im selben Zeitraum nur 8,2 % bzw. 6,1 % zur Weltindustrie bei. Die deutsche Eisen- und Stahlproduktion betrug in diesem Jahr 17,6 Mio. t. Diese Zahl war damit größer als die Summe der Eisen- und Stahlproduktion in Großbritannien, Frankreich und Russland zusammen. Zwischen 1890 und 1913 steigerten sich die Außenhandelsexporte Deutschlands um 200 %. Deutschland stieg hinter dem Vereinigten Königreich zum Land mit der weltweit zweitgrößten Handelsflotte auf. Darüber hinaus sind die Leistungen Deutschlands in Elektrizität, Optik und Chemie usw., der neuen Industrie des 20. Jahrhunderts, auch sehr bemerkenswert. Neben der absoluten Vormachtstellung der deutschen Farbstoffindustrie, kontrollieren die großen Unternehmen wie Siemens die elektrische Industrie ganze Europa.¹²²

Der Status der industriellen Produktion der wichtigsten kapitalistischen Länder in der Welt änderte sich in großem Umfang. Das alte kapitalistische Land, das Vereinigte Königreich, fiel im weltweiten Vergleich auf den dritten Platz zurück, während die aufstrebenden Vereinigten Staaten den ersten Platz vor dem ebenfalls aufstrebenden Deutschland einnahmen. Die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung veränderte das Machtverhältnis zwischen den imperialistischen Ländern. Dabei fielen die Kolonialmächte in wirtschaftlichen Aspekten oftmals hinter Staaten zurück, die keine oder nur wenige Kolonien besaßen.

Die inneren nationalen Widersprüche und die Ungleichheiten in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung führten zum Ausbruch der beiden Weltkriege.

Durch den Kriege wurde Europa stark zerstört. Für Europa waren der

¹²² „Ökonomischen Theorie von Friedlich List und der Aufstieg Deutschlands im späten 19. Jahrhunderts“, <http://www.tianya.cn/publicforum/content/no05/1/59884.shtml> (cn.)

Wiederaufbau und der wirtschaftliche Aufschwung eine dringende Notwendigkeit. Der kontinuierliche Krieg beförderte in den westeuropäischen Staaten einen starken Wunsch nach Frieden. Der einzige Weg den europäischen Kontinent wieder aufzubauen, bestand in dem Versuch, Hass und Krieg zu beseitigen und eine gemeinsame Entwicklung voranzutreiben. Die Versöhnung der beiden „Erbfeinde“ Frankreich und Deutschland legte den Grundstein für die europäische Integration.

3.2. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft / Europäische Union

Der Gedankengang von der europäischen Einigung existierte bereits seit langem. Die Idee eines vereinten Europas hat eine lange Vorgeschichte. Seit Beginn der modernen Staatenbildung hat es immer wieder Vorschläge für eine stabile europäische Friedensordnung gegeben¹²³. Nach dem Zweiten Weltkrieg erreichten in diese Richtung gehende Überlegungen ihren Höhepunkt. Im Jahr 1951 schlugen der Pionier der europäischen Integration Jean Monnet und der französische Außenminister Robert Schuman die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Schuman-Plan) vor. Ein Ziel bestand in der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und europäischen Integration in Europa. Damit sollte eine dauerhafte Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland gefördert werden. Hierbei handelte es sich um eine französische Initiative für eine gemeinsame Kontrolle des Kohle- und Stahlsektors. Das Bestreben, sich auf eine gemeinsame Kontrolle der Kohle- und Stahlindustrie zu verständigen, signalisierte einen beträchtlichen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Einstellungswandel.¹²⁴ Die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, die

¹²³ Hans-Jürgen Bieling, „Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union“, : Verlag. für Sozialwissenschaft 2010 Wiesbaden, S.58.

¹²⁴ Hans-Jürgen Bieling, „Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union“, : Verlag. für Sozialwissenschaft 2010 Wiesbaden, S.63.

Niederlande, Luxemburg und Italien reagierten schnell auf die Initiative von Frankreich und unterstützten sie. Die Vertreter von sechs Ländern trafen sich am 18. April 1951 in Paris und unterschrieben den "Pariser Vertrag", um die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu gründen.¹²⁵

Am 1. Juni 1955, trafen sich zusammen sechs Außenminister der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Messina (Italien), und schlugen vor, das Prinzip der Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu ändern, die Wirtschaftssektoren zu verbreitern und einen gemeinsamen Markt zu etablieren. Am 25. März 1957 wurden in Rom die beiden Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft, die so genannten "Römischen Verträge", von den Außenministern der sechs Staaten untergezeichnet. Die Verträge traten am 1. Januar 1958 in Kraft. Am 8. April 1965 unterzeichneten die sechs Länder den "Brüsseler Vertrag", der die Einheit von Europäischer Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Europäischer Atomgemeinschaft und Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft unter dem neuen Namen „Europäische Gemeinschaft“ beinhaltete. Dieser Vertrag trat am 1. Juli 1967 in Kraft. Damit wurde offiziell die Europäische Gemeinschaft gegründet. Das EG-Hauptquartier befand sich in Brüssel, Belgien. Am 11. Dezember 1991 akzeptierten die Teilnehmer des Maastricht-Gipfeltreffens der EG den "Vertrag der Europäischen Union" (den so genannten Maastricht-Vertrag), der zur Gründung von "Europäischer Wirtschafts- und Währungsunion" und zur "europäischen politischen Union" führte. Im Februar 1992 unterzeichneten die Außenminister offiziell den Vertrag von Maastricht. Daraufhin wurde der Vertrag von Maastricht am 1. November 1993 wirksam, die EG begann den Übergang zur Europäischen Union. Diese Namensänderung kennzeichnete den Übergang der europäischen Idee von

¹²⁵ Guan Xinping, He Zhiping, „Survey on EU“, South China University of Technology Press 2003, S.4-5. (cn.)

den Wirtschaftseinheiten zur wirtschaftlichen und politischen Einheit. Im Jahr 1995 traten Österreich, Schweden und Finnland zur EU. Die EU wurde auf 15 Mitglieder erweitert. Die Einrichtung der EU brachte eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung mit sich. Von 1995 bis 2000 erhöhte sich das Wirtschaftswachstum auf 3 % und das BIP stieg von 19.000 US-\$ im Jahr 1997 bis auf 20.600 US-\$ im Jahr 1999 pro Kopf. Die EU-Wirtschaft wies ein Gesamtvolumen von 6,7 Billionen US-\$ im Jahr 1993 auf. Im Jahr 2002 konnte es auf fast 10 Billionen US-\$ gesteigert werden.¹²⁶

Am 1. Januar 1999 wurde in Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Finnland, den Niederlanden, Luxemburg, Irland, Italien, Portugal und Spanien der Euro als offizielle Währung eingeführt. Am 1. Januar 2002 wurden die nationalen Währungen dieser 11 Staaten durch die Einheitswährung ersetzt. Derzeit umfasst die Euro-Zone 16 EU-Mitgliedsstaaten mit mehr als 320 Mio. Einwohnern.

3.2.1. Die wichtigsten EU-Institutionen

a. Der Europäische Rat

Der Europäische Rat wird auch als EU-Gipfel oder Europäischer Gipfel bezeichnet. Die Staats- und Regierungschefs von 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der Präsident der Europäischen Kommission nehmen gemeinsam an diesem Gipfel teil. Weitere Teilnehmer des Gipfeltreffens sind die Außenminister der EU-Mitgliedsstaaten und die EU-Kommissare. Der Europäische Rat ist tatsächlich das höchste Entscheidungsgremium der EU, steht aber nicht in der Reihenfolge der EU-Institutionen. Die wichtigste Aufgabe des EU-Gipfels besteht in der

¹²⁶Vgl. Europäische Union,

http://www.ce.cn/ztpd/xwzt/guoji/2007/my/bj/200706/21/t20070621_11858489.shtml (cn.)

Aufstellung der allgemeinen politischen Leitlinien der EU. Seit 1975 fand der EU-Gipfel einmal pro Halbjahr statt. Darüber hinaus können, falls erforderlich, Sondersitzungen stattfinden.¹²⁷ Seit 2009 wird der EU-Gipfel zweimal pro Halbjahr abgehalten.

Am 19. November 2009 traten die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten zu einem Sondergipfel in Brüssel zusammen. Auf diesem Gipfel wurde der belgische Premierminister Herman Van Rompuy zum ersten ständigen Präsidenten des Europäischen Rates gewählt. Die britische EU-Handelskommissarin der Europäischen Kommission Catherine Ashton wurde für das Amt des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik nominiert. Beide oben genannten Stellen wurden durch den "Lissabon-Vertrag" vereinbart und am 3. November 2009 eingerichtet. Aufgrund ihrer Eigenschaften und ihren Aufgaben werden die beiden Positionen oft als "EU-Präsidenten" bzw. "EU-Außenminister" bezeichnet.

b. Der Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union ist der Ministerrat der EU-Länder und gleichzeitig das EU-Entscheidungsgremium der EU. Der Rat ist das Schlüsselorgan im Entscheidungsprozess der EU.¹²⁸ Der Rat hat einen Vorsitzenden und einen Generalsekretär. Der Vorsitz im Rat rotiert halbjährlich zwischen den Mitgliedstaaten. Der Außenminister des jeweiligen Landes wird als Vorsitzender tätig. Generalsekretär des Rates wird durch die gemeinsame Bestellung der EU-Mitgliedsstaaten gewählt. Er ist gleichzeitig der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Er und die aktuelle Präsidentschaft zusammen mit der nächsten Präsidentschaft werden als so genannte "Troika" bezeichnet. Der

¹²⁷ Vgl., Werner Weidenfeld, „Die Europäische Union“, Wilhelm Fink Verlag-KG 2010, S.117-120.

¹²⁸ Werner Weidenfeld, „Die Europäische Union“, Wilhelm Fink Verlag-KG 2010, S.121.

EU-Ministerrat ist für die tägliche Entscheidungsfindung und die EU-Gesetzgebung verantwortlich.¹²⁹

c. Die Europäische Kommission

Europäische Kommission kann man das EU-Exekutivorgan bezeichnen, das verantwortlich ist für die Ausarbeitung der EU-Gesetze, für die Angabe von Vorschlägen zur Gesetzgebung an den Rat und für die Überwachung ihrer Durchführung. Im Auftrag der EU ist die Europäische Kommission für Außenbeziehungen, Handelsverhandlungen und Abordnung der diplomatischen Korps zuständig. Die Kommission besteht aus insgesamt 27 Mitgliedern, darunter einem Präsidenten und fünf Vizepräsidenten. Im "Vertrag von Nizza" wurde festgelegt, dass der Kandidat auf die Stelle des Präsidenten der Europäischen Kommission von den Oberhäuptern der 27 EU-Mitgliedsstaaten bestimmt und durch das Europäische Parlament bestätigt wird. Die weiteren als Kommissare bezeichneten Mitglieder werden ebenfalls von den Regierungen der Mitgliedsländer empfohlen und vom Europäischen Parlament bestätigt. Die Dienstlaufzeit der Mitglieder beträgt fünf Jahre. Der Hauptsitz befindet sich in Brüssel, Belgien.¹³⁰ Im Lissabon Vertrag wurde diese Regel beibehalten.

d. Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament ist die EU-Gesetzgebung, das Aufsichts- und Beratungsgremium, dessen Kompetenzen wie die Beteiligung an Entscheidungsprozessen im Laufe der Jahre allmählich erweitert wurde. Der Sitz des Parlaments befindet sich in Straßburg (Frankreich), während das Generalsekretariat des Parlaments in Luxemburg residiert. Seit 1979 wurden

¹²⁹ Vgl. Guan Xinping, He Zhiping, „Survey on EU“, South China University of Technology Press 2003, S.53-60. (cn.)

¹³⁰ Vgl. Guan Xinping, He Zhiping, „Survey on EU“, South China University of Technology Press 2003, S.60-64. (cn.)

die Abgeordneten des Europäischen Parlaments von der Bevölkerung der einzelnen Mitgliedsstaaten direkt gewählt. Die Dienstlaufzeit der Abgeordneten beträgt fünf Jahre.¹³¹

e. Der Europäische Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof, der von 12 Personen 1977 gegründet wurde, ist die EU-Schlichtungsstelle, die für Verhandlung und Entscheidung der Streitigkeiten, die in der Umsetzung des EU-Vertrags und der einschlägigen Bestimmungen passieren können, zuständig ist. Derzeit gibt es 15 Richter und 9 Staatsanwälte, die gemeinsam von den Regierungen der Mitgliedsstaaten ernannt werden.¹³²

f. Der Europäische Rechnungshof

Der Europäische Rechnungshof ist für die Rechnungsprüfung und die Haushaltsführung verantwortlich. Darüber hinaus stehen der EU als politische Instrumente auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, die Beratungskommission der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Europäische Investitionsbank und andere Institutionen zur Verfügung.¹³³

¹³¹ Guan Xinping, He Zhiping, „Survey on EU“, South China University of Technology Press 2003, S.65-74. (cn.)

¹³² Guan Xinping, He Zhiping, „Survey on EU“, South China University of Technology Press 2003, S.77-88. (cn.)

¹³³ Guan Xinping, He Zhiping, „Survey on EU“, South China University of Technology Press 2003, S.89-92. (cn.)

3.2.2. Etappe der Integration

Viele Experten und Wissenschaftler unterteilen die regionale Integration in fünf Ebenen: Freihandelszone, Zollunion, einheitlicher Markt, Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union.

Die Europäische Integration reichte von Anfang an über die Ebene der Freihandelszone hinaus. Am 1. Juli 1968 konnten die Mitgliedsstaaten Einigkeit in Bezug auf eine Zollunion erzielen. Im Jahre 1993 wurden die Grundlagen des gemeinsamen europäischen Markts festgeschrieben. Am 1. Januar 1999 wurde der Euro erfolgreich eingeführt. Dadurch erreichten die ersten 11 Mitgliedsstaaten eine Währungsunion. Derzeit umfasst die Euro-Zone 16 Mitgliedsstaaten. Der Aufbau und die Verbesserung der Wirtschafts- und Währungsunion erhöhen die Chancen für die Herstellung einer Politischen Union.

Zollunion

Die Zollunion bildete mit der Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Marktes den Ausgangspunkt für eine weitere Entwicklung, die in der Wirtschafts- und Währungsunion als höchste Form der wirtschaftlichen Integration gipfelte. Damit kann die Zollunion als der Grundstein für Existenz und Entwicklung der Europäischen Union bezeichnet werden. Am 1. Juli 1968 beschloss die EG die Abschaffung von Handelsbeschränkungen und Zoll zwischen den Mitgliedsländern und die Vereinigung der Außenhandelszolltarife der einzelnen Mitgliedsländer. Doch trotz der Abschaffung aller Zölle der EU-Mitgliedsstaaten und der Schaffung eines einheitlichen gemeinsamen Zolltarifs existierten über einen längeren Zeitraum weiterhin Zollverfahren und viele unsichtbare Barrieren zwischen den Mitgliedsstaaten, die den freien Fluss von Waren verhinderten. Am 1. Januar 1994 verabschiedete die EU ein neues Zollrecht. Eines seiner Ziele

bestand in der Vereinfachung des Zollverfahrens und der Formalitäten sowie der Vereinheitlichung der Zollvorschriften.¹³⁴

Einheitlicher Markt

Während des Mailänder Gipfeltreffens im Juni 1985 stellte die Europäische Kommission ein offizielles „White Paper“ für den Aufbau eines einheitlichen Binnenmarktes vor. Darin wurde vorgeschlagen, innerhalb der EG einen grenzenlosen und einheitlichen Markt zu schaffen, um einen tatsächlichen freien Verkehr von Personal, Waren, Kapital und Dienstleistungen zu erreichen.

Im Dezember 1985 wurde das Weißbuch eines einheitlichen EG-Binnenmarktes vom Europäischen Rat genehmigt. Zur Förderung der Umsetzung des "White Paper" wurde auf den Gipfeltreffen am 17. und 28. Februar 1986 in Luxemburg und Den Haag das "Single European Dokument" untergezeichnet. Dabei wurde der Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen für einen gemeinsamen Markt ausgehandelt. So wurde das Jahr 1993 als spätestester Zeitpunkt zur Gründung eines einheitlichen EG-Binnenmarktes festgelegt. Außerdem wurden ersten signifikanten Veränderungen zu den "Römischen Verträgen" von 1957 beschlossen. Die Vertragsbeschlüsse für einheitlichen Markt wurden nun nicht mehr durch einen „Konsens“ erzielt, sondern von einer „wirksamen Mehrheit“ getroffen. Am 1. Januar 1993 wurde der gemeinsame europäische Markt in seinen Grundsätzen abgeschlossen und in Betrieb genommen. Durch kontinuierliche Verbesserungen wurden folgende Ergebnisse erzielt¹³⁵:

¹³⁴ Vgl., Ma Xiaoqiang, „Europäische Integration und die EU-Sozialpolitik“, China Sozialwissenschaften Verlag 2008, S.127-134. (cn.)

¹³⁵ Vgl., Ma Xiaoqiang, „Europäische Integration und die EU-Sozialpolitik“, China Sozialwissenschaften Verlag 2008, S.136-145. (cn.)

1. Verstärkung der Transparenz und Marktüberwachung durch eine Reihe von öffentlicher Beschaffung und den Aufbau der Marktregulierung ;
Öffnung der öffentlichen Märkte (noch nicht inklusive Verkehr, Energie und Telekommunikation);
2. Koordinierung der Mitgliedsstaaten bei den Gesetzen und Verordnungen der direkten Steuern, der Mehrwert- und Verbrauchssteuer, etc., Senkung der Differenz der Steuern zwischen den Mitgliedsstaaten;
3. Liberalisierung der Kapitalmärkte und Finanzdienstleistungen;
4. Einerseits Förderung der Standardisierung der einheitlichen technischen Vorschriften der EU, andererseits die gegenseitige Anerkennung der technischen Standards und Zertifikate der Mitgliedsstaaten zur Vermeidung von Handelshindernissen;
5. Gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen und technischen Zertifikaten zur Gewährleistung der Bewegungsfreiheit der EU-Bürger auf dem Arbeitsmarkt; Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsländern des Schengen-Abkommens zur Förderung der Reisefreiheit;
6. Schaffung einer Grundlage für die industrielle Zusammenarbeit der Unternehmen durch die Koordinierung der Rechtsvorschriften des Companies Act und des geistigen Eigentums (Marken und Patente) der Mitgliedsstaaten;

Zur weiteren Beseitigung von Hindernissen für den freien Personenverkehr unterzeichneten Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Belgien und Luxemburg im Juni 1985 in der luxemburgischen Stadt Schengen die Vereinbarung für den freien Fluss des Personals, das so genannte "Schengener Abkommen". Im Laufe der Jahre traten mit Italien (27. November 1990), Spanien und Portugal (18. November 1991), Griechenland (6. November 1992) und Österreich (21. April 1995) weitere Staaten dem Abkommen bei. Am 26. März 1995 wurde das Schengener Abkommen

zunächst in Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg, Portugal und Spanien in Kraft gesetzt. Die Bürger aus den sieben Ländern und aus anderen EU-Ländern können seitdem frei zwischen diesen sieben Ländern verkehren. Sobald eine Person aus einem Drittland ein Schengen-Visum erhält, besteht für sie innerhalb des Schengen-Raums Reisefreiheit. Italien und Österreich begannen im Oktober bzw. Dezember 1997 mit der Inkraftsetzung des Schengen-Abkommens. Seit 31. März 1998 haben Italien und Österreich auch Grenzen für alle Schengen Länder geöffnet. Im Jahre 2000 begann auch Griechenland die Umsetzung des Schengen-Abkommens. Im Jahre 2001 setzten mit Dänemark, Finnland und Schweden drei weitere Staaten das von ihnen im Jahre 1996 unterzeichnete Protokoll zum Beitritt des Schengen-Abkommens um. Großbritannien und Irland hingegen sind noch nicht in dem Schengen-Abkommen beigetreten. Mittelweile sind schon 25 Ländern Mitglied vom Shengener Abkommen geworden.

Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

Bereits in Abschnitt 2 der "Römischen Verträge" von 1957 wird die Idee erwähnt, eine Wirtschafts- und Währungsunion zu gründen. Entsprechend der Initiative des französischen Präsidenten Georges Pompidou trafen sechs Gründungsmitglieder auf dem EU-Gipfeltreffen im Dezember 1969 die prinzipielle Entscheidung, eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu gründen. 1970 wurde im "Werner-Bericht" die Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion innerhalb von zehn Jahren in drei Phasen vorgeschlagen. Aufgrund der Dollar-Krise und der Ölkrise der frühen 70er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde eine Umsetzung dieses Vorhabens vorläufig verhindert. Die Länder suchten andere Wege der Währungszusammenarbeit, um negative Auswirkungen der US-Dollarkrise auf ihre Wirtschaft zu bekämpfen.

Im Jahr 1989 veröffentlichte ein vom Präsidenten der EU-Kommission Jacques Delors geführter Sonderausschuss einen Report („Delors-Report“), in dem erneut eine dreiphasige Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion vorgeschlagen wurde. Im Juni 1989 nahm der Madrider Gipfel die Vorschläge des Reports an. Die tatsächliche Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde angeschoben. Die erste Stufe zur Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion begann mit dem 1. Juli 1990. Das Ziel war die Verstärkung der Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten auf der Grundlage des Europäischen Währungssystems, der Entfernung der Devisenkontrolle, der Förderung der Kapitalflüsse, des Beitritts der Mitgliedsstaaten zum Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems sowie der Verringerung der Wechselkursschwankungen. Die zweite Phase setzte am 1. Januar 1994 ein. Um eine weitergehende Koordinierung der Geldpolitik der Mitgliedsstaaten und eine Stärkung der europäischen Währung zu fördern als auch einheitliche Regeln und einen Zeitplan für den Eintritt zur Wirtschafts- und Währungsunion festzulegen, wurde die „European Monetary Institute“ in Frankfurt gegründet. Die dritte Stufe wurde am 1. Januar 1999 eingeläutet.¹³⁶ Zu diesem Zeitpunkt startete die offizielle Nutzung des Euros bei Banken, Devisenhandel und öffentlichem Anleihepapier. Durch die Aufhebung der nationalen Währungen der Euro-Mitgliedsstaaten und der schrittweisen Förderung einer gemeinsamen europäischen Währung wurde die WWU schließlich vollständig verwirklicht.

¹³⁶ Vgl., Wener Weidenfeld, „Europa Hand Buch“, Verlag Bertelsmann Stiftung, Bonn 2002, S.454-477.

3.2.3. Erweiterungen der EG bzw. EU

Die Europäische Gemeinschaft bzw. Europäische Union hat in ihrer Geschichte fünf Expansionen erlebt¹³⁷:

Zu den sechs Gründungsmitgliedern Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien den Niederlanden, Belgien und Luxemburg traten im Jahr 1973 das Vereinigte Königreich, Dänemark und Irland hinzu;

Am 1. Januar 1981 wurde Griechenland das zehnte Mitglied der Europäischen Gemeinschaft;

Am 1. Januar 1986 traten Portugal und Spanien zu den Mitgliedsstaaten der damit auf zwölf Staaten angewachsenen Europäischen Gemeinschaft bei;

Durch die Wiedervereinigung von West- und Ost-Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde zudem das Gebiet der ehemaligen DDR automatisch ein Teil der EG;

Am 11. Dezember 1995 kamen Österreich, Schweden und Finnland hinzu, so dass die Europäische Union auf 15 Länder erweitert wurde;

Am 13. Dezember 2002 wurde auf dem Kopenhagener EU-Gipfel beschlossen, die Verhandlungen mit Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern (insgesamt 10 Beitrittsländern) zu beenden, und sie formell einzuladen im Mai 2004 der Europäischen Union beizutreten. Der Umfang und die Bedeutung der fünften Erweiterung sind weit größer als die der vier vorangegangenen. Die Fläche des EU-Gebiets vergrößerte sich von 3.260.000 km² auf 4.500.000 km² (um 37,8 %), die Bevölkerung erhöhte sich von 378 Mio. auf 453 Mio. (um 19,8 %), der Wert des BIP erhöhte sich von 7,808 Billionen auf 8,377 Billionen US-\$ (um 7,3 %), das Gesamthandelsvolumen stieg von 3,99 Billionen auf 4,43 Billionen US-\$

¹³⁷ Chen Zhimin, Die EU-Integration“, Verlag der der aktuellen Angelegenheiten 2003, S.272-284. (cn.)

(um 10.7 %), während das BIP pro Kopf von 20.533 auf US-\$ 15.436 (um 25 %) sank.

Am 1. Januar 2007 traten Bulgarien und Rumänien der EU bei. Damit ist aus Sicht der EU die fünfte Erweiterungsrunde abgeschlossen.¹³⁸

Durch die sechs Erweiterungen der Europäischen Union stieg die Zahl ihrer Mitgliedsstaaten auf 27 an. Die Gesamtbevölkerung dieser 27 Länder beträgt mehr als 480 Mio. Das BIP der EU betrug zum Zeitpunkt der letzten Erweiterung 12 Billionen, wodurch die EU zur stärksten Wirtschaftsmacht den höchsten Integrationsgrad der Regionalen Integration der Welt aufstieg¹³⁹.

3.2.4. Ergebnisse der europäischen Integration

Die Europäische Union (bzw. EG) fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten. Eine Reihe von gemeinsamen politischen Maßnahmen wird von der EU umgesetzt.

Die Zollunion ist für das Erreichen der Gemeinsamen Politik zuständig. Seit 1967 wurde ein einheitlicher externer Zollltarif von der Europäischen Gemeinschaft eingeführt. Am 1. Juli 1968 wurden die Zölle und Limitierung des Warenverkehrs zwischen Mitgliedsstaaten der EU aufgehoben. Die Zollunion wurde im Jahr 1973 mit dem Ziel der einheitlichen Außenhandelspolitik in der Europäischen Gemeinschaft gegründet. Nachdem der Vertrag von Maastricht im Jahr 1994 in Kraft trat, um ein gemeinsames Handelssystem des EU-Binnenmarktes zu schaffen,

¹³⁸ Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg), „Jahrbuch der Europäischen Integration 2007“, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2008, S.423.

¹³⁹ Zhang Xiaojing, „EU-Erweiterung: Regionale Disparitäten und wirtschaftlichen Zusammenhalt“, Wirtschaft und Wissenschaft Verlag 2008, S.36-37. (cn.)

beschlossen die EG-Außenminister am 8. Februar einstimmig, die 6.400 Arten der Importquoten von den Mitgliedsstaaten aufzulösen und eine Reihe an Maßnahmen zum Schutz der Lowtech-Branchen zu durchzuführen.

Neben dem Außenhandel sind die Agrarpolitik sowie die Regional bzw. Strukturpolitik wichtige vergemeinschaftete Politikbereiche in der Wirtschaftspolitik.¹⁴⁰ Die Umsetzung einer gemeinsam abgestimmten Agrarpolitik wurde am 1. Juli 1962 in der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ der EG festgeschrieben. Im August 1968 wurde ein einheitlicher Preis für landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeführt, 1969 wurden die Zölle für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse innerhalb der EG abgeschafft. Im Jahr 1971 wurde das System der Subventionen im Agrarhandel umgesetzt.

Die Gründung des Systems der politischen Zusammenarbeit, oft als so genannte "Einheitliche Europäische Akte" bezeichnet, wurde im Oktober 1970 eingeleitet. Im Jahre 1986 wurde dieses Dokument unterzeichnet und 1987 in Kraft gesetzt. Die politische Zusammenarbeit im Bereich der Außenpolitik wurde offiziell im EG-Vertrag aufgenommen. Für diesen Zweck wurde das Sekretariat der politischen Zusammenarbeit vom Ministerrat eingerichtet. Die Außenminister der Mitgliedsstaaten trafen sich seitdem in regelmäßigen Sitzungen der politischen Zusammenarbeit, um den Standpunkt der EG zu verschiedenen internationalen Angelegenheiten zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen. Nach dem Inkrafttreten des Maastricht-Vertrags am 1. November 1993 wurde das politische Kooperationssystem im Anwendungsbereich der europäischen politischen Union und ihrer Tätigkeiten etabliert.

¹⁴⁰ Wener Weidenfeld, „Europa Hand Buch“, Verlag Bertelsmann Stiftung, Bonn 2002, S.180.

Juni 1985 wurde „White Paper“¹⁴¹ der Gründung des großen Binnenmarkts von EU-Gipfeltreffen durchgeführt. Im Februar 1986 unterzeichneten die Mitgliedsstaaten die „Einheitliche Europäische Akte“. Das Ziel der „Einheitlichen Europäischen Akten“ besteht darin, alle „Non-tariff barriers“ schrittweise zu abzubauen, einschließlich physischer Barrieren (Zollabfertigung, Grenzübergangsverfahren, Gesundheits- und Quarantäne-Standards, etc.), technischen Handelshemmnisse (Verordnungen, technische Normen) und finanziellen Barrieren (unterschiedliche Steuern und Steuersätze). Seit dem 1. Januar 1993 besteht die Freizügigkeit von Kapital und Arbeit. Am 1. Januar 1993 verkündete die EU, dass der einheitliche Markt im Grunde abgeschlossen und offiziell in Betrieb genommen wurde.¹⁴²

Die Gründung der politischen Allianzen

Im April 1990 machten der französische Präsident François Mitterrand und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl den gemeinsamen Vorschlag, zum Ende des Jahres eine Tagung auf zwischenstaatlicher Ebene über die Politische Union einzuberufen. Im Oktober desselben Jahres wurde auf dem EG-Sondergipfel in Rom weiterer Klärungsbedarf über die grundsätzliche Richtung der politischen Union festgestellt. Im Dezember desselben Jahres fand eine zwischenstaatliche Konferenz im Zusammenhang mit der Europäischen Gemeinschaft zur Schaffung der politischen Allianzen statt. Ein Jahr nach diesen Verhandlungen unterzeichneten zwölf Staaten auf dem Maastricht-Gipfel einen Vertrag zur politischen Union. Die wichtigsten Inhalte dieses Vertrags bestehen in der Einrichtung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und dem zukünftigen Aufbau einer

¹⁴¹ White Paper: Ein Weißbuch ist eine Sammlung mit Vorschlägen zum Vorgehen in einem bestimmten Bereich.

¹⁴²Vgl., Zhang Xiaojing, „EU-Erweiterung: Regionale Disparitäten und wirtschaftlichen Zusammenhalt“, Wirtschaft und Wissenschaft Verlag 2008, S.69-74. (cn.)

gemeinsamen Verteidigungspolitik. Darüber hinaus wurden auch die gemeinsame Fischereipolitik, das Europäische Währungssystem und die Wirtschafts- und Währungsunion umgesetzt.¹⁴³

Die Geburtsstunde der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union brachte den freien Verkehr von Gütern, Dienstleistungen, Personal und Kapital in Europa, so dass das Wirtschaftswachstum in Europa rasch zunahm. Zu dieser Zeit überholte die EU die USA hinsichtlich der Wirtschaftskraft und nahm den ersten Platz in der Welt ein. Mit der Erweiterung der EU wurde die wirtschaftliche Stärke der EU weiter ausgebaut. Die EU besitzt einen Markt mit einem sehr großen Ausmaß und hoher Aufnahmefähigkeit. Die EU als der weltweit größte Exporteur von Kapital, Waren und Dienstleistungen spielt mit ihrer relativ toleranten Politik des technologischen Austauschs und der Entwicklungszusammenarbeit in der wirtschaftlichen Entwicklung anderer Teile der Welt eine große Rolle, insbesondere in solchen Entwicklungsländern wie China. Die EU kann aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke als ein wirtschaftlicher "Riese" angesehen werden.¹⁴⁴

3.3. Probleme in der Integration

Die Vertiefung der EU-Integration und Erweiterung der EU brachte neben den oben genannten großen Vorteilen auch viele neue Probleme mit sich. Der europäische Einigungsprozess sorgt für Chancen und Herausforderungen in der weiteren Entwicklung der EU.

¹⁴³Vgl., Zhang Xiaojing, „EU-Erweiterung: Regionale Disparitäten und wirtschaftlichen Zusammenhalt“, Wirtschaft und Wissenschaft Verlag 2008, S.76-79. (cn.)

¹⁴⁴Vgl., Zhang Xiaojing, „EU-Erweiterung: Regionale Disparitäten und wirtschaftlichen Zusammenhalt“, Wirtschaft und Wissenschaft Verlag 2008, S.88-95. (cn.)

Durch die Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde die EU in den Fokus der Weltöffentlichkeit gerückt, und mit der EU-Osterweiterung fand ein Ereignis statt, das die Struktur sowohl der Weltwirtschaft als auch der internationalen Politik beeinflussen wird. Im Mai 2004 wurden zehn Länder aus Osteuropa: Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, die Slowakei, Slowenien, Lettland, Estland, Litauen, außerdem Zypern und Malta - offiziell in die Europäische Union aufgenommen. Bisher hat sich die Zahl der EU-Staaten von sechs Ländern bei ihrer Gründung auf 27 Länder vergrößert. Darüber hinaus beschloss die EU, auch eine Freihandelszone zwischen der EU und dem Mittelmeerraum zu etablieren.

Die Entwicklung der EU-Integration erlebt einen Wechsel von Phasen der Vertiefung und Phasen der Erweiterung. Jede Vertiefung sorgte für eine Stärkung des internationalen wirtschaftlichen und politischen Einflusses der EU und führte anschließend zu einer Erweiterung der EU. Jede Erweiterung brachte nicht nur die Möglichkeiten der Entwicklung, sondern auch die Verbesserung und Förderung der EU-Institutionen und der Politik mit sich. Während die EU die oben angesprochenen Chancen nutzt, muss man auch eine Reihe von Problemen im Bereich der politischen Anpassungen und der wirtschaftspolitischen Koordinierung gegenüberstellen.¹⁴⁵

3.3.1. Koordinierung des institutionellen Systems

Zum einen ist die Koordinierung des institutionellen Systems der EU erforderlich. Nach der EU-Erweiterung besitzen die Beschlüsse des Nizza-Vertrags immer noch Gültigkeit. Am 13. Dezember 2007 wurde der

¹⁴⁵ Vgl., Qin Yaqing, „Forschung der Europäischen Integration--Konzepte, Systeme und politische Strategien“, World Knowledge Verlag 2008, S.146. (cn.)

„Lissabon Vertrag“ von den Leitern der EU-Mitgliedsstaaten in Lissabon unterzeichnet. Nach der Zustimmung aller 27 Mitgliedsstaaten trat der Vertrag im Januar 2009 in Kraft.¹⁴⁶ Mit dem Abschluss des Vertrags von Lissabon wurde jedem Mitgliedsstaat ein Vetorecht in den Fragen für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Steuern, Recht und Sozialem eingeräumt. Da sich schon zu jener Zeit eine Einigung unter den damals 15 Ländern als problematisch erwies, ging man davon aus, dass eine solche bei Beteiligung von 25 Ländern in zukünftigen Abstimmungen noch schwieriger zu erzielen wäre. Um eine Lähmung des Entscheidungsprozessmechanismus nach der Erweiterung der EU zu vermeiden, förderten Frankreich und Deutschland in hohem Maße die neue EU-Verfassung. Frankreich und Deutschland verloren dadurch den absolut führenden Einfluss in der EU. Eine große Allianz bestehend aus einer 450-Millionen-Bevölkerung und 20 Sprachen, mit großen Ungleichheiten der rechtlichen Standards sowie des Wohlstands zwischen den Mitgliedsstaaten, ist in diesem Maßstab nicht mehr vollständig von einem bestimmten Land kontrollierbar. Daher werden nach der EU-Erweiterung institutionelle Anpassungen benötigt.¹⁴⁷

3.3.2. Koordinierung der gemeinsamen Agrarpolitik

Zweitens ist eine Koordinierung einer gemeinsamen Agrarpolitik in der EU erforderlich. Die gemeinsame Agrarhandelspolitik der EU wurde durch nur drei Marathon-Gespräche über eine gemeinsame Agrarpolitik ausgehandelt. Um eine gemeinsame Entwicklung und wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu schaffen, stellt die aktive Förderung der Integration der

¹⁴⁶ Li Jingfang, „Einführung des „Lissabon Vertrag“, Institute of European Studies of Chinese Academy of Social Sciences 2010, <http://ies.cass.cn/Article/tszl/flyj/lisibentiaoyue/201004/2430.asp> (cn.)

¹⁴⁷ Vgl., Qin Yaqing, „Forschung der Europäischen Integration-Konzepte, Systeme und politische Strategien“, World Knowledge Verlag 2008, S.148-149. (cn.)

europäischen Länder den Hauptpunkt dar. Unter der Beachtung dieses Ziels wird die Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration gefördert. Nach den Reformen und Koordinierungen von 1984, 1992, 1998 und 2000, startete die EU mit seiner "Agenda 2000" eine neue Runde in der Reformierung der Agrarpolitik. Die wichtigsten Inhalte der Reform bestehen in einer schrittweisen Senkung der Preisstützung von wichtigen landwirtschaftlichen Produkten, der Koordinierung der Entwicklung landwirtschaftlicher Umwelt und Ökologie, der Umsetzung von gemeinsam getragenen Mechanismen der Subventionen, der prinzipiellen Verstärkung von Verantwortung der Mitgliedsstaaten sowie der Kontrolle der Ausgaben in der Landwirtschaft unter 40,5 Mrd. € pro Jahr. Die Beitrittsländer der EU-Erweiterung 2004 sind vor allem landwirtschaftlich geprägte Länder. Nach dem Eintritt in die EU bekamen sie unvermeidlich EU-Subventionen. Trotz einiger Reformen in der Agrarpolitik wird aber weiterhin noch eine beträchtliche Summe an Subventionen bereitgestellt. Die EU-Erweiterung bewirkte eine Erhöhung der Agrarausgaben von 9 Mrd. bis 11 Mrd. € pro Jahr. Dies führte zu einer zunehmenden finanziellen Belastung, unter der einige Länder litten, während andere Länder davon profitierten. Das Problem besteht demnach nicht nur in der Erhöhung der finanziellen Belastung, sondern auch in der Unausgewogenheit der Interessen zwischen den einzelnen Ländern. Die ursprüngliche Position der EU ist, das in den ersten drei Jahren nach dem Eintritt den Bauern der neuen EU-Mitglieder nur 25 %, 30 % bzw. 35 % der direkten Subventionen, die Bauern aus alten Mitgliedsstaaten erhalten, zukommen zu lassen. Der Vorschlag Dänemarks, die Subventionen für die ersten 3 Jahre auf 40 % zu erhöhen, wurde von Deutschland abgelehnt¹⁴⁸.

Einerseits ergab sich aus der Erweiterung eine große Dringlichkeit zur

¹⁴⁸ Vgl., Qin Yaqing, „Forschung der Europäischen Integration-Konzepte, Systeme und politische Strategien“, World Knowledge Verlag 2008, S.152-155. (cn.)

Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU, andererseits wurde die Umsetzung einer Reform erschwert. Daraus resultiert die Notwendigkeit, dass die Regierungen der EU-Länder die allgemeinen Interessen der EU als Hauptziel verfolgen und gegenseitig geeignete Zugeständnisse machen.

3.3.3. Koordinierung der Regionalpolitik der EU

Während der Erweiterung der EU wurden die Entwicklungsunterschiede zwischen einzelnen Regionen bzw. Mitgliedsstaaten verstärkt. Die Sicherung einer balancierten Entwicklung der gesamten Regionen ist für die langfristige Entwicklung der EU von großer Bedeutung. Die Regionalpolitik wurde durch spezielle Fonds wie den „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“, den „Kohäsionsfonds“ u.a. gefördert, um die Entwicklungsunterschiede zwischen Regionen und Mitgliedsstaaten auszugleichen und den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu stärken. Die Regionalpolitik ist bei der Verringerung der Entwicklungsunterschiede zwischen den EU-Ländern erfolgreich. Es entstehen allerdings auch Probleme durch mangelnde Transparenz bei strukturellen Maßnahmen sowie durch die Auslastung der Verwendung der Mittel. Darüber hinaus stellen die fortlaufenden Maßnahmen zur Förderung der Regionalentwicklung eine hohe Belastung für das EU-Budget dar.

Die EU-Osterweiterung ist eine politische Notwendigkeit und eine seltene historische Chance, jedoch auch ein teures Projekt, da sich die Entwicklung der meisten osteuropäischen EU-Länder noch auf einem relativ niedrigen Niveau befindet. Wenn die aktuelle Regionalpolitik nicht an diese neuen Umstände angepasst wird, werden die zukünftigen EU-Haushalte ein schwerwiegendes Defizit aufweisen. Da das Budget von jedem Mitgliedsland mitgetragen wird, die einzelnen Länder aber in unterschiedlichem Maße von den regionalen Fördergeldern profitieren, birgt

dies ein großes Konfliktpotenzial in sich. Eine solche Entwicklung ist für eine reibungslose Erweiterung und die gemeinsame Entwicklung der EU nicht förderlich. Um das Problem des ungleichen Profits in der aktuellen Regionalpolitik, das mit der Erweiterung der EU entstand, zu bewältigen, wurden zwei Optionen in der "Agenda 2000" vorgeschlagen: Die erste besteht in der Festlegung einer Höchstgrenze für staatliche Transferzahlungen auf 4 % des BIP aus dem Jahre 2005 des jeweiligen Landes. Die zweite sieht vor, die Gesamtausgaben des Fonds im Rahmen des EU-BIP durch den Austritt einiger besser entwickelter Regionen von den Strukturfonds nicht zu verändern. Beide Lösungen würden zu einer teilweisen Entlastung des EU-Haushalts führen, und dennoch könnte die wirtschaftliche Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern weiterhin gefördert werden. Die Einrichtung eines effektiven Transfer-Zahlungssystems, in Kombination mit einer gleichzeitigen Bereitstellung von Mitteln für den Ausbau der Infrastruktur sowie zur Bekämpfung von Umweltproblemen, stellt einen ausgesprochen wichtigen Aspekt und eine große Herausforderung für eine ausgewogene Entwicklung der EU nach der Erweiterung dar.¹⁴⁹

3.3.4. Koordinierung der wirtschaftlichen Politik

Die Verbindung und Integration der Wirtschaft erfordert zwangsläufig die Koordinierung und die Konvergenz der Wirtschaftspolitik. Mit der Vertiefung der wirtschaftlichen Integration zeigte die wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten einen allmählichen Fortschritt. Auf den unterschiedlichen Stufen der Integration wurden die Koordinierung der Handelspolitik, die Koordinierung der Politik des Wechselkurses und der Geldpolitik, sowie die Koordinierung der Fiskalpolitik eingeführt. Die

¹⁴⁹ Vgl., Qin Yaqing, „Forschung der Europäischen Integration-Konzepte, Systeme und politische Strategien“, World Knowledge Verlag 2008, S.157-159. (cn.)

gemeinschaftliche Währung und die Gründung der Europäischen Zentral Bank (EZB) sind wichtige Fortschritte in der europäischen wirtschaftlichen Integration. Im Unterschied zur Währungspolitik ist die Wirtschaftspolitik weiter nicht vergemeinschaftet. Eine gemeinschaftliche Handelspolitik ist ein wichtiger Punkt in der europäischen wirtschaftlichen Integration, wird jedoch von den immer noch unterschiedlichen Interessen auf nationaler Ebene behindert. Die Entwicklung der Integration bestimmt somit die Höhe der wirtschaftspolitischen Koordinierung.

Nach der EU-Erweiterung konnte eine Wirtschafts- und Währungsunion mit den neu angegliederten Staaten nicht sofort erreicht werden. Zunächst muss das vorrangige Ziel in der Umsetzung der Zollunion bestehen, um einen freien Warenverkehr zu ermöglichen. Des Weiteren benötigt die EU eine Koordinierung der Handelspolitik. Nach der Verwirklichung einer gemeinsamen Handelspolitik ist der Wechselkurs ein wichtiger Faktor, der sich auf den freien Umlauf von Waren auswirkt. Die Abwertung der Währung stellt für Exportgeschäfte einen Vorteil dar, während die Währungsaufwertung günstige Bedingungen für die Einfuhr von Waren herstellt. Der Koordinierung der Wechselkurs- und Geldpolitik zwischen den Mitgliedsstaaten fällt eine sehr wichtige Funktion zu, die darin besteht, die Stabilität des Handels zu wahren. Für einen reibungslosen Ablauf der EU-Erweiterung musste damit begonnen werden, einen stabilen Wechselkursmechanismus wie das Europäische Währungssystem zu schaffen. Nur auf diese Weise lässt sich die Entwicklung der großen EU-Integration erfolgreich fördern.¹⁵⁰

Die Globalisierung der Wirtschaft und die wirtschaftliche Regionalisierung sind zwei wichtige Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung in der

¹⁵⁰ Vgl., Qin Yaqing, „Forschung der Europäischen Integration-Konzepte, Systeme und politische Strategien“, World Knowledge Verlag 2008, S.162-166. (cn.)

heutigen Welt. Die EU kann derzeit als eine der weltweit erfolgreichsten regionalen Organisationen bezeichnet werden. Sie stellt hinsichtlich der Entwicklung anderer regionaler Organisationen eine gute Referenz zur wirtschaftlichen Integration dar. Obwohl die EU-Erweiterung eine unvermeidliche Tendenz zur Entwicklung der regionalen wirtschaftlichen Integration aufweist, verbleibt immer noch eine große Anzahl weiterer Koordinierungsnotwendigkeiten der wirtschaftspolitischen Regulierung, wie z. B. die institutionellen Strukturen der EU, die Gemeinsame Agrarpolitik, die EU-Strukturpolitik, die makroökonomische Politik der EU und weitere. Das Vorantreiben der EU-Integration fördert die Koordinierung und Konvergenzen der Wirtschaftspolitik. Eine angemessene Koordinierung der Politik wird sich durch die Wirtschaft auf eine weitere Vertiefung der Integration auswirken.

3.4. Deutschland in der EU

Deutschland ist die stärkste wirtschaftliche Einheit und auch das bevölkerungsreichste Land in der Europäischen Union. Für eine lange Zeit war Deutschland immer die zweite größte Import- und Exportwirtschaftsmacht weltweit nach den USA und bis 2009 die drittgrößte Wirtschaft der Welt. Mit ihrer starken Wirtschaft spielt Deutschland eine wichtige Rolle im Prozess der europäischen Integration: Zum Beispiel im Bereich der institutionellen Reformen der EU, der Gründung und Einführung des Euro, der Erweiterung der EU, oder der Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Ein erheblicher Teil des Haushaltes der Europäischen Union und des Europäische Parlaments wurde von Deutschland getragen.

Wegen der Geopolitik, Geschichte und Gegenwart Deutschlands nahmen die deutschen Regierungen die europäische Politik, insbesondere die

europäische Integration, immer als richtungsweisenden Kern ihrer Außenpolitik. Nach dem Krieg förderte Bundeskanzler Adenauer der europäischen Integration, um das überholte militärische Bild von Deutschland in Europe zu ändern, das Verständnis der Nachbarn zu erhalten, und letztlich die nationale Souveränität und die internationale Gleichbehandlung zu erreichen. Nach der deutschen Wiedervereinigung förderte die deutsche Regierung der europäischen Integration, um die Angst der Nachbarländer vor Deutschland, das immer mächtiger wurde, zu beseitigen und die Kern- und Führungsposition Deutschlands in der EU zu gewährleisten.

Zur Aufrechterhaltung der Wirtschafts- und Währungsunion hat die deutsche Regierung viele Mühe auf sich genommen: um diese voranzutreiben und zu etablieren hat Deutschland sogar seine geliebte Mark aufgegeben.

3.4.1 Deutsch-Französisch Beziehungen in der EU

Ohne die Unterstützung und die Zusammenarbeit mit Frankreich wird die Kern- und Führungsposition Deutschlands im europäischen Integrationsprozess erschüttert. In gewisser Weise ist das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich die Schlüssel für den Erfolg der europäischen Integration. Daher waren die Verbesserungen der Beziehung und Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich immer der Mittelpunkt der europäischen Politik der deutschen Regierungen. In der Geschichte war Deutschland Frankreichs alter Feind. Von dem Französisch-preußischen Krieg 1870 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 sind in nur 75 Jahren zwischen zwei Länder auf Grund der Hegemonie im europäischen Kontinent, drei großen Kriege und zahllose kleine

Konflikte ausgetragen worden.¹⁵¹ Nach dem Krieg versuchte die Regierung Adenauers eine Politik der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Die wichtigste Maßnahme dafür ist und war der Beitritt und die Förderung der europäischen Integration.

Die Bundesrepublik Deutschland hat erst leicht verzögert auf die im Jahre 1950 von Französisch Außenminister Robert Schuman vorgeschlagenen "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" reagiert und daher im Jahre 1958 mit Frankreich und anderen Ländern die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet. Damit hat Deutschland sich allmählich in dem neuen Europa integriert, wodurch die Verdacht und Sorge der anderen europäischen Nachbarländer negiert und beseitigt wurden.

3.4.2. Divergenz

Bei der Entwicklung der europäischen Integration haben Frankreich und Deutschland viele gemeinsame Interessen. Die deutsch-französische Allianz ist der Kern der europäischen Integration. In den EU-Ländern ist UK eine Insel. Wegen der geopolitischen und historischen Gründe hat UK eine "besondere Beziehung" mit den Vereinigten Staaten, und ist von der europäischen Integration und dem Euro nicht sehr angetan. Die italienische Wirtschaft ist verhältnismäßig schwach und hat weniger Einfluss. Andere Mitglieder sind von Fläche, Bevölkerung und Wirtschaftskraft weitaus kleiner als Frankreich und Deutschland. Bei den wichtigen Themen der EU wurde daher oft erst einmal zwischen Deutschland und Frankreich verhandelt.

Zwischen Deutschland und Frankreich gibt es aber auch verschiedene

¹⁵¹ Ma Xiaoqiang, „Europäische Integration und die EU-Sozialpolitik“, China Sozialwissenschaften Verlag 2008, S.165. (cn.)

Widersprüche. Im Umgang der Beziehungen zur NATO, vor allem in der Politik zu der Vereinigten Staaten, sowie die Frage der Führung in der Europäischen Union, liegen die beiden Länder im Wettbewerb um die Durchsetzung ihrer eigenen Ansichten. Auch im Bereich der Agrarpolitik und Anderen haben die beiden Länder oft unterschiedliche Meinungen. Die zeigt sich vor allem auch bei der EU-Erweiterung in einer gravierenden Divergenz. Deutschland befürwortet stark die Osterweiterung. Geopolitisch gesehen hat Deutschland einen einzigartigen Vorteil Beziehungen mit Zentral- und Osteuropa zu entwickeln. Im Bereich Wirtschaft ist Deutschland der wichtigste Handelspartner Osteuropas. Eine Osterweiterung würde den politischen Einfluss Deutschlands in der EU daher deutlich stärken. Von der Sicherheit gesehen ist Deutschland der Peripherie der EU. Die EU-Osterweiterung und die nach Osten verschiebende EU-Grenze ist für die Sicherheit Deutschlands daher auch eine gute Nachricht. Doch Frankreich steht für eine Süderweiterung ein. Wegen geopolitischen Interessen möchte Frankreich die EU zum Mittelmeerraum und Nordafrika, durch die sogenannten „Maghreb“¹⁵² Länder erweitern. Frankreich hat Sorge, dass die Osterweiterung der EU die politischen Mittelpunkte Deutschlands nach Osten verschieben und Möglicherweise eine "Deutsche Gruppe" auftreten würde.

Eine stabile Entwicklung Deutschlands ist sehr wichtig für die weitere Entwicklung der europäischen Integration. Aber besteht immer ein Konflikt. Ein stabiles und starkes Deutschland ist erforderlich für die weitere europäischen Integration und Reform. Aber ein starkes Deutschland bringt auch Zweifel und Bedenken von den anderen europäischen Nachbarländern auf. Wie im Prozess der Vertiefung der europäischen Integration gleichzeitig

¹⁵² Maghreb sind vor allem die drei nordafrikanischen Staaten Tunesien, Algerien und Marokko, teilweise auch noch Libyen und Mauretanien, die aufgrund ihrer Geschichte viele Gemeinsamkeiten haben.

die harmonische Entwicklung der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden kann ist ein großes Thema für Deutschland in der weiteren Entwicklung der EU.

3.4.3. US-Faktor

In den Nachkriegsjahrzehnten hatte sich die EG im Kontext des Kalten Krieges und der US-Hegemonie zumeist eher defensiv und reaktiv positioniert. Erst seit den 1990er Jahren wird erkennbar, dass sich die EU zu einer wichtigen Globalisierungsarena und in einigen Bereichen sogar zu einem einflussreichen Akteur der Globalisierung gewandelt hat.¹⁵³ In der Vergangenheit hat die USA wegen ihrer Bedürfnisse, die sowjetische Bedrohung einzudämmen, zu der europäischen Integration eine eher unterstützende Position. Mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung und Erweiterung der EU, insbesondere zur Erreichung einer finanziellen Integration, hat die USA einen zunehmenden, starken Druck einer Herausforderung durch die europäische Integration gefühlt. Besonders den US-Krieg gegen den Irak haben Frankreich, Deutschland und anderen europäischen Ländern stark kritisiert. Dies führte zu einer schrittweisen Anpassung der Strategie der USA zur europäischen Integration. Von der Unterstützung aus der Vergangenheit zur Einschränkung in der Gegenwart. Eine wichtige Methode ist, die Widersprüche zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu nutzen, damit es ihnen erschwert wird eine gemeinsame Kraft zu bilden. Dieses Problem scheint während der EU-Erweiterung noch gewachsen zu sein.

3.5. Die Schuldenkrise in Griechenland und weiteren Ländern – nur eine Krise oder auch Chance für die EU-Integration?

¹⁵³ Hans-Jürgen Bieling, „Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union“, : Verlag. für Sozialwissenschaft 2010 Wiesbaden, S.57.

Das chinesische Schriftzeichen für "Krise" bedeutet bekannterweise auch "Chance". Um sich von der Abhängigkeit von dem US-Markt und vom US-Dollar zu befreien, besonders nach der Wirtschaftskrise 2007, hat China ein elementares Interesse an einer stabilen EU und einer stabilen Euro entwickelt. Dies wurde während der Überwindung der Krise deutlich gezeigt. China hat sich in der Vergangenheit stark an den US-Dollar gebunden und orientiert. Das ist besonders riskant, seit die US-Notenbank die Märkte mit billigem Geld überschwemmt.¹⁵⁴ Der stellvertretende Ministerpräsident Chinas, Zhang Dejiang, führte am 15. Juni 2010 eine offizielle Delegation nach Griechenland. Beiden Seiten unterschrieben eine Reihe von Vereinbarungen, nach welchen China im Bereich des Flugverkehrs, der Schifffahrt und der Telekommunikation mehrere Milliarden Euro in Griechenland investieren wird. Der chinesische Premier Wen Jiabao sagte dazu auf einem Treffen am 16.07.2010 mit der deutschen Bundeskanzlerin: „Als verantwortungsbewusster, langfristig orientierter Investor immer auf die Grundsätze der Dezentralisierung der Investitionen zu halten. Der europäische Finanzmarkt war, ist und wird in Zukunft einer der Hauptorte für chinesischen Devisenreserven sein“.¹⁵⁵ Die europäische öffentliche Meinung sieht dies als Beweis der chinesischen Unterstützung des Euros. Die Volksrepublik China hat weltweit die größten Devisenreserven. Diese Meinung Chinas ist daher eine starke Unterstützung für den Euro und die EU. Die Krise kann auch Förderungskraft für den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen China und der EU und für die weitere Europäische Integration sein.

¹⁵⁴ . Miriam Klaussner, „Europas Krise, Chinas Chance“, Deutsche Welle 01.07.2010

¹⁵⁵ . Oliver Samson, „Deutschland und China rücken zusammen“, Deutsche Welle 16.07.2010

3.5.1 Schuldenkrise

Anfang Oktober 2009 verkündete die griechische Regierung plötzlich, dass im Jahr 2009 das öffentliche Defizit und der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP voraussichtlich 12,7 % bzw. 113 % betragen werden. Diese Werte liegen weit über den Festlegungen des EU-"Stabilitäts- und Wachstumspakts", nach denen Werte von unter 3 % bzw. 60 % einzuhalten sind. Am 8. Dezember 2009 kündigte daraufhin Fitch - eine der drei globalen Rating-Agenturen - an, das souveräne Rating Griechenlands abzusenken, obwohl die Finanzminister der 16 Länder der Euro-Zone zuvor vereinbart hatten, ein Hilfe-System für Griechenland zu starten. In den nächsten drei Jahren gewährt die Euro-Zone gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Griechenland eine Anleihe in Höhe von 110 Mrd. €, um die finanziellen Bedürfnisse Griechenlands abdecken zu können. An den verunsicherten Börsen Europas und der Vereinigten Staaten wirkte sich der Beschluss in fallenden Indizes und einem weiter sinkenden Euro-Kurs gegenüber dem US-Dollar aus. Die Stabilität und das Vertrauen in den Euro wurden erschüttert.

Die Hilfe zur Rettung Griechenlands wurde von den Ländern der Euro-Zone und dem IWF an bestimmte Bedingungen geknüpft. So verlangen die Geldgeber eine Senkung des Haushaltsdefizits bis Ende 2014 auf maximal 3% des Bruttoinlandsprodukts. Dies stellt zweifellos eine große Herausforderung für die griechische Regierung dar. Die griechische Regierung hat einige Maßnahmen vorgeschlagen, u.a. die Senkung des Bonus für Beamte und der Rentenzahlung, Heraufsetzung des Rentenalters, Einfrieren der Staatsausgaben sowie Erhöhung von Mehrwert- und Mineralölsteuer. Diese Pläne stießen bei weiten Teilen der griechischen Bevölkerung auf Ablehnung.

Aufgrund von Befürchtungen, dass die griechische Regierung nicht die notwendige Finanzierungskapazität für das wachsende Haushaltsdefizit besitzen würde und in Portugal und Spanien ähnliche Schuldenkrisen bevorstehen könnten, sanken die Kurse an den europäischen Finanzmärkten drastisch. Die zunehmende Unsicherheit um den Euro trieb die Investoren zum US-Dollar und US-Treasuries. Die Schuldenkrise warf einen Schatten über die Aussichten des europäischen Konjunkturprogramms.

Kapitalflucht aus der Euro-Zone. Der Präsident der Europäischen Zentralbank Jean-Claude Trichet, der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso versuchten, das Vertrauen des Marktes in die öffentlichen Finanzen der EU zu stärken. Die Stabilisierungsversuche waren jedoch kaum von Erfolg gekrönt. Die durch sinkende Kurse gekennzeichnete Panik am Markt verbreitete sich von Griechenland über Portugal und Spanien und übertrug sich auf die gesamten europäischen Aktienmärkte. Am 4. Februar verbuchte der portugiesische Aktienindex einen Einbruch um fast 5 % und damit den höchsten Ein-Tages-Drops seit November 2008. Der Aktienmarkt Spanien fiel um 6 % auf den niedrigsten Stand seit Juli des Vorjahres. Viele Investoren, und mit ihnen große Mengen an Kapital, verließen in diesem Zeitraum den europäischen Markt.

Das Vertrauen in den Euro wurde kurzfristig beschädigt. Der Anteil der neuen Euro-Reserven sank. Seit November 2009 setzte ein Abfall des Euro-Dollar-Wechselkurses um mehr als 8 % ein. Es bestehen bereits Anzeichen, dass der globale Anteil der neuen Währungsreserven in Euro drastisch reduziert werden wird, während der Anteil des US-Dollars steigen wird. Die britische "Financial Times" schrieb am 05.02.2010, dass die Europäische Währungsunion vor der gefährlichsten Phase seit ihrer Geburt vor 11 Jahren stehe¹⁵⁶. Einige Fachleute vertreten sogar die Meinung, dass

¹⁵⁶ Vgl. Wolfgang Munchau, „Der Ausweg der Eurozone Ausweg aus der Krise“, Britische "Financial Times"-Kolumnist 05.02.2010

im Falle einer weiteren Ausweitung der Schuldenkrise die Auflösung der Euro-Zone bevorstehen würde.

3.5..2. Probleme, die durch die Krise aufgetaucht sind

Die Krise hat zu großen Problemen der EU-Wirtschaft geführt. Dazu gehört das Aufkommen eines Ungleichgewichts in der internen Entwicklung. Dies wiederum gehört zu einem der Ursachen, die zu der griechischen Schuldenkrise führten. Griechenland, Irland, Spanien, Portugal und anderen Mitgliedsstaaten weisen eine geringere Wettbewerbsfähigkeit als andere Länder der Euro-Zone auf. Diese Länder besitzen negative Handelsbilanzen, bei denen die Summe der Importe immer die der Exporte übersteigt. Im Jahre 2006 wies die spanische Wirtschaft ein Defizit auf die der anderen Mitglieder von bis zu 11 Mrd. auf. Die Entwicklung dieser Länder beruht hauptsächlich auf Tourismus und Immobiliengeschäften. Diese Bereiche können grundsätzlich nur schwer die langfristige Entwicklung jener Länder unterstützen. Die Abwanderungen des Kapitals und des ausgebildeten Personals sind in Griechenland und anderen Ländern sehr stark. Deutschland besitzt hingegen einen Überschuss der Current Account in Höhe von 190 Mrd. Nach der Finanzkrise steht eine Verschärfung der durch das Handelsdefizit bedingten Probleme in den wirtschaftlich schwächeren Ländern bevor.

Das Doppel-Management-System des Euroraums besitzt gravierende Nachteile. Die Mitgliedsstaaten der Euro-Zone haben auf der einen Seite keine Möglichkeit den Wechselkurs zu ändern, besitzen auf der anderen Seite aber noch eine Autonomie in der Finanz-, Lohn- und Sozialpolitik. In der Ausübung der nationalen Politik sollten diese Länder Gleichschritt mit den anderen Partnern halten. In der Realität zeigt sich allerdings, dass die Mitgliedsstaaten dieser Regel oft nicht Folge leisten können, was dann zu Problem führt. Seit der Finanzkrise erhöhen viele EU-Mitgliedsstaaten ihre

öffentlichen Ausgaben, um das Wirtschaftswachstum zu stimulieren und auf diese Weise die Auswirkungen der Krise auf das eigene Land abzumildern. In der Folge explodieren jedoch die Haushaltsdefizite.

Innerhalb der Euro-Zone gibt es die riesige Schwachstelle im Management und mangelnde Koordination bzw. Vergemeinschaftung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einerseits haben die reichere Ländern keine Bereitschaft zur Umverteilung, z. B. Fonds zu bilden, um den schwächeren Ländern billige Kredite zu ermöglichen. Andererseits wurde nach Ausbruch der Schuldenkrise bekannt, dass die griechische Regierung versucht hatte, das eigene Ausmaß der problematischen finanziellen Situation durch gefälschte Statistiken zu vertuschen. Dies zeigt die gravierenden Mängel bei der Überwachung der der Euro-Zone angehörenden Länder auf. Außerdem fehlt ein Exil-Mechanismus innerhalb Euro-Zone. Die Staatsregierungen werden zu einer nicht verantwortungsvollen Fiskal- und Geldpolitik verleitet, da sie sich bei finanziellen Schwierigkeiten auf die externe Hilfe aus der Euro-Gemeinschaft verlassen können. Die Euro-Zone wurde bereits seit langem dafür kritisiert, dass die internen Regeln in der Euro-Zone zu locker seien. Der Beitritt von Ländern mit einer unzureichenden Vorbereitung auf die Stabilitätskriterien verursacht die Unstabilität der wirtschaftlichen Grundlage des Euro. Der Ausbau der Kompetenzen der EZB ist notwendig.

3.5.3. Chance zur Reform

Die Verschuldungskrise hat große Herausforderungen aber gleichzeitig auch Chancen für die Entwicklung der EU mit sich gebracht. Die EU könnte diese Gelegenheit ergreifen, und die Probleme, die eine weitere Entwicklung behindern, durch Reformen im Bereich des finanziellen Management-Systems beseitigen.

a. Finanz-Management-System

Die EU-Integration hat sich zwar auf hoher Ebene entwickelt. So wird über die Währungspolitik bereits auf EU-Ebene entschieden, jedoch liegt die Fiskalpolitik immer noch in den Händen der einzelnen Staatsregierungen. Daher besteht für eine stabile Weiterentwicklung der EU die Notwendigkeit, nach den Vorgaben des "Vertrags von Lissabon" ein einheitliches Finanz-Management-System zu etablieren.

b. Ungleichgewicht der Entwicklungsfortschritte innerhalb der EU

Das Ungleichgewicht der Entwicklungsfortschritte innerhalb der EU stellt das größte Problem für die Stabilität der EU-Entwicklung dar. Zur Bekämpfung dieser Probleme müssen Staaten wie Griechenland und Spanien, die ein Leistungsbilanzdefizit aufweisen, schnellstmöglich Reformen im Bereich des Arbeitsmarktes, der Anpassung der Reallöhne, der Arbeitsproduktivität und der Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft umsetzen und darüber hinaus eine vernünftige Fiskalpolitik führen. Dagegen sollten Staaten mit großen Handelsüberschüssen wie Deutschland eine aktive Fiskalpolitik betreiben, um den Binnenkonsum anzukurbeln und Importe aus den Peripherieländern zu erhöhen.

c. Eine strengere und einheitliche EU-Überwachung

Die Durchführung einer strengeren und einheitlichen EU-Überwachung ist entscheidend für die Stabilität der Europäischen Währungsunion und der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung der Europäischen Union. Durch die Krise ergibt sich eventuell die Gelegenheit, das aufsichtsrechtliche System und dessen Standard auf EU-Ebene zu stärken und eine bessere Kontrolle durch die EU-Institutionen einzurichten.

d. Risiko-Management-System

Durch die Krise zeigt sich die Notwendigkeit, ein moderates, transparentes

Risiko-Management-System zu entwerfen. Bei der Betrachtung des Prozesses der Reaktion auf die Schuldenkrise Griechenlands zeigte sich, dass die Rettungssysteme zur Krisenbekämpfung auf der EU-Ebene weiter verstärkt und besser koordiniert werden müssen. Es ist für die weitere Kriseneindämmung erforderlich, die Effizienz der Rettungsinstrumente zu erhöhen und den Effekt der politischen Umsetzung zu verstärken.

Mittelweile wurde ein Krisenfond als Schutzschirm für schwer von der Krise betroffene Länder gegründet. Mit dem Krisenfond werden insgesamt 500 Milliarden Euro für Pleitestaaten bereitgestellt. Deutschland als die größte Wirtschaftskraft in der EU muss in den neuen Fonds neben 168 Milliarden Euro an Bürgschaften insgesamt 22 Milliarden Euro als Bareinlage einzahlen.¹⁵⁷ Gleichzeitig wird die EU die Haushaltspolitik der einzelnen Mitgliedsländer mehr beeinflussen, um das Haushaltsdefizit zu verringern und weitere Krisen zu vermeiden. Es besteht die Möglichkeit, dass die EU als Reaktion auf die Krise und den Ablauf des Krisenmanagements Reformen zur Beseitigung der Probleme, die in der EU-Entwicklung und -Erweiterung aufgetaucht sind, umsetzt und damit den Weg für eine nachhaltige weitere Entwicklung der EU freizumachen.

¹⁵⁷ „Euro-Verteidigung bleibt noch löchrig“, Zürich News, 02.04.2011

4. Die Beziehungen zwischen China und der EU

4.1. Überblick über die Beziehungen zwischen China und der EU

Schon seit der Zeit v. Chr. haben China und Europa über die alte Seidenstraße Kontakt aufgenommen; chinesische Seide und Porzellan wurden durch die Seidenstrasse nach Europa transportiert. Im 13. Jahrhundert hat der italienische Kaufmann Marco Polo über seine China-Reise ein Buch „Reisen des Marco Polo“ geschrieben, dadurch weckte er die Sehnsucht der Europäer nach dem Osten.

Engeren Kontakt zwischen China und Europa gibt es seit mit dem Konflikt in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Von Anfang an zeigt sich Europa für China von einer positiven und negativen Seite. Der Opiumkrieg und ungleiche Verträge markierten den europäischen Imperialismus und vermittelten den Chinesen ein sehr negatives Image Europas. Der äußere Druck vom europäischen Imperialismus ist die Ursache für den Zusammenbruch der letzten chinesischen Dynastie „Qing“. Die Expansion des europäischen Imperialismus provozierte auch die Entstehung des modernen chinesischen Nationalismus. Andererseits hat die technisierte europäische Macht auch das Erwachen der chinesischen Elite gefördert. Bei der westlich orientierten Bewegung wurden die Achtung und das Erlernen von europäischer, fortschrittlicher Technik und Erfahrungen immer kontinuierlicher und somit immer weiter vertieft. Viele Chinesen fahren nach Europa, um die fortschrittliche Technik und Erfahrungen zu beobachten und zu lernen. Viele chinesische Reformen in dieser Zeit wurden stark von Europa beeinflusst.

Von der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 bis in die 1990er Jahr trat die Entwicklung der China-EU-Beziehungen in eine neue Phase; aber bei dieser historischen Phase war es bei den China-EU-Beziehungen

nie der Fall, dass sie eine normale Entwicklung ohne Einflussnahme von Außen aufwiesen. Wegen des Einflusses der Sowjetunion waren die Beziehungen zwischen China und Osteuropa von anhaltender Volatilität. Die Beziehungen zwischen China und Westeuropa zeigten allgemein eine Entwicklungsverzögerung auf (abgesehen vom speziellen Fall Frankreich). In dieser Zeit war die Beziehung zwischen China und der EU das typische Modell für Beziehungen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges.

Reale Veränderungen in den Beziehungen zwischen China und der EU begannen in den 1990er Jahren. Seit 1995 begannen China und die EU über die strategischen Vorteile einer bilateralen Beziehung nachzudenken. Seit dieser Zeit entwickeln sich die China-EU realistische Beziehungen. Es gab folgende Gründe: Erstens, das Ende des Kalten Krieges. Zweitens gab es in den China-EU Beziehungen nicht mehr das Problem Taiwan. Das ist ein wichtiger Unterschied zwischen den China-EU und den China-USA Beziehungen. Drittens verfolgt Europa keine strategischen Interessen in Asien. Viertens verfügen China und die EU über einen Konsens zum multipolaren internationalen System. Fünftens ergänzen sich die Wirtschaft von China und der EU gegenseitig stark. Aus diesen Gründen hatten die Beziehungen zwischen China und der EU in den letzten Jahren eine stabile Entwicklung

Die wichtigsten Strategien der EU zu China sind folgende: Erstens hofft die EU darauf, einen wirksamen Mechanismus des globalen Multilateralismus zu schaffen, wobei China ein wichtiges Land in diesem Mechanismus sein sollte, um mehr Verantwortung zu übernehmen. In dieser Frage haben die EU und die USA eine ähnliche Meinung. Zweitens versuchen sowohl China und die EU sowohl auf bilateraler Ebene, als auch die EU-Mitgliedstaaten untereinander, die Kontakte zwischen den beiden Seiten zu institutionalisieren. Drittens fördert die EU die interne Kapazität (domestic

capacity) oder Governance-Kapazität (Governance-Fähigkeit) Chinas. Das ist ein signifikanter Unterschied zwischen der „Chinastrategie“ der USA und der der EU. Die USA beobachtet eher die Trends in der Außenpolitik. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten ist die EU mehr an der Entwicklung der internen Reform Chinas interessiert, wie z.B. die wirtschaftliche Umstrukturierung, die Institutionalisierung der Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Offenheit, die Förderung sozialer Reformen und so weiter.

Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas hat einen tiefgreifenden Einfluss auf die globale Wirtschaft, die Politik und den Handel genommen. In der letzten Zeit gibt es neue Probleme in den Beziehungen zwischen China und der EU. Viele Menschen in Europa denken, dass die Entwicklung Chinas eine große Herausforderung für die Außenhandelspolitik der EU und einige wichtige verarbeitende Industrien in Europa darstellen kann, und dass China für Europa nicht nur eine Chance sein, sondern auch ein starker Konkurrent werden kann.

Die Proteste in den Straßen von Paris vor der Olympiade in Peking und der Empfang des Dalai Lama von Regierungsspitzen mehrerer europäischer Länder haben die bilateralen Spannungen zwischen China und der EU verschärft. Aus chinesischer Sicht, sind das Waffenembargo gegen China, die Nicht-Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus Chinas und der Empfang des Dalai Lama Hindernisse in der Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Die EU stellt immer "Menschenrechte", "Tibets religiöse und kulturelle Freiheit" und Ähnliches in Zusammenhang mit den bilateralen Beziehungen. Das Defizit im Handel mit China, der fehlende Schutz des geistigen Eigentums und die illegale Einwanderung sind weitere Bereiche, mit denen die EU unzufrieden ist.

Die Probleme in den China-EU-Beziehungen existieren auf der Regierungs-

und der gesellschaftlichen Ebene. Die Probleme auf der Regierungsebene sollen durch Verhandlungen bewältigt werden. Aber ein weiteres und wichtigeres Problem scheint auf der gesellschaftlichen Ebene zu bestehen. Das Niveau des Verständnisses zwischen China und EU ist auf der gesellschaftlichen Ebene noch sehr niedrig, sowohl in China für die EU, als auch in der EU für China. Die Kontakte auf der Regierungsebene existieren schon seit mehr als 30 Jahren, aber die Kontakte auf der Gesellschaftsebene haben erst in den letzten Jahren begonnen. Im Vergleich zu der Regierungsebene ist das Verständnis auf der Gesellschaftsebene sehr gering. Von Seiten der EU gibt es gegenüber China viele Missverständnisse zu Menschenrechten, dem Problem Tibets und einer realistischen Situation der wirtschaftlichen Entwicklung in China. Die chinesische Seite muss jedoch die Kritik besser wahrnehmen.

Die China-EU-Beziehungen haben sich, vor allem in den letzten 20 Jahren, gut entwickelt. Die Zusammenarbeit in den politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereichen kommt den Interessen von den beiden Seiten entgegen. Im Rahmen des weiteren Ausbaus und der Vertiefung der wirtschaftlichen Globalisierung und der regionalen wirtschaftlichen Integration, haben China und EU das Bedürfnis der strategischen Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen und handelspolitischen Komplementarität. Die Stärkung des politischen Dialogs, des wirtschaftlichen und handelspolitischen Austausches und das Finden eines Konsenses durch Zusammenarbeit, ist auch im Interesse beider Seiten.

Im Trend der Globalisierung und der Multi-Polarisierung wurde die Entwicklung der China-EU Beziehungen gefördert. Kontakte auf hoher Ebene und im politischen Dialog werden zwischen China und der EU häufiger. Die Bereiche der Zusammenarbeit werden mehr und mehr ausgebaut. Im Oktober 2003 haben China und die EU beschlossen, eine

umfassende strategische Partnerschaft aufzubauen. Die bilateralen Beziehungen haben in der Breite und Tiefe den höchsten Punkt in der Geschichte erreicht. Im Vergleich zu den China-USA-, den China-Japan- und den China-Russland-Beziehungen gibt es in den Beziehungen zwischen China und der EU weniger historische Streitigkeiten und gegenwärtige Konflikte. Eine stabile, pragmatische, reife und umfassende Entwicklung der strategischen Beziehungen und der gegenseitigen vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen China und der EU zu fördern, hat eine große Bedeutung für die stabile und kontinuierliche Entwicklung beider Seiten.

China ist das weltweit größte Entwicklungsland, während die EU die größte Gruppe der wirtschaftlichen Integration darstellt. Der bilaterale Handel zwischen China und der EU hat sich rasch entwickelt, beide Seiten haben die historische Chance, sich weiter zu entwickeln. Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen China und Europa, um die maximale Ausdehnung einer „Win-Win-Situation“ zu erreichen, ist ein wichtiger Weg um eine umfassende strategische Partnerschaft zwischen China und der EU zu entwickeln und eine Umsetzung eigener Interessen zu erreichen.

Seit den 1990-er Jahren begann die Entwicklung der China-EU-Beziehungen als ein Wendepunkt in der strategischen Phase. Wegen der strategischen Bedürfnisse und Interessen fing die Asien- und China-Politik der EU, die vorher relativ vernachlässigt worden war, an, sich zu ändern. Begonnen hat dies mit der Start-up-Phase, die die Beziehungen zwischen der EU und China strategisch verändert hat. Während dieser Zeit haben sich sowohl China als auch die EU bemüht, die Beziehungen zu verbessern. Die Europäische Union hat eine Reihe wichtiger politischer Dokumente zu Asien (insbesondere zu China) verabschiedet. Auf der politischen Ebene haben sie wichtige Kanäle für die Kommunikation etabliert, wie beispielsweise die Asien-Europa-Treffen, die im Jahr 1996

angefangen haben oder dem China-EU-Gipfel, der im Jahr 1998 ins Leben gerufen wurde. Im wirtschaftlichen Bereich haben China und die Europäische Union im Mai 2000 das bilaterale Abkommen des Beitritts Chinas zur World Trade Organisation (WTO) unterzeichnet; damit ist Chinas "Beitritt" erfolgreich in die letzte Phase gegangen. Im November 2001 wurde China offiziell Mitglied der Welthandelsorganisation. In den Bereichen Wissenschaft und Technologie, Kultur, Bildung, Umweltschutz, berufliche Bildung, sowie Unterstützung und Integration Chinas in das internationale Handelssystem, wie etwa das WTO-Projekt, hat sich die Zusammenarbeit zwischen China und der EU umfassend und intensiv entwickelt.

Im Jahre 2003 begann eine neue Epoche für die Entwicklung der Beziehungen zwischen China und der EU. Während dieser Zeit haben China und die EU wichtige Dokumente zu den Beziehungen verabschiedet, haben sich hochrangige Beamte gegenseitig häufig besucht und wurde die Beziehung zwischen China und der EU zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft umgewandelt. Durch größere Veränderungen in China, der Europäischen Union und der ganzen Welt haben China und die EU, im Rahmen der bilateralen Beziehungen und der internationalen Fragen, mehr und mehr Konsens und gemeinsame Interessen entdeckt, gleichzeitig stehen sie jedoch auch vor neuen Herausforderungen. Zu diesem Zweck haben China und die EU beim sechsten Gipfeltreffen die Gründung einer umfassenden strategischen Partnerschaft bestimmt. Das ist vorteilhaft für den Frieden und die Entwicklung in China, Europa und der ganzen Welt. In diesem Prozess hat China beiseitslose Aktivität gezeigt. Das Jahr 2004 ist fast das "Europäische Jahr" in China geworden und für die Entwicklung der Beziehungen mit Europa wurden entsprechende Institutionen gegründet. Das zeigt, dass sich beide Seiten in einem neuen Versuch des gegenseitigen besseren Kennenlernens befinden, was die Bedeutung der Beziehungen für

beide Partner deutlich werden lässt.

4.1.1. Die chinesische Debatte zur EU

Entwicklung der Europa-Forschung in China:

Die Europa-Forschung in China ist noch relativ jung. Das erste Forschungsinstitut für die kapitalistische Wirtschaft wurde im Jahr 1964 an der Universität FUDAN gegründet¹⁵⁸. Die Hauptaufgabe dieses Instituts war es, das Wirtschaftssystem in Westeuropa zu erforschen. Die ersten richtigen Anläufe der Europa-Forschung beginnen nach der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen China und der USA im Jahr 1972 und der Gründung der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1975. In der Zeit wurde die erste Forschungsarbeit mit dem Titel „Der gemeinsame Markt Westeuropas“ veröffentlicht¹⁵⁹. In diesem Buch wurde die Europäische Gemeinschaft, auf Grund der Imperialismustheorie von Lenin und der „Dreiwelttheorie“ von Mao Zedong¹⁶⁰ als eine politische Entität dargestellt, in der die westeuropäischen Länder eine Balance zu den zwei Supermächten USA und USSR erreichen.¹⁶¹ In den 80er Jahren wurde das chinesische Forschungsinstitut der modernen internationalen Beziehungen (1980) und das Europa-Forschungsinstitut der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaft (1981) gegründet. Seit Ende der 90er Jahre hat sich die Europa-Forschung enorm entwickelt, wofür es einige wichtige Gründe gibt. Erstens: Während der schnellen Entwicklung der China-EU-Beziehungen, insbesondere der Wirtschaftsbeziehungen, ist die Forschung der China-EU-Beziehungen immer wichtiger für beide Seiten geworden, und es

¹⁵⁸ Dai Bingran, „Die Europa-Forschung in China“, Verlag für Soziale Wissenschaft 2010, S.108. (cn.)

¹⁵⁹ Song Xinning, „Die europäische Integration und die EU-Erweiterung“, Verlag für Sozialwissenschaft 2010, S.167. (cn.)

¹⁶⁰ http://news.xinhuanet.com/politics/2009-02/22/content_10839608.htm (cn.)

¹⁶¹ Song Xinning, „Die europäische Integration und die EU-Erweiterung“, Verlag für Sozialwissenschaft 2010, S.167. (cn.)

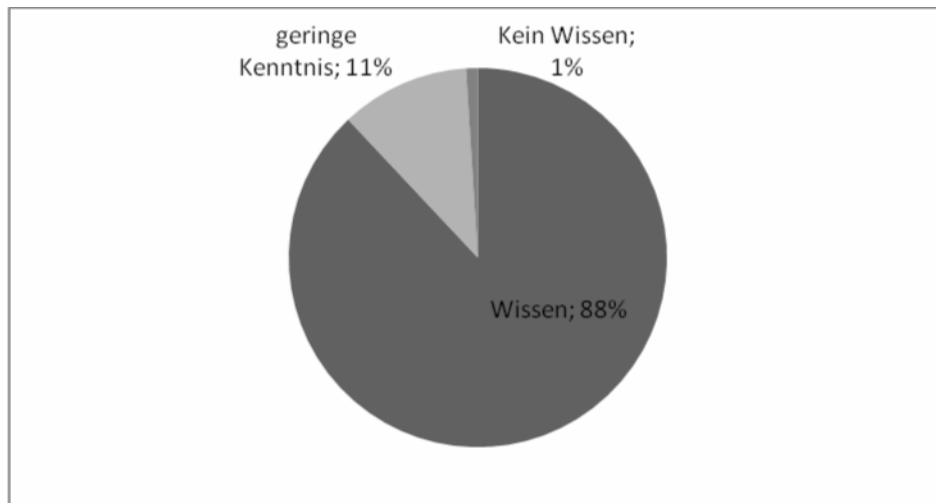
interessierten sich immer mehr Experten für dieses Thema. Zweitens: Seit Ende 90er Jahre haben China und die EU die Zusammenarbeit im Forschungsbereich gefördert. 1997-2001 wurde das erste Project zur Zusammenarbeit im Bildungsbereich zwischen China und der EU durchgeführt. In diesem Projekt waren 14 Europa-Forschungsgemeinschaften und mehr als 500 Wissenschaftler im Bereich der Europa-Forschung in China beteiligt. 2005-2007 wurde ein gemeinsames Projekt von der Europäischen Kommission und der Chinesischen Regierung, mit dem Titel „die Forschungsgemeinschaft zur Frage der EU und Europa in China“, durchgeführt. 18 Europa-Forschungsgemeinschaften in China wurden davon unterstützt.¹⁶² All das fördert die Europa-Forschung in China.

Mittelweile ist EU zu einem immer wichtigeren Forschungsthema in China geworden. Immer mehr Menschen in China interessieren sich für EU, eine Umfrage über die EU unter den chinesischen Studenten hat dieses bestätigt.

Die meisten befragten Studenten haben Wissen über die EU (nur 1% der befragten Studenten wissen nichts über die EU).

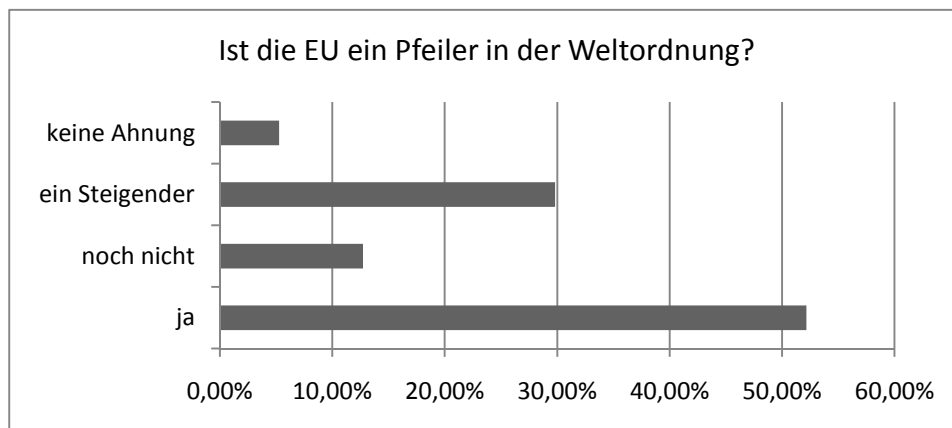
¹⁶² Song Xinning, „Die europäische Integration und die EU-Erweiterung“, Verlag für Sozialwissenschaft 2010, S.171. (cn.)

Abb.4-1. EU-Umfrage unter Studenten 1-- Wissen Sie über die EU? ¹⁶³



Bei der Frage ob die EU ein Pfeiler in der Weltordnung ist, sagen mehr als die Hälfte „ja“.

Abb.4-2. EU-Umfrage unter Studenten 2 ¹⁶⁴

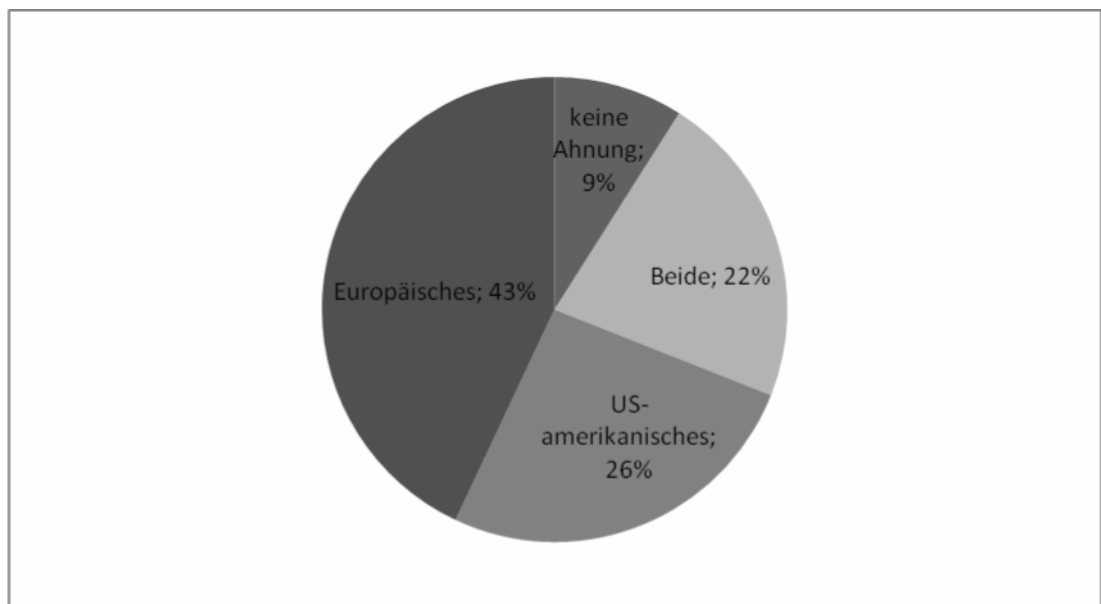


¹⁶³ Zhu liquan, “Die chinesische Kenntnis zur EU und China-EU Beziehung”, Verlag für Sozialwissenschaft 2010 S.155. (cn.)

¹⁶⁴ Zhu liquan, “Die chinesische Kenntnis zur EU und China-EU Beziehung”, Verlag für Sozialwissenschaft 2010, S.157. (cn.)

Bei der Frage: „welches Entwicklungsmodell gefällt dir besser, das europäische oder das US-amerikanische?“ hat fast die Hälfte der Studenten die EU gewählt und 22% der befragten Studenten haben beide Modelle gewählt.

Abb.4-3. EU-Umfrage unter Studenten 3—welche Entwicklungsmodell gefällt dir besser, das europäische oder das US-amerikanische? ¹⁶⁵



Das zeigt, dass sich immer mehr Leute in China für die EU interessieren, nicht nur auf der Wissenschaftsebene sondern auch auf der Gesellschaftsebene.

Die chinesische Ansicht der EU:

In der Europa-Forschung in China untersuchen viele chinesische Wissenschaftler die China-EU-Beziehungen aus der chinesischen Sicht, so wie viele ihrer europäischen Kollegen aus der europäischen Sicht. Die Ansichten vieler chinesischer Wissenschaftler zur der Rolle der EU in der Weltordnung stammen aus ihrem eigenen Ideal der Weltordnung, die

¹⁶⁵ Zhu liquan, “Die chinesische Kenntnis zur EU und China-EU Beziehung”, Verlag für Sozialwissenschaft 2010, S.158. (cn.)

multipolar, ohne Hegemonie und stabil ist und in der die Länder wirtschaftlich von einander abhängig sind¹⁶⁶.

Eine andere Besonderheit in der europäischen Forschung in China ist, dass die EU von vielen chinesischen Wissenschaftlern als ein einziges und gemeinsames Objekt angesehen wurde. Mittelweile gibt es auch einige Wissenschaftler die die Besonderheit der EU erforschen. So hat Zhu Liquan in seinem Buch „Internationale Beziehungen und China-EU-Beziehungen“ geschrieben: „In der Entwicklung zwischen China und den europäischen Ländern muss sich China nicht nur um die Beziehung mit der EU, sondern auch um die Beziehungen mit den 27 einzelnen EU-Mitgliedsländern kümmern, diese sind sogar noch wichtiger.“¹⁶⁷ Die Besonderheit der EU, die Beeinflussung der einzelnen Mitgliedsländer der Außenpolitik der EU und die Beziehungen zwischen China und den einzelnen EU-Mitgliedsländern werden immer mehr von den chinesischen Wissenschaftlern beobachtet. Die EU, als ein einzigartiger Staatenbund würde nicht funktionieren ohne ihre Mitgliedsländer, die ihr Macht übertragen haben. Allerdings wäre der Einfluss der Mitgliedsländer als Einzelne auf der internationalen Bühne auch sehr begrenzt¹⁶⁸.

Im Prozeß der Globalisierung und Multipolarisierung der Weltordnung wird der EU eine positive und aktive Rolle von vielen chinesischen Wissenschaftlern zugeordnet: „Um eine wichtige Rolle in der zukünftigen multipolaren Weltordnung zu erreichen, führt die EU eine aktive und allseitige Außenpolitik.“¹⁶⁹ Die ehemalige Chinesische Botschaft im

¹⁶⁶ David Shambaugh, „Europa in der chinesischen Sicht“, Verlag für Sozialwissenschaft 2010, S.121

¹⁶⁷ Zhu Liquan, „Die Internationale Beziehungen und die China-EU Beziehungen“, World Knowledge Verlag, 2008, S.152. (cn.)

¹⁶⁸ Wu Yikang, „Die Reform der Weltordnung und die Rolle der EU“, Shishi Verlag, S.185. (cn.)

¹⁶⁹ Wang Weiguang, „EU Forges Ahead in its Process of Integration with Twists and Turns“, International Strategic Studies, No2 2004, S.78. (cn.)

Frankreich Cai Fangbai meint: „In ihrer Außenpolitik unterstützt die EU die Multipolarisierung. Das Ziel der EU ist die führende Rolle in Europa zu spielen und eine gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA zu erreichen.“¹⁷⁰ Viele chinesischen Wissenschaftler finden, dass die EU als eine aufsteigende Macht im Aufbau einer multipolaren Weltordnung eine wichtige und aktive Rolle spielen wird. Die EU als eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte wird eine unersetzbare Rolle in der globalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit spielen¹⁷¹. Die vorrangigen Punkte in der allseitigen Außenpolitik der EU sind: die Vertiefung der EU-Integration, die Stabilität in der Balkanregion und die Verstärkung der Beziehungen sowohl mit den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas, als auch mit den USA, Russland, China, Indien und anderen asiatischen Ländern¹⁷².

Die Dreiecksbeziehung zwischen China, der EU und den USA

Ein oft diskutiertes Thema in der Europaforschung in China ist die China-EU-USA-Dreiecksbeziehung. China, die EU und die USA befinden sich in einer „unsichtbaren“ Dreiecksbeziehung: Immer wieder wenn die Beziehung zwischen China und den USA angespannt ist, beflügelt dies die Beziehung zwischen China und der EU, wenn ein Problem in der China-EU-Beziehung auftaucht, wird die China-USA Beziehung erwärmt.

Als die drei wichtigsten Mächte in der Welt wurde die Beziehung zwischen China, der EU und den USA als die entscheidendste Kraft für die Entwicklung der Weltordnung (vergleichbar mit USA-USSR Beziehung während der Zeit des kalten Krieges) gesehen. Im Forschungsbereich in

¹⁷⁰ Cai Fangbai, „A New Milestone in the History of European Integration“, Foreign Affairs Journal No.76 2005, S.34. (cn.)

¹⁷¹ Wu Yikang, „Die Reform der Weltordnung und die Rolle der EU“, Shishi Verlag, S.185. (cn.)

¹⁷² Feng Zhongping, „Die Aktuelle Situation in der EU“ Die Strategische Umschau, 2006, S.63. (cn.)

China, wird die China-EU-USA-Beziehung jedoch unterschiedlich als die USA-USSR-Beziehung angesehen. Huo Zhengde (Forscher des chinesischen Instituts für Internationale Beziehungen) hat dies in seiner Arbeit „Forschung der Internationalen Beziehungen“ dargestellt: „Die China-EU-USA-Beziehung unterscheidet sich von der USA-USSR Beziehung. In der aktuellen Zeit haben China, die EU und die USA nicht die Hegemonieesche Herrschaft, wie die USA und USSR während der Zeit des kalten Krieges... In der China-EU-USA-Beziehung wird die Konfrontation vermieden und der Wettbewerb und die Kooperation verstärkt. China, die EU und die USA werden aus eigenem Interesse in verschiedenen Themen verschiedene Konstellationen bilden... China und die EU betrachten die USA als ihren wichtigsten internationalen Partner. Beide Seiten wollen die China-EU-Beziehung weiter entwickeln und gleichzeitig die Beziehungen mit den USA stabilisieren.“

Die Dreiecksbeziehung zwischen China, der EU und den USA wird weiterhin in den folgenden Kapiteln dieser Arbeit analysiert.

Europäische Integration

Die Forschung zur europäischen Integration in China hat Ende der 70er Jahren angefangen. Seit Ende der 1990er Jahre mit Unterstützung der EU, wurde die europäische Integration in China mehr beobachtet und erforscht. Ein wichtiger Grund, warum die europäische Integration die chinesischen Wissenschaftler interessiert, ist die Anlehnungsbedeutung der Erfahrungen in der europäischen Integration, für die inländische und internationale chinesische Entwicklung. Während der wirtschaftlichen Entwicklung tauchten viele soziale Probleme im Bereich des Gesundheitswesens, der Bevölkerungswanderung, der Urbanisierung, dem großen Unterschied zwischen Arm und Reich, usw. auf: 1998-2001 wurden 27 von 143 der gemeinsamen Forschungsprojekte zwischen China und der EU unterstützt.

Forschungsprojekte für die europäische Sozialpolitik (System der sozialen Sicherung, Sozialstaat, Gesundheitswesen, Umweltpolitik...). Das System der sozialen Sicherung und die Lösung auftauchender sozialer Probleme werden in China immer noch hauptsächlich von der Regierung durchgeführt. Im Vergleich der Sozialsysteme der EU und den USA, passt das System der EU mehr zur Situation in China. Die europäische Integration ist die erfolgreichste regionale Zusammenarbeit. Die Erfahrung der europäischen Integration kann auch behilflich sein, bei der weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit im APEC und Ostasien. Der friedliche europäische Aufstieg wurde oft in China diskutiert, damit diese Erfahrungen für den eigenen friedlichen Aufstieg genutzt werden können. Nach dem zweiten Weltkrieg haben die Europäische Gemeinschaft und die spätere Europäische Union ihren friedlichen Aufstieg erreicht. Die wichtigen Erfahrungen dieses friedlichen Aufstiegs sind: 1. Durch die europäische Integration haben die europäischen Länder erfolgreich die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, politischen, militärischen und anderen Bereichen gefördert. Schritt für Schritt ist das integrative Europa eines der stabilsten Gebiete weltweit geworden. 2. Durch das politische und militärische Bündnis hat die EU eine gute Beziehung mit den USA gehalten. 3. Durch die intensivierte Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen und Entwicklungsländern verstärkt sich ihre Einflußnahme in globalen Angelegenheiten.¹⁷³ Die EU hat erfolgreich die Beziehungen mit den Nachbarländern, mit den hegemonischen Ländern und mit der internationalen Gemeinschaft ausgehandelt. In der internationalen Gemeinschaft gibt es, während des Aufstiegs der EU, kaum eine negativ verlaufende Kontroverse. Wenn China im friedlichen Aufstieg von der Welt akzeptiert werden will, kann es vielleicht von den Erfahrungen der EU lernen.

¹⁷³ Vgl. Song Xinning, „Die europäische Integration und die EU-Erweiterung“, Verlag für Sozialwissenschaft 2010, S.167-177. (cn.)

Durch 6 Erweiterungen haben die Mitgliedsländer der EU (bzw. frühere EG) von der Anzahl 6 bis auf 27 zugenommen. Viele mittel- und osteuropäische Ländern haben, mit der Unterstützung der EU, erfolgreich ihre politische und wirtschaftliche Transformation durchgeführt. Für diese Länder gibt es viele reale Vorteile in die EU eingetreten zu sein. Der Erfolg der europäischen Integration bringt Europa eine stabile politische Lage, Wirtschaftsentwicklung und Sicherheit.¹⁷⁴ Die EU-Erweiterung bringt der China-EU-Beziehung Chancen und Herausforderungen. Die EU-Erweiterung verstärkt die wirtschaftliche und politische Einflußmöglichkeit der EU. Eine stabile und starke EU ist förderlich für eine stabile Weltordnung und die Zusammenarbeit zwischen China und der EU, in den internationalen politischen Beziehungen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und der EU spielen eine immer wichtigere Rolle in der Entwicklung Chinas. 2004 nach der 5ten EU-Erweiterung ist die EU der größte Handelspartner Chinas geworden. Da allerdings die Zahl der Mitgliedsländer zugenommen hat, wurden die Meinungsunterschiede innerhalb der EU größer. Das schwächt die Effizienz der EU, in Bezug auf die Unabhängigkeit in den internationalen politischen Beziehungen. Bei der Frage des Marktwirtschaftstatus und des Waffenembargos muss China mit den einzelnen Mitgliedsländern der EU verhandeln, wobei sich die Fragen des Marktwirtschaftstatus in einem Bereich befinden, wo die EU volle Administrationsberechtigung hat.¹⁷⁵

Einige Elemente der europäischen Integration können auch an die inneren chinesischen Probleme angelehnt werden. China sieht die nationale Wiedervereinigung als Kern des Staatsinteresses. Bei der Frage „Hongkong

¹⁷⁴ Fang Lei, „Die Resultanten der EU-Erweiterung“, Europäische Forschung, No.4 2003, S.24. (cn.)

¹⁷⁵ Zheng Yongnian, „Die wichtige Faktoren der strategische Partnerschaft zwischen China und der EU“, Shishi Verlag, S.311. (cn.)

und Macao“ hat China die Politik „Ein Land zwei Systeme“ erfolgreich angewandt, aber beim Problem „Taiwan“ ist es viel komplizierter. Taiwan akzeptiert die Politik „Ein Land zwei Systeme“ nicht. Wobei, auf der Regierungsebene, das Modell der europäischen Integration bei der Frage „Taiwan“ noch nicht annehmbar ist, wurde auf wissenschaftlicher Ebene schon viel darüber diskutiert. Die Abhängigkeit zwischen China (Festland) und Taiwan ist im Wirtschaftsbereich schon auf ein sehr hohes Niveau gestiegen. Die Wissenschaftler versuchen, durch die Beobachtung des Modells der europäischen Integration, eine Lösung zu finden, wie man durch ein enges wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis die Integration oder Wiedervereinigung erreicht¹⁷⁶.

Allgemein ist die chinesische Ansicht zur EU relativ positiv. Es entsteht ein großer Wunsch eine strategische Partnerschaft zwischen China und der EU aufzubauen. Aber der Aufbau einer strategischen Partnerschaft kann nicht nur auf der Ebene der Außenpolitik, sondern muß auch auf der Gesellschaftsebene stattfinden. Die Teilnahme der Bevölkerung, ein besseres Kennenlernen und den Dialog auf der Gesellschaftsebene zu führen, sind ebenfalls sehr wichtig für eine weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen China und der EU.

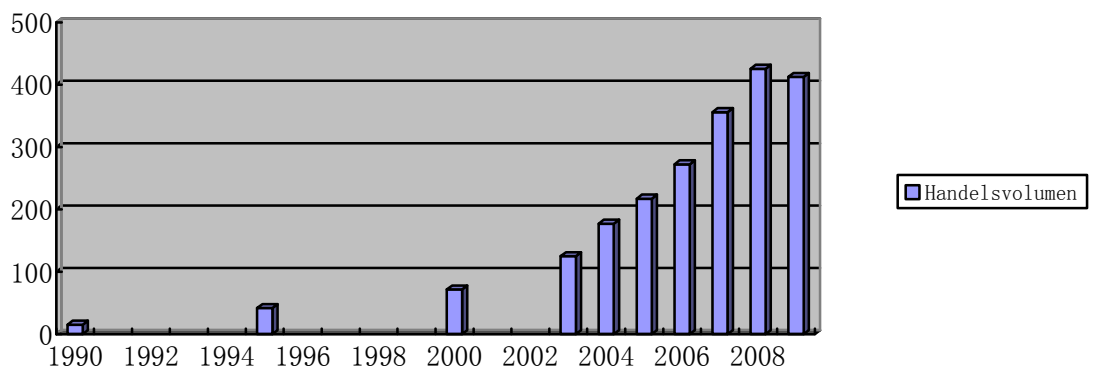
4.1.2. Die Beziehungen zwischen einzelnen EU-Ländern und China, insbesondere zwischen China und Deutschland

Seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts, mit der Vertiefung der Globalisierung, erweitern China und die EU die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit kontinuierlich. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und der EU spielt eine wachsende Rolle in

¹⁷⁶ Zheng Yongnian, „Die wichtige Faktoren der strategische Partnerschaft zwischen China und der EU“, Shishi Verlag, S.310. (cn.)

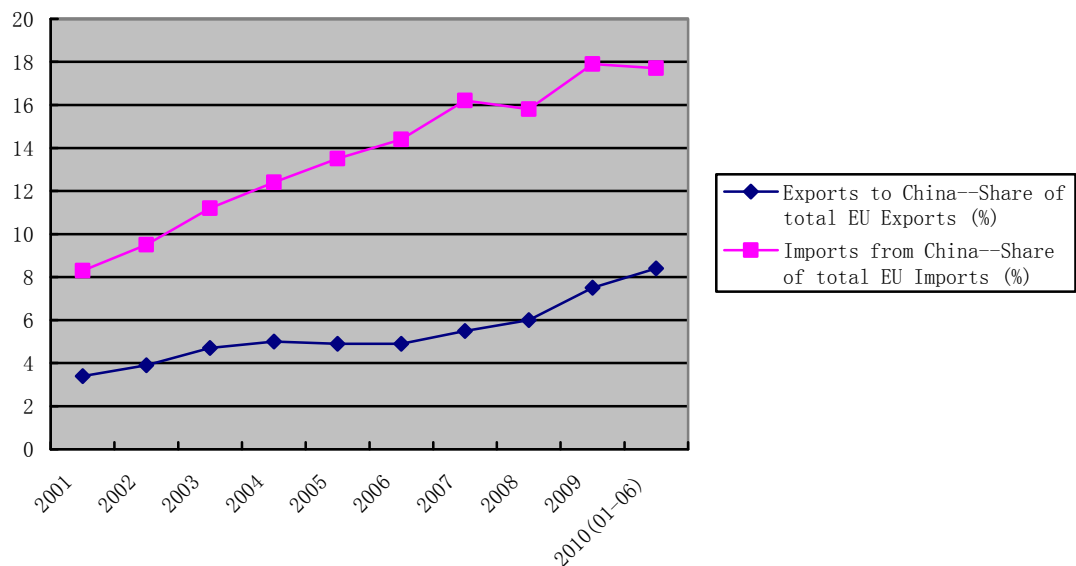
der Entwicklung der Beziehung beider Seiten. Besonders nach dem Beitritt Chinas zur World Trade Organisation (WTO) haben sich die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Seiten kontinuierlich entwickelt. Der Handel zwischen China und der EU schafft einen zunehmenden Anteil des Außenhandels beider Seiten. Sowohl die EU (der wichtigster Handelspartner Chinas) als auch China (nach den USA der zweite größte Handelspartner der EU) spielt in der China-EU-Handelsbeziehung eine zunehmende Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung beider Seiten.

Abb.4-4. Das Handelsvolumen zwischen China und der EU (in Milliarden US \$)¹⁷⁷



¹⁷⁷ Chinese Ministry of Commerce, www.fid.gov.cn/info.jsp (cn.)

Abb.4-5. Anteil des Export und Import mit China am gesamten Außenhandel der EU¹⁷⁸



Innerhalb der EU ist die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit China unter den großen Mitgliedsländern jedoch unterschiedlich. Obwohl die EU eine gemeinsame Handelspolitik verbindet, verfolgen die meisten EU-Mitgliedsstaaten eine jeweils eigene Chinapolitik. Wenn es um praktische Chinapolitik geht, herrscht gnadenlose Konkurrenz. Auf europäischer Ebene diskutieren alle über Fragen des strategischen Umgangs mit China, um auf nationaler Ebene munter und auf das Heftigste miteinander zu konkurrieren, damit für „eigene“ Unternehmen den Zugang auf dem chinesischen Markt erleichtert wird.¹⁷⁹ Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und den meisten EU-Ländern haben sich gut entwickelt; dabei hat sich die Handelsbeziehung zwischen China und Deutschland (im Vergleich zu anderen EU-Ländern) besonders schnell entwickelt, und spielt eine zunehmend entscheidendere Rolle in der China-EU Handelsbeziehungen.

¹⁷⁸ Vgl., Trade Statistics

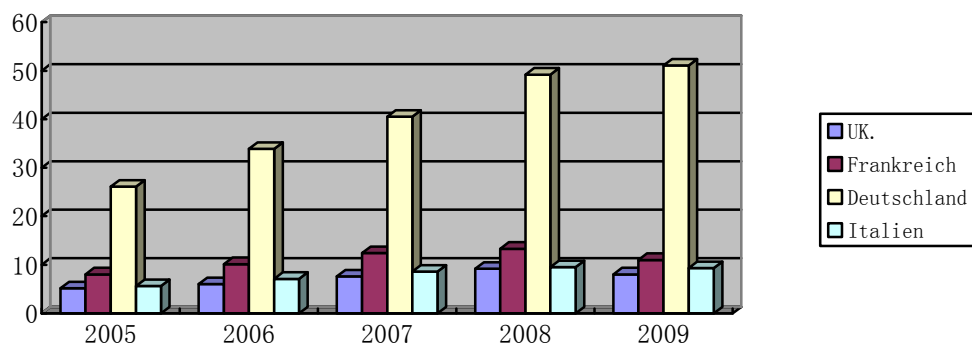
http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/china/#_studies

¹⁷⁹ Eberhard Sandschneider, „Globale Rivalen- Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens“, Carl Hanser Verlag München, S.137-138.

Deutschland, als die größte europäische wirtschaftliche und technologische Macht und das bevölkerungsreichste Land, ist nicht nur in der EU-Integration und regionalen Angelegenheiten wichtig, sondern nimmt auch in den China-EU Beziehungen eine herausragende Stellung ein.

Der Handel zwischen China und Deutschland hat sich, besonders seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts, schnell und kontinuierlich entwickelt, die Handelsbeträge sind von ca. 2 Milliarden US\$ im Jahr 1980 bis auf 115 Milliarden US\$ im Jahr 2008 gestiegen. Das ist mehr als die gesamten Handelsbeträge von Frankreich, Großbritannien und Italien mit China zusammen.¹⁸⁰ China und Deutschland sind jeweils die größten Handelspartner in ihren Regionen. Von 1995 bis 2005 waren die Entwicklungen der China- EU Beziehungen in der besten Zeit, die von den Medien "Flitterwochen" genannt wurden. Das Grundgerüst der strategischen Partnerschaft würde allmählich aufgebaut.

Abb.4-6. Export nach China (UK, Frankreich, Deutschland, Italien) (in Milliarden US \$)¹⁸¹



180 He liangliang, „Stärkung der Deutsch-chinesischen Beziehungen, Förderung der Bildung einer multipolaren Welt“,

<http://trans.wenweipo.com/gb/paper.wenweipo.com/2010/07/21/PL1007210001.htm> (cn.)

181 Vgl. Europe Commission, <http://ec.europa.eu/trade>

Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat>

Abb.4-7. Import von China (UK, Frankreich, Deutschland, Italien) (in Milliarden US \$)¹⁸²

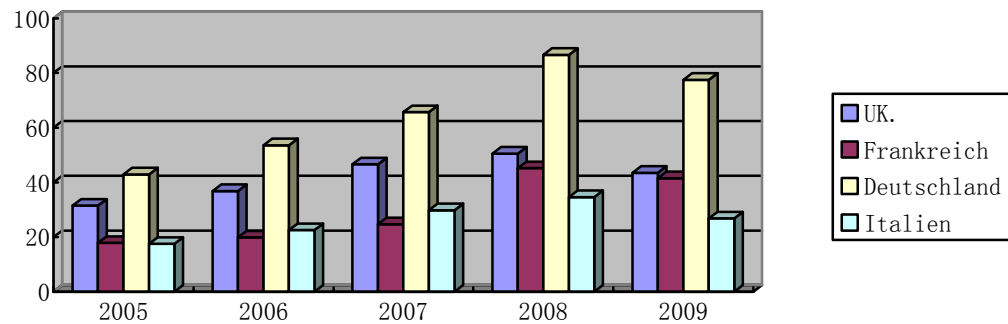
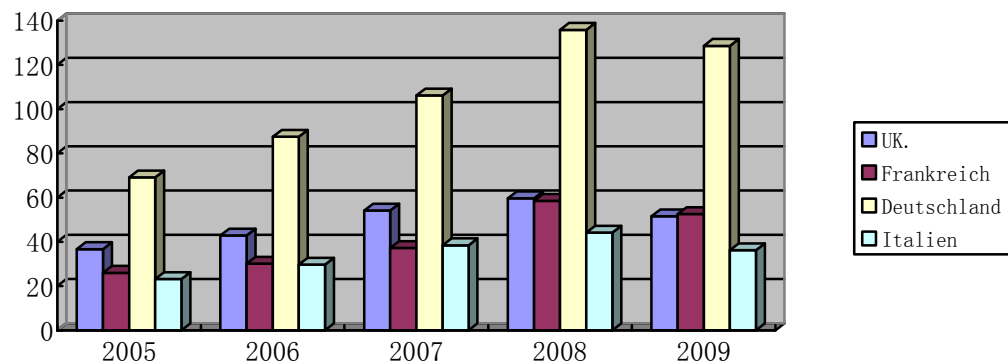


Abb.4-8. Das bilaterale Handelsvolumen mit China (UK, Frankreich, Deutschland, Italien) (in Milliarden US \$)¹⁸³



Deutschland ist als "Motor" der europäischen Wirtschaft bekannt. Die deutsch-chinesischen Beziehungen spielen eine wichtige Vorbildfunktion für die Beziehungen zwischen China und anderen europäischen Ländern. In der „Schröder-Zeit“ haben beiden Seiten die chinesisch-deutschen Beziehungen als "Partnerschaft für globale Verantwortung" im Rahmen der China-EU umfassenden strategischen Partnerschaft festgestellt.

¹⁸² Vgl. Europe Commission, <http://ec.europa.eu/trade>
Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat>

¹⁸³ Vgl. Europe Commission, <http://ec.europa.eu/trade>
Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat>

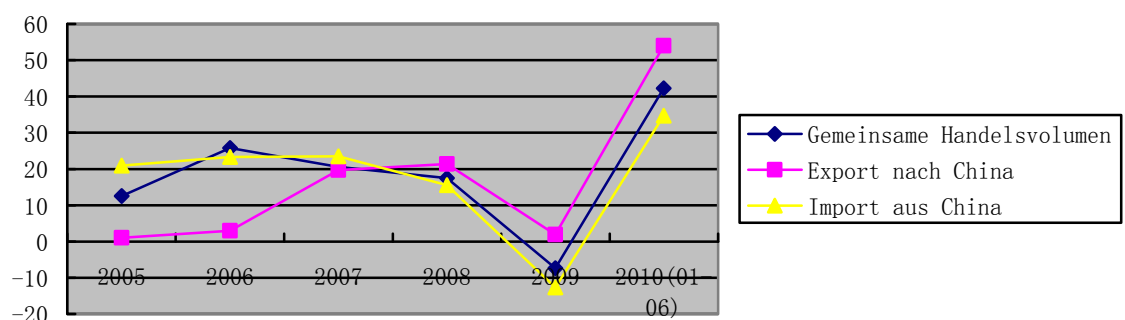
Seit 2005 haben China-EU Beziehungen und chinesisch-deutsche Beziehungen einige Wendungen gehabt. Insbesondere das im Oktober 2006 veröffentlichte sechste „China Policy Paper“ der Europäischen Kommission fordert, dass China sich mehr an die europäischen Werte, westliche Demokratie sowie die Menschenrechte anpassen soll. Gleichzeitig hat die Europäische Kommission auch ein Strategiepapier über den Handel mit China ausgestellt. In dem betonte sie, dass Chinas Wirtschaft sich schon auf eine Ebene entwickelt hat, die mehr Verantwortungen trägt und klar ausdrückt, dass China die bedeutendste Herausforderung der EU-Außenhandelspolitik geworden ist. Im Jahr 2008 waren die China-EU-Beziehungen wegen einiger Ereignisse (Olympische Spiel, Tibet...) an einem Tiefpunkt angelangt.

Die Wendungen in den chinesisch-deutschen und den China-EU Beziehungen sind einer Vielzahl von Faktoren geschuldet. Einerseits besteht in der China-EU-Beziehung seit langer Zeit ein Entwicklungsmuster, indem die Wirtschafts-, Handels Zusammenarbeit und die Meinungskonflikte nebeneinander existieren; andererseits sind bei der Entwicklungen der Wirtschaft, von beiden Seiten (insbesondere durch die schnell entwickelte chinesische Wirtschaft), immer mehr Probleme und Handelsreibungen, aufgetaucht. Aus unterschiedlichen Gründen gibt es auch manch einseitige Berichterstattung von einigen westlichen Medien. Die Theorie der "Chinabedrohung" hat sich verbreitet.

Nach der Finanzkrise, ist die wirtschaftliche Erholung die wichtigste und dringendste Frage für die Regierungen geworden. Die kontinuierliche, schnell entwickelte Wirtschaft Chinas ist attraktiv. Im Jahr 2009, trotz Finanzkrise und die Abschwächung des Welthandels, sind die Ausfuhren nach China um 7% gestiegen, während die Gesamtausfuhren Deutschlands im Jahr 2009 um 18% fielen. Von den 20 wichtigsten Handelspartnern

Deutschlands hatten nur die Exporte nach China ein Wachstum. Im ersten Halbjahr 2010 ist die deutsche Ausfuhr nach China um 54% gestiegen.¹⁸⁴ Damit ist China, nach Frankreich und vor den USA und der Schweiz, der zweite größte Exportpartner Deutschlands geworden. China hat es im Jahr 2009 von den größten Importpartnern Deutschlands auf Platz 1 geschafft. Der Handel zwischen China und Deutschland entspricht fast 30% der gesamten China-EU-Handelsbeträge. Durch die Wirtschaftskrise hat man den Wert der China-Deutschland Beziehungen erkannt. Die Außenpolitik der deutschen Regierung zu China wurde mehr realistisch und zeigt den starken Wunsch zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Abb.4-9. Das Wachstum im Handel zwischen China und Deutschland¹⁸⁵



Vom 15. – 18. Juli 2010 hat Bundeskanzlerin Merkel China besucht. Die begleitende Delegation war groß, darunter die Hälfte der Mitglieder des Kabinetts, 25 deutsche Großkonzerne sowie zahlreiche Mitglieder des Kongresses. Während des Besuchs, haben die beiden Seiten in Peking eine Reihe von Verträgen im Wert von mehr als 4 Milliarden US\$ unterzeichnet. Bundeskanzlerin Merkel und der chinesische Regierungschef Wen Jiabao

¹⁸⁴ http://www.chinacustomsstat.com/aspx/1/NewData/Stat_Data.aspx?state=4&year=2008&month=4

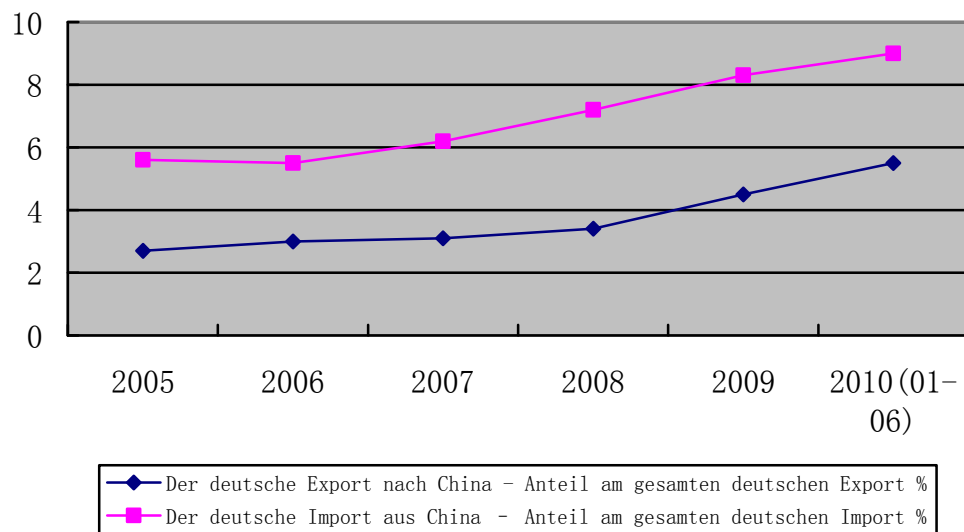
¹⁸⁵ Vgl. Europe Commission, <http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/>

haben ein Gemeinsames Kommuniqué, um die Entwicklung der China-Deutschland-Beziehung zu fördern, veröffentlicht. Anschließend haben der Bundeswirtschaftsminister, der Bundesverkehrsminister und andere deutsche Politiker der höheren Ebene China besucht. Diese Reihe von politischen Besuchen auf höherer Ebene zeigt die gesamte Erwärmung in der chinesisch-deutschen Beziehung. Die deutsch-chinesischen Beziehungen befinden sich somit auf einem neuen historisch bedeutsamen Ausgangspunkt.

Die Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses verbessert die China-Deutschland-Beziehung. Deutschland ist Europas größte Volkswirtschaft, hat fortschrittliche Technologie und Kapital. Deutschland ist Chinas größte Quelle von importierter Technologie. Als einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Chinas spielt Deutschland eine sehr wichtige Rolle in der chinesischen Entwicklung. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Stärke spielt China auch eine zunehmende Rolle in der Außenhandelspolitik Deutschlands. Die chinesische und die deutsche Wirtschaft ergänzen einander stark. Die Entwicklung und Umwandlung der chinesischen Wirtschaft benötigt dringend die moderne Technologie und Maschinen aus Deutschland. China, als ein sich schnell entwickelnder riesiger Markt, ist auch für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft sehr wichtig. Der Bundeswirtschaftsminister berichtet dass Deutschland in 2010 ein sattes Wachstum von real 3,4 Prozent erwartet.¹⁸⁶ Dazu spielt das rasende Wachstum der deutschen Ausfuhr nach China eine bedeutende Rolle.

¹⁸⁶ „Deutsche Welle“ 21.10.2010 www.dw-world.de

Abb.4-10. Anteil des deutschen Handels mit China in seinem gesamten Handel



Mehr als ein Viertel deutsche Textilmaschinen exportiert man nach China. Der Volkswagen-Absatz in China im Jahr 2009 ist um 37% gestiegen, während der allgemeine Absatz weltweit gesunken ist. Volkswagen hat einen Rekordumsatz von 1,4 Millionen Fahrzeugen im Jahr 2009 in China verzeichnet; dadurch hat China Deutschland, als größten Markt für Volkswagen, überholt.¹⁸⁷

Die meisten deutschen Ausfuhrwaren nach China sind Maschinen und Beförderungsmittel. Im ersten Halbjahr 2010 machen Maschinen, mechanische und elektrische Produkte sowie Beförderungsmittel mehr als 70% der deutschen Ausfuhr nach China aus. Die wichtigen chinesischen Ausfuhrwaren nach Deutschland sind Haushaltsgeräte, Textilien und Spielzeug.

¹⁸⁷ <http://finance.jrj.com.cn/biz/2010/01/0717406768260.shtml>

Abb.4-11. Die wichtigsten deutschen Ausfuhrwaren nach China im ersten Halbjahr 2010¹⁸⁸
(01—06) 2010

Produktkategorie	Betrag (Millionen US \$)	Anteil%
Gemeinsam	33,366	100%
Maschinen, Mechanische und elektrische Produkte	13,307	39.9%
Fahrzeug	10,404	31.2%
Unedle Metalle und Produkte	2,185	6.6%
Chemische Produkte	1,878	5.6%
Optik, Uhren, medizinischen Geräten	1,815	5.4%
Kunststoff, Gummi	1,286	3.9%
Keramik, Glas	199	0.6%
Cellulosepulpe; Papier	195	0.6%
Textil-und Rohstoffe	191	0.6%
Möbel, Spielwaren, sonstige Erzeugnisse	160	0.5%
Edelmetalle und Produkte	109	0.3%
Mineralische Stoffe	83	0.3%
Holz und Produkte	78	0.2%
Lebensmittel, Getränke, Tabak	43	0.1%
Lebende Tiere und Waren tierischen Ursprungs	35	0.1%
Andere	1,399	4.2%

¹⁸⁸ Chinese Ministry of Commerce, [http://countryreport.mofcom.gov.cn/index.asp \(cn.\)](http://countryreport.mofcom.gov.cn/index.asp (cn.))

China ist im Wandel, Deutschland verändert sich auch. Allerdings ist eine längerfristige und stabile Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland eine notwendige Voraussetzung für die kontinuierliche Entwicklung beider Seiten.

Deutschland ist ein wichtiges Mitglied der Europäischen Union und die größte Volkswirtschaft Europas. Die tiefe Entwicklung der chinesisch-deutschen Wirtschafts- und Handelszusammenarbeit wird sicherlich die Entwicklung der wirtschaftlichen, politischen und anderen Zusammenarbeit zwischen China und der EU beeinflussen. China-EU-Beziehungen werden dadurch mehr pragmatisch.

4.2. Der Status der Beziehungen zwischen China und der EU

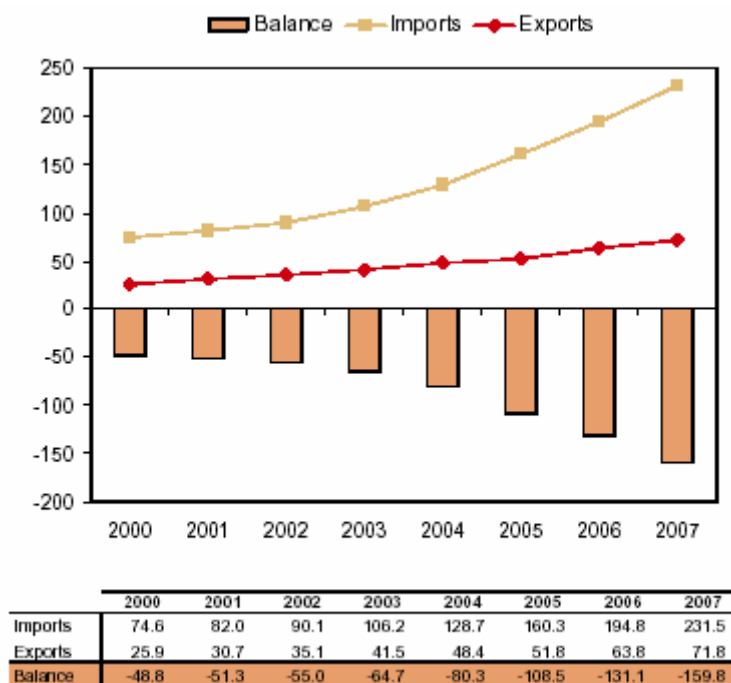
4.2.1 Der Status der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und der EU

4.2.1.1 Die Erweiterung des China-EU-Handels

Im Jahr 2008 ist die EU bereits der größte Handelspartner Chinas geworden, China ist nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Handelspartner der Europäischen Union außerhalb der EU. Das Handelsvolumen zwischen China und der EU im Jahr 1978 betrug 3,3 Milliarden US-Dollar, von dieser Grundlage aus hat China einen großen Sprung nach Vorne geschafft. Nach der chinesischen amtlichen Statistik vom Jahr 2003 lag der China-EU-Handel das erste Mal über 100 Milliarden US-Dollar, die genaue Höhe bezifferte sich auf 125,2 Milliarden US-Dollar. Danach stieg er alle zwei Jahre um 100 Milliarden US-Dollar: im Jahr 2005 erreichte er 217,3 Milliarden US-Dollar, im Jahr 2007 356,2 Milliarden US-Dollar. 2007 betrugen die Einfuhren in China aus der EU 111 Milliarden US-Dollar, eine Steigerung gegenüber dem vergangenen Jahr um 22%, die Ausfuhren

beliefen sich auf 245,2 Milliarden US-Dollar, ein Anstieg von 29%. In den ersten vier Monaten des Jahres 2008 belief sich der China-EU-Handel auf 129,9 Milliarden US-Dollar, ein Anstieg von 25,4 % (im Vergleich zum gleichen Zeitraum des vorhergegangenen Jahres). Chinas Exporte in die EU betrugen 87,9 Milliarden US-Dollar, eine Steigerung von 25,4%, die Einfuhren in die EU 42 Milliarden US-Dollar, eine Steigerung von 25,3%. Zu diesem Zeitpunkt ist die EU der größte Handelspartner und ein wichtiger Exportmarkt Chinas geworden. China ist der zweitgrößte Handelspartner der EU. Der Anteil des China-EU Handels im Chinesischen Außenhandel beträgt 16,4%. Der Export Chinas in die EU macht 20,7% des gesamten Export Chinas aus, damit steht die EU an erster Stelle des chinesischen Exports. Der Import aus der EU macht 11,4% des gesamten Imports Chinas aus und steht auf der zweiten Stelle hinter Japan. Damit gehört die EU zu den wichtigen Herkunftsländern der chinesischen Importe.¹⁸⁹

Abb.4-12. Import, Export und Handelsbilanz der EU mit China



190

¹⁸⁹ Vgl. Jiagui Chen „Chinesische Wirtschafts-Analyse und Prognose“. Social Sciences Documentation Publishing House 2008, S. 257-262.

¹⁹⁰ „EU-27 trade with China and Russia in 2007“ Euro statistic, European Commission,

Laut EU-Statistiken im Jahr 2007 ist China das größte Importland der EU, es ist zudem das viertgrößte Exportland und das größte Herkunftsland des Handelsdefizits der EU.

Abb.4-13. Die wichtige Handelspartner der EU 2007¹⁹¹

Figure 1: EU main partners in exports, 2007

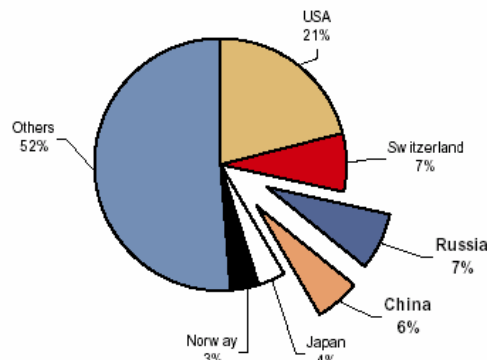
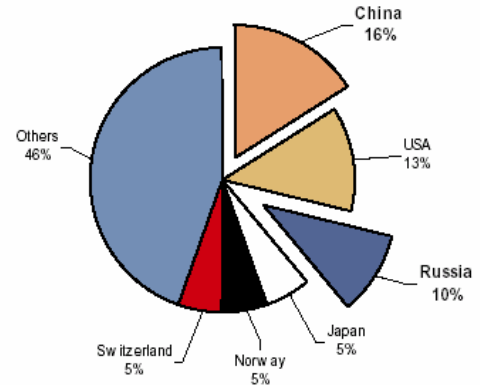


Figure 2: EU main partners in imports, 2007



Der China-EU-Handel belief sich in diesem Jahr auf 413,4 Milliarden US-Dollar, eine Steigerung von 27,5 Prozent, was 11,3% der gesamten Ein- und Ausfuhr der EU bedeutet. Der EU-Import aus China betrug 316 Milliarden US-Dollar, was einem Anstieg von 29,0% (im Vergleich zum vorherigen Jahr) entspricht. Der Export der EU nach China betrug 97,4 Milliarden US-Dollar, eine Steigerung von 22,7% (im Vergleich zum vorherigen Jahr). Das Defizit des EU-China-Handels betrug 218,6 Milliarden US-Dollar, eine Steigerung von 32,0%.¹⁹²

4.2.1.2 Die Veränderung der Warenstruktur im Handel zwischen China und der EU

In der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas ändert sich nicht nur die

S.2.

¹⁹¹ „EU-27 trade with China and Russia in 2007” Euro statistic, European Commission, S.1.

¹⁹² Vgl. „External and intra-European Union trade”, Euro statistic, European Commission S.16-22.

Quantität, sondern auch die Struktur. In den internationalen Produktionsbeziehungen und der Arbeitsverteilung hat China seine Position in den letzten 30 Jahren stetig verändert. Die Waren des chinesischen Exports haben sich von Rohstoffen und einfachen, arbeitsintensiven Waren zu den elektromechanischen Produkten gewandelt. Im Jahr 2008 waren fast ein Drittel der chinesischen Exportwaren High-Tech-Produkte.¹⁹³ Die Veränderung der Produktionsbeziehungen bewirkt eine Veränderung der sozialen und internationalen Beziehungen.¹⁹⁴

Während der kontinuierlichen Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und der EU ändert sich ebenfalls die Warenstruktur bei den Einfuhren und Ausfuhren. In der Tabelle Abb.4-14. werden die wichtigsten Warenexporte Chinas in die EU 2007 aufgezeigt. Die größte Gruppe der Exportwaren Chinas in die EU sind Maschinen, elektronische Produkte und traditionelle Massenware, wie die automatischen Datenverarbeitungsanlagen (und Zubehör), Kleidung, Telefone, Stahl und Ähnliches. Vor den 1990er Jahren waren die chinesischen Exportwaren in die EU vor allem Rohstoffe und einfache industrielle Produkte, die Importwaren waren hauptsächlich Ausrüstung und Stahlprodukte.

Während der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung Chinas bekommt das Land auch viele ausländische Direktinvestitionen und technische Unterstützung. Es steigt die Qualität der Arbeitskräfte, die Produktionsstruktur wird schrittweise modernisiert, was die Handelsstruktur wesentlich verändert. Aber die wichtigen Waren sind, nach wie vor, arbeitsintensive Produkte und der Verarbeitungshandel. Die

¹⁹³ „Die Beobachtung der chinesischen Wirtschaft“, <http://www.globbrand.com/2009/231992.shtml>

¹⁹⁴ Vgl R. W. Cox, „Social Forces, States, and World Orders,“ 1981

China-EU-Handelsstruktur hat sich nicht grundlegend geändert. EU-Exporte nach China sind vor allem mechanische und elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge, Flugzeuge (und Flugzeugteile), optische, fotografische Ausrüstung, Schiffe, organische Chemikalien, Eisen und Stahl sowie deren Erzeugnisse und Produkte mit höherem Mehrwert, die vor allem kapital- und technologieintensiv sind. Das zeigt, dass die Produktionsstruktur von China und der EU im internationalen Handel eine starke Komplementarität besitzt.

Abb.4-14. Liste der wichtigsten chinesischen Exportprodukte in die EU2007¹⁹⁵

Waren	Ausfuhr (in Milliard \$)	Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr (in Prozent)
Automatische Datenverarbeitungsa nlagen	386.2	45.8
Kleidung	211.9	-7,6
Telefone	183.9	109.9
Stahl	88.2	77.5
Zubehör der automatischen Datenverarbeitungsa nlagen	73.0	4.4
Garne, Gewebe und Produkte	70.1	21.4
Möbel	50.0	53.2

¹⁹⁵ China Customs Statistics, <http://www.hgtj.cn>

Schuhe	46.8	18.0
Schiffe	42.4	34.9
Dioden und ähnliche Halbleiterbauelemen te	40.7	154.3

EU-Direktinvestitionen in China

Die EU ist einer der wichtigsten Handelspartner Chinas und auch eine wichtige Quelle der ausländischen Investitionen für China. In der unten stehenden Liste wird die Veränderung der Direktinvestitionen der EU in China von 1999 bis 2008 dargestellt. Die Investitionen der EU betragen in den Jahren 1999-2000 rund US\$ 4 Milliarden. 2001-2002 sind die Investitionen gesunken. Seit 2003 stehen die EU-Investitionen in China auf Wachstum. 2006 erreichten die tatsächlichen EU-Investitionen in China US\$ 5,44 Milliarden. 2007 sinken die Investitionen, 2008 beginnen sie wieder zu steigen. Die EU-Direktinvestitionen unterliegen großen Schwankungen und ständiger Anpassung.¹⁹⁶

Abb.4-15. EU- Direktinvestitionen in China (in Millionen US\$)¹⁹⁷

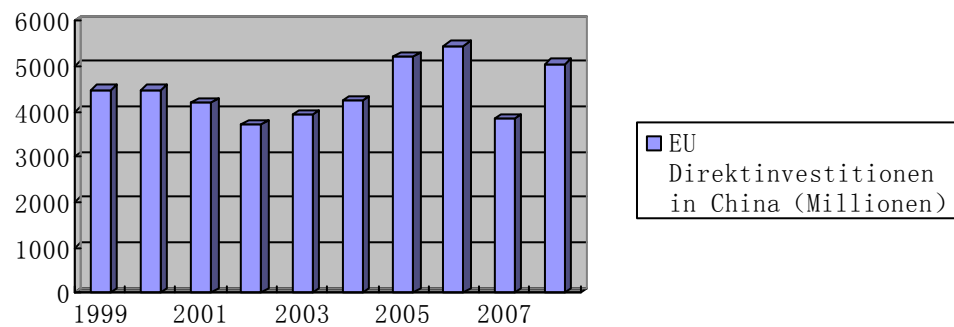
¹⁹⁶ Webseite --Ministry of Commerce of the Peoples Republic of China

<http://www.mofcom.gov.cn/static/column/tongjiziliao/v.html/1?2070264755=100846561>

¹⁹⁷ Ministrz of Foreign Trade and Economie Cooperation PRC,
http://www.cofortune.com.cn/moftec_cn

Jahr	Zahl der Projekte		
	EU	Gesamt	Anteil %
1999	894	16918	5.28
2000	1130	22347	5.06
2001	1214	26140	4.64
2002	1486	34171	4.35
2003	2074	41081	5.05
2004	2423	43664	5.55
2005	2846	44019	6.47
2006	2619	41496	6.31
2007	2384	37892	6.29
Jahr	Tatsächliche Nutzung von ausländischem Kapital		
	EU	Gesamt	Anteil %
1999	4479	40318	11.11
2000	4479	40714	11
2001	4182	46877	8.92
2002	3709	52742	7.03
2003	3930	53505	7.35
2004	4239	60630	6.99
2005	5194	72406	7.17
2006	5439	72715	7.48
2007	3838	83521	4.6

Abb.4-16. 1999-2008 EU-Investitionen in China¹⁹⁸



Die EU-Direktinvestitionen sind in den letzten Jahren leicht gestiegen, aber das gesamte Ausmaß ist noch nicht besonders hoch. Im Vergleich zu den Direktinvestitionen der USA und Japan gibt es noch eine deutliche Differenz. Im Jahr 2001 betragen die EU-Direktinvestitionen in China noch weniger als 10% der gesamten FDI Chinas. Die EU-Direktinvestitionen in China betragen nun 0.95% der gesamten EU-FDI.¹⁹⁹ Bis 2007 war die EU der viertgrößte Investor der FDI in China. Die EU steht damit hinter Hongkong, Japan und den USA. Die EU-Direktinvestitionen in China stellen immer noch lediglich einen kleinen Teil der gesamten Investitionen dar. Sie stammen hauptsächlich aus Ländern wie: Deutschland, GB, Frankreich, Italien und Holland. Daher gibt es viel Raum für eine Erhöhung der Investitionen.

¹⁹⁸ Vgl, Ministrz of Foreign Trade and Economie Cooperation PRC, http://www.cofortune.com.cn/moftec_cn

¹⁹⁹ Vgl, Ministrz of Foreign Trade and Economie Cooperation PRC, http://www.cofortune.com.cn/moftec_cn

Abb.4-17. Direktinvestitionen ausgewählter Regionen / Länder in China bis zum Jahr 2007

Region/Land	Zahl der Projekte	Anteil (%)	Tatsächliche Nutzung (Milliard \$)	Anteil (%)
Hongkong	285763	45.19	308.5	39.02
Japan	39688	6.28	61.7	7.81
USA	54838	8.67	56.7	7.17
EU	26430	4.18	56.6	7.16
Deutschland	5886	0.93	14.2	1.79
GB.	5834	0.92	14.8	1.87
Frankreich	3539	0.56	8.3	1.05
Italien	3733	0.59	3.9	0.49
Holland	2131	0.34	8.4	1.06
Spanien	1442	0.23	1.3	0.16

EU-Investitionen in China werden hauptsächlich von multinationalen Unternehmen als Investoren durchgeführt. Die Investitionen werden vor allem in den Produktionsbereichen, wie kapital- und technologieintensive Industrien und High-Tech-Industrien getätigt; für China strategisch wichtige Bereiche. Die EU-Direktinvestitionen investieren in China vor allem in Projekte mit einem hohen durchschnittlichen Kapitaleinsatz und in High-Tech. Damit sind sie eine der wichtigsten Quellen von fortgeschrittenen Technologien und wichtiges Equipment für China.

4.2.1.3 Die EU, Chinas größte Quelle von Technologietransfer

Unter anderem in den Bereichen Energie, Chemie, Automobil, Elektronik und Transport besitzt die EU High-Technologien. Der Technologietransfer nach China ist offen und mit weniger Restriktionen behaftet als in anderen entwickelten Ländern, wie den USA und Japan. Es ist die größte Quelle der Einfuhr von Technologie Chinas in den letzten Jahren. 2006 wurden 2597 Verträge für die Einführung von Technologie zwischen China und der EU unterzeichnet, in Höhe von 8,66 Milliarden US\$, und 39,3 % der gesamten Einfuhr von Technologie nach China ausmachen. Japan und die USA sind auf dem zweiten und dritten Platz, sie machen 23,8 % und 19,2 % der gesamten Technologieeinfuhr aus. Bis 2007 ist die Zahl der Technologieeinfuhren um 27000 und um den Geldbetrag in Höhe von 112,3 Milliarden US\$ gestiegen.²⁰⁰ Damit wurde die EU der größte Anbieter von Technologie für China.

4.2.1.4 Die Zusammenarbeit zwischen China und der EU in anderen Bereichen

Neben den Bereichen Handel und Investitionen hat sich die Zusammenarbeit zwischen China und der EU auch in vielen anderen Bereichen gut entwickelt. Im Oktober 2003 haben beide Seiten in Peking, während des sechsten EU-China-Gipfels, offiziell das Kooperationsabkommen "Satelliten Navigationssystem Galileo" unterzeichnet. Das Abkommen sieht vor, dass China und die EU die Satelliten-Navigation in vielen Bereichen, vor allem in Wissenschaft und Technologie, industrieller Fertigung, Service, Markt-Entwicklung, in Standardisierungs- und Zertifizierungsaspekten, zusammenarbeiten werden.

²⁰⁰ Vgl, "National Bureau of Statistics of China" <http://www.stats.gov.cn/tjsj/qtsj/gjsj>

China wird in "Galileo" 200 Millionen Euro investieren. Kurz nach der Vereinbarung wurde das Technik-Training-Center für die Zusammenarbeit im Bereich „Global Navigation Satellit System“ im Hi-Tech-Park Beijing gegründet. Das Zentrum wird für das "Galileo System" in China ein wichtiger Ort für alle Tätigkeiten sein.²⁰¹ Das ist ein wichtiger Schritt des Beitritts Chinas zum "Satelliten-Navigationssystem Galileo-Kooperationsabkommen". Auf dem sechsten Gipfeltreffen zwischen China und der EU wurde auch das "Memorandum of Understanding, Approved Destination Status" unterzeichnet. Am 12. Februar 2004 haben die Europäische Union und die China National Tourist Administration die „Wahrzeichen Tourismus Vereinbarung“ unterzeichnet. Diese gibt China "Approved Destination Status" für die meisten Länder der EU.²⁰² Dies wird eine große Zahl von chinesischen Touristen in die EU bringen und den Austausch zwischen den Völkern Chinas und der EU fördern. Auf dem sechsten Gipfeltreffen haben beide Seiten auch den Umwelt-Dialog begonnen und man hat sich in Peking politisch auf die Errichtung eines Umweltschutz-Dialogs geeinigt, mit Schwerpunkt auf dem Klimawandel, der biologischen Vielfalt und der Zusammenarbeit in den Bereichen der Wasser-Ressourcen.

Am 1. Februar 2004 haben die Europäische Union und China das neue WTO Projekt verabschiedet, dessen Ziel ist, eine weitere Integration Chinas in die Weltwirtschaft zu unterstützen und der chinesischen Regierung zu helfen, die Aufgaben, Rechte und Pflichten der WTO zu erfüllen. Damit soll erreicht werden, dass China seine Fähigkeiten im wirtschaftlichen, rechtlichen und administrativen Reformprozess verbessert, zudem soll die

²⁰¹ Vgl. Hua Gao „Die globale politische und sicherheitspolitische Bericht“ 2006, S.5-7. (cn.)

²⁰² „Kurze Einführung der China-EU-Beziehungen“
<http://eu.mofcom.gov.cn/images/pai.gif>

weitere Liberalisierung des Handels gefördert werden. China hat sich an etwa 4 % des „EU-Rahmenrichtlinien-Projekts“, der weltweit größten Plattform für Forschungszusammenarbeit, beteiligt. Das Projekt bekommt Unterstützung von der Europäischen Union in Höhe von vier Milliarden Euro jährlich. Nach der „China-EU-Wissenschafts- und Technologie-Vereinbarung“ im Jahr 2000 öffnete die Europäische Union alle Projekte des sechsten Rahmenprogramms (RP6) für die chinesischen Forscher.²⁰³ Das Projekt der industriellen und beruflichen Aus- und Weiterbildung ist ein Projekt der Zusammenarbeit zwischen China und den EU-Regierungen. Ziel ist, das chinesische „Industrial Training Programme“ in China zu verbessern, die Humanressourcen der Unternehmen zu stärken, und chinesisch-europäische Joint-Venture Unternehmen zu fördern. Das Projekt wurde umgesetzt und wird weitergeführt.

4.2.1.5. Die Hauptprobleme in den Handelsbeziehungen zwischen China und der EU

Generell ist die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und der EU positiv, aber wegen der Asymmetrie der Machtstatus, den Rollen und dem Entwicklungsstand zwischen beiden Seiten gibt es immer noch einige Probleme. Derzeit sind die wichtigen Faktoren, die die Entwicklung normaler China-EU-Handelsbeziehungen stören, die unbalancierte Entwicklung von Handel und Investitionen, Antidumping und technische Hindernisse.

a. Unbalancierte Entwicklung von Handel und Investitionen

Die unbalancierte Entwicklung von Handel und Investitionen zwischen

²⁰³ Vgl. Bingran Dai, „China- EU Beziehungen“, Europäische Forschung 2005, S.34. (cn.)

China und der EU zeigt sich hauptsächlich in Chinas riesigem Handelsüberschuss, im Mangel an Investitionen und im Asymmetriegrad der Abhängigkeit. In den letzten Jahren zeigte China deutliche Handelsüberschüsse im China-EU-Handel auf und diese steigen ständig. Die EU-Direktinvestition in China machen nur ca. 10 % vom gesamten FDI in China aus und weniger als 1 % der gesamten EU-Direktinvestitionen weltweit. Zudem kommt der Großteil der EU-Investitionen nur aus wenigen EU-Ländern. Bei den Investitionen gibt es auf beiden Seiten noch viel Raum für Verbesserung.

Der chinesische Handelsüberschuss

Nach dem Beitritt Chinas in die WTO stieg das Volumen des Außenhandels sehr schnell. Der Export hat sich von traditionellen bis hin zu High-Tech-Kategorien entwickelt, einschließlich Maschinen, Autos, Möbel und organischen Chemieprodukten. Die europäische Produktion in China wird weiter ausgebaut. Das europäische Handelsdefizit zu China steigt: Nach EU-Statistiken erreichte das europäische Handelsdefizit zu China 2008 169,2 Milliarden Euro.

Abb.4-18. Tabelle: EU-Handel mit China²⁰⁴

EU27 trade in goods with China million euro									
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
China									
Exports	25 863	30 665	35 099	41 473	48 371	51 825	63 784	71 887	78 428
Imports	74 632	82 000	90 148	106 221	128 590	160 327	194 831	232 517	247 695
Balance	-48 768	-51 335	-55 049	-64 748	-80 219	-108 502	-131 046	-160 630	-169 267
Total Extra-EU27									
Exports	849 739	884 707	891 899	869 236	952 723	1 052 720	1 159 295	1 240 913	1 308 707
Imports	992 698	979 145	936 972	935 270	1 026 709	1 179 569	1 351 730	1 433 513	1 551 632
Balance	-142 959	-94 438	-45 073	-66 034	-73 986	-126 849	-192 435	-192 601	-242 925
China / Total									
Exports	3.0%	3.5%	3.9%	4.8%	5.1%	4.9%	5.5%	5.8%	6.0%
Imports	7.5%	8.4%	9.6%	11.4%	12.5%	13.6%	14.4%	16.2%	16.0%

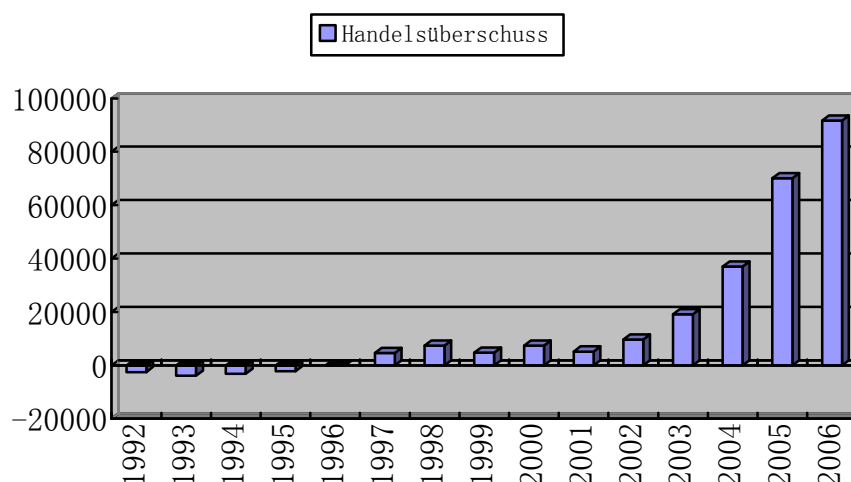
²⁰⁴ „EU27 deficit in trade in goods with China” Euro statistic, European Commission 2009, S.1-2.

Abb.4-19. Waren im EU-Handel mit China²⁰⁵

EU27 trade in goods with China by product million euro						
	Exports		Imports		Balance	
	2000	2008	2000	2008	2000	2008
Total	25 863	78 428	74 632	247 695	-48 768	-169 267
Primary products:	2 018	6 859	3 498	7 444	-1 480	-584
<i>Food & drink</i>	439	1 327	1 525	3 558	-1 086	-2 231
<i>Crude materials</i>	1 417	5 342	1 571	2 937	-154	2 404
<i>Energy</i>	162	191	402	948	-239	-758
Manufactured goods:	23 234	69 398	70 611	239 183	-47 376	-169 785
<i>Chemicals</i>	2 421	8 490	2 805	9 281	-385	-792
<i>Machinery & vehicles</i> ³	16 528	46 574	27 739	114 677	-11 211	-68 102
<i>Other manuf'd articles</i> ³	4 285	14 334	40 066	115 225	-35 781	-100 891
Other	611	2 171	524	1 068	87	1 103

Einerseits kann ein hoher Handelsüberschuss die Devisenreserven erhöhen und das Wirtschaftswachstum fördern, andererseits kann es auch durch die Zunahme des Handels zu Handelsreibungen und der Erhöhung des Drucks auf den RMB (die chinesische Währung) und dessen Aufwertung kommen. In einer solchen Situation steigt die Gefahr, dass mit dem Argument der Produktsicherheit Handelshindernissen, Anti-Dumping und Anti-Subvention aufgebaut werden, bis hin zum Protektionismus.

Abb.4-20. Der Chinesische Handelsüberschuss im Handel zwischen China und EU (1992-2006) (in Millionen US\$)²⁰⁶

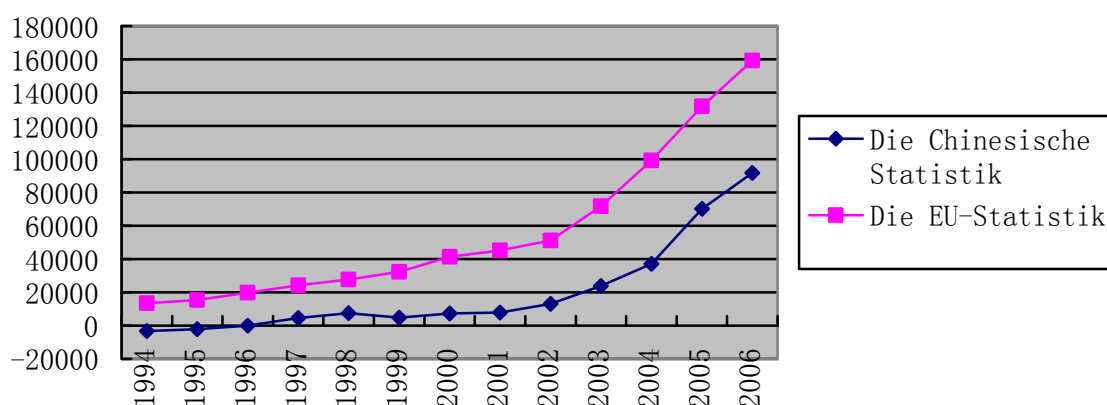


²⁰⁵ „EU27 deficit in trade in goods with China” Euro statistic, European Commission 2009, S.1-2.

²⁰⁶ Vgl., Daten vom chinesischen Zollamt, <http://www.customs.gov.cn/publish/portal0/>

Wegen des unterschiedlichen Verständnisses der Regel der Warenherkunft gibt es, bei der Handelstatistik von China und der EU, auf beiden Seiten große Unterschiede (Es gibt unterschiedliche statistische Methoden der beiden Seiten, zum Beispiel: Die EU rechnet alle Transithandel von Hongkong unter der China-EU-Handel.)

Abb.4-21. Der Handelsüberschuss von verschiedenen statistische Methoden
(in Millionen US\$)²⁰⁷



Chinas Handelsüberschuss hat hauptsächlich folgende Eigenschaften

(1) Der Überschuss im Handel wird vor allem von den Unternehmen mit Auslandskapital und von privaten Unternehmen erzeugt. Die Unternehmen mit Auslandskapital haben im Jahr 2006 einen Handelsüberschuss von 91,22 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet (das entspricht einem Anstieg um 60,9 % gegenüber dem Vorjahr); kollektive, private und andere Unternehmen haben einen Überschuss von 120,14 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet (was einem Anstieg um 63,3 % gegenüber dem Vorjahr entspricht); staatliche Unternehmen haben nach wie vor ein Defizit. Aus der Sicht der

²⁰⁷ Daten vom chinesischen Zollamt und Eurostat,
<http://www.customs.gov.cn/publish/portal0/>,
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes>

verschiedenen Handelsarten hat der Verarbeitungshandel immer einen großen Handelsbilanzüberschuss. 95 % des Handelsbilanzüberschusses Chinas waren im Jahr 2007 auf den Verarbeitungshandel zurückzuführen, davon sind 81 % Unternehmen mit Auslandskapital.²⁰⁸

(2) Die großen Handelüberschüsse und Handelsdefizite kommen von den wichtigsten Handelspartnern. Chinas Handelsüberschuss entsteht vor allem in den Vereinigten Staaten, Hongkong und der EU. Im Jahr 2006 hat China dadurch einen Überschuss von 380,53 Milliarden US-Dollar (im Vergleich zum Vorjahr ein Wachstum von 28,3 %) gehabt. Chinesisch-Taiwan, Südkorea, ASEAN und Japan sind die wichtigsten Quellen des Handelsdefizits. Das Defizit 2006 mit diesen Regionen betrug insgesamt 153,91 Milliarden US-Dollar, was eine Steigerung von 13,2 Prozent darstellt.²⁰⁹

(3) Die großen Überschüsse kommen von arbeitsintensiven Waren und große Defizite kommen von technologieintensiven Waren. Die Vorteile der chinesischen Arbeitskräfte haben den Transfer der ausländischen Produktion nach China und die rasche Entwicklung der Exporte gefördert. Hauptsächlich bestehen die Importe Chinas aus Energie, Rohstoffen und technischer Ausstattung, die Exporte aus arbeitsintensiven Konsumgütern mit geringer Wertschöpfung, elektrischen und mechanischen Produkten.

(4) Aus der Sicht der Handelsprojekte ist der Warenhandel eine wichtige Quelle von Chinas Handelsüberschuss. Der Handel von Dienstleistungen hat Jahr für Jahr ein Defizit.

Von 1997 bis 2005 betrug der kumulative Handelsüberschuss 388,08 Milliarden US-Dollar, der Handel mit Waren einen kumulierten Überschuss

²⁰⁸ China National Bureau of Statistics <http://www.stats.gov.cn>

²⁰⁹ China National Bureau of Statistics http://www.stats.gov.cn/was40/gjtjj_outline.jsp

von 446,98 Milliarden US-Dollar, der Handel mit Dienstleistungen ein kumulatives Defizit 58,9 Milliarden US-Dollar²¹⁰.

Die Ursache des EU-Handelsdefizits mit China liegt vor allem an der Produktions- und Handelsstruktur der beiden Seiten. Die Produktions-Transfers der Konsumgüter mit geringer Wertschöpfung aus einem Entwicklungsland und die steigende Nachfrage nach diesen Waren verursachen das steigende Handelsdefizit der EU. Die Ausfuhren spielen eine sehr wichtige Rolle im EU-Wirtschafts-Wachstum. Die EU ist der größte Handelspartner Chinas. Das ständig steigende EU-Handelsdefizit mit China bringt negative Einflüsse und mehr Handelsfraktionen für das wirtschaftliche Wachstum der EU. Das hat eine schlechte Auswirkung auf die gesunde Entwicklung der Beziehungen zwischen China und der EU.²¹¹

b. Anti-Dumping-Maßnahmen

Die EU ist der größte Handelspartner Chinas. China ist der zweitgrößte Handelspartner der EU. Im Jahre 2008 betrug der bilaterale Handel insgesamt 425,6 Milliarden US-Dollar, er ist um 19,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Doch die chinesischen Ausfuhren sind häufig von EU-Anti-Dumping-Untersuchungen betroffen. Im Jahr 2008 hat die EU sechs Anti-Dumping-Ermittlungen gegen Einfuhren aus der VR China, wie Edelstahl, Schrauben und Schuhe eingeleitet. Der WTO-Bericht hat gezeigt, dass China am häufigsten Gegenstand der Anti-Dumping-Ermittlungen war. In der zweiten Hälfte des Jahres 2008 bezogen sich 34 von den insgesamt 120 neuen Untersuchungen im Bereich auf die chinesischen Ausfuhren.²¹²

²¹⁰ Ebd, http://www.stats.gov.cn/was40/gjtjj_outline.jsp

²¹¹ Vgl. „EU-China-Handelsdefizit“, 2008
<http://www.simic.net.cn/news/detail.jsp?id=24545>

²¹² Vgl. „WTO Secretariat reports increase in new anti-dumping investigations“ 2009
<http://www.wto.org>

Wenn Dumping festgestellt wurde, wird ein hoher Zoll auf diese Produkte erhoben, damit sie die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im EU-Markt verlieren, und so gezwungen werden, den EU-Markt zu verlassen.

Wegen der Nichtanerkennung des Marktwirtschaftsstatus Chinas von der EU, werden die chinesischen Unternehmen, in den Anti-Dumping-Untersuchungen, in den zwei Arten aufgeteilt: Dem Betrieb der Unternehmen unter der Kategorie „Marktwirtschaft“ oder „Nicht-Marktwirtschaft“.

Um festzustellen, ob die Unternehmen unter der Bedingung Marktwirtschaft betrieben werden, werden ihre inländischen Verkaufspreise auf dem "Normalwert" mit den Ausführpreisen in die EU-Länder verglichen; so stellt man fest, ob es Dumping bei den Produkten gibt. Für die Unternehmen, die ihren Betrieb unter der Kategorie der „Nicht-Marktwirtschaft“ haben, wird ein Verkaufspreis aus einem „Drittland mit Marktwirtschaft“ als „Normalwert“ genommen. Da das „Drittland mit Marktwirtschaft“, das von der EU gewählt wird, oft ein westliches entwickeltes Land ist, wird der "Normalwert", mit dem gemessen wird, oft zu hoch. Dadurch bekommt man das Resultat, dass die Preise der chinesischen Exportwaren zu niedrig sind, und die chinesischen Unternehmen nicht nur Dumping, sondern eine erhebliche Dumpingspanne haben. Ca. 10 % der Exportprodukte aus China in der EU sind von Anti-Dumping-Maßnahmen betroffen.

c. Der chinesische Marktwirtschaftsstatus

Nach dem Eintritt in die WTO drehen sich die Diskussionen zwischen China und anderen Mitgliedsländern der WTO ständig um das Thema der Vereinbarung des chinesischen Marktwirtschaftsstatus. Bisher haben 97 WTO-Mitglieder China den Marktwirtschaftsstatus zuerkannt. Aber die

wichtigsten Handelspartner, wie zum Beispiel die EU, die Vereinigten Staaten, Japan und Indien haben dies noch nicht getan.

Im Jahr 1998 hat die Europäische Union China und Russland von der Liste "Land ohne Marktwirtschaft" gestrichen. Zwei Jahre später hat Russland den Marktwirtschaftsstatus bekommen; China muss noch warten. Die Europäische Union hat es von einer wirtschaftlichen Perspektive so erklärt, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen in Russland keine Auswirkungen auf die Regierung haben und die rechtlichen Rahmenbedingungen in anderer Hinsicht, wie z. B. Buchhaltung, Handelsrecht, Konkursrecht, Geldwechsel usw., sehr ähnlich seien wie in Westeuropa. Europäer sagen, es sei ein "technisches Problem". Chinesen sehen es häufig als eine politische Frage an.

Rund 30 Jahre nach dem Start von am Markt orientierten Reformen, hat sich China zum weltweit größten Anti-Dumping-Ziel entwickelt, vor allem, weil es die Bezeichnung einer "Nicht-Marktwirtschaft" hat. Da China nicht als Marktwirtschaft anerkannt wurde, haben sich die West-Handels-Behörden lange geweigert, die chinesischen inländischen Kosten der Produktion anzuerkennen. Stattdessen verwenden sie die Kosten der Produktion in einem Land „Surrogat“ für die Berechnung des so genannten "normalen Wertes" der chinesischen Ausfuhren. Die Verwendung eines Surrogats, was mit Ländern wie Indien, die Türkei oder Mexiko gleichgesetzt wird, in denen Material- und Lohnkosten viel höher sind als in China, führt oft dazu, dass die Ausfuhren als Verkauf unter dem Normalwert liegen und die meisten gemeinhin als "Dumping" wahrgenommen werden.²¹³ Laut Statistiken des Handelsministeriums ist China seit 1996 das Land, dessen Exportwaren am meisten von Anti-Dumping-Untersuchungen betroffen

²¹³ Vgl. „Surrogate Country System“ <http://wiki.mbalib.com>

wurden. Bis Februar 2004 litten chinesische Unternehmen unter mehr als 600 Anti-Dumping-Untersuchungen mit mehr als 4000 Arten von Waren; die betroffenen chinesischen Exportwaren waren im Wert von fast 200 Milliarden US-Dollar²¹⁴.

Das ist der Grund, warum China das Thema des Marktwirtschaftsstatus ganz oben auf die Tagesordnung des Dialogs auf höherer Ebene zwischen China und der EU stellt. Auf dem 11. jährlichen China-EU-Gipfel am 20. Mai 2009 in Prag hat der chinesische Premierminister Wen Jiabao noch einmal seine Hoffnung ausgedrückt, dass die EU den chinesischen Marktwirtschaftsstatus bald anerkennen wird.²¹⁵

Chinas Wirtschaft hat in den letzten 30 Jahren, vor allem in den letzten 10 Jahren, sowohl in Bezug auf Märkte und marktorientierte Faktoren der Produktion, marktorientierte staatseigene Unternehmen, als auch in der raschen Entwicklung der nicht-staatlichen Wirtschaft große Fortschritte gemacht. Etwa 70 Prozent der chinesischen Wirtschaft sind marktwirtschaftlich ausgerichtet, der Wert liegt über dem Mindestniveau von 60 Prozent für eine Marktwirtschaft. Über zwei Drittel des Wachstums des chinesischen Bruttoinlandsprodukts wird durch den nicht-staatlichen Sektor verursacht. In den staatlichen Unternehmen sind mehr als 89 Prozent der Entscheidungen frei von staatlichem Einfluss und haben ein modernes Corporate-System.²¹⁶ Die direkten Interventionen der Regierung in die Wirtschaft wurden deutlich verringert und der Markt spielt eine dominierende Rolle bei der Finanzierung und der Bodennutzung.²¹⁷ Im Jahr 1993 wurde bei der Änderung der Verfassung Chinas hervorgehoben, dass

²¹⁴ Statistiken vom Ministry of Commerce of China 2004

²¹⁵ Tageszeitung „Xin Hua“ 21. Mai 2009

²¹⁶ Vgl. Xiaoxi Li, „Der Bericht der Entwicklungen der chinesischen Marktwirtschaft“ 2003, S.10-19.

²¹⁷ Ebd., S.25-28.

das Land sich zu einem marktwirtschaftlichen System entwickeln solle.²¹⁸
Ein sich ständig verbesserndes Marktumfeld und eine Rechtsordnung haben
China auch zu einem lukrativen Ziel für ausländische Investoren gemacht.

Zur Frage des chinesischen Marktwirtschaftsstatus gibt es unterschiedliche
Meinungen von beiden Seiten.

„Es ist fair zu sagen, dass China nicht den Status einer Marktwirtschaft
zuerkannt bekommt, ist das Ergebnis eines Kompromisses, aber in keiner
Weise eine objektive Bewertung.“, „Durch die Nutzung der chinesischen
Konzession haben einige Länder Anti-Dumping als ein Mittel des
Handels-Protektionismus benutzt, um Wettbewerb zu verhindern“²¹⁹ sagt Li
Yushi, stellvertretender Direktor der chinesischen Akademie für
internationalen Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

„Kein Land könnte als eine reine Marktwirtschaft definiert werden“, „Die
EU-Anerkennung wäre ein Beitrag zur Verringerung der
Handelsstreitigkeiten und der gleichberechtigten Zusammenarbeit“.²²⁰ sagt
Zhang Yansheng, Direktor des Instituts für Außenhandel der Nationalen
Entwicklungs- und Reformkommission

Michael Pulch, stellvertretender Leiter der Delegation der Europäischen
Kommission in China, hat bei einem Interview gesagt, dass die
Umwandlung einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft Zeit braucht und
nicht nur über die Durchführungsbestimmungen und die Gesetzgebung,
sondern auch eine ordnungsgemäße Umsetzung von allen Behörden und
Unternehmen in allen Bereichen erfordert²²¹. Es gibt auch die Meinung,

²¹⁸ Yanbing Chen, Wuxin He, „Die Verfassungsänderung in der letzten 30 Jahren“ 2009

²¹⁹ Yushi Li, stellvertretender Direktor der chinesischen Akademie für internationalen
Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Mai 2009 www.chinaview.cn (cn.)

²²⁰ Yansheng Zhang, Direktor des Instituts für Außenhandel der Nationalen
Entwicklungs- und Reformkommission www.chinaview.cn (cn.)

²²¹ http://www.gz.xinhuanet.com/ztpd/xhzm/sjb/20090521/index_shangwu.htm

dass die chinesische wirtschaftliche Reform nicht reif genug war, um die Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus der EU vor 2016 zu schaffen.

Es ist wichtig für die EU und China, die wichtigsten Handelspartner, den Meinungsaustausch und die Verhandlungen zur Frage des „Marktwirtschaftsstatus Chinas“ zu fördern, um eine Vereinbarung so bald wie möglich zu schaffen. Eine positive Antwort wird mehr Motivation für China und sein marktwirtschaftliches System sein.

d. Technische Barrieren und andere Faktoren

Die EU ist eine der Regionen, die häufig und streng die technischen Handelsschutzmaßnahmen anwendet. Während der Entwicklung der Technologie und der Stärkung des Verbraucherschutzes werden die technischen Normen für Sicherheit in Bezug auf die Bereiche der Lebensmittelhygiene und Lebensmittelsicherheit, Sicherheits-Normen der Industrieproduktion, Arbeitsnormen, Umweltstandards und technische Standards der Funkstörungen zunehmend härter. Obwohl die EU noch nicht eine einheitliche, offene Politik der technischen Handelshemmnisse gebildet hat, werden das System immer komplexer, und die Wirkung immer offensichtlicher. Obwohl die meisten Handelshemmnisse nicht spezifisch für China sind, wird die Einfuhr der chinesischen Produkte in den EU-Markt immer schwieriger. Die EU ist der Zielmarkt, in dem die chinesischen Exportunternehmen von den meisten technischen Handelshemmnissen betroffen sind. Von den gesamten betroffenen technischen Handelshemmnissen der chinesischen Exportunternehmen sind 40 % von der EU, 27 % von den USA, 25 % von Japan und 8 % von Südkorea.²²²

²²² Vgl. Chen Shumei, Standardisierung der Technologie im Kontext der europäischen wirtschaftlichen Integration, Southeast University Press, 2005 (cn.)

e. Andere Faktoren

Außerdem gibt es noch andere Faktoren, die den China-EU-Handel stören, wie z.B.: geistiges Eigentum, soziale Aspekte (Menschenrechte, Umweltschutz, Mindestlöhne und Wettbewerbsrecht, etc.), Quoten-Beschränkungen, das neue Zollpräferenzschema, spezielle Schutzmechanismen vor China, das Waffenembargo etc.

1. Quotenbeschränkungen.

Die chinesischen Quoten-Beschränkungen der Ausfuhren in die EU wurden unter dem Druck der mengenmäßigen Beschränkungen der EU gebildet. Zu der strengen Quotenbeschränkung der chinesischen Produkte in die EU gehören vor allem zwei Aspekte, nämlich die einseitige Quote und die bilaterale Abkommen-Quote. Die chinesischen Textilausfuhren in die EU sind davon am meisten betroffen.

2. Das neue Zollpräferenzschema

Das Zollpräferenzschema ist eine von den entwickelten Ländern eingeführte, universale, diskriminierungsfreie, gegenseitige Zollpräferenz, die für die Ausfuhren von Industrieerzeugnissen und Halbfabrikaten (darunter auch einige Vorprodukte) der Entwicklungsländer geeignet ist. Seit 1979 wurde von der EU ein gleiches Zollpräferenzschema umgesetzt. Seit Januar 1981 ist China eines der am meisten begünstigten Länder des EU-Zollpräferenzschemas. Es hat die chinesische Ausfuhr in die EU gefördert. Aber die Umsetzung des neuen EU- Zollpräferenzschemas im Jahr 1995 hat das Ausmaß der Begünstigung und den Bereich der begünstigen Produkt verkürzt. Dadurch wurde die Wettbewerbsfähigkeit betroffener chinesischer Produkte verringert.

3. Zugang zum Markt

Die EU nimmt die Liberalisierung des chinesischen Marktes als Voraussetzung zu der Öffnung des erweiterten EU-Marktes.

4. Spezieller Schutz-Mechanismus vor chinesischen Importwaren

Die Europäische Kommission hat im Jahre 2003 die China-EU Handelspolitik, die einen befristeten warenspezifischen Schutzmechanismus auf die Einfuhr von Waren aus China darstellt, eingeführt. Dies bedeutet, dass, wenn die Menge der Importwaren aus China in die EU in kurzer Zeit schnell steigt und der damit verbundenen EU-Industrie ernsthafte Schäden zugefügt werden (oder zumindest eine ernsthafte Schädigung droht), sich die EU auf den befristeten warenspezifischen Schutzmechanismus berufen kann und vorübergehende hohe Zölle oder mengenmäßige Beschränkungen auf die chinesischen Waren anwenden kann. Der Unterschied zwischen „dem befristeten warenspezifischen Schutzmechanismus“ und anderen handelspolitischen Schutzinstrumenten wie Antidumping und Antisubvention liegt darin, dass man Dumping und Subventionen nicht beweisen muss und unter bestimmten Bedingungen hohe Zölle oder mengenmäßige Beschränkungen einführen kann.

5. Das Waffenembargo

Dieses Thema ist derzeit eines der schwierigsten Probleme in den China-EU-Beziehungen. Ein 15-jähriges Waffenembargo ist nicht nur ein Produkt des Kalten Krieges, sondern stört zu einem gewissen Grad die gesunde Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und der EU. Die Aufhebung des Waffenembargos betrifft die strategischen Konzepte der EU und die Verteilung der Vorteile. Dass die USA sich strikt gegen die Aufhebung des Waffenembargos ausspricht, ist auch eine wichtige Ursache dafür.

Diese Faktoren bewirken die Asymmetrie in den Handelsbeziehungen zwischen China und der EU und sind wichtige Ursachen der Handelsreibungen zwischen beiden Seiten. Obwohl in der Entwicklung der China-EU-Handelsbeziehungen viele Probleme existieren, gibt es keinen fundamentalen Interessenkonflikt zwischen China und der EU. China und die EU sind zwei wichtige Mächte in der Weltstruktur. Die Zusammenarbeit ist für die Entwicklung der Wirtschaft von den beiden Seiten und Erhöhung ihrer internationalen Stellung förderlich.

Abb.4-22. Events der wirtschaftlichen China-EU-Beziehungen²²³

Year	Chronology
1978	The European Commission and China sign a Trade Agreement in Brussels. This includes the creation of an EU-China Joint Committee
1979	The first EC-China Joint Committee meets in Beijing. The first President of the European Commission to visit China is Roy Jenkins. He meets Deng Xiaoping.
1983	First EC-China scientific cooperation program launched.
1984	First EC cooperation project in China, on business management training and rural development, is launched.
1985	EC and China sign Trade and Economic Cooperation Agreement in Brussels. Jacques Delors, President of European Commission, visits China.
1986	The beginning of WTO negotiation between EC and China.

²²³ “Chronology of EU-China Relations”, China Economic Review, European Union Chamber of Commerce in China, <http://www.sinomedia.net/eb/v200409/eu-china-special.html>

1987	For the first time, the European Commission co-finances non-governmental organization development activities in China.
1988	A Delegation of the European Commission opens in Beijing.
1989	EC freezes relations with China as a reaction to the events on Tiananmen Square in Beijing on 4 June. A number of sanctions are imposed.
1992	Dialogue on environment starts. Most EC-China relations are normalised. Embargo on arms trade remains in force.
1993	European Commission provides assistance to the UN World Food Program's projects in China for first time.
1994	European Investment Bank establishes first project in China.
1995	European Commission adopts strategy paper on “A Long Term Policy for China-Europe Relations”. European Community Humanitarian Office (ECHO) gives humanitarian aid to China for first time.
1998	European Commission adopts policy paper on “Building a Comprehensive partnership with China”
2000	The EU and China conclude bilateral negotiations on China's accession to the World Trade Organization.
2001	The European Commission releases a paper entitled “EU Strategy Towards China: Implementation of the 1998 Communication and Future Steps for a More Effective EU Policy”
2002	The European Commission, World Bank and Chinese government host the Dalian Environment Conference to

	<p>discuss environmental issues in seeking sustainable development.</p> <p>Vice-President in charge of Transport and Energy Loyola de Palacio, Bendt Bendtsen, Danish Minister for Economic and Business affairs and President of the Council, and the Chinese Minister for Communications, Mr. Zhang Chunxian formally sign the EU-China Maritime Agreement.</p>
2003	<p>Pascal Lamy visits China to strengthen EU-China trade relations and cooperation in the Doha Development Agenda, and participate in the ASEM Economic Ministers Meeting, in Dalian.</p> <p>The Chinese government releases its first policy paper towards the EU. □□During the meeting of General Affairs Ministers in Europe, the EU adopted the conclusions on the Commission's Policy Paper on China: “A Maturing partnership-shared interests and challenges in EU-China relations”.</p> <p>A joint declaration was issued to enhance cooperation in the culture field between EU and China.</p>
2004	<p>EU and China sign the milestone Approved Destination Status (ADS) agreement.</p> <p>The European Union becomes the biggest trading partner of China. China is the second biggest trading partner of the EU Research Commissioner A joint declaration on non proliferation and an agreement on peaceful nuclear research are issued.</p> <p>New sectoral dialogues are developed with the signing of an EU-China Customs Cooperation Agreement and the</p>

	<p>launching of the Dialogue on Macroeconomic Policy.</p> <p>China and the EU agree on the renewal of the 1999 EU-China Science and Technological Cooperation Agreement.</p>
2005	<p>A Joint Declaration on Climate Change is issued. A Memorandum of Understanding establishing an EU-China Dialogue on "Energy and Transport Strategies" is signed.</p>
2006	<p>The Commission adopts its Communication "EU-China: Closer partners, growing responsibilities" and a policy paper on trade and investment</p>

4.2.2. Die Ursache der Divergenzen und Probleme in der China-EU-Beziehung - Asymmetrie und Symmetrie zwischen China und der EU

Die Entwicklung der China-EU Beziehungen wird von vielen Faktoren beeinflusst. Einige chinesische Wissenschaftler sind der Meinung, dass die Asymmetrie auf den wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Ebenen zwischen China und der EU einer der wichtigen Faktoren davon sind, wie Zhou Hong in seinem Buch „Analyse der China-EU Partnerschaft“ und Zhu Liqun in ihrem Buch „Internationale System und China- EU Beziehung“ geschrieben haben. Die Beobachtung der Symmetrie und Asymmetrie zwischen China und der EU ist ein notwendiger Weg, um die China-EU-Beziehung zu verstehen.

Die Natur und die menschliche Gesellschaft sind voll von komplexen Beziehungen der Asymmetrie und Symmetrie. Sie enthalten potentielle Herausforderungen, stellen aber auch Antriebskraft und Chancen dar. Dieses Phänomen findet sich auch in den Beziehungen zwischen China und der EU.

Die Asymmetrie der China-EU-Beziehungen zeigt sich hauptsächlich in drei Aspekten: dem wirtschaftlichen Niveau, dem politischen System und der historischen Kultur. Diese Asymmetrie impliziert auch die Symmetrie und dadurch ergeben sich Chancen der Entwicklung für die China-EU-Partnerschaft.

„Der Begriff der Symmetrie ist nicht statisch, und gilt für alle natürlichen Phänomene“²²⁴.

Das Verhältnis der Symmetrie und Asymmetrie ist auch geeignet für die Beobachtung der menschlichen Gesellschaft und der internationalen Politik. Besonders im Bereich der internationalen Politik ist das Verhältnis zwischen der Symmetrie und Asymmetrie sehr komplex und enthält Herausforderungen, Antriebskraft und Chancen. Ob in der Natur oder in der menschlichen Gesellschaft: Antrieb wird aus der Asymmetrie gewonnen. Auch im Fall der relativen Symmetrie existieren die Symmetrie zerstörende Kräfte. Die Symmetrie ist selten langfristig konstant und statisch.²²⁵

Ähnliche Asymmetrie findet sich im Bereich der internationalen Politik und der Wirtschaft überall.

Das Ende des Kalten Krieges hat ein relatives Gleichgewicht und die Symmetrie beendet, aber ein neues Gleichgewicht und eine neue Symmetrie müssen noch festgelegt werden. Die verschiedenen Mächte mit ihren unterschiedlichen komparativen Vorteilen erweitern die eigenen Interessen, besetzen unterschiedliche Bereiche, haben verschiedene Unterstützung. Sie gründen sich auf eine unterschiedliche soziale Basis, beobachten mit verschiedenen Vorstellungssystemen die Welt. In dieser pluralistischen Realität entwickelt sich die Welt.

²²⁴ Vgl. Zhengdao Li „Asymmetrie und Symmetrie“ 2000, S.1-2. (cn.)

²²⁵ Vgl. Zhou, „Die Asymmetrie zwischen China und EU“ Chinese Academy of Social Sciences 2009, S.2. (cn.)

a. Die Asymmetrie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft, bei der die zentrale Komponente die am weitesten entwickelte Industrieregion ist. Ihre gesamte Wirtschaftsleistung und das Handelsvolumen machen 25 % bzw. 35 % der ganzen Welt aus. Das Pro-Kopf-Einkommen und die Auslandsinvestitionen liegen ganz vorne im weltweiten Vergleich.²²⁶ China ist das weltweit größte Entwicklungsland. Zwar hat China seit 30 Jahren ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum, jedoch betragen die gesamtwirtschaftliche Produktion und der Handel Chinas nach wie vor nur 7,7 bzw. 6 % der ganzen Welt. Chinas Pro-Kopf-Einkommen lag im Jahr 2002 bei weniger als 1000 US-Dollar, verglichen mit der Europäischen Union besteht noch ein erheblicher Abstand. Die ländliche Bevölkerung Chinas hat einen Anteil von 60 Prozent an der Gesamtbevölkerung, bei der Europäischen Union beträgt dieser 2 Prozent, was einen großen Unterschied darstellt. Darüber hinaus gibt es zwischen China und Europa in den Bereichen Infrastruktur, Investitionen, Finanz-Dienstleistungen, dem Grad der Marktöffnung und der sozialen Sicherheit, sowie weiteren Aspekten ebenfalls große Differenzen.

Die Asymmetrie des Niveaus der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zwischen China und der EU führt zum Unterschied der Entwicklung und des Schutzes der Industrie und unterschiedlichen Ansätzen und Strategien der Entwicklung. In den China-EU-Wirtschafts- und Handelsbeziehungen ist die EU in viele Branchen und Produkten im Vorteil. Diese Unterschiede bieten nicht nur die Möglichkeiten der Zusammenarbeit, sondern verursachen auch die Divergenz des Interesses. Diese Divergenz des Interesses führt oft zu Schwierigkeit für die Zusammenarbeit. Die Asymmetrie des Niveaus der wirtschaftlichen Entwicklung kann auch Reibung in anderen Bereichen mit sich bringen.

²²⁶ "China's EU Policy Paper" 2003, <http://www.fmprc.gov.cn/chn/pds/ziliao>

Die "Sozialklausel" (z.B. Mindestlohn-Normen, Menschenrechte, Umweltschutz, Wettbewerbsrecht, etc.), die die EU im Verfahren der Asien-Europa-Treffen und der WTO-Regeln fordert, wurden von China und anderen Entwicklungsländern entschieden abgelehnt. Diese Länder glauben, dass die Entwicklungsländer so sehr sie auch in der wirtschaftlichen Entwicklung benachteiligt sind, ihr einziger Vorteil der der relativ niedrigen Lohnkosten ist. Die "Sozialklausel" würde den Entwicklungsländern die Chancengleichheit des Wettbewerbs auf dem internationalen Markt entziehen.²²⁷

b. Die Asymmetrie des politischen und gesellschaftlichen Systems zwischen China und der EU

China und die EU, beide haben immer wieder deutlich gesagt, dass ihre unterschiedlichen sozialen Systemen und unterschiedlichen politischen Ideen die Beziehungen der Zusammenarbeit zwischen ihnen nicht beeinflussen werden. Trotzdem zeigt sich, dass die Unterschiede und Asymmetrien im politischen und sozialen System der beiden Regionen auch einen negativen Einfluss auf die Entwicklung einer guten Partnerschaft untereinander bringen können. In der China-Politik der EU sieht man immer die „Besorgnis“ um eine politische Demokratisierung und Liberalisierung Chinas. In der China-Politik der EU wurde China mehrfach im Bereich der bürgerlichen und politischen Rechte kritisiert. Trotz der bedeutenden Erfolge, die China in seiner sozialen und wirtschaftlichen Reform geschafft hat, gehört das Land für die EU immer noch nicht zur demokratischen Welt. China auf der anderen Seite verliert kaum ein Wort über das politische System in Europa.

²²⁷ K.S.Jomo, "Winner and Loser of Globalization", <http://www.asienhaus.org/publikat/tagung97/jomo.htm>

Neben den asymmetrischen Aspekten des sozialen Systems besteht in den Beziehungen zwischen China und der EU immer noch die Asymmetrie der politischen Struktur, vor allem der Struktur der Außenpolitik. Dies liegt der Besonderheit der EU zugrunde und wirkt sich nicht nur auf die Beziehungen zwischen China und der EU aus, sondern auch auf die Beziehungen zwischen der EU und anderen Ländern (und ebenso tief greifend auf die internationalen Beziehungen).

Die Europäische Union ist eine bemerkenswerte Innovation des Systems. Sie hat durch internationale Verträge ein supernationales System gegründet, in dem die Mitgliedstaaten in politischen, wirtschaftlichen und anderen Bereichen relativ selbstständig sind. Die EU ist weder ein traditioneller Nationalstaat noch eine internationale Organisationen. Sie gleicht weder einem Bundesstaat noch einem Staatenbund, sondern liegt als „Staatenverbund“ gleichsam dazwischen.²²⁸ Die Struktur der Europäischen Gemeinschaft ist ein besonderes politisches Gremium, in verschiedenen Bereichen mit unterschiedlichen Graden der Integration und verschiedenen Strukturen des Systems.

In den Bereichen der Wirtschaft, des Handels und der Währung erzielen die EU-Institutionen die höchste Leistung. Im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik - obwohl auf der Ebene der Europäischen Union das System „Versuch mit einer Stimme zu sprechen“ existiert - haben die einzelnen Mitgliedstaaten dagegen noch immer, als ein souveräner Staat das diplomatische Recht, ihre eigenen Erklärungen und Aktionen zu verfolgen. Die europäischen Länder sprechen zeitweise zusammen mit einer Stimme und zeitweise hingegen getrennt, mit eigenen Meinungen. Es ist viel mehr als eine „Regierungsdiplomatie im Kern“ mit traditionellen Regeln des Spiels der internationalen Politik. Diese alternative Verwendung von

²²⁸ Martin Beckmann, Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie“, S.7.

Bilateralismus und Multilateralismus ist für andere Länder schwer zu verstehen, was leicht zu Missverständnissen führen kann. Den Kern und die Antriebskraft der EU-Diplomatie zu verstehen, ist für China und die gesamte internationale Gemeinschaft eine asymmetrische Herausforderung.

c. Die Asymmetrie der Geschichte und Kultur

Jedes Volk verfügt über eine einzigartige Geschichte und Kultur, natürlich entstehen dadurch Unterschiede. Aber zwischen China und Europa gibt es noch eine andere Form der Asymmetrie der Geschichte und Kultur. Nach der Renaissance und der Aufklärung expandierte die europäische Kultur, als eine mächtige Kultur, bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Danach wurde diese Rolle der mächtigen Kultur teilweise in den Anstieg der kommerziellen Kultur in die Vereinigten Staaten überführt. Mit der Entwicklung der europäischen Integration und der Verstärkung der europäischen Identität wurde die europäische Kultur jedoch neu errichtet, und hat die Unterschiede zu der kommerziellen Kultur der Vereinigten Staaten und deren Überheblichkeit aufgezeigt. Vergleichsweise ist die chinesische Kultur, seit dem Opiumkrieg 1840, durch ihre Selbstkritik immer in einer relativ schwächeren Position. China lernt immer viel vom Westen und verbreitet die eigene Kultur immer weniger. Dadurch wird die Asymmetrie von Geschichte und Kultur gestaltet.

Die Europäer und die Chinesen beobachten sich und kommentieren die jeweiligen Angelegenheiten des anderen Landes von ihrem eigenen Standpunkt und Modus des Denkens. Aber wegen der Asymmetrien der Kulturmacht werden die Chinesen kaum über Themen wie Nordirland oder Rechtsextreme und Antisemitismus sprechen. Auf der anderen Seite jedoch werden Themen wie Taiwan und die Menschenrechte in China und Tibet in Europa oft erörtert.

Man bespricht sie oft vom eigenen Standpunkt und Modus des Denkens. Das verursacht die Asymmetrie der Information, Missverständnissen und falschen Lösungen. Die Herausforderung und Probleme dieser Asymmetrien richtig zu kennen, wäre sehr wichtig für die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen. Die Asymmetrie der Informationen im Warenmarkt kann „Adverse Selection“ verursachen, und bewirkt den Ausfall des Markts, hochwertige Waren können vom Markt austreten und schlechte Waren den Markt überfluten.

Zwischen China und der EU gibt es keine grundlegenden Interessenkonflikte, aber die Missverständnisse durch die Asymmetrie existieren immer noch. Diese Missverständnisse können auch „Adverse Selection“ verursachen und die Zusammenarbeit schädigen.

4.3. Die Notwendigkeit und die wichtige strategische Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen China und der EU

In der Erweiterung und Vertiefung der Globalisierung etablieren die Staaten oft ihre eigenen Interessen sowie ihre Position im internationalen System und die Partnerschaft mit anderen Ländern. Die strategische Partnerschaft ist eine gegenseitige langfristige Zusage und Verpflichtung zwischen zwei wichtigen Akteuren, die in einer beträchtlichen Anzahl von Politikbereichen eine enge Beziehung haben.²²⁹

Die Geschichte hat wiederholt gezeigt, dass der Aufstieg und Fall eines großen Landes oft zu den drastischen Veränderungen der internationalen Struktur und Weltordnung führt. Wie soll China die Herausforderungen und Probleme, die in seiner Entwicklung aufgetaucht sind, überwinden?

²²⁹ Zheng Yongnian, „China und der EU - Schlüsselement der strategischen Partnerschaft“, Verlag der aktuellen Angelegenheiten 2008, S.309. (cn.)

Es ist sehr wichtig für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen China und der EU, die Diskrepanzen und Konflikte der Asymmetrien in den Beziehungen zu untersuchen und die Symmetrien der grundlegenden Interessen und die Komplementarität der lokalen Interessen in der Asymmetrie zu finden und zu fördern, damit eine kontinuierliche Entwicklung der Zusammenarbeit möglich ist.

Auf der strategischen Ebene gibt es eine auffällige Symmetrie Zwischen China und Europa, beide sehen sich gegenseitig als eine wichtige Macht in der heutigen Weltstruktur. Im Dokument der Europäischen Sicherheitsstrategie wird China als ein wichtiger Partner der EU in der Beziehung der europäischen Sicherheitsstrategie bestätigt.²³⁰ Das erste chinesische politische Dokument zur EU hat deutlich gesagt, dass die EU in den regionalen und internationalen Angelegenheiten eine zunehmend wichtige Rolle spielen wird.²³¹ China legt großen Wert auf die Rolle der EU. Auf Grundlage dieses gemeinsamen Verständnisses haben China und die EU in den wichtigen internationalen Fragen, wie unter anderem der Verstärkung der Position der Vereinten Nationen, der Unterstützung des Friedensprozesses im Nahen Osten, der Einhaltung der Regel der internationalen Beziehungen, der Beseitigung von Kriegen und Armut erfolgreich zusammengearbeitet.

In Europa ist der Sinn der Dimension immer die Antriebskraft der europäischen Integration. Man glaubt, dass Europa nur dann eine wichtige Rolle in der Welt spielen kann, wenn es einheitlich auftritt und handelt. Auf Grundlage der gleichen Theorie findet man in Europa, dass China wegen seiner großen Dimension die besten Chancen in Asien hat, erfolgreich zu

²³⁰ „Das Dokument der Europäischen Sicherheitsstrategie“, http://www.fmprc.gov.cn/wjb/cn_search.jsp

²³¹ „Das politischen Dokument zu der EU“, <http://www.chinamission.be/chn/zyxw/t74617.htm>

sein. Die Idee der Ausweitung des Anwendungsbereichs gibt es auch in der chinesischen Außenpolitik. China beteiligt sich aktiv am multilateralen System, organisiert dieses und die multilateralen Verhandlungen, um internationale Probleme zu behandeln, wie beispielsweise die Organisation mit Russland und den zentralasiatischen Staaten, die „Shanghai Kooperation“ zur Aufrechterhaltung der regionalen Sicherheit, den Aufbau einer Freihandelszone mit den ASEAN um eine „Win-Win-Situation“ zu erreichen oder die Sechs-Nationen-Gespräche zur Verringerung der nuklearen Krise in Nordkorea.

Die Idee der Ausweitung des Anwendungsbereichs heißt, durch den Ausbau der Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit zu vertiefen. Das stimmt besonders bei der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen China und der EU. Das System des politischen Dialogs auf hoher Ebene zwischen China und der EU hat einen guten Weg zur Verbesserung des strategischen gegenseitigen Vertrauens und zur Erweiterung des Dialogs in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen ermöglicht. Die Struktur der Multi-Bereiche, Multi-Levels, Multi-Kanäle und der multi-nationalen Zusammenarbeit kann wirksam die Asymmetrie der sozialen und politischen Systeme zwischen China und der EU und die Missverständnisse vermeiden, damit sich die Zusammenarbeit gesund und kontinuierlich entwickelt.

Auf wirtschaftlicher Ebene hat die EU die Vorteile bei Kapital und Technologie, China bei Arbeitskraft und Markt. Diese Elemente unter den Regel des Markts zwischen China und EU auszutauschen, sodass sie voneinander lernen, sich gegenseitig nützen und gemeinsam entwickeln, ist das erklärte Ziel. Unter diesem Verständnis sieht man die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und der EU als einen Austausch, der zwischen hoher bis mittlerer und mittlerer bis niedriger Ebene liegt. Diese Anschauung ist allmählich dabei sich zu ändern. Die Wirtschafts- und

Handelsbeziehungen zwischen China und der EU entwickeln sich immer mehr in Richtung der Schaffung einer soliden Grundlage der Gleichberechtigung.

Die nationalen Bedingungen in China und der EU sind sehr unterschiedlich, und haben ihre eigenen Gesetze der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Wegen seiner Größe, Dimension und Bevölkerung wird es China im Prozess der Entwicklung möglich, Einfluss auf den Weltmarkt im Bereich von Energie und Getreide zu bekommen, was sich wiederum auf die Art und Weise des Lebens in der EU auswirken kann. Deswegen verwendet die EU - neben der Ausweitung des Handels und der Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen - mehr Aufmerksamkeit darauf, dass sich der Einfluss der schnell wachsenden Wirtschaft Chinas auf den Weltmarkt verringert und dass die negativen Auswirkungen des Wachstum auf die Umwelt und die Instabilität der Gesellschaft durch die ungleiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung möglichst gering gehalten werden. Die EU will durch vielseitige Zusammenarbeit auf ein nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum der chinesischen Wirtschaft hinarbeiten, damit das wirtschaftliche Wachstum und die Marktöffnung Chinas im Einklang mit den Interessen der EU geschehen. Die Entwicklung Chinas liegt im Interesse der EU und eigenen ihrer Entwicklung. Auf beiden Seiten können sich die innere Stabilität und die Entwicklung Chinas positiv auswirken.

In den 1990er Jahren hat sich die China-Politik der EU positiv entwickelt, mit einer starken Förderung von Deutschland, Frankreich und anderen großen EU-Mitgliedstaaten. Im Jahr 1995 legte die Europäische Kommission das Dokument „Langfristige Politik zu der China-EU Beziehungen“ vor, in dem darauf hingewiesen wurde, dass die Entwicklung Chinas nicht sich selbst betreffende langfristige Auswirkungen, sondern auch einen wichtigen regionalen und globalen Einfluss hat. China sollte sich

in den ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und anderen internationalen Angelegenheiten aktiv beteiligen. 1998 veröffentlichte die Europäische Kommission das Dokument: „Eine umfassende Partnerschaft mit China“. Der China-EU-Dialog würde auf die Gipfelebene angehoben. Im Jahr 2003 veröffentlichte die EU das Dokument „Reife Partnerschaft: Die gemeinsamen Interessen und Herausforderungen der China-EU-Beziehungen“, in dem dargestellt wurde, dass die strategische Zusammenarbeit der Partner zwischen China und der EU in der internationalen Arena offensichtliche Vorteile für beiden Seiten hat. Im Oktober 2003 hat das chinesische Außenministerium das Dokument „Chinas EU-Policy-Paper“ veröffentlicht. In diesem wurde dargestellt, dass es zwischen China und der EU keinen fundamentalen Interessenkonflikt gibt, sich die China-EU Beziehung in der besten Zeit der Geschichte befindet und die Verstärkung und weitere Entwicklung der China-EU-Beziehung ein wichtiger Bestandteil der Außenpolitik Chinas ist.²³² Im 2007 neu veröffentlichten „China Strategy Paper“ steht, dass Europa ein wichtiges wirtschaftliches und politisches Interesse an der Unterstützung Chinas nachhaltiger Entwicklung und dem erfolgreichem Übergang zu einem stabilen, prosperierenden und offenen Land, hat²³³.

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Machtstruktur der Weltordnung aus dem bipolaren System der beiden Supermächte in ein von den USA beherrschtes unipolares Muster umgewandelt. Anfang des 21. Jahrhunderts hat die von den USA beherrschte Weltordnung nicht mehr in vollem Umfang funktioniert. Als Folge der Entwicklung der EU und des Aufstiegs Chinas, sowie der anderen Schwellenländern ändert sich das Gleichgewicht der Machtstruktur der Weltordnung.

²³² „China's EU Policy Paper“, Die politische Dokumente Chinas, <http://www.lawinfochina.com/Wbk/display.asp?id=36&keyword=>

²³³ „China Strategy Paper 2007-2013“, http://eeas.europa.eu/china/csp/07_13_en.pdf

Bis 2007 erreichte die Gesamtbevölkerung der 27 EU-Länder mehr als 490 Millionen Einwohner, mit einer Fläche von 4,32 Millionen Quadratkilometern. Das BIP ist auf 13 Billionen US\$ gestiegen. Dadurch wurde die EU die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt.²³⁴ Die EU erreichte den höchsten Integrationsgrad der regionalen Organisationen. Die EU ist auch weltweit der größte Exporteur und Importeur von Waren und Dienstleistungen geworden.²³⁵ Der Euro als weltweit zweitgrößte Währung wurde zunehmend für internationale Zahlungen und als Leitwährung verwendet und in gewissem Maße die Dollarhegemonie geschwächt. Im Gleichgewicht der internationalen wirtschaftlichen und politischen Struktur spielt die EU eine sehr wichtige Rolle. China ist das Land mit dem höchsten Wirtschaftswachstum, der größten Bevölkerung und der größten Devisenreserve. China und die EU werden mit ihrer steigenden wirtschaftlichen Macht in internationalen Angelegenheiten eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Eine effektive Lösung der Probleme in den China-EU-Handelsbeziehungen wird für eine bessere Integration Chinas in die Weltwirtschaft förderlich sein. Eine gut entwickelte Zusammenarbeit zwischen China und der EU wird eine sehr wichtige Rolle in der künftigen Weltstruktur spielen, und hat eine große strategische Bedeutung für beide Seiten. Die China-EU-Beziehung vertieft und entwickelt sich rasch zu einer reifen umfassenden strategischen Partnerschaft.²³⁶

Die Weltordnung wandelt sich von einer unipolaren zu einer multipolaren

234 Die offiziellen Datenseite des Chinesischen Außenministeriums,

<http://www.fmprc.gov.cn/chn/wjb/zzjg/xos/gjlb/EuropeanUnion/omgk/default.htm>

235 „Politisches Papier Chinas zur EU 2003“ Webseite des Chinesischen Außenministeriums

<http://www.fmprc.gov.cn/chn/wjb/zzjg/xos/gjlb/EuropeanUnion/smgb/t27700.html> (cn.)

236 „Gemeinsame Erklärung des Achten Gipfeltreffen EU-China“, Die offiziellen Datenseite des Chinesischen Außenministeriums 2005, <http://www.fmprc.gov.cn/chn/pds/ziliao/1179/t365226.htm>

Struktur. Nach dem Kalten Krieg bedeutet die multipolare Welt nicht mehr die Konfrontation zwischen den Großmächten. Die militärische Konfrontation zwischen den Atommächten ist fast unmöglich. Die heutige Multipolarisierung bedeutet, dass die großen Mächte auf Grund einer Partnerschaft ein neues Gleichgewicht der Machtstruktur aufbauen, um die Interessen aller Ländern zu fördern und ein neue gegenseitige zurückhaltende ausbalancierte Weltordnung zu gründen. Die Kernidee der Multipolarisierung ist es, die Rechte der Welt nicht zu sehr auf ein Land zu konzentrieren, und die Länder, die ihre eigene Interessen auf Kosten der Interessen anderer Länder und der Interessen der Welt erreicht haben, zu verhindern. „Das absolute Recht verursacht absolute Korruption“ ist auch anwendbar in den internationalen Beziehungen. China und die EU haben gemeinsame Interessen für eine strategische Partnerschaft. Natürlich bedeutet das nicht, dass China und EU sich gegen die USA vereinigen. Die Bedeutung dieser strategischen Partnerschaft besteht in der Tatsache: Wenn die Beziehungen zwischen den Großmächten mehr ausbalanciert werden und die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen China und der EU weiter aufgebaut wird, können sowohl die Interessen von beiden Seiten, als auch die Interessen der internationalen Gemeinschaft besser eingehalten werden.²³⁷

4.3.1 Der Aufstieg Chinas und der EU und die Vertiefung der bilateralen strategischen Beziehungen zwischen China und der EU fördert die Machtverschiebung in der Weltstruktur.

China und die EU, als die aufstrebenden Kräfte, sind die aktivsten Faktoren in den internationalen Beziehungen. Obwohl es in der EU für die künftige

²³⁷ Vgl., Zhang Weiwei, „Strategische Partnerschaft und Multipolarisierung“, Verlag der aktuellen Angelegenheiten 2008, S.327-328. (cn.)

Entwicklung Chinas unterschiedliche Einschätzungen gibt, sind die „Theorie der chinesischen Gefahr“ und „Theorie des chinesischen Zusammenbruchs“ nicht die Hauptmeinungen. Viele Leute finden, dass die chinesische Entwicklung eine sehr wichtige Rolle in der kontinuierlichen Entwicklung der Weltwirtschaft spielen wird und großen Einfluss auf die Veränderung der Weltstruktur haben wird. Der ehemalige Vertreter der auswärtigen Angelegenheiten der Europäischen Kommission Chris Patten sagte: „Jeder ernsthafte Mensch wird die Entwicklung Chinas nicht als Bedrohung wahrnehmen. Die beispiellose Entwicklung Chinas zeigt, dass es zu einer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht der Weltklasse wird.“ Das politische Misstrauen der EU gegenüber dem Aufstieg Chinas ist offensiv niedriger als in den Vereinigten Staaten, Japan, Russland. Die EU hat die Meinung, dass der Aufstieg Chinas den Interessen der EU entspricht. Die Gründung von angemessenen China-EU-Beziehungen, die zu deren tatsächlichem und potentiell internationalen Einfluss passt, stellt eine Priorität der EU-Außenbeziehungen dar.

Nach 50 Jahren der Entwicklung hat die EU immer noch Vitalität und ist weiterhin auf einer wichtigen strategischen Expansion. In den letzten Jahren hatte die EU in ihrer Entwicklung viel Erfolg. In Bereichen, wie der Einführung des Euro, der historischen Erweiterung, der Verfassung und der gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik hat die EU große Fortschritte gemacht. Die Bevölkerung der EU erreicht fast 500 Millionen. Das Ausmaß des BIP hat die USA überholt. Die Vielfalt und nachhaltige Entwicklung der EU-Integration ist ein gutes Beispiel von „globalem Konsens“, und ist wahrscheinlich ein besser passender Modus als der amerikanische für die künftige Welt.²³⁸ Mit ihrer nachhaltigen Entwicklung ist die EU zweifellos

²³⁸ Jeremy Rifkin, „United States, den Europäischen Traum schnell zu verstehen“, „Washington Post“ 31.10.2004

eine der Supermächte der Welt.

China ist auf dem Weg der friedlichen Entwicklung und des friedlichen Aufstiegs. Die Modernisierung Chinas und die Integration der EU sind die Förderungskräfte für die Multi-Polarisierung. China und die EU sind gegenseitig optimistisch über ihre Entwicklungsperspektiven und wünschen sich eine künftige positive Entwicklung der China-EU-Beziehungen. Als zwei wichtige Mächte für das Gleichgewicht der Weltstruktur fördern China und die EU die Entwicklung ihrer strategischen Beziehungen und den weltweiten Multipolarisationsprozess. Die Überlegung der Aufhebung des EU-Waffenembargos für China, die Zusammenarbeit im Projekt „Galileo“ und vielen anderen technischen Projekten zeigt die Entwicklung der strategischen Beziehungen zwischen China und der EU. Der Aufstieg Chinas und der EU und die Vertiefung der bilateralen strategischen Beziehungen werden die Transformation der Macht in der Weltstruktur und die Multipolarisierung und Demokratisierung in den internationalen Beziehungen fördern.

4.3.2 Das steigende Bedürfnis der gegenseitigen Unterstützung zwischen China und der EU

China und die EU spielen in den Vereinten Nationen und vielen internationalen und regionalen „Hotspots“ eine wichtige konstruktive Rolle. China und die EU haben eine große Bedeutung bei den internationalen multilateralen Systemen und für die globalen Regeln, die den Vereinten Nationen als Kern dienen. Bei der Aufrechterhaltung des globalen Friedens, der Sicherheit, der Umwelt und der nachhaltigen Entwicklung verfolgen

China und die EU gemeinsame Interessen. Beide legen großen Wert auf die Steigerung der internationalen Rolle der anderen Seite und wünschen sich eine positive Entwicklung der Zusammenarbeit in der internationalen Politik, der Sicherheit, der Wirtschaft und in anderen Bereichen.

Die multilaterale Zusammenarbeit zwischen China und der EU geht weit über die einfache Notwendigkeit mit den Vereinigten Staaten zu konkurrieren heraus.

Nach dem Vorfall „9-11“ versuchen sich China und die EU an die neue internationale Lage anzupassen.

Im Dezember 2003 verabschiedete die EU den ersten "Security Strategy Report", in dem China als einer der wichtigsten strategischen Partner bestätigt wurde.²³⁹ Die politischen und strategischen Dialoge zwischen China und der EU und EU-Mitgliedländern werden immer weiter vertieft und verbreitet. China und die EU sind jeweils optimistisch eine wichtige Rolle in den internationalen Angelegenheiten zu spielen. Im Dezember 2004 veröffentlichte der siebte EU-China-Gipfel "die gemeinsame Erklärung der Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle". Das markierte die wichtigen Durchbrüche in der multilateralen Zusammenarbeit zwischen China und der EU. Der diplomatische Vertreter des Rates der EU Javier Solana wies darauf hin: "China und die EU sind die wichtigsten Partner in internationalen Herausforderungen, obwohl die politischen und strategischen Dialoge zwischen den beiden Seiten hauptsächlich immer auf der Verstärkung des Verständnis und der Kommunikation stehen, und noch nicht auf die Ebene der diplomatischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit gestiegen sind; trotzdem spielen sie eine wichtige Rolle für beide Seiten".²⁴⁰

²³⁹ http://www.iss.europa.eu/uploads/media/ISS_Report_05.pdf

²⁴⁰ <http://dailynews.sina.com/gb/news/int/dwworld/20090601/0537314291.html>

4.3.3 Die gegenseitig ergänzende und vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit als ein herausragender Punkt der China-EU-Beziehungen und wichtig für die Entwicklung der eigenen Wirtschaft

Da die EU und China auf verschiedenen Etappen der wirtschaftlichen Entwicklung stehen, gibt es große Unterschiede in den wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus; das verursacht die große Komplementarität der Import- und Exportwaren. Die EU hat eine stärker industrialisierte, moderne technische Ausstattung, großes Kapital und eine reiche Managementenerfahrung. Während der Vertiefung der Reformen wurden die Situation des Marktes und der Rahmen der Investitionen verbessert, und das Volkseinkommen wächst schnell. China hat einen großen potentiellen Konsumentenmarkt und relativ billige Arbeitskräfte. Daher kann die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen China und der EU die Vorteile der gegenseitigen Ergänzung und gemeinsamen Entwicklung ergreifen, um eine engere Zusammenarbeit in mehreren Bereichen zu erreichen.

Mit der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung Chinas und Vergrößerung seines Markts ist China in den Bereichen Produktionsindustrie, Chemie, Telekommunikation, Verkehr, Energie und Umwelt etc. zu einem globalen, einflussreichen Markt geworden. China besitzt eine unwiderstehliche Anziehungskraft für die EU, die vom internationalen Handel abhängig ist, und riesige Kapitalreserven und fortschrittliche Technologien hat. Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und der EU sind nicht mehr einfache Beziehungen, die aus Umtausch von Markt für Kapital und Technologie bestehen. Der Umfang und Bereich der Zusammenarbeit wurde stetig erweitert. Die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und der EU hat eine strategische Bedeutung für beide Seiten.

Die EU legt Wert auf den riesigen Markt, die niedrigen Produktionskosten in China und die Menge der Möglichkeiten, die die Entwicklung Chinas in den Bereichen Investitionen und Förderung des technologischen Fortschritts anbietet. Mit ihren Vorteilen von Kapital und Technologie erweitert die EU ihre Marktanteile in China. Die Größe und der Inhalt des Transfers von Technologie und von den EU-Investitionen allgemein sind hoch. Dadurch ist die EU einer der großen Anbieter der Technik, Ausrüstung und Direktinvestitionen in China. Bei den Investitionen und dem Technologietransfer bestehen noch viele Möglichkeiten, sich zu steigern. Die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen China und der EU wird förderlich für die Investitionen und die Modernisierung der Wirtschaftsstruktur Chinas. Der Transfer einiger europäischer Industrien nach China führt zum rapiden Wachstum des bilateralen Handels.

In den letzten Jahren ist der Handel zwischen China und der EU kontinuierlich um fast 20 % gewachsen. Im Jahr 2003 erreichte die Wachstumsrate sogar 44,3 %, und das Handelsvolumen 125,3 Milliarden US\$. Laut EU-Statistik ist der Anteil der EU-Einfuhren aus China von den gesamten Einfuhren der EU von außerhalb der Europäischen Union von 2,7 % im Jahr 1995 auf 6,5 % im Jahr 2003 gestiegen. 2004 ersetzte die EU Japan, und ist der größte Handelspartner Chinas geworden. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und der EU, die sich gegenseitig ergänzt, hat offensichtlich eine „Win-Win-Funktion“. Der EU wird nicht nur ein großer Markt geboten, sondern es wird auch die Globalisierung und Modernisierung der chinesischen Wirtschaft gefördert. Die gute Zusammenarbeit ist eine Förderungskraft für die Stabilität der Weltwirtschaft.

4.4. Rolle der USA in den China- EU Beziehungen

Die Zusammenarbeit im Rahmen des Galileo-Programms zwischen China und der EU und die Überlegung der Aufhebung des Waffenembargos zeigt die Unabhängigkeit der EU-Außenpolitik. Obwohl der Meinungskonflikt des Waffenembargos gegen China im Vergleich zum Zusammenstoß bei dem Irakkrieg 2003 zwischen einigen EU-Mitgliedsländern (Deutschland, Frankreich und Belgien) und den USA viel milder ist, führt der Meinungsunterschied zu der Frage, wie man auf den Aufstieg Chinas reagieren soll. Dies zeigt auch immer die unterschiedlichen Interessen und Meinungen auf Staatsebene innerhalb der EU. Henry Kissinger hat darauf hingewiesen: „Die Herausforderungen der Machttransformation im internationalen System sind weit größer als die regionale Krise. Chinas Aufstieg hat wichtige historische Bedeutung, der globale Schwerpunkt wird vom Atlantik zum Pazifik verlagert. Die langfristigen Beziehungen zwischen China und den USA sollen die Meinung der strategischen Konfrontation beeinflussen“. ²⁴¹ Dennoch, wegen der Auswirkung des Denkens des Kalten Krieges, sind die USA immer noch der Meinung, dass China ihr wichtigster strategischer Rivale ist. Die USA kontrolliert streng die Exporte der Waffen und Dual-Use-Technologie nach China, verhindert die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China, und spielt mit dem „Taiwan“ Problem als eine wichtige Trumpfkarte, um China zu kontrollieren. Das ist anders als die Partnerschaftstrategie der EU, wo die Zusammenarbeit als Grundlage genommen wird. Aber wegen der starken Dynamik der friedlichen Entwicklung Chinas und der wirtschaftlichen Interessen ist die China-Politik der USA pragmatischer geworden. Die USA plant das Exportverbot der Kernenergie und anderer Hightech-Produkte nach China

²⁴¹ Kissinger, „Die derzeitige Situation und die Aufgabe der Vereinigten Staaten“, „Newsweek“ USA, 08.11.2004

aufzuheben und eine Zusammenarbeit im Weltraum mit China aufzubauen.

Die Aufhebung des Waffenembargos der EU gegen China ist ein sensibles Problem für China, die EU und die USA. Das wird eine schwierige Entscheidung für die EU zwischen Erhaltung der Allianz zwischen Europa und den USA oder der Stärkung der strategischen Beziehungen zwischen China und der EU. Wo ist der ausbalancierte Punkt dazwischen? Dadurch werden auch die strategischen Beziehungen zwischen China und der EU, die Unabhängigkeit der EU von den USA, der Standpunkt der EU in der möglichen Taiwankrise und der Standpunkt der EU zu der strategischen Lage und Rolle der USA im asiatisch-pazifischen Region getestet.

Wegen der wichtigen strategischen Position der USA im asiatisch-pazifischen Raum wird die EU wahrscheinlich eine Politik, die gleichzeitig zur Aufhebung des Waffenembargos eine starke Exportkontrolle beinhaltet, gegenüber China umsetzen. Die „greifbare“ Kontrolle wird von einer "unsichtbaren" Kontrolle ersetzt. In absehbarer Zukunft ist es unwahrscheinlich, dass die EU ungehemmt hoch entwickelte Waffen und Technologien nach China verkaufen wird. Es ist noch ein langer Weg, bis China ein "normaler" militärischer Handelspartner der EU wird. Das Problem des Waffenembargos zeigt eine wichtige Besonderheit der Beziehungen zwischen China, der EU und den USA. Wie die EU und die USA auf den Konsens und die Uneinigkeit in der Frage der Aufstiegs Chinas reagieren, wird eine wichtige Rolle in den Beziehungen zwischen der EU und den USA spielen.²⁴²

Die USA ist der Förderungsfaktor und der Einschränkungsfaktor für die strategische Entwicklung der China-EU Beziehung und der wichtigste

²⁴² Vgl., Zhu Liqun, „Die internationale Systeme und die China-EU Beziehung“, S.359-370. (cn.)

externe Faktor, der die strategische Beziehung zwischen China und der EU beeinflusst. China und die EU haben ähnliche Strategien in der Außenpolitik und entwickeln ihre Beziehung pragmatisch. Die beiden fördern Multilateralismus und sind gegen den Unilateralismus der USA.

China ist in der Anfangsphase der Modernisierung. Eine konstruktive und kooperative Beziehung mit den USA ist förderlich, um ein günstiges friedliches internationales Umfeld zu schaffen und wichtige strategische Möglichkeiten Chinas zu sichern. Das hat eine strategische Bedeutung für das Sicherheitsdilemma, das durch den Aufstieg der neuen Kräfte entstehen wird und ist in der traditionellen Machtpolitik zu vermeiden. Nach dem Kalten Krieg wurden die Beziehungen zwischen China und der EU nicht mehr von den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen beeinflusst. Aber es wird weiterhin von den Faktoren der USA beeinflusst. Die Beeinflussung der USA in der Entwicklung der China-EU Beziehung ist immer stark.

Die EU unterstützen die wichtige strategische Position und Rolle der USA in der asiatisch-pazifischen Region. In dieser Region spielt die EU eine Rolle als ergänzende Kraft der USA. China und die EU haben keine geopolitischen Konflikte und stellen gegenseitig kein Sicherheitsrisiko dar. Beide Seiten haben kaum Kontakt in Bezug auf die strategische Sicherheit in der asiatisch-pazifischen Region. Das ist ganz anders als die Beziehung zwischen China und den USA in der asiatisch-pazifischen Region, die gegenseitig als potenzielle strategische Rivalen dastehen und gegenseitige strategische Bedürfnisse haben. Die Taiwan-Frage betrifft Chinas Kern-Interessen. Die EU halten an ihrer "Ein-China-Politik" fest, sind nicht so tief an der Taiwan-Frage beteiligt wie die USA. Aber die EU unterstützt die Politik "keine Unabhängigkeit, keine Waffen" der USA, und versucht ein Gleichgewicht zwischen China und den USA zu schaffen.

China, die USA und die EU sind die weltweit drei einflussreichsten Kräfte.

Wird die Dreiecksbeziehung zwischen China, den USA und der EU die Dreiecksbeziehung zwischen China, den USA und der Sowjetunion ersetzen? In der Tat sind die beiden unterschiedlich. Sowohl China-USA als auch China-EU oder EU-USA Beziehungen haben keine solch globale Vorherrschaft wie die amerikanisch-sowjetische globale Vorherrschaft. Die Konfrontation zwischen China, den USA und der EU sinkt, Wettbewerb und Kooperation werden verstärkt. China, die USA und die EU werden wegen ihrer eigenen Interessen verschiedene Kombinationen in den verschiedenen Themen bilden. Die Beziehungen mit den USA sind für China und die EU die wichtigste Außenbeziehung. Das Dreiecksverhältnis zwischen China, den USA und der EU ist immer noch asymmetrisch und unausgewogen. Die USA ist immer noch die einzige Supermacht. China steht immer noch auf einer schwachen Position.

China, USA und die EU sind die drei wichtigste Mächte in der Welt, ihre Beziehungen spielen eine wichtige Rolle in den internationalen Beziehungen und der Weltordnung. Die Beziehungen zwischen China den USA und der EU sind nicht balanciert aber einander beeinflussend²⁴³.

Die Voraussetzung für die Dreiecksbeziehungen ist die Spannung der EU-USA Beziehung und die schnelle Entwicklung der China-EU Beziehungen.

Das Ende des Kalten Kriegs und der Zerfall der USSR hat die Struktur der Weltordnung stark geändert. Eine wichtige Basis der USA-EU Union ist nicht mehr da²⁴⁴. Im Irakkrieg taucht der Meinungsunterschied in der EU-USA Union auf. Die USA versuchen durch die Verstärkung der

²⁴³ Xiong Guangkai, „Die China-USA-EU Beziehungen in der neuen Jahrhundert“ Internationale Strategie Studium, November 2003 (cn.)

²⁴⁴ Ding Yuanhong, „Die europäische Situation“, Wissenschaft Verlag, S.30. (cn.)

Beziehungen mit mittel- und osteuropäischen Ländern die EU zu kontrollieren, andererseits versucht die EU die abhängige Position in der EU-USA Beziehung zu vermeiden.²⁴⁵ Am Anfang des 21. Jahrhunderts, besonders nach der Finanzkrise, versuchten viele Länder wegen ihrer Wirtschaftsstabilität und anderen Interessen ihre Abhängigkeit von den USA zu senken. Alle diese Änderungen verursachten die Spannung in der EU-USA Beziehung.

China und die EU haben in den letzten 20 Jahren dramatische Entwicklungen erlebt. Die EU ist mit ihren 480 Millionen Bevölkerung, einer vereinigten Währung und der größten GDP einer der wichtigsten Mächte auf der internationalen Bühne geworden. China, das bevölkerungsreichste Land, hat seine Wirtschaft durch die Reform rasch entwickelt, so dass China eine zunehmend wichtige Rolle in globalen und regionalen Angelegenheiten einnimmt. Beide Seiten haben großes Interesse an der weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen und Zusammenarbeit. Beijing und Brüssel sprechen schon über eine strategische Partnerschaft. China und die EU haben viele gemeinsame Interessen in vielen Bereichen und viele ähnliche Meinungen in vielen globalen Angelegenheiten. Die China-EU Beziehung ist anders als China-USA Beziehung. Es gibt keinen strategischen Wettbewerb zwischen China und der EU. Die USA hat ein wichtiges geopolitisches Interesse an Ostasien, insbesondere Taiwan. China sieht Taiwan als Kern seines Staatsinteresses. Die Interessen der EU in der China-EU Beziehungen konzentrieren sich auf Handels- und nicht geopolitische Bereiche. Aus dieser Sicht sind die China-EU Beziehungen stabil und pragmatisch. China vergleicht seinen „Friedlichen Aufstieg“ mit dem „Friedlichen Aufstieg“ der EU und ist der Meinung, dass China und die EU wichtige Mächte für die globale Balance

²⁴⁵ Vgl. Hu Qianhong, „Die Untersuchung des Trends der EU-USA Beziehung“, Das Studium der Internationalen Strategie, S51-55. (cn.)

sind. China und die EU haben das gemeinsame Interesse eine strategische Partnerschaft aufzubauen. Aber das bedeutet nicht, dass China und die EU sich verbünden und gegen die USA handeln werden. In der Tat hat die EU weder die Fähigkeit, noch den politischen Wunsch den globalen Einfluss der USA in Frage zu stellen. Es steht in der Schrift „Die Sicherheitsstrategie der EU“, dass die Transatlantikbeziehungen nicht ersetzbar sind und eines der wichtigsten Elemente der Weltordnung darstelle²⁴⁶ Die Bedeutung der strategischen Partnerschaft ist, dass die Entwicklung der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen beiden Seiten die Machtverhältnisse zwischen den größten Mächten balancieren kann und damit die Interessen von beiden Seiten und eine stabile Weltordnung fördern kann.²⁴⁷

Diese drei wichtigsten Mächte weltweit, ihre Beziehungen, Wettbewerb und Kooperation werden eine einschneidende Rolle in der Gründung der künftigen Weltstruktur spielen. Eine Stärkung der China- EU Zusammenarbeit kann im Prozess der (relativen) Niedergang der USA-Macht eine neue Multipolarisierung in der Weltordnung fördern.

4.5. Die Förderung der Entwicklung der Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen China und der EU

4.5.1 Weitere Verstärkung “der umfassenden strategischen Partnerschaft” zwischen China und der EU

Die gegenseitig vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen

²⁴⁶ Maybrit stumbaum „Die Strategische Partnerschaft zwischen China und der EU“, Shishi Verlag, S.25. (cn.)

²⁴⁷ Zheng Yongnian, „Die wichtige Faktoren der strategische Partnerschaft zwischen China und der EU“, Shishi Verlag, S.308-315. (cn.)

China und der EU hat sich gut entwickelt. Aber die politische und strategische Sicherheitsbeziehung zwischen den beiden Seiten ist noch relativ schwach. Die EU und China wandeln sich beide von lokalen zu globalen Kräften auf der internationalen Bühne. Beide Seiten haben das Bedürfnis, die Beziehungen unter- einander zu stärken, auf internationaler Ebene einander gegenseitig zu unterstützen um damit ihren eigenen Status zu verbessern. Beide Seiten haben den Wunsch in der Politik strategischen Sicherheit und anderen Bereichen zusammenzuarbeiten. Beide Seiten sind um eine strategische Partnerschaft bemüht, die auf gegenseitigem Vertrauen, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Unterstützung auf der internationalen Ebene basiert.

4.5.2 Stärkung des politischen Dialogs zwischen China und der EU

Die Einrichtung der China-EU umfassenden strategischen Partnerschaft²⁴⁸ im Jahr 2003 hat einen extensiveren Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten im politischen, wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Bereich und die bilateralen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen gefördert. Wie der Vize-Premier Li Keqiang auf dem Seminar „China-EU strategischen Partnerschaft“ am 19. November 2009 gesagt hat: „China ist das weltweit größte Entwicklungsland, die EU ist die weltweit größte entwickelte Volkswirtschaft. Die bilaterale wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen hat ein großes Potenzial. Die weiteren Entwicklungen der chinesisch-europäischen Beziehungen haben nicht nur wichtige Bedeutung für beide Seiten, sondern auch immer mehr globale Bedeutung. Beide Seiten sollen die pragmatische Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen vertiefen, gegenseitig die Kerninteressen von anderen Seiten respektieren,

248 „China EU China Strategy Paper 2007-2013“, European Commission 2007, S.3. (cn.)

die China-EU umfassende strategische Partnerschaft auf eine neue Ebene und eine umfassende, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft fördern“.²⁴⁹

Aber wegen der Differenzen der Wertanschauungen und des politischen Systems gibt es immer noch viele Divergenzen und Konflikte in der Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten. Um einen effektiven Streitbeilegungsmechanismus aufzubauen, muss man die politischen und institutionellen Faktoren berücksichtigen und auf Grund des Koordinationsmechanismus der Regierung die Kanäle des Dialogs auf der Regierungs- und Gesellschafts- Ebene errichten. Die Dialoge zwischen den beiden Seiten, wie der alle zwei Jahre stattfindende Asien-Europa Treff und der jährliche EU-China Gipfeltreff werden den Austausch und die Kommunikation auf den Regierungsebenen zwischen China und der EU stärken, das gegenseitige Verständnis fördern und die bestehenden Konflikte und Probleme rechtzeitig lösen. 2008 begann der hochrangige EU-China wirtschaftliche und handelspolitische Dialog und der Verhandlungsprozess des „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen China und der EU“²⁵⁰. Europa hat ein wichtiges wirtschaftliches und politisches Interesse an der Unterstützung Chinas in Bezug auf nachhaltige Entwicklung und erfolgreichen Übergang zu einem stabilen, prosperierenden und offenen Land.²⁵¹ Das bietet eine neue Lösungsmöglichkeit für die wirtschaftlichen und handelspolitischen Auseinandersetzungen. Die wirtschaftliche Erholung Europas profitiert von der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung Chinas. Andererseits braucht China im Prozess der chinesischen Entwicklung auch die EU. Seit vielen Jahren ist die EU Chinas größter Handelspartner, der größte Exportmarkt, die größte Quelle von Technologietransfer, der zweitgrößte Importmarkt und die drittgrößte Quelle ausländischer

²⁴⁹ Yao Dawei, Xinhua News Agency 19.11.2009, www.gov.cn (cn.)

²⁵⁰ „China Strategy Paper 2007-2013“, http://eeas.europa.eu/china/csp/07_13_en.pdf, S.3.

²⁵¹ „China Strategy Paper 2007-2013“, http://eeas.europa.eu/china/csp/07_13_en.pdf, S.3.

Investitionen Chinas. Die EU spielt eine sehr wichtige Rolle in der internationalen Strategie Chinas²⁵².

4.5.3 Die aktive Lösungsmaßnahme der Probleme in den China- EU Wirtschafts- und Handelsbeziehungen

In den China-EU Wirtschafts- und Handelsbeziehungen gibt es einige Faktoren, die die Entwicklung der Beziehungen verhindern, wie: unbalancierter Handel und Investitionen, Handelsdefizit, Antidumping, Handelshemmnisse und etc. Um eine kontinuierliche Entwicklung der China-EU umfassenden strategischen Partnerschaft zu schaffen, ist es notwendig richtige und rechtzeitige Behandlungen der Probleme, die in der China-EU Beziehung vorhanden sind, zu unternehmen. Um die Probleme in den Handelsbeziehungen zu lösen, müssen beide Seiten aktive Lösungsmaßnahmen umsetzen.

4.5.4 Zusammenarbeit auf der Ebene der EU und ihrer Mitgliedstaaten

Die EU ist weder ein traditioneller Nationalstaat noch eine internationale Organisation, sondern ein neues System, das durch die Übertragung eines Teils der Souveränität ihrer Mitgliedstaaten in politischen, wirtschaftlichen und vielen anderen Bereichen begründet ist. Die China-EU Beziehungen enthalten die Beziehungen zwischen China und den EU-Mitgliedstaaten und zwischen China und der EU. Die Mitgliedstaaten spielen immer eine entscheidende Rolle in der Innen- und Außenpolitik der EU. Während der EU-Erweiterung gibt es einige neue Faktoren wie: steigende Zahl der Mitgliedstaaten, diversifizierte Interessen, Erschwerung der gegenseitigen

²⁵² Jiang Xueshi, „Die umfassenden strategischen Partnerschaft“, Institute of European Studies of Chinese Academy of Social Sciences 2001, <http://ies.cass.cn/Article/cbw/zogx/201101/3409.asp> (cn.)

Koordination und etc. Für die Mitgliedstaaten ist die Rolle der Beziehungen mit China in ihrer globalen Strategie, internationalen Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen Interessen unterschiedlich. Alle diese Faktoren erfordern, dass China die Entwicklung der Zusammenarbeit auf der Ebene der EU und ihrer Mitgliedstaaten fördern soll. Gute koordinierte Beziehungen zwischen China und der EU-Mitgliedstaaten sind die Grundlage für die koordinierte Entwicklung der China-EU Beziehungen.

4.5.5 Die Stärkung der China-EU strategischen Beziehungen unter der Berücksichtigung der Dreiecksbeziehung zwischen China, den USA und der EU.

China hat zu der europäischen Integration immer eine globale strategische Überlegung, die in der Vergangenheit gegen die sowjetische Hegemonie und jetzt die Förderung von Multi-Polarisation ausgerichtet ist. Der Trend des Verhältnisses zwischen Europa und den Vereinigten Staaten wird von dem Bedürfnis der Interessen der europäischen Länder und ihrer strategischen Wahl abhängig. Die Entwicklung der strategischen Beziehungen zwischen China und der EU wird möglicherweise das Misstrauen der USA wecken und die China- USA Beziehungen erschweren. Eine stabile China- US Beziehung wird eine entspannte Umwelt für China- EU Beziehungen schaffen. Eine positive Wechselwirkung in den Dreiecksbeziehungen zwischen China den USA und der EU ist förderlich im Bereich der Multi-Polarisierung und Multilateralismus, der Aufhebung des EU-Waffenembargos und der Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus Chinas.

4.5.6 Förderung der regionalen wirtschaftlichen Integration in Asien

China soll unter dem multilateralen WTO-Handelssystem aktiv an der

regionalen Handelsliberalisierung teilnehmen, die koordinierte Entwicklung zwischen dem multilateralen WTO-Handelssystem und dem regionalen Handelsabkommen fördern. China soll seine Vorteile als Mitglied der APEC²⁵³ und China - ASEAN²⁵⁴, die freie Handelszone nutzen. Auf der Grundlage der eingehenden Entwicklung der regionalen Handelsabkommen den asiatischen wirtschaftlichen Integrationsprozess fördern, der China, Japan, Südkorea und ASEAN als Kern hat. Im asiatischen wirtschaftlichen Integrationsprozess kann China nicht nur wirtschaftliche Vorteile bekommen, sondern auch vor allem den Status und die Rolle Chinas und ganz Asiens in der Welt verbessern. Damit können die Europäische Union und andere Großmächte die Stärke Chinas und die potenziellen Interessen erkennen. Das wird für die kontinuierliche stabile Entwicklung der Beziehungen zwischen China und der EU eine starke wirtschaftliche und politische Basis.

4.6. China und Deutschland

Der Handelsbeziehung zwischen China und Deutschland begann in der Mitte des 16. Jahrhunderts, der deutsche Geschäftsmann Ferdinand Köln hat mit dem portugiesischen Kaufmann Geschäfte mit Macao gehabt. Im Jahre 1752 kommt das erste deutsche Handelsschiff "König von Preußen" in Guangzhou an. Mitte des 19. Jahrhunderts expandierte Deutschland in China. im Jahre 1860 kommt eine preußische "Botschafter-Delegation" nach

²⁵³ Die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, kurz APEC (von Asia-Pacific Economic Cooperation, Mitgliedsstaaten der APEC Australien, Brunei, Kanada, Indonesien, Japan, Südkorea, Malaysia Neuseeland, Philippinen, Singapur, Thailand, Vereinigte Staaten, Panama, Taiwan(China), China ,Mexiko, Papua-Neuguinea, Chile Peru, Russland, Vietnam

²⁵⁴ Der Verband Südostasiatischer Nationen, kurz ASEAN (von engl. Association of Southeast Asian Nations), ist eine internationale Organisation südostasiatischer Staaten mit Sitz in Jakarta (Indonesien).

China, begannen die offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

255

Nach der Gründung der Volksrepublik China, wegen des besonderen internationalen Umfeldes, hat China mit der Bundesrepublik Deutschland und anderen großen westlichen Ländern keine offiziellen diplomatischen Beziehungen. Aber der Handel in der indirekten, privaten und halboffiziellen Form zwischen China und Deutschland wird nicht unterbrochen.

Nach der offiziellen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Deutschland im Jahr 1972 wurden die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessert und eine Reihe von zwischenstaatlichen Vereinbarungen unterzeichnet, dies hat günstige Bedingungen und Möglichkeiten für die bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen aufgebaut. Aber die richtige Entwicklung der Beziehungen zwischen China und Deutschland begann nach der Reform Chinas 1978.

4.6.1. Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Deutschland

Handelsbeziehungen

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Deutschland im Jahr 1972 hat sich der bilaterale Handel 200fach erhöht. Im Jahr 2009 war der deutsche Export nach China 36,5 Mrd. Euro, der deutsche Import aus China 55,4 Mrd. Euro. 2002 hat China Japan überholt und ist damit der größte Handelspartner Deutschlands in Asien und nach den USA der zweitwichtigste deutsche Exportmarkt außerhalb Europas. Deutschland als der wichtigste Handelspartner Chinas in der EU besitzt fast 30% der

255 Vgl. Pan Qichang "Century China-Deutschland Beziehungen", World Knowledge Presse, S.5-9. (cn.)

gemeinsamen China -EU Handelsbeträge.²⁵⁶ Im Jahr 2009 sind die deutschen Exporte in die Volksrepublik China gegenüber dem Vorjahr, entgegen dem allgemeinen Trend, um 7,0% auf 36,5 Milliarden Euro gestiegen.²⁵⁷

Von der Verteilung der Im- und Export Waren sind elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge und unedle Metallprodukte die wichtigsten deutschen Exportgüter nach China. Die wichtigsten deutschen Importwaren aus China sind elektrotechnische Erzeugnisse, Textilien, Rohstoffe und Möbel. Der deutsch-chinesische Handel ergänzt sich gegenseitig stark. In den vergangenen Jahren hat sich der Anteil der elektrischen und High-Tech Produkte der deutschen Importwaren aus China erhöht. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Industrieprodukte hat sich verbessert. Diese Veränderung ist vor allem die Folge der internationalen Produktionsarbeitsteilung und der Globalisierung. Der Handel zwischen China und Deutschland bedeutet seit einigen Jahren ein Defizit für Deutschland, das sich jedoch seit 2008 tendenziell wieder verringert hat. Es betrug im Jahr 2009 knapp 18.98 Milliarde Euro.²⁵⁸ China ist ein wichtiger Investitionszielort der multinationalen Unternehmen und die „Werkstatt der Welt“ geworden. China und Deutschland sind die zwei größten Exporteure weltweit. Die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Seiten ist sehr wichtig für die stabile Entwicklung der eigenen Wirtschaft beider Seiten und beeinflusst die bilateralen Beziehungen stark.

256 Vgl. „Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Deutschland“, Auswärtiges Amt, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/China/Bilateral.html>

257 „Deutsche Exporte nach China krisenfest durch 2009“, statistisches Bundesamt Deutschland, http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/05/PD10__174__51.psml

258 „2009 der bilaterale Handel zwischen China und Deutschland“, <http://mzwj.51jishu.com/jingmao/show.asp?id=410>

Direktinvestitionen

Deutschland ist einer der größte Investoren in China. Bis Ende August 2009 betrug die Anzahl der gesamten deutschen Investitionsvorhaben 6484 und erreichte die tatsächlichen Investitionen von 15.76 Milliarden \$ in China. Die deutschen Investitionen sind hauptsächlich im Bereich Automobil, Chemie, Energieerzeugung, Transport, Stahl, Kommunikation etc. Die meisten Projekte aus Deutschland sind Produktionen mit hohem Anteil an Technologie und Kapital. Laut der "Liste der deutschen Firmen" der chinesischen Handelskammer in Deutschland gibt es 3500 deutsche Unternehmen (einschließlich Repräsentanzen) in China. Volkswagen, Siemens, BASF, Daimler, BMW, Bayer und andere große Unternehmen haben in China hundertprozentige oder Joint Venture Unternehmen gegründet. Volkswagen hat es zu einem der größten und profitabelsten Joint Ventures geschafft und beherrscht einen großen Teil des chinesischen Automobilmarkts. Die Demonstrationslinie von Maglev Train, die eine deutsch-chinesische Zusammenarbeit ist, wurde im Frühjahr 2003 gebaut. Das ist auch die erste kommerzielle Anwendung der Magnetschwebbahn Technologie.

Während sich Anteile der großen deutschen Produktionsindustrie in China weiter entwickeln, haben sich Logistik und Einzelhandels-Unternehmen wie DHL, Metro und andere in China schnell verbreitet. Außer großen Unternehmen haben sich kleine und mittlere Unternehmen schnell entwickelt. Sie machen Unterstützungsarbeit für die großen deutschen Unternehmen. Das Ziel der deutschen Unternehmen in China ist es, den Markt zu besetzen, aber durch die Investitionen bringen die deutschen Unternehmen auch die Technologie und Erfahrungen mit, die für die chinesischen Unternehmen in ihrer Entwicklung notwendig sind.

Allerdings machen die deutschen Investitionen in China bisher nur einen kleinen Teil der Gesamtsumme der Auslandsinvestitionen aus. Die größeren Teile des deutschen Kapitals wurden in den alten und neuen EU-Ländern investiert. Aber immer mehr deutsche Unternehmen investieren in China, so lautet das Ergebnis einer Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer. „China ist erstmals der gefragteste Investitionsstandort der deutschen Industrie. Demnach planen mittlerweile 43 Prozent der Unternehmen, die 2011 im Ausland investieren wollen, den Aufbau neuer Vertriebs- oder Fertigungskapazitäten in China. Damit verdränge China Europa von der Spitze der beliebtesten Regionen für Investitionen.“²⁵⁹

Die chinesischen Investitionen haben sich in den letzten Jahren schnell entwickelt.

Vor ein paar Jahren waren die chinesischen Investitionen im Ausland noch sehr gering. Die chinesischen Unternehmen in Deutschland sind fast alle Handelsunternehmen. In den letzten Jahren haben sich die chinesischen Direktinvestitionen in Deutschland schnell entwickelt. Um fortschrittliche Technologien und Märkte zu bekommen, sind die chinesischen Investitionen hauptsächlich im Bereich der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie, der Textilmaschinen, Autoteile und Bauindustrie erfolgt, die Wettbewerbsvorteil haben. Von 2004 bis 2007 sind die Direktinvestitionen der chinesischen Unternehmen in Deutschland von 191 Millionen auf 370 Millionen gestiegen. Das bedeutet zwar immer noch ein sehr kleiner Teil der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland, aber dies ist ein guter erster Schritt für die chinesischen Unternehmen. Momentan arbeiten mehr als 700 chinesische Unternehmen und Institutionen in Deutschland. In der letzten Zeit haben sich die chinesischen Investitionen in Deutschland schnell

²⁵⁹ " China gefragtester Investitionsstandort für deutsche Unternehmen", Deutsche Welle 30.03.2011, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,6488006,00.html>

entwickelt. „Zum ersten Mal könnten chinesische Unternehmen 2011 die meisten Investitionen in Deutschland tätigen - bisher waren das immer die USA. Im vergangenen Jahr seien insgesamt 130 Projekte mit chinesischer Beteiligung in Deutschland realisiert worden, sagt Michael Pfeiffer von der deutschen Außenwirtschaftsagentur Germany Trade and Invest (GTAI)“²⁶⁰. Das wichtigste Motiv für chinesische Unternehmen, in Deutschland zu investieren, sind vor allem der Wissenstransfer, d.h. die führende Technologie, die für die Transformation der chinesischen Wirtschaft und die kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung notwendig sind.

Technische Zusammenarbeit

Im Jahr 1982 unterzeichneten die beiden Länder das Abkommen der technischen Zusammenarbeit. Formen der Unterstützung sind Projekte der technischen Zusammenarbeit, Nahrungsmittelhilfe, Notfall-Hilfe, Stipendien. Deutschland ist das größte Technologie Transferland Chinas in Europa. Bis Ende August 2009 war die Anzahl der Technischen Einfuhren aus Deutschland 13.299 in Höhe von 47,4 Milliarden \$. Bis August 2009 betrug die kostenlose technische Hilfe Deutschlands für China über 844 Millionen Euro.²⁶¹

Finanzen

Bis März 2007 haben 12 deutsche Banken insgesamt bis zu 10 Filialen eingerichtet, zwei Sub-Filialen und 13 Repräsentanzen, fünf deutsche Unternehmen hatten Aktienbeteiligungen bei den chinesischen Banken: Bank of China, Industrial and Commercial Bank of China, China Construction Bank und China Bank of Communications, vier chinesische Banken hatten in Deutschland Niederlassungen oder Repräsentanzen. Im

²⁶⁰ Mathias Bölinger, „China bald größter Investor in Deutschland“, Deutsche Welle 30.03.2011

²⁶¹ <http://www.china-botschaft.de/chn/zdgx/zdngxk>

Dezember 2004 unterzeichneten die China Banking Regulatory Commission und die deutsche Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ein „Memorandum of Understanding für Bankenaufsicht“. In der Versicherungsbranche haben bis März 2007 insgesamt sechs deutsche Versicherungsanstalten sieben Repräsentanzen in China eingerichtet, im September 2001 haben die Institutionen der Versicherungsaufsicht beider Seiten ein „Memorandum der Zusammenarbeit über die Versicherungsaufsicht“ unterzeichnet. Die beiden Seiten sind in Verhandlungen über die Möglichkeiten der technischen Zusammenarbeit.

Sowohl in Wissenschaft und Technik, Kultur, Bildung, Tourismus und anderen Bereichen wird die Zusammenarbeit in umfangreicher Form durchgeführt.

Abb.4-23. Deutsch- chinesische Beziehungen , Events²⁶²

- Am 11.10.1972 nahmen die Volksrepublik China und die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen auf.
- Enge Kontakte zwischen Spitzenpolitikern hatten die beiden Länder zwischen 1978 und 1989.

Die Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der beiden Länder haben das politische Konsultationssystem auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Formen eingerichtet, und zwar die gegenseitige Besuche und Treffen bei der Uno - Versammlung der Außenminister sowie die regelmäßigen Konsultationen der auswärtigen Beamten.

- Nach dem politischen Sturm in Beijing im Jahr 1989 beteiligte sich die

²⁶² Vgl., „Übersicht chinesisch-deutschen Beziehungen“, Botschaft der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland 2009

Vgl., Pan Qichang, „Jahrhundert der China- Deutschland Beziehung“, World Knowledge Verlag, S.278-312. (cn.)

Bundesrepublik Deutschland an Sanktionen gegen China, deswegen blieben die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nur in ständigem Kontakt in Bezug auf die allgemeinen Angelegenheiten des Staates.

- Im September 1990 wurde das Treffen der beiden Außenminister bei der Uno wiederhergestellt.
- Im Jahr 1992 wurden die deutsch-chinesischen Beziehungen weiter verbessert und normal entwickelt.
- Im September 1993 hat die deutsche Regierung die neue Asienpolitik vorangebracht, bei denen China in Mittelpunkt stand. Im November hat der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl China das dritte Mal besucht.
- Im Jahr 1994 haben Qiaoshi und Lipeng Deutschland besucht.
- Im Jahr 1995 haben sich deutsch-chinesischen Beziehungen umfassend entwickelt. Im Juli hat der chinesische Staatpräsident Jiang Zemin Deutschland besucht und im November hat der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl China das vierte Mal besucht. Die engen politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern haben die bilateralen Beziehungen in anderen Bereichen, insbesondere die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen gefördert.
- Im Juni 1996 wurde im Deutschen Bundestag der "Anti-China-Antrag", "Verbesserung der Situation der Menschenrechte in Tibet" verabschiedet, so dass die bilateralen Beziehungen schwer verletzt wurden.
- Im Oktober betonte der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder die Notwendigkeit, die Kontinuität der Außenpolitik aufrecht zu erhalten sowie weiterhin die Aufmerksamkeit auf die Beziehungen mit China zu lenken.
- Im Mai 1999 machte der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Arbeitsbesuch in China und im November einen offiziellen Staatsbesuch.
- Im Juni 2000 hat Ministerpräsident Zhu Rongji Deutschland offiziell besucht. Im Dezember hat der deutsche Außenminister und Ministerpräsident Joschka Fischer China besucht.
- Im Februar 2001 hat der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping

Verteidigungsministers in China. Außenminister Fischer hat im Mai in Beijing an der dritten ASEM teilgenommen. Der Vize- Ministerpräsident Wu Bangguo hat Deutschland in Juni besucht. Bundeskanzler Schröder machte seinen dritten Besuch in China im Oktober. Vize-Präsident Hu Jintao besuchte Deutschland im November.

- Im März 2002 besuchte der chinesische Verteidigungsminister und Vize-Vorsitzende des Zentralkomitees Chi Haotian Deutschland, das war der erste Besuch des chinesischen Verteidigungsministers in Deutschland. Im April besuchte der chinesische Präsident Jiang Zemin Deutschland das zweite Mal. Im Mai hat die deutsche Regierung die Asien-Strategie dahingehend überarbeitet, mehr Aufmerksamkeit dem internationalen Status Chinas und den Beziehungen zu China zu schenken. Im November besuchte der Außenminister Tang Jiaxuan Deutschland. Im Dezember hat der deutsche Bundeskanzler Schröder einen Arbeitsbesuch nach China gemacht und an der Eröffnungsfeier der Magnetschwebbahn teilgenommen.
- Im September 2003 machte der deutsche Bundespräsident Rau einen Staatsbesuch in China. Im November besuchte der Vize-Präsident der NPC Deutschland. Im November besuchte Schröder China.
- Im Mai 2004 besuchte der Premier Wen Jiabao Deutschland offiziell. Dazwischen haben die beiden Länder eine gemeinsame Erklärung angekündigt, dass China und die EU eine strategische Partnerschaft mit globaler Verantwortung im Rahmen der umfassenden Partnerschaft aufbauen werden. In November besuchte Schröder China. Unterdessen unterzeichneten die beiden Seiten das Abkommen „Aufbau der direkten vertraulichen Linie zwischen dem Bundeskanzleramt in Berlin und Zhongnanhai in Peking" und viele andere staatliche Abkommen und Handelsverträge.
- Im März und April 2005 haben der Ministerpräsident von Brandenburg Platzek und Bundestagspräsident Thierse China aufeinander folgend besucht.

mals offiziell.

- Vom 09. Bis 10. November fand die erste Runde des strategischen Dialogs auf der Vize-Außenminister-Ebene in Beijing statt.
- Vom 26. bis 29. August machte Bundeskanzlerin Angela Merkel den zweiten offiziellen Besuch in China und kündigte die Einführung einer Drei-Jahres-Reihe von Aktivitäten in China an, die sogenannten „deutschen Kollegen“.
- Im September 2007 traf Bundeskanzlerin Angela Merkel den Dalai Lama in der Prime Minister's Office, dies hatte ernsthaft negative Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen.
- Im Januar 2008 traf der Außenminister Yang Jiechi auf der 62. Uno-Vollversammlung während seiner Teilnahme an der Internationalen Konferenz über den Nahen Osten in Washington und auf dem Treffen der sechs Außenminister für das iranische Atomprogramm in Berlin den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Die deutsche Seite sagte, dass die Entwicklung der Beziehungen mit China eine große Bedeutung für Deutschland hat, Deutschland würde auch weiterhin konsequent die Ein-China-Politik verfolgen und Taiwan und Tibet als ein Teil des Chinas erkennen. Deutschland unterstützte Taiwans "Referendum" nicht und ermutigte nicht alle Bemühungen der Suche nach der Unabhängigkeit Tibets.
- Vom 23. bis 25. November 2008 kam Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Peking zur Teilnahme des siebten Asien-Europa-Gipfels und besuchte China offiziell.
- Vom 28. bis 29. Januar 2009 hat der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao Deutschland zum dritten Mal besucht. Die beiden Seiten gaben auch

ngen zur Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Situation". Vom 10. bis 14. Oktober besuchte Vize-Präsident Xi Jinping Deutschland offiziell.

4.6.2. Die günstigen und ungünstigen Faktoren in der Entwicklung der Beziehungen zwischen China und Deutschland

Asien, insbesondere in Südostasien und China, ist derzeit die am schnellsten wachsende Region in der Weltwirtschaft und hat politische Stabilität. China mit seiner erweiterten Reform und der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung ist ein riesiger potenzieller Markt im 21. Jahrhundert. So entwickelte die deutsche Bundesregierung 1993 eine neue Asien-Strategie und die Gründung des Asien-Ausschusses, um eine aktive Entwicklung der Zusammenarbeit mit Asien, vor allem Südostasien und China zu schaffen. Durch die aktive Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China verstärkt Deutschland seine Position auf dem asiatischen Markt.

Deutsche Lohnkosten sind hoch, es gibt mangelnde Wettbewerbsfähigkeit für Produkte auf dem internationalen Markt. Die Entwicklung der Co-Produktion mit chinesischen Unternehmen oder Joint Ventures können die deutsche Technologie mit den relativ niedrigeren Lohnkosten in China kombinieren. Damit kann man bei gleicher Qualität und mit erheblich reduzierten Herstellungskosten produzieren. Das ist eine wichtige Maßnahme der deutschen wirtschaftlichen Umstrukturierung, um die Export-Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Deutsche Unternehmen in China spielen eine wachsende Rolle für die Muttergesellschaft. Viele deutsche Unternehmen in China haben bessere Geschäfte als die Muttergesellschaft, das bezieht sich hauptsächlich auf das Wachstum des Marktes und die Entwicklung des künftigen Umsatzes und

der Profitabilität. Viele deutsche Unternehmen sehen ihre Geschäfte in China als einen wichtigen Teil ihrer internationalen Marktstrategie.

Dies sind alles begünstigende Faktoren für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen China und der EU. Es gibt noch ungünstige Faktoren, die man berücksichtigen muss.

Nach der Wiedervereinigung bildet die große Investition im Ost-Deutschland eine große finanzielle Schwierigkeit. Damit haben die deutschen Direktinvestitionen im Ausland kaum ein großes Wachstum. Die Erweiterung der Wirtschaftskooperation und das rasche Wachstum der Investitionen nach Mittel- und Osteuropa und Lateinamerika werden auch die deutschen Investitionen in Asien und China schwächen. Nach der Finanzkrise, die wirtschaftliches Wachstum Deutschlands verlangsamte und die Verschlechterung der Unternehmensgewinne verursachte, folgte die fallende Begeisterung der ausländischen Investitionen. Die Sorge und der Mangel des Vertrauens an das Investitionsumfeld Chinas sind auch ein großes Problem für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit.

4.6.3. Die Bedeutung der China-Deutschland Beziehung für beiden Seiten

Die Entwicklung der China-Deutschland Beziehung ist wichtig für beide Seiten.

Die Beziehungen zwischen China und Deutschland haben mehr und mehr Bedeutung für beide Seiten. Die Europäische Union, die Deutschland als Kern hat, spielt eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft. Die Finanzkrise und die Abschwächung des Welthandels haben die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu China gefördert. Im Jahr 2009 hatten von den 20 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands nur die Exporte nach China Wachstum. Der gesamte Handel mit China betrug im Jahr 2009 über 100 Milliarden \$, mehr als die gesamten

Handelsbeiträge mit Frankreich, Großbritannien und Italien. China und Deutschland sind gegenseitig die größten Handelspartner in ihren Regionen.²⁶³

Die Euro-Krise ist noch nicht vorbei. Deutschland, als das Rückgrat des Euro, hat große Geldsummen geliehen, um Griechenland aus der Krise zu helfen. Die Aufrechterhaltung der Stabilität des Euro liegt in der Verantwortung und den Interessen Deutschlands. Der chinesische Premier Wen Jiabao sagte beim Treffen mit der deutschen Bundeskanzlerin „Als verantwortungsbewusster langfristig orientierte Investor, immer auf die Grundsätze der Dezentralisierung der Investitionen zu halten. Der europäische Finanzmarkt war, ist und wird in Zukunft einer der Hauptorte für chinesische Devisenreserven sein“²⁶⁴. Die Europäische öffentliche Meinung nimmt es als Beweis der chinesischen Unterstützung des Euro. China hat weltweit die größten Devisenreserven. Diese Meinung Chinas ist eine wichtige Unterstützung für Deutschland und die EU.

In „Das gemeinsame Kommuniqué zu der Förderung einer umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen China und der EU“ haben beide Seiten betont, dass die beiden Länder in ihren jeweiligen Regionen und der Welt von bedeutendem Einfluss sind. Als die dritte und vierte größte Volkswirtschaft (Im Jahr 2010 hat China Japan überholt ist damit die zweite größte Volkswirtschaft geworden) und als wichtige Handels- und Exportländer weltweit haben beide umfangreiche gemeinsame Interessen und die wichtige Verantwortung bei globalen Herausforderungen.²⁶⁵

²⁶³ He liangliang, „Stärkung der Deutsch-chinesischen Beziehungen, Förderung der Bildung einer multipolaren Welt“, <http://trans.wenweipo.com/gb/paper.wenweipo.com/2010/07/21/PL1007210001.htm> (cn.)

²⁶⁴ Naima El Moussaoui, „Deutsche Welle“, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5807867,00.html>

²⁶⁵ Webseite des Chinesischen Außenministerium,

Beide Seite wollen nicht, dass die Weltwirtschaft vom US \$ allein abhängig ist, und die internationalen Angelegenheiten einseitig dominant beherrscht werden.

Das gegenseitige Verständnis, vor allem die gegenseitige Wahrnehmung in der Zivilgesellschaft ist unterschiedlich und immer noch ein große Herausforderung für die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehung, mehr als 90% Menschen der chinesischen Befragten haben einen guten Eindruck von Deutschland. Nur gut die Hälfte des deutschen Volkes hat einen guten Eindruck von China. Die Gegenseitige Kommunikation und das Verständnis zu stärken ist notwendig. Deutschland ist eines der wichtigsten Mitgliedsländer der EU, spielt besonders im wirtschaftlichen Bereich eine führende Rolle in der EU. Die Beziehungen zwischen China und Deutschland ist ein wichtiger Teil der Außenpolitik Chinas. Verstärkung der Kommunikation und Verständnis zwischen beiden Seiten ist förderlich für die weitere Entwicklung zwischen China und Deutschland und zwischen China und der EU.

5. Überblick

Weltordnung bedeutet eine relativ stabile Struktur in den internationalen Beziehungen. Die Bildung einer Weltordnung wird von den wichtigsten politischen Kräften in der internationalen Arena wegen ihrer eigenen Interessen in einem bestimmten historischen Zeitraum durch gegenseitige Einschränkungen, eine stabile Struktur, ein Gleichgewicht der Machtverhältnisse erreicht. Die Änderung des stabilen Gleichgewichts verursacht die Desintegration einer Weltordnung. Weltordnung ist auf der Grundlage der nationalen Stärke aufgebaut.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begründeten die Vereinigten Staaten von Amerika ihre wirtschaftliche, militärische und ideologische Vormachtstellung im Rahmen der neuen bipolaren Weltordnung der Systemkonkurrenz. Aber zwischen den 60er und den frühen 70er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde es offensichtlich, dass diese von den USA beherrschte Weltordnung nicht mehr in vollem Umfang funktioniert.²⁶⁶ Während der schnellen Entwicklung der europäischen Länder, Japan und anderer Ländern sowie der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China), steigt auch ihre Rolle in den internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen. Nach der Auflösung der USSR wurde die USA mit ihrer Überlegenheit in wirtschaftlichen, technologischen, militärischen, kulturellen und anderen wichtigen Bereichen zur einzigen Supermacht in der Weltordnung. Obwohl diese Macht und der Einfluss nicht mehr so stark ausgeprägt war, wie im „American Century“. Das strategische Ziel der Vereinigten Staaten besteht im 21. Jahrhundert offensichtlich darin, weiterhin diese weltweite Führungsposition zu verteidigen bzw. weiter auszubauen. Die Auflösung der Sowjetunion (1991) bezeichnete nicht nur

²⁶⁶ Vgl Robert W. Cox „Weltordnung und Hegemonie- Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“ Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) 1998, S.82.

das Ende des Kalten Krieges, sondern eröffnete auch eine neue Epoche der Weltwirtschaft, die dem Kapital neue Verwertungsräume und Anlagesphären in der ganzen Welt erschloss. Durch die Globalisierung wurden die einzelnen Staatswirtschaften stark untereinander verbunden. In der internationalen Sicherheit und Stabilität spielt die Wirtschaftssicherheit daher eine immer wichtigere Rolle. Besonders nach der Welt-Finanzkrise 2008/2009 hat die Bedeutung der wirtschaftlichen und finanziellen Sicherheit für die gesamte „Staatssicherheit“ zugenommen. Wegen ihrer Wirtschaftsstabilität und anderen Interessen versuchten viele Länder ihre Abhängigkeit von den USA zu senken. Allerdings wegen des Mächteungleichgewichts werden die anderen Großmächte nicht allein auf Konfrontationskurs zu den USA gehen, auch wenn sie mit der hegemonialen Politik der USA unzufrieden sind. Für die neuen aufgestiegenen Mächte ist der Erhaltung und Erweiterung ihrer eigenen Interessen nur durch die Intensivierung der Beziehung untereinander möglich. Nur so kann die einseitige Vorherrschaft der USA eingeschränkt werden. China und die EU als zwei wichtige Mächte, deren wirtschaftliche und politische Macht in den vergangenen beiden Jahrzehnten schnell gewachsen ist, haben Interesse und Bedürfnisse ihre Zusammenarbeit in allen Bereichen zu verstärken, um ihre eigene Interesse zu erweitern und eine neue mögliche stabile Weltordnung zu erschaffen.

Der wichtigste Grund für den Wandel und die Veränderung des Gleichgewichts der politischen Kräfte besteht allerdings in der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung.²⁶⁷ Der Aufstieg der EU, Japan, China und anderer Schwellenländer sowie: Brasilien, Russland, Indien ändert das Mächtegleichgewicht der Weltordnung.

²⁶⁷ Vgl. „Zeitgenössische Weltwirtschaft und politische Lage“
<http://wenku.baidu.com/view/e97fc7ef5ef7ba0d4a733be9.html> S.4.

Die EU gehört zu den sich rasch entwickelnden Mächten innerhalb der Weltstruktur. In den 50er Jahren seit ihrer Gründung entwickelte sich die EU zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt und erreichte den höchsten Integrationsgrad der regionalen Organisationen, durch die sechs Erweiterungen der Europäischen Union stieg die Zahl ihrer Mitgliedsstaaten auf 27. Bis zum Jahre 2007 wuchs die Gesamtbevölkerung der EU auf mehr als 480 Millionen, während das BIP einen Anstieg auf 14.45 Billionen US-\$ verzeichnete²⁶⁸. Nach dem Machtzuwachs wird die EU eine zunehmend größere Rolle im internationalen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich einnehmen.

Und in China hatte die Reform von 1979 ein kontinuierliches rasches Wirtschaftswachstum zur Folge. Das Bruttoinlandsprodukt Chinas ist von 1979 bis 2008 mehr als 16-fach gestiegen. Im Jahre 2010 hat das BIP Chinas das BIP Japans übertroffen, und ist so zum zweitgrößten BIP hinter dem der Vereinigten Staaten aufgestiegen. Der Umsatz des gesamten chinesischen Im- und Exports 2008 ist im Vergleich zu 1979 um fast 130mal gestiegen. Der Anteil am gesamten Welthandel vergrößerte sich damit von 0,8 % auf 7,9 %. Im Jahr 2008 wurde China nach den USA und Deutschland das drittgrößte Handelsland der Welt. Im Jahr 2008 erreichten die Devisenreserven Chinas 2000 Milliarden US-\$.²⁶⁹ Mit seiner riesigen Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen verfügt es über einen großen potentiellen Markt.

Russland, Japan, Indien und andere Länder spielen auch wichtige Rolle in der Weltordnung. Aber nach der Auflösung der Sowjetunion ist besonders die wirtschaftliche Macht von Russland gesunken, die gesamte Stärke von Russland ist nicht so wie die Chinas und der EU. Japan ist ein wichtiger

²⁶⁸ „Welt BIP 2007“, <http://q.sohu.com/forum/6/topic/3430728>

²⁶⁹ Statistik vom chinesischen Zollamt, <http://www.customs.gov.cn/publish/portal0/>

Verbündeter der USA. Seine Rolle in der internationalen politischen Struktur ist sehr begrenzt. Japan mit seiner wirtschaftlichen Stärke spielt eine wichtigere Rolle in den internationalen wirtschaftlichen Beziehungen. Indien hat sich in der letzten Zeit schnell entwickelt. Aber in den internationalen politischen und wirtschaftlichen Bereichen hat Indien noch nicht die vergleichbare Stärke wie China. Von dem Machtgewicht der internationalen Struktur sind die USA, die EU und China die wichtigsten Mächte. Die Beziehungen zwischen USA, EU und China spielen eine wichtige Rolle in der Erschaffung einer stabilen Weltordnung.

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und der EU im Jahr 1975 entwickeln sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Regionen gut und schnell. Besonders seit den 90er Jahren entwickelten sich die Beziehungen zwischen China und der EU von einer konstruktiven Partnerschaft zu einer umfassenden Partnerschaft und dann zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft weiter.

Die Beziehung zwischen China und der EU hat ihre Besonderheit: Die Beziehungen zwischen China und der EU werden weder von grundlegenden Interessenskonflikten noch von territorialen und historischen Problemen beeinträchtigt. China und die EU haben keine geopolitischen Konflikte, und stellen gegenseitig kein Sicherheitsrisiko dar. Beide Seiten haben kaum Kontakt an der strategischen Sicherheit in der asiatisch-pazifischen Region. Das ist ganz anders als die Beziehung zwischen China und den USA in der asiatisch-pazifischen Region, die gegenseitig als potenzielle strategische Rivalen dastehen und gegenseitige strategische Bedürfnisse haben. Beide Seiten haben gleiche oder ähnliche Ideen im Umgang mit vielen internationalen Themen.

Die Zusammenarbeit zwischen China und der EU genügt wirtschaftlichen

Bedürfnissen. Beide Wirtschaften ergänzen einander in hohem Maße und verfügen über ein großes Potenzial zur Zusammenarbeit. Zum einen besitzt China ein enormes Marktpotenzial und personelle Ressourcen, was auf die wirtschaftliche Entwicklung der EU eine starke Anziehungskraft ausübt. Zum anderen benötigt China für seine eigene wirtschaftliche Entwicklung dringend das Kapital, die Technologie und die High-Tech-Produkte Europas. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist das zentrale Thema in den Beziehungen zwischen China und der EU. Das Handelsvolumen zwischen den beiden Seiten nahm zwischen 1975 und 2008 um fast 200-mal zu. Das erste Joint Venture wurde 1980 von China und der EU in Tianjin gegründet. Bis heute stiegen die europäischen Direktinvestitionen in China auf eine Höhe von mehr als 100 Mrd. US-\$. Im Jahre 1985, als die Vereinbarung der Wirtschafts- und Handelszusammenarbeit zwischen China und der EU unterzeichnet wurde, bestand eine Zusammenarbeit nur in 13 Wirtschaftsbranchen, bis zum heutigen Tag wurde sie auf 50 Wirtschaftsbranchen ausgeweitet. Die EU wurde zum insgesamt größten Lieferanten von Technologie für China.²⁷⁰ Die EU stellt heutzutage den größten Handelspartner Chinas dar, während China der zweitgrößte Handelspartner der EU ist.

Die Beziehung zwischen China und der EU kann man nicht genau wie eine Beziehung zwischen zwei Ländern bezeichnen. Wegen der Besonderheit der EU als „Staatverbund“ spielen die Beziehungen zwischen China und einzelnen EU-Mitgliedstaaten in der China- EU Beziehung eine sehr wichtige Rolle. Da die EU ein Limited strategischer Akteur ist, sind die Meinungen der einzelnen Mitgliedstaaten für die China-EU

²⁷⁰ Statistik von der „The Economic and Commercial Counsellors’ office of the Mission of the People’s Republic of China to the European Communities“
<http://eu.mofcom.gov.cn/images/pai.gif>

Zusammenarbeit auch sehr wichtig.²⁷¹ Wegen der unterschiedlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten sind die Entwicklungen der Beziehungen zwischen China und einzelnen EU-Ländern auch unterschiedlich. Im Wirtschaftsbereich hat sich vor allem die Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland schnell entwickelt. Deutschland als die stärkste wirtschaftliche Macht und zugleich das bevölkerungsreichste Land in der Europäischen Union besitzt allein mehr als ein Viertel des China-EU Handelsvolumens. Deutschland ist auch die größte Quelle des Technikimports Chinas und ein wichtiger Investor für China. An der Förderung der weiteren Entwicklung der China-EU Wirtschaftsbeziehung hat Deutschland natürlich größeres Interesse. Im Jahr 2009 sind trotz Finanzkrise und der Abschwächung des Welthandels die Ausfuhren nach China auf 7% gestiegen, während die Gesamtausfuhren Deutschlands im Jahr 2009 um 18% fielen. Von den 20 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands hatten nur die Exporte nach China ein Wachstum. Im Jahr 2010 ist das Handelsvolumen zwischen China und Deutschland auf 38.5% gestiegen. China ist damit der wichtigste Handelspartner Deutschlands außerhalb der EU geworden.²⁷² „Zum ersten Mal könnten chinesische Unternehmen 2011 die meisten Investitionen in Deutschland tätigen - bisher waren das immer die USA. Im vergangenen Jahr seien insgesamt 130 Projekte mit chinesischer Beteiligung in Deutschland realisiert worden, sagt Michael Pfeiffer von der deutschen Außenwirtschaftsagentur Germany Trade and Invest (GTAI).“²⁷³ Die Wirtschaft zwischen China und Deutschland ist so stark wie nie zuvor verbunden. Das wird sicherlich eine Förderungskraft in der weiteren Entwicklung der China-EU Beziehungen.

271 Chen Zhimin, „Die strategische Beziehung zwischen China und der EU“, Internationale Beobachter No 5 2006 (cn.)

272 Statistik vom chinesischen Zollamt, <http://www.customs.gov.cn/publish/portal0/>

273 Mathias Bölinger, „China bald größter Investor in Deutschland“, Deutsche Welle 30.03.2011,

Die USA ist der wichtigste externe Faktor, der die strategische Beziehung zwischen China und der EU beeinflusst. In der China- EU Beziehung spielt von einer Seite der traditionelle strategische Verbündete der USA, von anderer Seite der strategische Wettbewerb der USA eine Rolle. Die Entwicklung der China-EU Beziehungen wurde sicherlich von den USA beobachtet und beeinflusst. Sowie die starke Beeinflussung der USA in der Aufhebung des Waffenembargos der EU gegen China. Wegen der unterschiedlichen Vorstellungen ist die Erklärung des Aufstiegs Chinas von den USA und der EU unterschiedlich. Die USA beobachten mehr die Zunahme des Hard Power, sowie die Entwicklung der militärischen Macht Chinas und die Beeinflussung der Sicherheitsinteressen der USA in Ostasien. Die EU nimmt den Aufstieg Chinas als eine inländische Transformation, vom staatlichen Sozialismus zur Marktwirtschaft, zu einer offeneren Gesellschaft und einer repräsentativeren Regierung.²⁷⁴ Das Problem des Waffenembargos zeigt eine wichtige Besonderheit der Beziehungen zwischen China, der EU und den USA. Die Entwicklung der strategischen Beziehung zwischen China und der EU bedeutet nicht, dass China und EU sich verbünden und gegen die USA handeln werden. Die Beziehung mit den USA wird für eine lange Zeit eine von ihren wichtigsten Außenbeziehungen für beiden Seiten. Die USA bleibt der wichtigste externe Faktor für die Entwicklung der China-EU Beziehungen.

Mittlerweile ist Ostasien der neue Brennpunkt der Weltwirtschaft geworden. Im Jahr 2009 besaßen die ostasiatische Volkswirtschaften 40% des Welthandelsvolumens und 60% der Devisenreserven weltweit.²⁷⁵ Die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit zwischen den

²⁷⁴ Vgl., Zhu Liqun, „Die internationale Systeme und die China-EU Beziehung“, World Knowledge Verlag 2008 S.160-161. (cn.)

²⁷⁵ Vgl, Yi Xiaozhun, „Die Wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit in Ostasien“, http://www.cs.com.cn/xwzx/03/201004/t20100421_2403166.htm (cn.)

ASEAN-Ländern, China, Japan und Südkorea hat sich während der Finanzkrise gut entwickelt. Die China-ASEAN Freihandelszone wurde im Jahr 2010 gegründet. China spielt eine wichtige Rolle in der Region Ostasien. Die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen China und der EU entspricht den langfristigen wirtschaftlichen Interessen der EU.

Die EU ist ein wichtiges Mitglied der westlichen Länder und China ist das größte Entwicklungsland. Eine positive Zusammenarbeit zwischen China und der EU wird förderlich, um die Möglichkeit zu vermeiden, dass sich die Weltstruktur möglich zu einem instabilen, von westlichen Länder und nichtwestlichen Länder gebildeten bipolaren Strukturen entwickeln wird, dass China und Russland möglicherweise mit so genannten „Schurkenstaaten“ zusammen gegen die westlichen Länder agieren werden.²⁷⁶

Die unbalancierte wirtschaftliche Entwicklung wird die Machtstruktur der Weltordnung unvermeidlich ändern. Während der (relative) niedergehenden US-Macht und dem Aufstieg der EU, China, Indien und anderen Mächte führt die Weltordnung zu Multipolarisierung.²⁷⁷ Im Prozess der Erschaffung der neuen stabilen Weltordnung benötigen China und die EU gegenseitige Unterstützung. Im Bereich der internationalen Währung, Handelsregeln und auch in den anderen Bereichen ist die Zusammenarbeit zwischen China und der EU notwendig. Die Bedeutung der strategischen Partnerschaft ist, dass die Entwicklung der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen beiden Seiten die Machtverhältnisse zwischen den größten Mächten balancieren kann und damit die Interessen von beiden Seiten und eine stabile

²⁷⁶ Vgl Hans Binnendijk, „Back to bipolarity“, The Washington Quarterly, 1999, S. 7-14.

²⁷⁷ Robert Gilpin, „Krieg und Wandeln in der internationalen Politik“, Shanghai Volks Verlag 2007, S.96.

Weltordnung fördern kann.²⁷⁸ „Das Ziel der China -EU strategischen Beziehungen ist eine neue Partnerschaft, die sich von dem Militärbündnis unterscheidet aber höher als die normale Partnerschaft ist. Ihr Ziel ist nicht gegen den gemeinsamen Feind zu handeln, sondern die gemeinsamen globale Herausforderungen zu überwinden.“²⁷⁹

Natürlich gibt es noch viele Probleme in der Zusammenarbeit sowie: Handelsdefizit, Marktwirtschaftsstatus, Waffenembargo, Menschenrechte etc. Die richtigen und rechtzeitigen Behandlungen dieser Probleme sind wichtig für eine kontinuierliche Entwicklung der umfassenden Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten. Die Verbesserung der gegenseitigen Kommunikation wird für die Vermeidung des Missverständnisses, das von den Unterschieden der Wertanschauung und Kultur zwischen beiden Seiten verursacht sind, förderlich.

Durch die ganze Analyse kann man eine Auffassung bekommen. Die steigende Abhängigkeit auf der wirtschaftlichen Ebene zwischen China und EU fördert eine bessere Zusammenarbeit und Partnerschaft, in der Deutschland eine führende Rolle in der EU spielt. Da sie zwei der wichtigsten Volkswirtschaften sind, hat die Zusammenarbeit zwischen China und der EU eine wichtige Bedeutung für die Stabilität der internationalen Wirtschaft. Die EU als eine wichtige Macht in den westlichen Ländern spielt eine sehr wichtige Rolle im „Chinesischen Friedlichen Aufstieg“. Die stabile und kontinuierliche Entwicklung der China-EU Beziehungen ist nicht nur für die eigene Entwicklung von beiden Seiten wichtig, sondern auch notwendig für die Erschaffung der

²⁷⁸ Zheng Yongnian, „Die wichtige Faktoren der strategische Partnerschaft zwischen China und der EU“, Shishi Verlag, S.308-315. (cn.)

²⁷⁹ Feng Zhongping, „Die Zwei Säulen der Chin-EU strategischen Beziehung“, „World Knowledge“ No.22 2006, S.66. (cn.)

Multipolarisierung der Weltordnung und einer neuen stabilen Weltstruktur. Aber die China- EU Beziehung kann nicht als eine einfache Beziehung zwischen China und EU dargestellt werden. Die Besonderheit der EU als „Staatverbund“ bedeutet, dass die China- EU Beziehung eine gleichzeitige bilaterale und multilaterale Beziehung ist. Die Beziehungen mit den einzelnen EU-Mitgliedsländern, besonders den großen EU-Mitgliedsländern spielen immer eine sehr wichtige Rolle in den China- EU Beziehungen. Das ist auch eine Besonderheit und Herausforderung in der Entwicklung der Beziehung. Die USA bleibt ein wichtiger Faktor in der China- EU Beziehung. Mit der Verstärkung der gegenseitigen Kontakte auf der regionalen und gesellschaftlichen Ebene, der Verstärkung des gegenseitigen Verständnisses, der Verstärkung der Kontakte mit den USA, Russland und anderen großen Mächten, und der richtigen und rechtzeitigen Behandlung der Probleme ist die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen China und EU gewiss. Das entspricht dem strategischen Interesse beider Seiten.

6.Literatur

Bai Guang, „Der Konflikt und Passung zwischen China und der WTO-Regeln nach dem Beitritt Chinas zur WTO“, China Baustoffindustrie Presse 2002

Beckman Martin / Bieling Hans-Jürgen / Deppe Frank (Hrsg.)
„Euro-Kapitalismus und globale politische Ökonomie“, VSA-Verlag
Hamburg 2003

Bieling Hans-Jürgen ; Deppe Frank ; Röttger Bernd, „Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration : kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen“, Marburg : FEG am Institut für Politikwissenschaft, 1996

Bieling Hans-Jürgen „Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union“, Verlag. für Sozialwissenschaft 2010 Wiesbaden

Bieling, Hans-Jürgen, „Theorien der europäischen Integration“, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaft, 2005

Bischoff Joachim, „Neoliberalismus in China!? : Oder "sozialistische Marktwirtschaft?“ , Hamburg : VSA-Verl., 2007

Cao Jinling „Dollar Anteil an der weltweiten Währungsreserven“ 02.07.2010 „First Financial Daily“

Carsten Kaven, „Die Durchsetzung der Reformpolitik in China : Analyse eines Ereignisses“ , Münster, Westf : LIT, 2008

Ceisig Baum, Nospickel Busch, „Die Europäische Union—Eine Einführung in die politischen, ökonomischen und sozialen Probleme des erweiterten Europa“ Nomos Verlagsgesellschaft 2007

Chen Jiagui „Chinesische Wirtschafts-Analyse und Prognose“. Social Sciences Documentation Publishing House 2008

Chen Shumei, „Standardisierung der Technologie im Kontext der europäischen wirtschaftlichen Integration“, Southeast University Press, 2005

Chen Wenjing, Li Gang, Li Jian, „30 Jahre Chinas Öffnung“, China Economic Verlag 2008,

Chen Xian/ Wei Jinluan/ Ying Chengmin/ Chen Chen, „Internationaler Handel- Theorie, Politik und Praxis“ Lixin Press 2003

Chen Yanbing, He Wuxin, „Die Verfassungsänderung in der letzten 30 Jahren“ 2009

Chen Zhimin, „Die strategische Beziehung zwischen China und der EU“, Internationale Beobachter No 5 2006

Chen Zhimin/ Gustaaf Geeraerts, “Foreign Policy Integration in European Union: A Mission Impossible?”, Aktuelle Angelegenheiten Press 2003

Cox R. W., “Social Forces, States, and World Orders” 1981

Cox Robert, „Production, Power and World Order- Social Forces in the Making of History“, World Knowledge Presse 2004

Cox Robert, „Weltordnung und Hegemonie- Grundlagen der Internationalen Politischen Ökonomie“, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften

1998

Dai Bingran, „China- EU Beziehungen“, Europäische Forschung 2005

Dai Dayuan, „Political Economy“ China Wuzi Presse 2001

Deng Xiaoping, "Ausgewählte Werke von Deng Xiaoping Band 3", Volks Verlag 2004,

Deppe Frank ... (Hrsg.), "1992 - Projekt Europa : Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft", Pahl-Rugenstein, 1989

Deppe, Frank [Hrsg.]; Castens, Thomas ; Weiner, Klaus-Peter, „Binnenmarkt '92 : zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa“, Hamburg : VSA-Verl., 1991

Deppe, Frank, Beckmann, Martin, Tidow, Stefan, „Europäische Beschäftigungspolitik“, Marburg : FEG am Institut für Politikwiss., 2000

Deppe, Frank, „Politisches Denken im 20. Jahrhundert Teil: 2. Politisches Denken zwischen den Weltkriegen“, Hamburg : VSA-Verl., 2003

Ding Yuanhong, „Die europäische Situation“, Wissenschaft Verlag 2008

Eichengreen Barry J, "China, Asia, and the new world economy ", Oxford [u.a.] : Oxford Univ. Press, 2008

Fehlbier Tobias, „Die politische Ökonomie des chinesischen Aufstiegs : eine Analyse volkswirtschaftlicher Entwicklung und ihrer Folgen für die internationalen Beziehungen am Beispiel der Volksrepublik China“,

Münster : LIT, 2010

Feng Zhongping, „Die Zwei Säulen der Chin-EU strategischen Beziehung“, „World Knowledge“ No.22 2006

Fulda Andreas , „Förderung partizipativer Entwicklung in der VR China : Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflussnahme durch Akteure der deutsch-chinesischen Entwicklungszusammenarbeit (2003 - 2006)“ , Wiesbaden : VS Verl. für Sozialwiss., 2009

Gao Shangquan, „Papid Economic Development in China and Controlling Inflation“, Foreign Languages Press 2009

Gilpin Robert , „Krieg und Wandeln in der internationalen Politik“, Shanghai Volks Verlag 2007

Giovanni Arrighi, „Adam Smith in Beijing“, VSA Verlag Hamburg 2008

Gu Guoliang, „Die Beziehungen zwischen China und den USA“, Social Sciences Academic Press 2010

Guan Xinpin/ He Zhiping, “Survey on EU”, South China University of Technology Press 2003

Guo Hong, „Global Market: Innenpolitik und regionale wirtschaftliche Integration der ASEAN“, Wirtschaftsverlag China, 2009

Hai Wen, „Die internationale Handel“, Shanghai Volks Verlag 2003

Han Xiping, „EU sozialen und wirtschaftlichen Struktur“, Verlag der Jilin

Universität 2008

Hans Binnendijk, „Back to bipolarity“, The Washington Quarterly, 1999

Hauser Gunther, „China - eine Regionalmacht auf dem Weg zur Supermacht“, Bremen : Ed. Temmen, 2009

He liangliang, „Stärkung der Deutsch-chinesischen Beziehungen, Förderung der Bildung einer multipolaren Welt“, <http://trans.wenweipo.com/gb/paper.wenweipo.com/2010/07/21/PL1007210001.htm>

He Xiurong, „Der Überblick der ländlichen Politik Chinas“, Verlag der Hochschuleausbildung 2010

Heberer Thomas, Jörg Rudolph, „China - Politik, Wirtschaft und Gesellschaft : zwei alternative Sichten“ , Wiesbaden : Hessische Landeszentrale für Politische Bildung, 2010

Helwig Schmidt-Glintzer, „Das alte China : von den Anfängen bis zum 19. Jahrhundert“, München : Beck, 2008

Henderson Conway W., “International Relations- Conflict and Cooperation at the Turn of the 21st Century”, Hainan Press 2004

Hong Yinxing/ Lin Gang/ Liu Wei, „Political Economy“ Higher Education Press 2002

Hu Qianhong, „Die Untersuchung des Trends der EU-USA Beziehung“, Das Studium der Internationalen Strategie 2008

Hua Gao „Die globale politische und sicherheitspolitische Bericht“ 2006

It Bean, „Ökonomischen Theorie von Friedlich List und der Aufstieg Deutschlands im späten 19. Jahrhunderts“, <http://www.tianya.cn/publicforum/content/no05/1/59884.shtml>

Jessop, Bob ; Burkhardt, Wolfram [Red.] ; Bultemeier, Anja ; Deppe, Frank ; Schulten, Thorsten ; Bieling, Hans-Jürgen, “Europäische Integration und politische Regulierung : Aspekte, Dimensionen, Perspektiven”, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG). ,Marburg : FEG, Inst. für Politikwiss., 1995

Jiang Xueshi, „Die umfassenden strategischen Partnerschaft“, Institute of European Studies of Chinese Academy of Social Sciences 2001, <http://ies.cass.cn/Article/cbw/zogx/201101/3409.asp>

Jin Guohua, „Die sozialwissenschaftliche Untersuchung der 30 Jahre Reform Chinas“, Verlag der Akademie für Sozialwissenschaft Shanghai“ 2007

Kerr David, “The international politics of EU-China relations “, Oxford {[u.a.] : Oxford Univ. Press, 2007

Kissinger, „Die derzeitige Situation und die Aufgabe der Vereinigten Staaten“, „Newsweek“ USA, 08.11.2004

Klaussner Miriam, „Europas Krise, Chinas Chance", Deutsche Welle 01.07.2010

Kundu, Nivedita, "Russia - India - China : evolution of geo-political strategic trends ", New Delhi : Academic Foundation [u.a.], 2010

Langhammer Rolf,"The formation of greater China and the future of EU-China relations", Duisburg : UD, Fachbereich Wirtschaftswiss. {[u.a.], 1994

Li Jingfang, „Einführung des „Lissabon Vertrag““, Institute of European Studies of Chinese Academy of Social Sciences 2010, <http://ies.cass.cn/Article/tszl/flyj/lisibentiaoyue/201004/2430.asp>

Li Jingwen, "The Chinese Economy into the 21st Century", Foreign Languages Press Beijing 2000

Li Shenming/ Wang Yizhou, "Yellow Book of International Politics 2003", Social Sciences Documentation Publishing House 2003

Li Shenming/ Wang Yizhou, "Yellow Book of International Politics 2004", Social Sciences Documentation Publishing House 2004

Li Shenming/ Wang Yizhou, "Yellow Book of International Politics 2005", Social Sciences Documentation Publishing House 2005

Li Shenming/ Wang Yizhou, "Yellow Book of International Politics 2006", Social Sciences Documentation Publishing House 2006

Li Shenming/ Wang Yizhou, "Yellow Book of International Politics 2007", Social Sciences Documentation Publishing House 2007

Li Shenming/ Wang Yizhou, "Yellow Book of International Politics 2008",

Social Sciences Documentation Publishing House 2008

Li Wei/ Wang Xueyu, „Selected Readings on Theories and History of European Integration“, Shandong People's Publishing House 2001

Li Xiaoxi, „Der Bericht der Entwicklungen der chinesischen Marktwirtschaft“ 2003

List Friedrich, “The National System of Political Economy”, Huaxia Press 2009

Liu Guoguang/ Wang Luolin/ Li Jingwen, “Analysis and Forecast on China's Economy”, Social Sciences Documentation Publishing House 2004

Liu Yongjiang, „Die China- Japan Beziehung—Politische Kalt und Wirtschaftliche Warm“, Volks Verlag 2007

Ma Xiaoqiang, „Europäische Integration und die EU-Sozialpolitik“, China Sozialwissenschaften Verlag 2008

Ma Zhaoming, „Reform und politische Entwicklung in China“, Shandong Volks Verlag 2009

Moussaoui Naima El, „Deutsche Welle“ 16.07.2010, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5807867,00.html>

Mei Ping, „Gründung der China – ASEAN Freihandelszone“, World Knowledge Verlag 2007

Munchau Wolfgang, „Der Ausweg der Eurozone Ausweg aus der Krise“, Britische "Financial Times"-Kolumnist 05.02.2010

Ou Minhui, „Wirtschaftliche Entwicklung und Innovationsfinanzierung in China seit der Wirtschaftsreform 1978 : eine systemisch-konstruktivistische (autopoietische) Erklärung auf der Grundlage der Entwicklungstheorie von Joseph Schumpeter“, Norderstedt : Books on Demand GmbH, 2007

Pan Qichang “ Jahrhundert der China-Deutschland Beziehungen“, World Knowledge Presse 2009

Qin Yaqing, „Forschung der Europäischen Integration--Konzepte, Systeme und politische Strategien“, World Knowledge Verlag 2008

Rifkin Jeremy, „United States, den Europäische Traum schnell zu verstehen“, „Washington Post“ 31.10.2004

Ross Robert S, „US-China-EU relations : managing the new world order“, Abingdon {[u.a.] : Routledge, 2010

Samson Oliver, „Deutschland und China rücken zusammen“, Deutsche Welle 16.07.2010

Sandschneider Eberhard, „Globale Rivalen- Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens“, Carl Hanser Verlag München,

Schoettli Urs , „China - die neue Weltmacht“ , Paderborn {[u.a.] : Schöningh, 2007

Schröder Wiebke, „ Zwischen den USA und der Volksrepublik China : Interessen und Präferenzen deutscher Unternehmen“, Wiesbaden : VS, Verl. für Sozialwiss., 2010

Shambaugh David , “China-Europe relations : perceptions, policies and prospects” London Routledge, 2008

Smick David, „The World is curved“, China CITIC Press 2009

Song Heping, “Introduction to Anti-Dumping Legal Systems” China Jiancha Press 2003

Song Xiaowu, „Der Rückblick und Ausblick der Reformen des sozialen Systems in China“, Volksverlag 2008

Stumbaum Maybrit „Die Strategische Partnerschaft zwischen China und der EU“, Shishi Verlag 2009

Stumbaum May-Britt U , „The European Union and China : decision making in EU foreign and security policy towards the People's Republic of China“, Baden-Baden : Nomos, 2009

Susanne Meyer, „Deutsche Exporte nach China krisenfest durch 2009“, statistisches Bundesamt Deutschland,
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/05/PD10__174__51.psml

Tang Yingwu, „Dokument der wichtigen Entscheidungen in der Reform“, Verlag der zentralen Parteihochschule

Tao Wenzhao, „Geschichte der China-USA Beziehungen“, Verlag der sozialen Wissenschaft 2009

Taube Markus, „Ökonomische Entwicklung in der VR China : nachholendes Wachstum im Zeichen der Globalisierung“, Duisburg : Inst. für Ostasienwiss., 2008

Waltz Kenneth N., “Theory of International Politics”, Shanghai People's Publishing House 2003

Walz Christian, „Milliardengeschäfte mit China vereinbart“ , „Deutsche Welle“ 07.01.2011

Wang Mengkui, “China’s Economic Transformation over 20 Years”, Foreign Languages Press Beijing 2000

Wang Yi, „Die Verhandlung der Jahrhundert- Chinas Eintritt in WTO“, Verlag der Zentralen Parteihochschule 2007

Wang Yizhou, „Studie der Internationale Beziehungen“, Beijing University Press 2006

Wang Yuan, „Das Einfluss der globalen Finanzkrise auf das internationale Währungssystem“ <http://qkzz.net/article/bb1572e6-d556-43d7-86c3-cee654c586df.htm>

Weidenfeld Werner , „Europa von A bis Z : Taschenbuch der europäischen Integration“, Bonn : Bundeszentrale für politische Bildung, 2009

Weidenfeld Werner , „Europa-Handbuch“ , Bonn : Bundeszentrale für Polit. Bildung, 2002

Weidenfeld Werner „Die Staatenwelt Europas“, 3., aktualisierte und überarb.

Aufl., 2004

Weidenfeld Werner, "Die Staatenwelt Europas", Gütersloh : Verl. Bertelsmann-Stiftung, 2006

Weidenfeld Werner, „Die Europäische Union : politisches System und Politikbereiche“, Bonn : Bundeszentrale für Politische Bildung, 2008

Weidenfeld Werner, „Die Europäische Union“, Wilhelm Fink Verlag-KG 2010

Weidenfeld Werner, „Europa Handbuch“, 2002

Weidenfeld Werner, Wolfgang Wessels (Hrsg), „Jahrbuch der Europäischen Integration 2002“, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2003

Weidenfeld Werner, Wolfgang Wessels (Hrsg), „Jahrbuch der Europäischen Integration 2003“, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2004

Weidenfeld Werner, Wolfgang Wessels (Hrsg), „Jahrbuch der Europäischen Integration 2004“, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2005

Weidenfeld Werner, Wolfgang Wessels (Hrsg), „Jahrbuch der Europäischen Integration 2005“, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2006

Weidenfeld Werner, Wolfgang Wessels (Hrsg), „Jahrbuch der Europäischen Integration 2006“, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2007

Weidenfeld Werner, Wolfgang Wessels (Hrsg), „Jahrbuch der Europäischen Integration 2007“, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2008

Weidenfeld Werner, Wolfgang Wessels (Hrsg), „Jahrbuch der Europäischen Integrtrion 2008“, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2009

Weidenfeld Werner, Wolfgang Wessels (Hrsg), „Jahrbuch der Europäischen Integrtrion 2009“, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2010

Wessels Wolfgang, „Das politische System der Europäischen Union“
Xinhua Yuebao, „Die Denkwürdigkeit der 30 Jahre Reform Chinas“, Volks Verlag 2008

Wu Yikang, “Orientation of the European Integration and China-EU Relations”, Shishi Verlag 2008

Xiong Guangkai, „Die China-USA-EU Beziehungen in der neuen Jahrhundert“ Internationale Strategie Studium, November 2003

Xiong Zhiyong, „60 Jahre China-USA Beziehungen“, Volks Verlag 2009

Xu Danhong, „Die Zusammenfassung der Theorie der ausländischen Direktinvestitionen“, Finanz Verlag 2004,

Yang Chengxu „Welt Struktur“ World Knowledge Presse 2006

Yao Dawei, Xinhua News Agency 19.11.2009, www.gov.cn

Yi Xiaozhun, “Die Wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit in Ostasien“,
http://www.cs.com.cn/xwzx/03/201004/t20100421_2403166.htm

Zhan yibing/ Hu Daping, "The Historic Logic of Western Marxist Philosophy", Nanjing University Press 2003

Zhang Weiwei, „Strategische Partnerschaft und Multipolarisierung“, Verlag der aktuellen Angelegenheiten 2008

Zhang Xiaojing, „EU-Erweiterung: Regionale Disparitäten und wirtschaftlichen Zusammenhalt“, Wirtschaft und Wissenschaft Verlag 2008

Zhang Xiaoshan, „30 Jahre ländlichen Reform in China“, Wirtschafts-Management Verlag 2008

Zhang Yansheng, „Die Analyse des Chinesisch-amerikanischen Handelsbilanzüberschuss“, Chinesische Finanz Verlag 2006

Zhang Yansheng, „Die Beobachtung der chinesischen Wirtschaft“, <http://www.globbrand.com/2009/231992.shtml>

Zhang Yunling, „Die Öffnung Chinas: Strategie und Praxis“, Social Sciences Academic Press 2008

Zheng Yongnian, "China und der EU - Schlüsselement der strategischen Partnerschaft“, Verlag der aktuellen Angelegenheiten 2008

Zheng Yongnian, „Die wichtige Faktoren der strategische Partnerschaft zwischen China und der EU“, Shishi Verlag 2009

Zhou Hong, „Die europäische Modell und die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten“ China Social Sciences Press 2004

Zhou Hong, Shen Yunnan, "Report of Europe 2009-2010", Verlag der Sozialwissenschaftlichen Literatur 2010

Zhou Shaoxi, „Der historische Prozess der chinesischen Nutzung des ausländischen Kapitals“, Wissenschaft Verlag 2009

Zhou Xiaochuan, „Finanznachrichten“, 23.03.2009

Zhu Liquan, „Die internationale Systeme und die China-EU Beziehung“, World Knowledge Verlag 2008

Zimmermann Hubert, „Die EU und die USA in den Verhandlungen um die Integration Chinas in den Welthandel“, Baden-Baden : Nomos, 2007

„Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Deutschland“,
Auswärtiges Amt,
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/China/Bilateral.html>

Chinese Ministry of Commerce,
<http://countryreport.mofcom.gov.cn/index.asp>

“China – ASEAN Beziehungen“,
http://news.xinhuanet.com/ziliao/2003-06/30/content_944141.htm

China Customs Statistics, <http://www.hgtj.cn>

„China's EU Policy Paper“, Die politische Dokumente Chinas,
<http://www.lawinfochina.com/Wbk/display.asp?id=36&keyword=>

Chinese Ministry of Commerce, www.fid.gov.cn/info.jsp

“Chronology of EU-China Relations”, China Economic Review, European Union Chamber of Commerce in China, <http://www.sinomedia.net/eb/v200409/eu-china-special.html>

Daten vom chinesischen Zollamt, <http://www.customs.gov.cn/publish/portal0/>

“Der Anteil der chinesischen BIP in der Geschichte”, http://blog.eastmoney.com/nb188/blog_150561848.html

„Der Einfluss der globalen Finanzkrise auf das internationale Währungssystem“ <http://www.lunwen32.com/post/287.html>

"Deutschland und China - gemeinsam in Bewegung : BMVBS und BBSR in Shenyang (Liaoning)", Bonn : Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), 2009

„Die bilaterale Handel zwischen China und Deutschland 2009“, <http://mzwj.51jishu.com/jingmao/show.asp?id=410>

„Die Beobachtung der chinesischen Wirtschaft“, <http://www.globrand.com/2009/231992.shtml>

Die Statistiken vom US Department of Commerce, <http://countryreport.mofcom.gov.cn/record>

Die offizielle Datenseite des Chinesischen Außenministeriums,
<http://www.fmprc.gov.cn/chn/wjb/zzjg/xos/gjlb/EuropeanUnion/omgk/default.htm>

„Die wirtschaftliche Beziehung zwischen China und ASEAN“,
http://news.xinhuanet.com/world/2006-10/29/content_5262797.htm

„Dreißig Jahre Reform und Öffnung“ National Development and Reform Commission, Institut für Wirtschafts- und System-Management, , Volks Verlag,

“Entwicklung der internationalen Lage und China-Diplomatie“,
<http://www.china.com.cn/international/zhuanti>

EU's China Strategy Papers 2002-2006, European Commission 2002
<http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/apcity/unpan024845.pdf>

EU's China Strategy Paper 2007-2013“, European Commission 2007,
http://eeas.europa.eu/china/csp/07_13_en.pdf

„Euro-Verteidigung bleibt noch löchrig“, Zürich News, 02.04.2011

Europäische Union,
http://www.ce.cn/ztpd/xwzt/guoji/2007/my/bj/200706/21/t20070621_11858489.shtml

Europe Commission, <http://ec.europa.eu/trade>

Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat>

„EU-27 trade with China and Russia in 2007” Euro statistic, European Commission

„EU27 deficit in trade in goods with China” Euro statistic, European Commission 2009

„EU-China-Handelsdefizit“, 2008
<http://www.simic.net.cn/news/detail.jsp?id=24545>

„External and intra-European Union trade”, Euro statistic, European Commission

„Financial Review“ 04.12.2006,
<http://finance.21cn.com/news/cjyw/2006/12/04/3053864.shtml>

„Gemeinsame Erklärung des Achten Gipfeltreffen EU-China “, Die offiziellen Datenseite des Chinesischen Außenministeriums 2005,
<http://www.fmprc.gov.cn/chn/pds/ziliao/1179/t365226.htm>

„Gemeinsame Erklärung des vierten Gipfeltreffen EU-China “, Die offiziellen Datenseite des Chinesischen Außenministeriums 2001
<http://www.fmprc.gov.cn/chn/pds/ziliao/1179/t365252.htm>

„Gemeinsame Erklärung des fünften Gipfeltreffen EU-China “, Die offiziellen Datenseite des Chinesischen Außenministeriums 2002
<http://www.fmprc.gov.cn/chn/pds/ziliao/1179/t365247.htm>

„Gemeinsame Erklärung des sechsten Gipfeltreffen EU-China “, Die offiziellen Datenseite des Chinesischen Außenministeriums 2003

<http://www.fmprc.gov.cn/chn/pds/ziliao/1179/t365242.htm>

„Gemeinsame Erklärung des siebten Gipfeltreffen EU-China“, Die
offiziellen Datenseite des Chinesischen Außenministeriums 2004

<http://www.fmprc.gov.cn/chn/pds/ziliao/1179/t365230.htm>

Handelsstatistik, <http://info.jctrans.com/shuju/mysj/default.shtml>

„Kurze Einführung der China-EU-Beziehungen“

<http://eu.mofcom.gov.cn/images/pai.gif>

Ministry of Commerce of the Peoples Republic of China

<http://www.mofcom.gov.cn/static/column/tongjiziliao/v.html/1?2070264755>
=100846561

Ministry of Foreign Trade and Economic Cooperation PRC,

http://www.cofortune.com.cn/moftec_cn

National Bureau of Statistics of China, <http://www.stats.gov.cn/tjsj>

Ne Qingping, „Wie hat internationale Goldstandard England gebaut“,

Economic Information Daily 20.05.2008

„Politisches Papier Chinas zur EU 2003“ Webseite des Chinesischen
Außenministeriums

<http://www.fmprc.gov.cn/chn/wjb/zzjg/xos/gjlb/EuropeanUnion/smg/t27700.html>

Statistik von der „The Economic and Commercial Counsellors’ office of the
Mission of the People’s Republic of China to the European Communities“

<http://eu.mofcom.gov.cn/images/pai.gif>

Statistik vom chinesischen Zollamt,
<http://www.customs.gov.cn/publish/portal0/tab2453/module72494/page10.htm>

„The European Union and China : strategic partnership towards developing countries? “; [Brussels, 11 - 12 July 2006] / [organised by the European Office of the Konrad-Adenauer-Stiftung and the European Institute for Asian Studies], 2006

Democracy and development ; Vol. 4

Trade Statistics European Commission,
http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/china/#_studies

„Übersicht chinesisch-deutschen Beziehungen“, Botschaft der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland 2009

„Welt BIP 2007“, <http://q.sohu.com/forum/6/topic/3430728>

„Wie hat Pfund das gold "Ersetzen",
<http://www.ldvip-gold.com/archives/491.html>

„WTO Secretariat reports increase in new anti-dumping investigations“ 2009 <http://www.wto.org>

7. Dokumentation :

7.1. China's EU Policy Paper 2003²⁸⁰

Foreword

The international situation has been undergoing profound changes since the advent of the new century. The trend towards world multipolarity and economic globalization is developing amid twists and turns. Peace and development remain the themes of our era. The world is hardly a tranquil place and mankind is still confronted with many serious challenges. However, preserving world peace, promoting development and strengthening cooperation, which is vital to the well-being of all nations, represents the common aspiration of all peoples and is an irreversible trend of history.

China is committed to turning herself into a well-off society in an all-round way and aspires for a favorable international climate. China will continue to pursue its independent foreign policy of peace and work closely with other countries for the establishment of a new international political and economic order that is fair and equitable, and based on the Five Principles of Peaceful Co-existence. China will, as always, respect diversity in the world and promote democracy in international relations in the interest of world peace and common development.

The European (EU) is a major force in the world. The Chinese Government appreciates the importance the EU and its members attach to developing relations with China. The present EU Policy Paper of the Chinese Government is the first of its kind and aims to highlight the objectives of China's EU policy, and outline the areas and plans of cooperation and related measures in the next five years so as to enhance China-EU all-round cooperation and promote a long-term and stable development of China-EU relations.

Part One: Status and Role of the European

The creation and development of the European is an event of far-reaching significance following World War II. Since the launch of the European Coal and Steel Community in 1952, the EU has become what it is today through the stages of the Tax and Customs , the Single Market and the Economic and Monetary . Its integration in the foreign policy, defence and social fields has made headway. The Euro has been put to circulation successfully and a single area of justice is taking shape. The EU is now a strong and the most integrated community in the world, taking up 25 and 35 percent of the world's economy and trade respectively and ranking high on the world's list of per capita income and foreign investment.

In 2004, the EU will be enlarged to a total membership of 25. The new European

²⁸⁰ Webseite des Außenministeriums der VR China, <http://www.fmprc.gov.cn/chn/pds/ziliao>

would then cover much of Eastern and Western Europe with an area of four million square kilometers, a population of 450 million and a GDP of over 10 trillion US Dollars.

Despite its difficulties and challenges ahead, the European integration process is irreversible and the EU will play an increasingly important role in both regional and international affairs.

Part Two: China's EU Policy

China attaches importance to the role and influence of the EU in regional and international affairs. History proves that the establishment of diplomatic relations between China and the European Economic Community in 1975 has served the interests of both sides. Despite their twists and turns, China-EU relations as a whole have been growing stronger and more mature and are now on the track of a comprehensive and sound development. In 1998 China and the EU launched their annual summit mechanism. In 2001, the two sides established a full partnership. China and the EU have developed an ever closer consultation and fruitful cooperation in the political, economic, trade, scientific, cultural and educational fields. China-EU relations now are better than any time in history.

There is no fundamental conflict of interest between China and the EU and neither side poses a threat to the other. However, given their differences in historical background, cultural heritage, political system and economic development level, it is natural that the two sides have different views or even disagree on some issues. Nevertheless China-EU relations of mutual trust and mutual benefit cannot and will not be affected if the two sides address their disagreements in a spirit of equality and mutual respect.

The common ground between China and the EU far outweighs their disagreements. Both China and the EU stand for democracy in international relations and an enhanced role of the UN. Both are committed to combating international terrorism and promoting sustainable development through poverty elimination and environmental protection endeavors. China and the EU are highly complementary economically thanks to their respective advantages. The EU has a developed economy, advanced technologies and strong financial resources while China boasts steady economic growth, a huge market and abundant labor force. There is a broad prospect for bilateral trade and economic and technological cooperation. Both China and the EU member states have a long history and splendid culture each and stand for more cultural exchanges and mutual emulation. The political, economic and cultural common understanding and interaction between China and the EU offer a solid foundation for the continued growth of China-EU relations.

To strengthen and enhance China-EU relations is an important component of China's

foreign policy. China is committed to a long-term, stable and full partnership with the EU. China's EU policy objectives are:

To promote a sound and steady development of China-EU political relations under the principles of mutual respect, mutual trust and seeking common ground while reserving differences, and contribute to world peace and stability;

To deepen China-EU economic cooperation and trade under the principles of mutual benefit, reciprocity and consultation on an equal basis, and promote common development;

To expand China-EU cultural and people-to-people exchanges under the principle of mutual emulation, common prosperity and complementarity, and promote cultural harmony and progress between the East and the West.

Part Three: Strengthen China-EU Cooperation in All Fields

I. The Political Aspect

1. Strengthen the exchange of high-level visits and political dialogue

Maintain close contacts and timely communication between the two sides at high levels through various means.

Give full play to the functions of the China-EU annual summit by substantiating its content, stressing its practical results and strengthening bilateral coordination.

Implement in real earnest China-EU agreement on political dialogue and constantly improve and strengthen mechanisms of regular and irregular consultations at all levels.

Deepen relations with all EU members, including its new ones so as to maintain stability and continuity in the overall relationship between China and EU.

2. Strictly abide by the one-China principle

The one-China principle is an important political cornerstone underpinning China-EU relations. The proper handling of the Taiwan question is essential for a steady growth of China-EU relations. China appreciates EU and its members' commitment to the one-China principle and hopes that the EU will continue to respect China's major concerns over the Taiwan question, guard against Taiwan authorities' attempt to create "two Chinas" or "one China, one Taiwan" and prudently handle Taiwan-related issues. In this connection, it is important that the EU

Prohibit any visit by any Taiwan political figures to the EU or its member countries

under whatever name or pretext; not to engage in any contact or exchange of an official or governmental nature with Taiwan authorities.

Not to support Taiwan's accession to or participation in any international organization whose membership requires statehood. Taiwan's entry into the WTO in the name of "separate customs territory of Taiwan, 'Penghu, Jinmen, Mazu" (or Chinese Taipei for short) does not mean any change in Taiwan's status as part of China. EU exchanges with Taiwan must be strictly unofficial and non-governmental.

Not to sell to Taiwan any weapon, equipment, goods, materials or technology that can be used for military purposes.

3. Encourage Hong Kong and Macao's cooperation with EU

The Central Government of China supports and encourages the Hong Kong and Macao Special Administrative Regions in developing friendly relations and cooperation with the EU in accordance with the principle of "one country, two systems" and the provisions of the two Basic Laws and on the basis of equality and mutual benefit.

4. Promote the EU's understanding of Tibet

China encourages personages of various circles in the EU to visit Tibet and welcomes the support of the EU and its members to Tibet's economic, cultural, educational and social development and their cooperation with the autonomous region subject to full respect of China's laws and regulations. The Chinese side requests the EU side not to have any contact with the "Tibetan government in exile" or provide facilities to the separatist activities of the Dalai clique.

5. Continue the human rights dialogue

There are both consensus and disagreements between China and the EU on the question of human rights. The Chinese side appreciates the EU's persistent position for dialogue and against confrontation and stands ready to continue dialogue, exchange and cooperation on human rights with the EU on the basis of equality and mutual respect so as to share information, enhance mutual understanding and deepen cooperation in protecting, inter alia, citizens' social and cultural rights and the rights of the disadvantaged.

6. Strengthen international cooperation

Enhance China-EU consultation and coordination on major international and regional hotspot issues.

Strengthen China-EU cooperation at the UN and work together to uphold the UN's authority, promote its leading role in safeguarding world peace and facilitating economic and social development, particularly in helping developing countries eliminate poverty, improving global environment and drug control, and support UN's reform.

Advance the process of Asia-Europe cooperation. China and the EU should work together to make ASEM a role model for inter-continental cooperation on the basis of equality, a channel for exchange between the oriental and occidental civilizations and a driving force behind the establishment of a new international political and economic order.

Jointly combat terrorism. Both China and the EU are victims of terrorism and are strongly opposed to all forms of terrorism. Both sides are also opposed to any linkage between terrorism and any particular country, nation, ethnic group or religion. China and the EU should keep in close touch and cooperation on counter-terrorism.

Jointly safeguard the international arms control, disarmament and non-proliferation regimes and step up consultation and coordination on the basis of mutual respect; strengthen exchange and cooperation on non-proliferation and export control and the prevention of weaponization of and arms race in outer space; jointly contribute to the resolution of the issue of anti-personnel landmines and explosive remnants of war; and enhance cooperation in implementing the international arms control treaties.

7. Enhance mutual understanding between Chinese and European legislative organs

The relations between the National People's Congress of China and the parliaments of EU member countries and the European Parliament are an important link in China-EU ties. The Chinese Government welcomes and supports the enhancement of exchange and dialogue between Chinese and European legislatures on the basis of mutual respect, deeper understanding, seeking common ground while shelving differences and developing cooperation.

8. Increase exchanges between political parties in China and the EU

The Chinese Government wishes to see an increase of exchange and cooperation between the Communist Party of China and all major EU political parties, parliamentary party groups and regional organizations of political parties on the basis of independence, complete equality, mutual respect and non-interference in each other's internal affairs.

II. The Economic Aspect

1. Economic Cooperation and Trade

China is committed to developing dynamic, long-term and stable economic cooperation and trade with the EU and expects the latter to become China's largest trading and investment partner.

To this end, it is important to:

Give play to the mechanism of the economic and trade joint committee and step up economic and trade regulatory policy dialogue; give attention to updating the Trade and Economic Cooperation Agreement Between China and the European at an appropriate time; properly address irrational restrictions and technical barriers, ease restrictions on high-tech exports and tap the enormous potential of technological cooperation and trade in line with the WTO rules; grant China a full market economy status at an early date, reduce and abolish anti-dumping and other discriminatory policies and practices against China, and apply the Transitional Product-Specific Safeguard Mechanism (TPSSM) prudently; and compensate the Chinese side for its economic and trade losses which may arise due to the EU enlargement.

Boost China-EU coordination and cooperation in the new round of WTO negotiations and work together for the success of the negotiations.

Strengthen dialogue on investment, promote the establishment of bilateral investment-promotion institutions, energetically encourage and guide mutual investments between enterprises of the two sides, and expand cooperation between their small- and medium-sized enterprises; develop processing trade, contractual projects and labor cooperation of various kinds and encourage transnational business operation and internationalized production.

China welcomes more EU development aid, especially in such fields as the environmental protection, poverty-alleviation, public health and hygiene and education. China also welcomes a stronger and more active role of the EU in human resources development, in particular, personnel training for China's central and western regions and build-up of China's capacity of participating in multilateral trading regime.

Step up cooperation in the area of quality supervision, inspection and quarantine, establish appropriate consultation mechanisms and, subject to the principle of ensuring safety, security, hygiene, health and environmental protection, promptly address and resolve issues which may adversely affect market access of each other's products.

Boost the customs cooperation and conclude a China-EU Customs Agreement in due course.

2. Financial Cooperation

China and the EU should launch a high-level financial dialogue mechanism, expand exchanges between their central banks on policies and deepen cooperation in preventing and managing financial crises and combating the financing of terrorism and money laundering. The Chinese side welcomes an expansion of China-related business by banks of the EU countries and hopes to see an appropriate settlement of the issue of Chinese financial institutions' access to the EU market.

The Chinese side will positively examine and consider applications of EU insurance institutions for business operation in China and improve its supervisory and regulatory regime in line with the Chinese insurance laws, regulations and statutes and China's WTO commitments.

Cooperation in securities legislation, market supervision and regulation, and investment operation will be strengthened and more EU securities institutions, fund management institutions and other institutional investors will be encouraged to enter into China's market. Chinese securities institutions will be encouraged to enter into the EU's securities market when conditions are ripe. In the meantime, Chinese enterprises will be strongly supported to raise funds in the EU's securities market.

3. Agricultural Cooperation

Exchanges between China and the EU in such fields as agricultural production, processing technology of agricultural produce and sustainable development will be intensified. The mechanism of the agricultural working group should be given a role to play. Bilateral cooperation between agricultural research institutes, universities and colleges as well as enterprises should be pushed forward. EU Enterprises are encouraged to take an active part in agricultural development in China's central and western regions and invest in such fields as agricultural high and new technologies, intensive processing of agricultural produce and development of agricultural infrastructure.

4. Environmental Cooperation

China-EU communication and cooperation in environmental protection should be stimulated and a mechanism of dialogue between the Chinese and EU environmental ministers launched. Framework documents on environmental cooperation should be formulated, and discussions held on the establishment of information network on environmental cooperation. Bilateral cooperation should be strengthened on such issues as environmental legislation and management, climate change, bio-diversity protection, bio-safety management, and trade and environment. Efforts should be made to jointly promote the implementation of the follow-up actions of the World Summit on Sustainable Development in Johannesburg. Non-governmental

environmental protection organizations are encouraged to develop mutual exchanges. EU enterprises are encouraged to gain more access to Chinese environmental protection market through fair competition.

5. IT Cooperation

The Chinese side would like to see the EU participation in China's IT promotion. The mechanism of the EU-China working group on information society will be strengthened. Exchanges and dialogue will be conducted on strategies, policies, rules and regulations of information society. Trade in IT products and industrial and technological cooperation will be actively boosted. Greater exchanges in intellectual property rights and technical standards will be encouraged. Cooperation in the field of "Digital Olympics" will be promoted.

6. Energy Cooperation

China-EU cooperation will be expanded in such fields as energy structure, clean energy, renewable energy, and energy efficiency and saving. Exchanges on energy development policies will be promoted. Efforts will be made to ensure a successful EU-China Energy Conference. The energy working group mechanism will be strengthened. Training on energy technology and cooperation in demonstration projects will be boosted to promote application and transfer of technology.

7. Transport Cooperation

A mechanism of China-EU regular meeting will be set up within the framework of the China-EU Agreement on Maritime Transport. Cooperation in maritime transport and other maritime fields will be developed and coordination and cooperation in international organizations such as the International Maritime Organization (IMO) will be strengthened. Bilateral exchanges will be deepened and broadened in respect of policies of inland river transport, navigation safety and shipping standardization. Cooperation and exchanges in highway technology and management will be expanded. Dialogue and exchanges on highway transport legislation will be strengthened.

China-EU exchanges in civil aviation will be deepened. Chinese and EU enterprises are encouraged to strengthen their cooperation on production, technology, management and training.

III. The Education, Science-Technology, Culture, Health and other Aspects

1. Cooperation in Science and Technology

It is essential to promote China-EU scientific and technological cooperation on the

basis of the principles of mutual benefit and reciprocity, sharing of results and protection of intellectual property rights. Joint development and cooperation on generic technologies and major technical equipment should be stepped up and Chinese institutions are encouraged to participate in the EU Framework Program for Research and Technological Development. China will, on the premise of equality and mutual benefit and a balance between interests and obligations, participate in the Galileo Program and enhance cooperation in international "big science" projects. Full play should be given to the role of the Scientific and Technologic Cooperation Steering Committee and efforts should be made to ensure a successful China-Europe Science & Technology and Innovation Policy Forum. Cooperation between scientific and technological intermediary agencies of the two sides as well as the interflow and training of scientific and technological human resources should be encouraged. Support should be given to Chinese and EU enterprises in their involvement in scientific and technological cooperation.

2. Cultural Exchange

China will be more open in cementing and deepening its exchange and cooperation with EU members in the cultural field and work towards a multi-level and all-dimensional framework of cultural exchanges between China and the European , EU members and their respective local governments, and between their peoples and business communities so as to make it easier for the people of China and the EU to get to know each other's fine cultures.

China will establish Chinese cultural centers in capitals of EU members and the EU headquarters Brussels. On the basis of reciprocity and mutual benefit, China welcomes the set-up of cultural centers in Beijing by the EU side. China will encourage high quality cultural exchange activities and explore new modalities of cooperation in culture-related industries. Discussions will be held on the formation of a China-EU cultural cooperation consultation mechanism and the idea of jointly holding a China-EU cultural forum.

3. Cooperation in Education

Exchanges at all levels will be enhanced and expanded. It is necessary to establish a China-EU education cooperation consultation mechanism as appropriate and strengthen cooperation in areas including mutual recognition of academic credentials and degrees, exchange of students, language teaching, exchange of scholarships and teacher training. Work should be done to make a success of the China-Europe International Business School and bring forth more top professionals. The teaching of each other's languages should be encouraged and supported.

4. Cooperation in Health and Medical Care

Cooperation in the health sector should be strengthened, particularly in sharing experience of prevention and control of SARS, HIV/AIDS and other serious diseases. Efforts should be made to develop exchanges in clinical diagnosis and treatment, epidemiological investigation, analysis and surveillance, laboratory testing, R&D for medicines and vaccines, and training of medical personnel. Exploratory endeavor should be made for the establishment of a mechanism to keep each other informed and provide technical support in case of emergent public health hazards.

5. Press Exchange

Exchanges and cooperation will be boosted between the press and media communities of the two sides. Chinese and EU media agencies should be encouraged to enhance mutual understanding and give comprehensive and unbiased reports of each other. Relevant government departments or agencies of the two sides should enhance mutual contact and communication and share practices and experience in respect of government press release and the handling of government-media relations.

6. Personnel Exchange

People-to-people exchanges and those between non-governmental organizations of China and the EU should be encouraged. China is ready to conclude as early as possible agreement on designating EU countries as tourism destinations for outbound Chinese citizens in compliance with the principles of equality, reciprocity and mutual benefit.

China-EU consular cooperation should be strengthened and expanded. An early solution should be found through consultations to the problem of difficult access to entry visas by Chinese citizens and their impeded entry into EU countries. The legitimate rights and interests of travelers should be protected. Normal people-to-people exchanges between China and the EU should be ensured.

It is imperative to combat illegal migration and human trafficking, strictly enforce laws and crack down on illegal activities and crimes. The two sides should increase consultations and coordination and appropriately handle the question of repatriation and other issues arising there from.

IV. The Social, Judicial and Administrative Aspects

1. Cooperation in Labor and Social Security

China and the EU should strengthen cooperation on employment of legal immigrants and protection of the rights and interests of migrant workers and enhance coordination in international labor affairs. The two sides will negotiate and conclude a bilateral social security agreement and implement their joint social security

cooperation program as well as broaden exchanges in social insurance of various kinds.

2. Exchange in Judicial Field

It is necessary to continue with the China-EU cooperation program in the legal and judicial fields based on equality and mutual respect, broaden related areas of cooperation, enhance exchanges in judicial reform and other key areas and explore cooperation with respect to administration of justice in combating cross border crimes. The two sides should do more in sharing experience of legal supervision and explore the possibility of establishing a mechanism of annual meeting between their high-level judicial officials.

3. Cooperation in Police Affairs

The Chinese side will establish and strengthen exchanges with relevant EU agencies and EUROPOL, broaden substantial cooperation with law-enforcement organs of EU members and step up coordination in case handling and information sharing within their respective legal framework. The two sides should support and actively participate in UN peacekeeping and other activities.

4. Cooperation in Public Administration

China and the EU should share experience in transforming government functions and deepening personnel management reform, discuss the establishment of a China-EU cooperation mechanism on personnel and administrative management and conduct exchanges in civil service system building and human resources development.

V. The Military Aspect

China and the EU will maintain high-level military-to-military exchanges, develop and improve, step by step, a strategic security consultation mechanism, exchange more missions of military experts, and expand exchanges in respect of military officers' training and defense studies.

The EU should lift its ban on arms sales to China at an early date so as to remove barriers to greater bilateral cooperation on defense industry and technologies.

Information Office of the State Council
of the People's Republic of China

October 2003, Beijing

7.2. Country Strategy Paper 2002-2006 China²⁸¹ (COMMISSION WORKING DOCUMENT DER EU)

Table of Contents

Summary.....	
1. EC Co-operation Objectives	
2. Chinese government policy agenda	
3. Analysis of the political, economic and social situation	
3.1. Political situation.....	
3.2. Economic and social situation.....	
3.2.1. Economic situation, structure and performance	
3.2.2. Social developments.....	
3.2.3. Assessment of the process of reform.....	
3.2.4. Structure of public sector finances and main sectoral policies.....	
3.2.5. External aspects	
3.3. Sustainability of current policies	
3.4. Medium-term challenges.....	
4. Overview of past and ongoing EC co-operation, brief overview of China/rest of the world co-operation	
4.1. Past and on-going EC co-operation.....	
4.2. Programmes of EU Member States and others donors.....	
5. EC response strategy.....	
5.1. Principles and objectives for co-operation	
5.2. Priorities and specific objectives for co-operation	
5.2.1. Support to the Social and Economic Reform Process.....	
5.2.2. Environment and sustainable development.....	
5.2.3. Good governance and strengthening of the rule of law, Human rights.....	
5.3. Coherence.....	
5.4. Complementarity within EU	
5.5. Complementarity with other donors.....	
6. Work programme	

²⁸¹ http://www.eeas.europa.eu/china/csp/02_06_en.pdf

Summary

China, the world's most populous nation, experienced rapid economic growth over the last twenty years, which brought its GNP per capita to EUR 953 in 2000. It has engaged in a wide range of social and economic reforms that are moving the country away from a centrally planned to a market-driven economy. These reforms are at the root of China's economic growth and very significant reduction of poverty.

At the same time China has important challenges to face in the future. It is estimated that in 1998 around 130 million Chinese were still living below the poverty line as defined by the World Bank. The population will continue to increase at least until 2050, combined with an important ageing process significantly accelerated by the population control measures. Weak productivity in the agricultural sector and increased disparities between rural and urban incomes create the conditions for an accelerated urbanisation process. Vast reforms and restructuring of the industry and services sectors are needed in order to reach the productivity levels required by the openness of the economy, itself a precondition for the preservation of high economic growth rates. WTO membership will have a profound impact in accelerating this process. Unemployment, particularly in urban areas and inadequate social protection are threatening the social cohesion. The pursuit of sustainable development, including protection of the environment and control of illegal migration are issues of considerable Chinese and international concern. Challenges on all the above areas can only be met if there are also commensurate improvements in the areas of governance, democratisation and the transition of China to an open society based upon the rule of law and the respect for human rights.

The Chinese authorities are committed to promoting economic reforms, including opening the Chinese economy to the world. Significant resources are devoted to education and human resources development, promoting science and technology and also addressing as key priorities, regional and social disparities.

The key objective of the EU's policy towards China is to support the continued reform and transition processes and to engage China further in the international community and to integrate it further into the world economy, in line with the conclusions of the Commission's Communications of 1998 and 2001²⁸² and the resulting Council Conclusions. The co-operation strategy outlined in the present paper aims to support the implementation of these wide EU policy objectives. Taking into consideration the activities of other donors, the EU's own comparative advantages and possible added value in this area, the challenges facing China and the EU's own priorities, the paper concludes that the EC's co-operation programme should focus on three areas:

²⁸² 'Building a comprehensive partnership with China', COM (1998) 181 final of 25.3.1998 and 'EU Strategy towards China: Implementation of the 1998 Communication and Future Steps for a more Effective EU Policy', COM (2001) 265 final of 15.5.2001.

The first focus for EC-China co-operation will be to support and provide increased sustainability in China's economic and social reform process mainly through institutional strengthening and capacity building, human resources development and the promotion of a sound business regulatory framework and the transfer of know-how and technology in the private sector.

The second focus will be the promotion of sustainable development and assisting China to pursue a better balance between environmental protection, social development and economic growth. The EU could provide knowledge and expertise to assist China's pursuit of better environmental performance particularly where there is a global consequence, e.g. climate change. Expertise should also help identify a path of economic development, first to facilitate control over the causes of environmental degradation, then over the longer term, to progress towards reversal of the damage and improvement of the environment, and ways to upgrade bilateral co-operation on global environmental issues will be explored.

The third focus will be to encourage good governance initiatives, promote the rule of law, promote grass-roots democracy and the implementation of economic, social and political and civil rights and strengthening of the structures and processes that make up the fabric of a strong civil society.

Particular attention will be given to issues of global (international) importance such as protection of the global environment, use of energy and other resources, international migration, etc.

At the same time, the EC will specifically seek to integrate poverty reduction dimensions, the promotion of human rights (including economic, social and cultural rights), regional and social cohesion within China, and human resources development, including gender issues in all its co-operation activities. Information and communications technology will be incorporated where appropriate to improve projects and better meet development objectives. These themes can usefully be incorporated in, and contribute to the overall impact of practically all projects.

EC grants for co-operation with China from the Community budget (External Relations) will be around EUR 250 million for the next five-year period

1. EC Co-operation Objectives

Article 177 of the EC Treaty sets out the three broad objectives for Community development co-operation. These are:

- fostering of sustainable economic and social development,
- the smooth and gradual integration of the developing countries into the world economy and,
- the fight against poverty.

Article 177 also states that Community policy should contribute to the general objective of developing and consolidating democracy and the rule of law and encouraging the respect of human rights and fundamental freedoms.

Council Regulation (EEC) N. 443/92 of 25 February 1992 on financial and technical assistance to, and economic co-operation with, the developing countries in Asia and Latin America (ALA Regulation) applies to China. The emphasis is on strengthening the cooperation framework and on making an effective contribution, through institutional dialogue, economic and financial co-operation, to sustainable development, social and economic stability and democracy.

The initial basis for the EU-China relationship was the 1985 Trade and Economic Cooperation Agreement between the then European Economic Community and the People's Republic of China (PRC). This provided for an annual EC-China Joint Committee meeting, which includes several sectoral Working Groups. In addition, a political dialogue has been developed, including annual EU-China Summits and human rights dialogue. The Commission issued a new Communication 'Europe and Asia: A Strategic framework for Enhanced Partnership' on 4.9.2001. Three Commission Communications on China have so far been produced: A Long-term Policy for China-Europa Relations in 1995, Building a Comprehensive Partnership with China in 1998, and 'EU Strategy towards China: Implementation of the 1998 Communication and Future steps for a more effective EU policy' in 2001.

The EU's overall policy objectives towards China stated in the 1998 and 2001 Communications are:

- engaging China further in the international community, mainly through an upgraded political dialogue,
- supporting China's transition to an open society based upon the rule of law and respect for human rights, and
- integrating China further in the world economy by bringing it more fully into the world trading system and by supporting the process of economic and social reform,
- making better use of existing European resources, and
- raising the EU's profile in China

The key message of the 1998 and 2001 Communications, concerning co-operation, was the need for EC-funded co-operation programmes to be more closely linked with the EU's broader China policies. The first objective of the EU's overall policy as mentioned above (further integrating China into the international community through an upgraded political dialogue) is partially and indirectly supported by co-operation activities in the areas of the rule of law and the respect of human rights which were developed along with the EU-China dialogue on human rights. Thus, co-operation during the last three years has concentrated increasingly on promoting initiatives providing concrete assistance to the transition process of the country and to the economic and social reforms. Integrating China into the world economy has taken on a new dimension with China's WTO membership and the projects already under implementation in that area.

The overall policy objectives of the EU and the important role of co-operation in supporting the EU's broader policies were given emphasis again in the first report on implementation of the 1998 Communication issued by the Commission in September 2000²⁸³.

In a country with the size and complexity of China, improved living conditions will continue to result, to a great extent, from continued high growth and openness towards the world economy, provided the government maintains its strong commitments towards poverty reduction, and continues with strong measures to bring the benefits of growth out to poor communities, and into social programmes, particularly in the fields of education and health. Reform, liberalisation and openness should spur further changes and cement the progress that has already been achieved.

The overall objective of EC_co-operation with China will therefore continue to be to support the transition process and the sustainability of the economic and social_reforms_ while integrating China_further in the international community and world economy.

2. Chinese Government Policy Agenda

China is pursuing its move from a highly centralised economy to that of a market economy through a number of reforms in the economic, social and legal fields. Prime Minister Zhu Rongji stressed during the National People's Congress (NPC) of March 2000 that: "Development is the absolute principle and the key to solving the problems we are facing. Only by sustaining rapid economic growth on the basis of better performance can we mitigate the operating problems facing enterprises, lighten unemployment pressure, make structural adjustments possible and deepen reforms. This is also essential in order to increase state revenue, prevent financial risks and maintain social stability."

The government appears to be committed to continuing the ambitious reform projects

²⁸³ COM(2000)552 final of 08.09.2000.

announced in 1998. These include the restructuring of state-owned enterprises (SOEs) and the reform of the administration. Although progress is slower than initially planned, the government reiterated the commitment to reform during the NPC annual meeting in March 1999 and took the same line in 2000 and 2001.

China has also put in place a large-scale poverty reduction programme (1992-2000) (see 3.2.1 below) which has just been reviewed in collaboration with UNDP, the World Bank (WB) and the Asian Development Bank (ADB). A new poverty eradication strategy is currently being formulated for the period 2001-2010/20. The government is shifting from a welfare approach towards an economic integration approach for the poor.

In March 2001, the National People's Congress agreed on the tenth's five-year plan for 2001- 2005.

Unlike previous plans, the new one is no longer a detailed macro-economic management tool with quantitative targets (only very general ones: maintaining a relatively rapid speed for economic development, further economic restructuring, and improving economic growth, quality and efficiency. The quantitative target is to double the GDP in 2010 compared with that of 2000.). Thus the document resembles forecasts or state of the Union addresses of Western governments. Nevertheless, the five-year plan outlines key objectives and policy priorities.

Key elements of the plan include:

- . the reform of SOEs and a new social security system as well as building up a modern corporate system for SOEs and establishing a sound social security system.
- . support for foreign investment, continuing the opening-up policy, and accession to the WTO. The service sector should be further developed and competitiveness of the domestic industry in all sectors should be increased.
- . in the agricultural sector, particular attention should be paid to guarantee a stable supply of grain and continue to increase farmers' income.
- . environmental protection should be strengthened. New legislation has been adopted and the importance of ensuring environmental protection while developing the Western regions has also been stressed, notably where strategic environmental assessment of new plans is concerned.
- . education, science and technology should be further developed to support the improvement of the quality of life and to support industrial sector reform, enterprise innovation and private sector development.
- . government reform should continue. The government will need to change to meet the demands of the market economy and the rule of law will need to be strengthened. The government sees strengthening discipline among Party members and fighting corruption as priorities. Ideological principles are reaffirmed.

While a number of these targets takes up the objectives of the ninth five-year plan

and the crucial underlying objectives of maintaining a relatively rapid speed of economic development, further economic restructuring and improving economic growth, quality and efficiency while maintaining the leading role of the Communist Party, there are some remarkable new accents:

- Social problems are to be addressed through economic opening, innovation and information technology.
- Emphasis is put on the raising of the living standards of the rural and urban populations as a means to resolve the tensions between economic development and the increasing socioeconomic disparities (the gap between rich and poor is important and widening, with the average urban income 2.8 times its rural counterpart, and urban incomes rising by 7% in 2000 while rural incomes rose by only 1.9%) and the regional gap (GDP in the Western regions is 200-300 USD lower than the national average). A number of the listed measures of social and economic reform, infrastructure development, education, stimulation of growth and consumption are now explicitly focused on this target.
- In the political realm, the strengthening of popular participation (practised for the first time during the very preparation of this five-year plan through a widespread consultation of the population by the State Development Planning Commission) goes beyond earlier formulations about transparency and consultative political dialogue. Concrete efforts to strengthen the control powers of the “People’s Congresses” (local, provincial, national level Parliaments), and competitive local elections are part of this development. The importance of the rule of law has been stressed, strengthening discipline among Party members and fighting corruption also being among the priorities.

The Development of the Western regions – an element of the 10th Five year-plan, but also detailed in special documents – is a high priority for the Chinese government, aimed at addressing the backward economic and social development of the country’s Western regions, as well as the huge environmental challenges, such as accelerating desertification and destruction of biodiversity. Western regions are also important with respect to the intended future exploitation of minerals since, in some cases, up to 70% of national reserves are situated in these regions. China’s government considers that growth is essential for poverty reduction and enhancing social stability. The “Great Western Development Strategy” is conceived as an answer to a number of national issues: expanding effective domestic demand and maintain sustained, rapid and sound economic growth; furthering of controlled urbanisation; re-adjustment of regional economic structures, especially the balance between the rural economy and ecology; environmental protection; access to education and the improvement of the country’s overall economic performance.

Besides large public infrastructure investments (West-East gas pipeline,

Qinghai-Tibet railway, South-North water diversion, electricity grids, highways, airports), fiscal measures and incentives are aiming at attracting foreign investment (detailed in the Priority Industrial Catalogue of Foreign Investment in the Central and Western Region), but no new special economic zones were created. Market forces are to play an important role in this development strategy, the duration of which roughly coincides with the transition periods for full compliance with WTO rules (last chance to use existing government market regulation before the full impact of liberalisation).

Not least, China sees the Strategy as enhancing national unity and the security and social stability in the border areas. Critical observers fear for Han Chinese migration into ethnic population areas and exploitation of natural resources rather than local development.

China has given high political priority to combating illegal migration and the trafficking in human beings. The EU has responded positively to the request of Prime Minister Zhu Rongji to promote co-operation in these areas.

3. Analysis of the Political, Economic and Social Situation

Political situation

Domestic

The political situation in China is characterised by an effort by the ruling Communist Party of China (CCP) to redefine its role in a situation of rapid economic and social change. The CCP retains its monopoly on political power and still does not tolerate direct challenges to its authority.

China has been ruled by the CCP since 1949. The basic political structure of the country remains that of a one-party state. The highest formal organ of power is the seven-member Politburo Standing Committee, currently headed by the General Secretary of the CCP, Jiang Zemin. Jiang is also the President of China and Chairman of the Central Military Commission. Other important institutions are the State Council, led by the Prime Minister and the National People's Congress.

A major leadership change is to take place at the Communist Party's 16th Congress in the autumn of 2002. Five out of seven full members of the Politburo are due to be replaced, as well as more than half of the around 200 members of the Party's Central Committee. The current top leaders of China are expected to step down and to be replaced by representatives of the so-called "fourth generation", which consists of leaders in their mid-50s to early 60s. Whatever tensions leadership changes may create, continuity can be expected as regards the emphasis on maintaining political stability while pursuing economic reform.

With respect to the ongoing reform, the importance of the rule of law in the process

of China's modernisation and in view of the country's further integration into the international community is continuously emphasised by the Chinese authorities and by the Chinese media. Relevant provisions have been added to the Constitution in 1999. There are clear indications that the construction of a more open legal system is under way in China, be it in the fields of administrative, civil or criminal law where reforms are pending. The need to establish a comprehensive legal framework is now felt more strongly by Chinese legislators in view of WTO accession.

The fight against corruption is seen as an important element of reforms. It also appears as a condition for the survival of the Party's control of power. Corruption in its ranks is a source of erosion of CCP legitimacy. Particularly severe penalties are given to high officials found guilty of corruption.

Limited political reforms have come back onto the agenda over recent years, with initiatives to introduce a greater degree of grassroots democracy to expand citizen's participation in local politics, and thereby make officials more responsible and CCP rule more acceptable and adaptable. Plans are said to be under consideration to elevate the experiment with direct suffrage from the level of villages to larger towns.

Economic reforms have improved living conditions for many Chinese, and have introduced an increased degree of freedom and self-determination in key areas of social activity, such as education, housing and travel and have led to an improvement in economic and social conditions for many Chinese.

However, China's human rights record is still far from meeting internationally recognised standards in the areas of civil and political rights which continue to be major concerns for the EU together with rights of minorities in certain areas such as Tibet and Xinjiang. China has endorsed important UN conventions and resolutions, notably the UN Covenants on Economic, Social and Cultural Rights and on Civil and Political Rights, signed respectively in 1997 and 1998, which remain the cornerstone for improving the situation of individual rights in China. The former was ratified on 28 February 2001, with an important reservation concerning the freedom to establish trade unions.

International politics

On the international stage China, as a permanent member of the UN Security Council, has been increasingly engaged and assertive over the past few years, aiming to affirm its international role and foster an environment allowing for sustained economic growth. In many respects, China has tended to take a constructive approach while pursuing its interests. For instance, China's efforts to broaden its regional influence and contribute to regional developments have been evident in moves to develop closer ties with the 10 members of the Association of South East Asian Nations (ASEAN). China has also been instrumental in helping to bring about rapprochement on the Korean Peninsula. But unresolved territorial/border disputes remain sticking

points (for example, Indian, Tajikistan and Russian borders, Spratly Islands, Senkaku Islands).

China and the US have growing mutual commercial interests, but face difficult political differences over issues such as Taiwan, human rights, and US plans for a Nuclear Missile Defence system. Tensions between the US as the dominant superpower, and China as a growing military and economic power, are likely to occur regularly for the foreseeable future.

Relations with Japan are historically difficult and at times tense. Anticipated Japanese aid-cuts, trade frictions, security concerns, and implications of developments in USChina relations could put further stress on Sino-Japanese ties in the years to come.

China is seeking a new strategic partnership with Russia, developing economic ties, including energy, and pursuing arms purchases. This reflects China's interest in supporting global multipolarity and resisting perceived US hegemony. Relations are likely to intensify over the coming years, while tempered by historical mistrust and the development of both sides' relations with the US.

China and India share many concerns, including the spread of political Islam, and they may see much prospective co-operation in WTO, once China joins, in promoting a 'development' agenda. But the engagement remains uneasy and fragile. Border disputes continue, and economic competition may eventually narrow the scope for cooperation within the WTO.

A first Sino-African Summit was held in October 2000, indicating that China is in the process of defining broader strategic interests for itself, including a strengthened role as a spokesman for the developing world. China has also become increasingly vocal on developments in the Middle East, where it seeks to demonstrate its role as a significant player and to develop commercial ties.

Against the background of these international developments, engaging China consistently and coherently on all major issues of international concern, supporting its political and economic integration into the international community and encouraging it to work in a constructive manner with the EU in addressing international, regional and transnational challenges remains a priority for the Union.

Economic and social situation

China has 1.266 billion inhabitants, around 20% of the world population. Population growth has slowed to 1.07 % per year over the last ten years.²⁸⁴ The current forecast for 2020 is 1.48 billion.

²⁸⁴ Results of the national census carried out in late 2000.

China's land area is 9.597 million square kilometres, or almost three times that of the EU. Of that, 250,970 km² is inland water. Only 16% of the land is cultivated. 70% is mountainous. Coastline is ±14,000 km. Land frontiers total 22,143 km. The population density varies from an average of 400 per square kilometre in coastal regions to 10 per square kilometre in the western parts.

Relevant socio-economic indicators are shown in Annex 1.

3.2.1. Economic situation, structure and performance

With a GDP of EUR 1207 billion in 2000, China has positioned itself as the world's 7th largest economy. This is the result of an exceptionally rapid economic growth over the last 20 years, during which the official average annual growth rate is estimated to have been around 10%. The concept of a market economy, now incorporated in China's constitution, has allowed new enterprises to start up and flourish. A large part of the urban labour force is still employed in state-owned enterprises (SOEs), but the Chinese leadership made clear in the 1999 amendments to the Constitution and in the proposal for economic development in the next five-year plan, that the private sector should be further supported, to boost the national economy and absorb workers laid off in the process of SOE reform.

In terms of GDP per capita China ranked as 129th on the World Bank's list of 210 countries in 1998, and has reached a level of EUR 953 per capita in 2000. Foreign reserves are ± USD 183.9 billion. The share of the population below the national Chinese poverty line has successfully been reduced, from 6% in 1996 to 2.5% in 1999. The same trend appears when the World Bank poverty threshold of USD 1 per day disposable income is applied, with the number of poor people having been halved between 1992 and 1998. Their number under this criterion still amounted to around 130 million in 1998.

This development is impressive and reflects the success of the efforts of the last two decades in reducing poverty and improving the economic situation. But it is also clear that developments have been very uneven between rural and urban areas, and between the western and the eastern regions. In addition, productivity in the agricultural sector remains very low and thus of concern.

Until now, the Chinese government's strategy for the reduction of poverty focused on a limited geographic area, and the objective was to raise average incomes in 592 designated poor counties through a variety of micro- economic interventions. The objective was to lift 10 million people out of poverty each year. The government provided public funds and credit which amounted to almost USD 3 billion in 1999 and to USD 20 billion since 1986, with subsidised loans representing half the total funding. This central government funding is supplemented by provincial and lower level poverty funds.

China estimates that GDP per capita of the western regions (12 provinces and autonomous regions²⁸⁵) is USD 200-300 lower than the country's average. There is a growing number of poor people in the cities, as a result of large population movements from rural areas to major urban centres. The number of unemployed has increased due to the restructuring of the SOEs and the public sector.

These inequalities and difficulties represent potential sources of macroeconomic and social instability. As shown in section 2., above, the Chinese authorities are aware of the problems, and concerned about the risks they present.

3.2.2. Social developments

The demography of the Chinese population, including its ageing process and an annual increase of around 15 million people²⁸⁶, shows the importance of ensuring social welfare and stability for truly sustainable development, both for the new labour force entering the market and for the retired people.

The government is committed to increasing access to, and the quality of, basic services. As a consequence of these efforts, there have been real achievements in food security, nutrition and sustainable agriculture in the last decade. China feeds one-fifth of humankind on 7% of global arable land resources. The health situation has improved, the child mortality rate has declined, and life expectancy has increased by 10 years in the last two decades. Nevertheless, China faces a real challenge in combating communicable diseases, such as tuberculosis and HIV/AIDS. AIDS has slowly been recognised by the Chinese government as a major concern, notably after a number of tainted blood scandals in several provinces. Although the number of reported AIDS cases is still low, the estimated adult HIV prevalence is 600,000, and could rise to 10 million cases by 2010 without adequate control programme.²⁸⁷

In basic education, China has broadly achieved the goal of universal enrolment, even though some discrepancies can still be noted between western and eastern provinces, access to school for minorities as compared with the Han majority, and for girls as compared to boys. Education policy has shifted from a quantitative emphasis to a qualitative one, with the focus now on restructuring senior secondary education in a more vocational direction, and on strengthening higher education.

Some recent trends or figures reveal potential difficulties for the medium term. The decline of the rural co-operative medical system affects the rural population, while in urban areas, former SOE employees have lost the social benefits attached to their

²⁸⁵ Xinjiang, Chongqing, Sichuan, Guizhou, Yunnan, Tibet, Shaanxi, Gansu, Qinghai, Ningxia and Inner Mongolia and Guangxi Autonomous Regions.

²⁸⁶ See Annex 1.

²⁸⁷ UN estimate based on official estimates by the Chinese Ministry of Health and the Chinese Academy of Preventive Medicine.

previous employment.

Government health spending has sharply decreased, and other changes in the medical insurance system have led to a reversal in the proportion of people medically insured, compared to those without insurance. According to World Bank figures, the uninsured population rose from 29% in 1981 to 79% in 1993. Continuing reforms will most probably exacerbate the situation. The rapid development of a comprehensive and effective social security system, covering the fields of health, unemployment, and retirement schemes, is therefore vital and is among the top priorities for the coming years.

Development of new employment opportunities in urban areas and income generating activities in rural areas are also essential to ensure sustainable development and social cohesion.

3.2.3. Assessment of the process of reform

The economic reform process has exposed China to a number of challenges, some of which are mentioned in the preceding sections. Nevertheless, China has been able to cope better with the difficulties, and increased the standard of living of its citizens faster, than most other economies in transition.

The reform agenda and the plans for its implementation_ have generally been considered sound and successful by the international community. The reform process has been widely considered as the enabling condition that has allowed China to reach impressive and sustained growth levels during the last two decades. Among_the greatest tasks remaining are:

- the continuation of SOE reform, which now has reached its “hard core” of large urban SOEs;
- the rationalisation of the financial system, and particularly the banking sector which has accumulated considerable bad debts and a huge exposure to embattled SOEs;
- addressing rising unemployment, which now seems directly affected by the reform process. WTO accession will be an important factor in this respect. While expected to have a positive influence in the medium- and long-term, both on the competitiveness of the Chinese economy and on the overall employment_situation, it will add some pressure in the shortterm, particularly on some segments of the labour market,
- addressing increasing social and regional inequalities, and the increasing inequalities of income between cities and countryside, already mentioned above (section 3.2.1).

It should be pointed out that the impressive growth of the past years has in great part been achieved because of the rapid development of external trade and foreign direct investment (FDI), which were in fact chosen by the Chinese leadership as driving

forces at the beginning of the process of reform (through the adoption of various *DG_ KRF* preferential policies and measures). In 1999 foreign trade amounted to around 36% of GDP, and FDI to 4% of GDP. In addition, another factor which substantially contributed to the impressive growth rate of the last years has been the progressive removal of various inefficient internal economic restrictions which were in place at the beginning of the reform policy in the late 70s, directly affecting the domestic trade and business environment. At present the answer to new needs and new challenges of economic growth cannot be met with the still indispensable further development of these 'traditional' pillars of the economic reform and openingup, foreign trade and foreign direct investment; a combination between these traditional and new ways to a more even and sustainable development must be explored.

The government intends to continue the reform process. Traditional top-down imposed reforms within the context of a centrally controlled economy are being progressively replaced by a method relying more on market forces and competition (including WTO membership) combined with stronger and more direct involvement of the authorities on issues addressing the challenges of social and regional cohesion. Important medium-term objectives of the government reform policies include continued restructuring of the SOEs and the financial system, strengthening the industrial sector by exposing it to more foreign competition and also development of the Western regions, and creation of a basic social security system.

3.2.4. Structure of public finances and main sectoral policies

A major challenge for China is to improve the generation of revenue for the central authorities, as the success of the reform programme depends very much on the capacity to finance it. Fiscal policy reform is needed to increase tax collection, and to enable transfer of resources from richer to poorer regions. In recent years the state budget has shown an official deficit equivalent to 1-2% of the GDP. However, fiscal stimulus measures deemed necessary to maintain a high growth rate in the face of flagging domestic consumption increased the deficit to 2.8% of GDP in 2000. As the deficit is expected to remain around that level in 2001 and 2002, the sustainability of China's fiscal situation is not endangered in the short term.

The government is implementing a three-year financial reform, aiming to establish a regulated, binding and effective management system of financial expenditures which meets the demands of market economic development.

However, the banking system in China is still directly involved in the financing of government spending, despite the gradual transformation of the four big state-owned banks into commercial banks. About 80% of bank loans are to SOEs, and banks have not fully abandoned their practise, driven by political considerations, of extending credits to shore up foundering SOEs. The unfinished reform of the banking system and its present poor performance – estimates of non-performing loans range between

25 and 50 % of all outstanding loans – significantly constrain the effective reform of the SOEs, the growth of the private sector and of national and foreign investment.

3.2.5. External aspects

China is the world's 10th largest exporter with an export value of approximately 20% of its GDP. It runs a large trade surplus which, according to World Bank statistics, reached its highest level in 1998 with USD 43.5 billion, went down considerably in 1999 (USD 29.2 billion), as import growth outpaced export growth substantially, and continued to decline, for the same reason, in 2000 (USD 24.1 billion). The mainstay of Chinese exports are still traditional, comparatively low-end products, such as garments, toys and furniture, but the recent growth in exports comes from high-technology products like computers, mechanical and electronic products, and consumer electrical appliances.

Imports in 2000 have risen even faster than exports, although from a lower level, partly because of adverse terms of trade as certain key commodity prices, mainly oil, were up strongly. However, imports have been much more tightly controlled by administrative rules and quotas than exports.

EU-China trade has developed remarkably since China began its open-door policy in 1978. Today, China is the EU's 4th trading partner, and the EU is China's 3rd trading partner. Overall trade in 2000 was worth EUR 95 bn. The EU's small trade surplus in the 1980s turned into a deficit in the 1990s, which reached a record level of EUR 44.6 billion in 2000, the EU largest deficit with any trading partner (China for the first time surpassed Japan in this respect in 2000). Key trade statistics can be found in Annex 2.

After over 15 years of negotiations, China is expected to enter WTO in the near future. Following bilateral agreements with a number of WTO members, including the US in late 1999 and the EU in May 2000, multilateral negotiations were concluded in September 2001. WTO members are expected to endorse China's accession at their November Ministerial in Doha, opening the way for accession in late 2001 or early 2002. China's accession to the WTO will benefit both China's and the EU's economies and bring increased confidence to EU investors in China. There is, however, an opposition to market-opening measures from bodies with vested interests (such as some central ministries and domestic industries). Even under WTO membership, certain tariffs and other barriers to market access will remain, although many will be removed or reduced, in some cases gradually over several years.

The 1999 balance of payment data show a large trade surplus, but services and income accounts are in deficit, for a current account surplus of USD 16 billion. The 2000 surplus shrunk to USD 9.8 billion.

Over the last ten years, China has attracted large amounts of foreign direct investment (FDI), making China the third largest recipient of FDI after the United States and the EU. Flows of utilised FDI for the year 2000 amounted to USD 41 billion, and aggregate utilised FDI stood at over USD 350 billion. Since 1998, the EU has been the biggest foreign investor in China (excluding Hong Kong).

The Chinese total external debt of USD 168 billion in 1999 represents only 17 % of GDP, which is low compared to most other countries. Furthermore, the Chinese currency reserves are the second largest in the world, and of about the same size as its external debt. China has declared that full convertibility of its currency is the ultimate goal. Since 1997, there is a *GH_IDFWR*_ convertibility on current account, in conformance with the IMF agreement, but reform on capital account is progressing only slowly. China does not participate in any regional integration initiative that has any significant direct impact on its economy.

3.3. Sustainability of current policies

The Chinese government attaches major importance to the sustainability of its policies. This concern is well reflected for example in the Development Assistance Framework for China (2001-2005) prepared by the United Nations country team in China and the government mirror team.

Chinese has made substantial efforts to UHGXFH_ SRYHUW_ over the last two decades (see section 3.2.1, above). The success of these efforts is witnessed by the significant number of people that have been lifted from absolute poverty. According to World Bank statistics, this number has been halved between 1992 and 1998.

Nonetheless, 130 million remained under the poverty line in 1998, and large disparities remain between rural and urban areas, and between the western and the eastern regions.

The sustainability of China's continuing efforts invested in direct poverty reduction programmes will depend on the success of the wider economic reform process, including in the areas of social security reform and the development of the Western regions.

On the environment side, China has become increasingly aware of the environmental liabilities implicit in the upgrading of its industrial performance, as well as of China's impact on the global environment. Estimates of the cost of pollution to China's economy range from 3% to 8% of GDP²⁸⁸. It is now seeking to reconcile rapid growth, sustainable production and consumption patterns, and preservation of the environment. China has devoted an average of 0.86% of its GNP to the

²⁸⁸ E.g. SEPA: 4.5%; World Bank: 7.1% (other estimates, e.g. Smil and Mao Yushi, 1998, go as high as 18%).

improvement of the environment during the period 1996-1999, up from 0.73% during the 8th Plan period²⁸⁹. The new target for the 10th Plan period will rise significantly to 1.3%, some USD 90 billion.

Mastering the degradation of the natural environment and then gradually reversing the damage, while increasing efforts to preserve what can be preserved at this point, remain key priorities in China, and are included as such in the 10th Five year Plan.

China has promulgated an over-arching Environmental Protection Law, and during the period 1996-2000, four major regulations have been amended/formulated. In addition, 427 national environmental protection standards have been approved, forming a broad set of environmental laws. The decision in March 1998 to bundle responsibility for all environmental issues and policies with the State Environmental Protection Agency has set the scene for more rapid implementation of a comprehensive approach on China's environmental problems. Capacity to improve effective implementation and enforcement of environmental laws is set to be upgraded over the period of the 10th Five Year Plan. China also devised a National Agenda 21, approved in March 1993, after the Rio 'Earth Summit'. It sets the goal of increasing investment in environmental protection to 1.7% of GDP by 2010, up from 0.7% today. Nonetheless, the inertia exerted by China's mass, coupled with the time which nature takes to repair itself, means that changes will only become effective gradually.

Illegal migration and trafficking in human beings is another issue of major international concern. Human trafficking has emerged as a new worrying trend in China. In East Asia, China is the largest source of unskilled labour and there are indications that up to 300,000 to 400,000 Chinese are estimated to migrate annually. Although, per definition it is difficult to collect firm data, up to 200,000 Chinese migrants are believed to be smuggled illegally by organised rings into various countries, including European Union Member States.

The reinforcement of the fight against corruption and the transformation of the administration at all levels into an accountable and effective one are amongst the government's priorities. Good governance issues and strengthening of the rule of law are also considered as priorities to reinforce the sustainability of the reform process. Numerous announcements and concrete measures have been taken by the government to improve the situation. The concept of the rule of law is incorporated in the Constitution and legal reform continues, including development of remedies for citizens against government agencies and functionaries. However, a truly independent judiciary and accountable government organs do not yet appear within reach.

Medium-term challenges

²⁸⁹ Source: Zhu Guangyao, Vice-Minister of SEPA, Dec. 2000.

Prospects for future growth are good. However, China needs to maintain high growth rates, comparable to those prevailing during the past 20 years, in order to respond to the rapidly increasing aspirations of its people and to succeed with the requirements of the economic and social reforms under way.

The success of the overall process of economic and social reform is a key objective of the Chinese government and at the same time a key priority of EC-China co-operation.

In its efforts to assure the success of social and economic reforms and minimising the side effects China is confronted with a number of very significant challenges.

Particularly important are those resulting from the transition to an open economy, liberalisation of trade and accession to the WTO; others include the continuing restructuring of the SOEs and the civil service, increasing unemployment, expanding social and regional inequalities, increased disparities between rural and urban incomes, extensive internal migration and urbanisation, resulting social tensions, and risks of instability. The difficult process of economic and social reform puts an enormous strain on human resources the development of which represents a significant bottleneck for the continuation of reforms. Of particular importance is the development of a sound business regulatory framework and the transfer of know-how and technology to the private sector which should generate growth and employment.

Environmental issues are a key concern to the Chinese government as a precondition for the sustained economic growth, affecting future social stability. In addition, several environmental issues are topics of global concern, where China's participation is important.

Similarly, the growing threat of HIV/AIDS shows no signs of abating and may also become a serious issue, affecting other development goals in China, as well as regionally.

Finally, while several of the challenges presented above are basically similar to those facing many other developing countries, solutions to these challenges will have to be found within a political structure unique to China. Issues of good governance, the promotion of the rule of law, the promotion of economic, social and political rights, the promotion of the development of democracy and of civil society are issues of particular importance. WTO accession will give particular emphasis to the importance of the promotion of the rule of law in economic and social areas.

All the above represent key challenges for the development of China in the mediumterm and are recognised as such by the Chinese government. In some of these areas the EU has accumulated considerable co-operation experience with China

and can thus claim to have some comparative advantages vis-à-vis other donors.

4. Overview of past and ongoing EC co-operation, brief overview of China/rest of the world co-operation

The total value of foreign aid to China is estimated to be USD 5-6 billion per year, if all forms such as soft loans, grant aid, and technical assistance are added up. This represents less than 1% of Chinese GNP and around 12% of FDI in 1997. China has operated its own foreign aid programme for developing countries, mainly in Asia and Africa, for many years.

The EC's counterpart for most co-operation programmes is the Chinese Ministry of Foreign Trade and Economic Co-operation (MOFTEC). Strategies and outlines of programmes are generally discussed in various specialised groups and an indicative list of projects is agreed between the EC and the Chinese government during annual talks. Technical assistance is a major component in most EC co-operation activities with China. One or more Chinese organisations are usually involved in the implementation of projects.

4.1. Past and on-going EC co-operation

In 1996, the Commission and MOFTEC took a strategic decision to move away from individual infrastructure and rural development projects, to a broader range of projects aimed at supporting the overall reform process and putting a clear emphasis on human resource development. This shift, which reflects China's development from a traditional developing country to an economy in transition, was aimed at underpinning the Chinese government strategy to accelerate economic, social and administrative reform, and China's integration into the world economy. The most immediate needs formulated by China since then have been capacity building, mainly through training of top officials and the upcoming business elite, policy advice and capacity building for the complex reforms in the legal system, social security, enterprise reform, financial services, as well as preparation for WTO accession. Reversal of environmental degradation and prevention of further environmental damage during the reform process was identified as a key area for co-operation, not least because of widespread popular concern. The success of the reform process is perceived by both the EU and China as the critical factor in increasing living standards, enhancing social stability and integrating China into the world economy and the global policy. As a consequence, most on-going or ready-to-start projects fit under the priority fields identified in this strategy. Details can be found in Annex 3.

Beyond China-specific co-operation, China is also a beneficiary in a number of regional programmes (e.g. Asia-Invest). China-related activities are also supported in the framework of wider EC initiatives such as the Fifth Framework Programme on

Research and Development. The Commission also supports actions in specific fields such as environment or information technology and the fight against AIDS. Furthermore, the Commission co-funded projects in the social field with European non-governmental organisations. The actions are proposed for funding by the NGOs in response to a call for proposals launched by the Commission twice a year. At present a total of 3 projects are financed in China, for a total amount of EUR 4 million.

Every important EC-China project has been evaluated. Lessons drawn include the following:

- The best co-operation form seems to focus on policy advice and support to the reform process, as this strategy is in line with the top-down approach of Chinese reforms and government practice in general.
- Human resources development, transfer of know-how and European standards and practices are horizontal tools which ensure sustainable and long-term added value. "Investment in minds rather than machines" is a proven strategy to increase investment yields in general, and the results of a number of those projects in China have proven the efficiency of this strategy.
- The question of EC project/programme delivery capacity and faster implementation is crucial. Devolution of project management to the Delegation together with a concentration on a few selected priority sectors and, within each sector, on fewer (but larger) programmes should address this objective.
- The project identification process should involve Chinese counterparts more closely, to allow for increased ownership of projects and therefore increased sustainability. The consultation phase should start before the feasibility mission, and be extended through the life cycle of the projects, notably during evaluations.

4.2. Programmes of EU Member States and others donors

The World Bank is by far the largest aid donor to China, which was the Bank's largest recipient from 1992 to 1997. Other important multilateral donors are the Asian Development Bank and the UNDP. The largest single bilateral donor, Japan, has provided over USD 20 billion over the years (mostly as loans), followed by Germany, with net ODA of USD 382 million in 1997 alone.

Details of aid disbursements and commitments to China, according to the OECD/DAC, are attached (Annex 4).

EU Member States and European Investment Bank co-operation

Almost all Member States have bilateral co-operation programmes. Co-ordination between EC and Member State donors is ensured mainly via the ALA committee and via the EC Delegation in Beijing.

Belgium had limited co-operation in China, mainly in the education sector and an important development programme in Shaanxi. In 1998, the Belgian government

streamlined its co-operation activities and now concentrates its funding on 25 third countries excluding China. Denmark's bilateral support is concentrated on projects in the areas of education, legal and judicial as well as human rights training. In addition, it provides a substantial amount of soft loans in the environment sector. Germany appears as the most important EU donor and is now concentrating its programmes on the fields of support for economic and structural reform (including vocational training), environment and resource protection, water and waste management, and railbound transport. Finland works in co-ordination with the UNDP on two projects and has developed a programme of exchanges and seminars in the judicial field. France co-operates with China in a number of projects, with the main sectors being science and technology, education, legal and judicial, culture and audio-visual. Italy develops programmes with other international donors (FAO, WB), particularly activities related to SME support, environmental protection, energy (gas), and health. Although China is not a target country for Luxembourg development aid, public support was granted in the fields of public health, education and rural development. Priority is given to poor regions including minorities. In addition, support is provided to NGOs, to microprojects, and for training courses for bankers. The Netherlands assistance is limited to good governance and human rights (promotion of the rule of law) and the environment (around EUR 7.5 million per year). In addition, a business development programme provides assistance to Dutch exports (the amount varies per year). Spain dedicates its co-operation budget to support reform, strengthening of institutions and democracy, education and transfer of know-how. Sweden is financing capacitybuilding projects in the area of environmentally sustainable development, gender equality, human rights and democracy as well as social security and legal development. The UK has developed comprehensive co-operation with China mainly in human resources development (including education and health), the environment, and support to economic and administrative reform.

Member States provide both grants and loans. Grants are generally used for technical assistance or scholarships, while loans usually finance infrastructure projects.

The European Investment Bank has so far part-financed two projects in China, the most recent one being a drinking water treatment plant in Chengdu (Sichuan) in 1999 for an EIB loan of EUR 25 million. The EIB has a mandate from the Council to lend around EUR 350 million per year to the ALA countries during the 2000-2006 period. It may consider financing a few more projects in China over the next years, on a demand-driven basis.

This overview reveals a significant convergence of priorities between the actions led by the EC and by the Member States. The fact that the EU and MS intervene in similar sectors reinforces the European presence and influence in China and is generally viewed favourably by the Member States.

Other donors

The World Bank approved, in fiscal year 1999, 19 projects for China worth USD 2.097 billion (IBRD loans for USD 1.674 billion and IDA credits for USD 422 million). The sectors concerned were transportation, agriculture, education, energy, environment, health, finance and water supply. The regional focus was on the western provinces. The soft loan (IDA) facility will be phased out after year 2000 and China intends to study with the Asian Development Bank ways to support rural poverty reduction projects for the coming years.

The United Nations have developed a Country Common Assessment with China which led to the elaboration of a Development Assistance Framework for years 2001- 2006. Twelve specific objectives have been identified which support three major goals:

- promoting sustainable development to reduce disparities;
- supporting favourable conditions for the national reform and development process; and
- assisting China's efforts in meeting global challenges and promoting international co-operation.

The resource framework for this same period is estimated at more than USD 500 million.

The Asia Development Bank (ADB) published a Country Operational Strategy Study for the People's Republic of China in 1997. The focuses of this strategy are:

- strengthening macroeconomic management to support the continued implementation of market-oriented reforms, and
- addressing issues and constraints in the following sectors: physical infrastructures (covering transport, communications, energy, and water supply), finance and industry, agriculture and rural development.

For the period 1990-1996, the ADB lent almost USD 6 billion, representing 49 loans concentrated in the sectors of transport and communications (45%), energy, agriculture, finance, and social infrastructure, as well as multi-sectoral loans.

Japan developed a country study for ODA to China in 1999. The main conclusion is that China's current ability to construct infrastructure is relatively high and that, therefore, "Japan should gradually withdraw ODA from areas that China can build up through its own efforts, and shift it to areas for which it would be difficult for China to rely solely on its own efforts, but which are nevertheless indispensable from both development and welfare perspectives." Four areas were identified: reduction of poverty and interregional disparities, environmental conservation, agricultural development and food supply, and establishment of a systematised market economy.

Canada and Australia are also now important donors on the Chinese scene, particularly in the education field.

In addition, several NGOs with significant EC support have been actively and successfully participating in the environmental domain in China for several years.

5. EC Response Strategy

The EC response to the challenges China faces is provided through the EU's overall policies towards China, based on the long-term objectives and principles of the 1998 Commission Communication and Council Conclusions, which were confirmed by the 2001 Commission Communication and the relevant Council Conclusions. The EU has developed a sophisticated multi-faceted and dynamic relationship with China, based on these long-term objectives, which is constantly reviewed in its modalities of policy implementation and practical initiatives. Co-operation is an important element of this overall policy.

Co-operation with China has to follow the broad objectives of Community development cooperation policy, as defined in the Commission's Communication of April 2000²⁹⁰ and the Declaration of the Development Council of November 2000. These documents affirm that the strategic areas for Community action are sustainable development, integration into the world economy, fight against poverty and democracy, human rights and the rule of law. At the same time, it must respond to the key considerations of the 1998 and 2001 Communications and Council Conclusions on China, which stress the need for EC-funded cooperation programmes to be more closely linked to the EU's broader China policies.

5.1. Principles and objectives for co-operation²⁹¹

The overall objective of EC co-operation with China (section 1, above) is to further the Union's key overall aims in relations with China, by supporting the transition process and the sustainability of the economic and social reforms, while integrating China further in the international community and the world economy.

In supporting broader EU policies towards China, the co-operation strategy transcends the more 'traditional' approach of development assistance focussing more narrowly on activities which directly aim to reduce poverty. This strategy constitutes a response to China's needs and takes into consideration the EC's comparative strengths among donors, thus making the most of the EC's limited resources.

China has shown a genuine capacity to absorb foreign aid and is particularly keen to develop co-operation with the EU, given the unique nature of the European Union and the broad expertise it can provide. Co-operation programmes should therefore

²⁹⁰ 'The European Community's development policy', COM (2000) 212 final of 26.04.2000

²⁹¹ The relevant EU Treaty objectives as well as the objectives established by relevant Commission Communications and Council texts were mentioned under section 1 above.

concentrate on areas where EC action is the most efficient, effective and visible, and where the EC can offer the highest added value, compared to other donors.

At the same time, the present EC co-operation budget of around EUR 250 million over 5 years is undoubtedly low, compared to the size of the challenges that China faces, and to the resources available to other donors. The total EC co-operation budget represents only 1% of net ODA devoted to China. With regard to grant aid, the figure stands at 2%.

In this respect, and within the overall objective mentioned above, support to reform (mainly through institutional support, changes to the legal framework and regulations, development of human resources, market opening), co-operation on the environment, and on issues related to the rule of law, good governance and human rights are areas where the EC has, or can, mobilise unique expertise and thus has a comparative advantage among donors.

Poverty reduction will remain an important consideration which will be taken into account in the design of all EC projects. However, in view of the level of resources allocated by China to its own successful poverty reduction programme (see section 3.2.1 above), as well as the significant activities in this area especially by the international financing institutions, EC co-operation can add more value in the areas referred to above. This approach is in line with China's own strategy, which stresses that the economic and social reform process is key to economic growth and, ultimately, to poverty reduction.

Within the above priority areas, concentration will be essential in order to preserve the Commission's project delivery capacities. Given the problems experienced in the past over managing numerous projects simultaneously, the Commission will continue its policy, started in 1999, to focus on fewer, larger-budgeted, projects.

Given its limited resources, the EC will seek close co-operation with other donors, such as Member States, the World Bank and others, in the priority areas identified above, in order to enhance the effectiveness of its assistance.

This approach is coherent with EC development policy. The priority areas for intervention are among the strategic areas proposed in the Commission's April 2000 Communication, having been adapted to the specific Chinese context.

Actual and prospective figures covering the period 1998-2005 are provided in Annex 5 (number of projects and amounts of commitments).

In addition to co-operation programmes designed particularly for China, China will also continue to participate in regional projects, where appropriate. Moreover, the EC has several specific global policy initiatives, not exclusively targeted at China, but

which China either already participates in or could benefit from. These include the Framework Programme for RTD and humanitarian aid from ECHO, programmes which follow their own objectives and procedures, different from the ones outlined in the present paper. Nonetheless, these programmes constitute an important complement to the general EC co-operation programme, and in many ways help to further the objectives of the latter. This is true in particular for RTD co-operation with China, which promotes two-way exchanges and transfer of know-how, as well as equitable sharing of results between all partners, in areas which are key to China's economic and technological development, and which aims to foster common analyses of, and solutions to, common problems that both the EU and Chinese societies face.

5.2. Priorities and specific objectives for co-operation

In line with the Commission's overall policy objectives towards China, and considering the available financial and human resources, as well as the challenges posed by China's reform process and the added value the EC can provide when compared with other donors, the Commission's co-operation budget should address three specific objectives:

- . Support for the social and economic reform process to ensure sustainable economic development and the fight against poverty, and China's integration in the world economy, with special emphasis on WTO implementation;
- . Prevention of environmental degradation; conservation of the natural environment; integration of environmental considerations into other policy areas; actions to pursue improved balance between environmental protection and social development in the context of rapid economic growth;
- . Support for the transition to an open society based on the rule of law and respect of human rights, through the promotion of good governance and democracy and human rights-related policies.

It should be noted that a number of programmes already designed or ongoing are cross-sectoral and address simultaneously a number of objectives. This is particularly true in the field of the environment where an integrated approach is being promoted (i.e., environmental protection, transfer of know-how, standards, poverty reduction, and good governance). – Wherever possible, future projects will also take into account more than one of the above objectives, even though the primary focus will always have to be on one of them.

At the same time, the poverty reduction dimension, the promotion of human rights (including economic, social and cultural rights), regional and social cohesion concerns, and human resources development including gender issues will be taken into consideration for every project in all areas and sectors, wherever these themes can be incorporated and contribute to the overall success of actions of mutual

interest.

In particular, the EC will support the Chinese government's Western region development objective by increasing actions in the provinces concerned. Due consideration of the rights of minorities living in these areas is to be ensured when designing such projects. Strategic environmental assessment of new plans – and particularly in fragile ecological zones in the west – will also be important.

A matrix detailing the areas and potential sectors of co-operation related to these objectives is attached to this document (Annex 6).

5.2.1. Support to the Social and Economic Reform Process

China's reforms are radically changing the economic and social landscape of the country. The pace of reform is impressive, but the process remains incomplete and fragile. The challenge for China is to pursue economic transition, whilst at the same time integrating the concept of sustainability into economic growth and guarding itself against social instability. The EC should therefore help China build the institutions, policies, human resources, management techniques, regulatory framework, standards, access to technology and other supporting instruments that constitute the fabric of a modern, outward-looking economy.

China's integration into the WTO will be a key priority in this context, given its importance for the economic and social stability of China and the development of a fair partnership with the EU and its enterprises. In particular, programmes to support the changes to the rules, regulations, and norms and standards which are required in view of China's accession to WTO will be implemented.

Another priority for EC co-operation is the support to the transition towards a market economy. The reform of the SOEs and the promotion of SMEs, as well as the regulatory framework of business are of particular importance. In this context, actions in specific innovative industrial sectors in which China is an important global player, such as aeronautics, and information society and its technologies may be developed, and collaborative projects to support future policies and integration into China of EU technical standards, in such areas as the environment, energy, transport, food safety, and consumer protection, may be supported.

The economic reform process already under way generates major social consequences, therefore co-operation priorities also include:

- supporting employment and income generation opportunities (SOE reform in urban areas and income generation activities in rural areas), and
- defining and/or implementing of accompanying measures to deal with the social consequences of reform.

Special attention will be paid to gender issues, notably because women represent

over half of newly redundant workers, whereas they represent only one-third of the workforce.

As experience in other countries shows, the unchecked spreading of HIV/AIDS can come to threaten the entire fabric not only of a country's social security system, but also of its economy. In order to address this problem, China needs policy advice, technical assistance and training of relevant personnel in the health administration, to be able to devise and implement an adequate and comprehensive control strategy to prevent an AIDS epidemic.

The spectacular growth of the Chinese economy and the quick transformation of large parts of the society put a crucial strain on available human resources. Training and education are essential both to the sustainability of economic growth and to the process of social transformation. The EC policy of giving high priority to co-operation in this field thus continues to be highly relevant, and should be continued in the future as a key element of support to social and economic reform. In this respect, an EU-China policy dialogue on key issues in education and training, including the exchange of expertise and knowledge in this field, will be promoted.

Co-operation in the sector of human resources, which should address the needs of both the administration and industry, should help China strengthen its own training capacities by the implementation of modern professional training standards and practices. Specific training programmes should be developed for such key groups in China's transformation process as academics and university students, civil servants, young professionals and opinion leaders in media and culture. It would also be in China's own interest to be better informed about EU policies in these fields.

Considering priorities of the Chinese government and EC potential, special attention should be devoted to co-operation in higher education, and to the opportunities offered by the use of new technologies in distance learning.

The EC will further encourage the transfer of know-how, technology or policy experiences through joint ventures and other forms of partnerships either between companies, municipalities/regions or public bodies. Such contacts, strengthen the links between EU and China, and could also give additional impetus to the reform process. The success of Asia-Invest and "Local Authorities" programmes in China show real potential in this sector, focussing in particular on SMEs links.

5.2.2. Environment and sustainable development

As an important element of sustainable development – i.e. the pursuit of balance between economic growth, social development and protection of the environment – co-operation on environment remains a key area of bilateral cooperation with China. The current situation and development perspectives of the energy sector in China provide the best evidence of the need to reconcile economic growth with overall

sustainable development. Challenges are important, both for local quality of life (public health is especially impacted by ineffective energy patterns) and for contribution to global change. China has one of the largest energy sectors in the world in terms of resources, production and consumption. It is the world's second largest consumer of energy and the third largest producer. The size of its energy sector renders the country's energy policy and its potential impact on the world scene a matter of great international importance, particularly in the context of air pollution and climate change.

Main areas where EC assistance should be focused, based on available EU expertise and with the aim of achieving the maximum potential from the relatively limited funds are:

- . use of energy ;
- . sustainable forest management and development of forest policy;
- . protection of biodiversity;
- . combating air pollution and climate change;
- . sustainable land planning and management;
- . water resource management.

Certain of these issues are challenges to be addressed not only bilaterally, but also in the international context. China and the EU are signatories to several international, environmental conventions and have a mutual interest in achieving common objectives.

Europe should offer its environmental and energy know-how to China to help develop efficient and clean industrial processes and energy production. Establishing a presence in the market for green technology, along the lines set out in the Commission's Communication on a Europe-Asia Co-operation Strategy for Energy, (COM (96) 308), should be supported. Promoting energy efficiency, as well as transferring energy technologies, e.g. clean coal, natural gas, nuclear fission and alternative energy technologies, notably in the fields of new and renewable energies, should be top priorities.

The EC should in particular help China integrate environmental priorities - such as the prevention of industrial pollution and greenhouse gas emissions, and the conservation of biological diversity - further into national economic policy-making processes. Development schemes at regional and local levels should be subject to environmental impact assessments and those assessments' findings should be implemented.

On the issue of the preservation of biodiversity, it is worth noting that central southern China is widely considered as an area of global scientific interest where conservation measures are concerned. Forest protection and water resource management should also be considered in this context, given the importance of these

issues for China and the rest of the world.

The EC should also, along the lines set out in the Communication on a Europe-Asia Co-operation Strategy in the Field of Environment (COM (97) 490), develop co-operation projects focusing on cleaner production methods, waste minimisation, environmental standards and training, and environmental management capacities as well as appropriate technology transfer.

5.2.3. Good governance and strengthening of the rule of law, Human rights

Promoting good governance, the rule of law and human rights are key priorities of the EC Co-operation.

As regards the promotion of the rule of law, the interpretation and application of laws and regulations are of paramount importance, especially at a time when China is engaged in the development of a new legal system. The EC is therefore committed to developing practices and general principles useful for interpreting existing laws and regulations within expected bounds, offering a sense of fairness and of justice. In this respect, the EC should focus particularly on supporting the ability to interpret laws on the part of the judiciary. Legislative reforms supporting the judiciary are key, as is the regularisation of procedures and review of administrative law and practice.

The success of this process will largely depend on the degree of awareness of the people concerned. Therefore the EC's action should also focus on efforts to strengthen understanding of law and legal processes by citizens and various levels of officials, particularly locally and provincially, to make sure that law is applied consistently around the country. This approach should be combined with twinning or training programmes for professionals including lawyers, judges, prison and police officers, officials, and other experts and opinion leaders, with particular regard to local needs and concerns. Professional organisations and newly-developing NGOs may also be supported.

Promotion of the rule of law also implies that domestic law fully complies with international standards. It is the intention of the EC to share expertise with China in this field. One of the EC's priorities in this respect has to do with the UN Covenants on Civil and Political as well as Economic, Social and Cultural Rights, and the need to ensure compliance of the Chinese legislation with the provisions of these instruments once they are ratified. In addition, co-operation should focus on promoting the fundamental freedoms mentioned in the Covenants, and the implementation of legal provisions related to both civil and political, as well as economic, social and cultural rights. These will include respect for the individual and fight against inhuman treatment, education, protection of the rights of minorities, identification of particularly vulnerable groups such as women, the disabled, the poor, minorities, or children, who need assistance in asserting their rights. Consumer law

and related grass-root level legal concerns, and practical methods of legal redress may also be promoted. Special attention should also be given to public awareness of human rights.

Good governance cannot exist without citizens' active and voluntary participation. In this respect, the EC is committed to promoting grass-roots democracy, and will therefore continue to support China's experiment with direct suffrage, as it moves from the level of villages to larger townships and urban areas.

Finally, special attention should be given to the new phenomenon of illegal migration and trafficking in human beings, which requires increased cooperation between the EU and China, not least in view of its implications for the human rights of illegal migrants which fall prey to internationally active organised crime groups involved in these activities. The main avenues to be explored include local information campaigns in China, the fight against forged documents and illegal use of genuine documents, and a possible readmission agreement.

5.3. Coherence

The strategy outlined in this paper, its main objectives and consequently, sectors of intervention are coherent with other EU policies, in particular EC development policy. The first area of co-operation takes due consideration of the central objective of EC development policy, as it clearly links the issues of poverty, economic growth and trade. On commercial issues, actions proposed would be in line with the trade policy of the EU and the common interest of China and the EU in the WTO.

The second area deals also with global issues that cannot be solved at a national or even European level. Activities will benefit China, the EU, both sides' citizens and companies, and the world as a whole, in contributing to the reduction of pollution, prevention of climate change, the preservation of natural resources and the conservation of biodiversity.

Cooperation in the area of good governance and the move towards a society based on the rule of law is also in line with our policy towards China and our common commitment to political and human rights dialogues. It is compatible with the EU's political objectives, as well as with its economic interests. It should help accelerate political reform, which has been slower than economic reform. At the same time, it will provide more security for European businesses in China and improve the climate for foreign investment.

5.4. Complementarity within EU

The matrix for EU donor co-ordination attached (Annex 7) shows the complementarity between actions of EC and those of the Member States.

Review of the strategies available, and discussions with the Member States in preparing this strategy indicate a great degree of convergence on the analysis of the major challenges for China, the interest of the EU in responding to these challenges, and the priorities to be given to them.

In particular, the type of actions covered (technical assistance, infrastructures building) and the instruments used (grants, loans) are complementary. Some Member States may finance infrastructures (for example in the environment protection sector) and reinforce the policy actions that would be financed under the EC budget through grants dedicated to technical assistance.

The absence of duplication in specific programmes or projects is ensured by the coordination taking place at various levels. This will be reinforced, in order to improve further coherence and consistency. Already, Member States are consulted in the context of preparatory missions, during monthly meetings in Beijing, in more formal fora at headquarters, or through bilateral visits. The intention is to build up a regular and comprehensive exchange of information, allowing for an immediate and complete overview of European strategies, programmes, and projects in China. The process of establishing a CSP, and a programming covering several years of co-operation activities, should allow deeper co-ordination at all stages with Member States.

5.5.Complementarity with other donors

The proposed strategy is in line with the new approaches developed by most multilateral agencies.

The analyses of the challenges and the means to respond to them are generally shared; in particular, the EC welcomes the UN Common Country Assessment.

The concrete actions proposed are sometimes different but this is the consequence of the respective roles and interests of the international organisations compared to the unique situation of the European Commission.

Some activities are already defined in common and the intention is to develop this cooperation, whenever desirable, in particular in the environment field. This could take the form of EC subventions to the World Bank or to UN agencies.

The strategy is also coherent with regard to respective budget commitments. For example, even Japan with its large budget in China considers that it does not have the means to cover some infrastructure building and certainly cannot cover all the needs of China's large population. It will therefore concentrate its activities either geographically or sectorally.

Reinforcement of co-ordination with other donors should be reinforced in line with the approach suggested for co-ordination with EU Member States, as far as possible.

6. Work programme

The work programme attached to this document (Annex 8) shows that a number of initiatives and preparatory work or even projects are already underway to implement this strategy, which is clearly a continuation of what the EC has undertaken in the past years. In fact the strategy builds on past experience and implies a concentration on better defined sectors and objectives.

Annex 8 only includes actions eligible for support under the main budget lines of which China is beneficiary, i.e. economic co-operation, technical and financial assistance and human rights.

Humanitarian initiatives might be undertaken in the future, if and when needs arise, and following established procedures. Support to NGOs through co-financing will also continue in the future at the initiative of European NGOs willing to operate in China, as will support to the fight against AIDS, the fight against drugs, activities in the fields of environment, information society, science and technology, etc.

Some ideas for programmes are already well advanced, others need further internal discussions and further contacts with Chinese authorities. A continuous consultation process with the Chinese partners is essential to ensure ownership by, and participation of, the beneficiaries. Taking into account positive experiences of some other donors and present Chinese suggestions, the Commission envisages developing future programme ideas through broad consultations, involving all the partners concerned, before sending identification missions. Implementation should generally remain with one partner only but a wider consultation approach will ensure that all viewpoints are taken into account.

7.3. China Strategy Paper 2007-2013²⁹²
(COMMISSION WORKING DOCUMENT DER EU)

Table of Contents

EXECUTIVE SUMMARY

1 PAST AND ONGOING EC CO-OPERATION AND CO-ORDINATION

1.1 Political dialogue

1.2 Lessons learned

1.3 Donor co-ordination

2 THE EC RESPONSE STRATEGY 2007-2013

2.1 Justification

2.2 The Strategy

2.2.1 Support to Areas covered by Policy Dialogues

2.2.1.1 Trade co-operation

2.2.1.2 Trade Co-operation: Civil Aviation

2.2.1.3 Financial service

2.2.1.4 Social Protection

2.2.1.5 Sectoral Dialogues

2.2.2 The environment, energy and climate change

2.2.3 Human Resources Development

2.2.3.1 Higher Education

²⁹² Webseite der Europäischen Union, http://www.eeas.europa.eu/china/csp/07_13_en.pdf

EXECUTIVE SUMMARY

With 1.3 billion inhabitants, China is the world's most populous country and has in recent years undergone economic growth at constantly high levels. This growth has delivered higher incomes, has had a dramatic impact on the reduction of poverty, and is contributing significantly towards the attainment of global MDG targets. At the same time, however, it has led to considerable income and regional disparities, has resulted in a high degree of environmental degradation, and has created vulnerable groups of the population.

China's development policy guidelines are set out in its 11th Five Year Plan (adopted in 2006) which marks a perceptible shift from all-out economic growth to one which places increasing emphasis on the social consequences associated with rapid economic development. China has also begun to show willingness to shoulder its growing international responsibilities.

Europe has an important economic and political interest in supporting China's sustainable development and successful transition to a stable, prosperous and open country. EU relations with China have developed from a relationship based mainly on trade issues to a partnership based on political dialogue and economic, trade and sectoral relations. The co-operation programme is an important element of this relationship.

China is, however, moving away from the status of traditional ODA recipient towards that of a strategic partner with whom the EU engages on a wide range of policy issues, and one that is becoming an increasingly important source of ODA to other developing countries.

The response strategy for the future EC co-operation programme therefore needs to take account of the contradiction in China's nature: that of a developing country in terms of certain traditional indicators on the one hand, and that of a significant player on the world stage in economic and political terms on the other.

In recognition of this "duality" of character, the EU response strategy will be targeted at providing support for China's reform programme in areas covered by sectoral dialogues; assisting China in taking global concerns and challenges over the environment, energy and climate change; and supporting China's human resource development. Indicative funding for the seven-year period is 224 million euro. EC assistance in the areas of intervention will be complemented by actions and support to be provided through various thematic programmes and regional budget lines.

1 PAST AND ONGOING EC CO-OPERATION AND CO-ORDINATION

1.1 Political dialogue

In May 2005, the EU and China celebrated the 30th anniversary of diplomatic relations. Since these were established in 1975, ties have developed rapidly, from a one-dimensional relationship based mainly on trade issues to a fully fledged partnership which rests on three "pillars": political dialogue; economic, sectoral and trade relations; and the EU-China co-operation programme. Commission Communications in 1998, 2001 and 2003 laid the groundwork for development of the EU's strategic partnership with China, and a new Communication on China-

“EC-China: Closer Partners, Growing Responsibilities” was adopted in October 2006 (cf. Annex 3.4.2(3)). In 2003 China issued its first policy paper on the EU.

The political dialogue was formalised in 1994. This dialogue has since grown into a series of regular meetings at all levels, including annual Summits at Head of Government level (since 1998) and ministerial and official level dialogue in a range of areas.

This is supported by a regular exchange of visits and meetings. The most important issues currently on the bilateral agenda are the negotiation of Partnership and Co-operation, Agreement, climate change and energy, illegal migration, human rights, Market Economy Status, market access, IPR, and the arms embargo.

The creation of a new dialogue on Africa s peace, stability, and sustainable development was agreed upon at the 9th EU- China Summit in 2006 in order to foster understanding between the partners, to discuss activities and priorities, and to provide an opportunity for integrating China into international efforts to improve and better co-ordinate development co-operation activities.

In the field of co-operation on foreign and security policy, particular attention will be given to combating WMD proliferation, WMD agents, materials and know-how, and conflict prevention. The challenge is to facilitate the booming legitimate exchanges of people, goods and services, while limiting abuse. Co-operation I the area of justice, freedom and security, will focus on combating terrorism, fighting organised crime including money-laundering, corruption, trafficking of human beings, crime prevention, small arms and light weapons, illicit drugs and drugs precursors. Illegal migration is both a humanitarian concern and a politically sensitive issue on which the EU and China have engaged in regular consultations to reinforce administrative co-operation and the facilitation of people exchanges, for example through the Tourism Agreement (or Authorised Destination Status agreement –ADS)

Relations are presently based on a Trade and Economic Co-operation Agreement signed in 1985. Leaders agreed at the EU- China Summit in 2006 that this should be updated to more accurately reflect the strength and breadth of bilateral relations- Commissioner Ferrero- Waldner launched negotiations for a new Partnership and Co- operation Agreement in January 2007.

1.2 Lessons learned

An external Country-Level Evaluation of the EC co-operation programme was commissioned in 2006. This was positive overall- but flagged up scope for improvement. It recommended that: more should be done to integrate poverty reduction considerations; climate change issues should be taken into account; co-ordination wit and among Member States should be more substantial; and feedback from projects and programmes should be fed into policy dialogues more systematically. The main conclusions and recommendations from the evaluation are

given in Annex 3.10. Future projects and programmes will be subject to regular external evaluation, and a mid-term review of the Strategy Paper and Multiannual Indicative Programme will be carried out.

1.3 Donor co-ordination

Information exchange between the EU Member States and the Commission takes place primarily in the EU Development Counsellors Group and in the EU Environment Counsellors Group, which each meet four times a year. In this framework, the EC Delegation has been compiling and updating a list of all EU Member State and Commission- financed co-operation activities with China; which is published on the Delegation website.

The Delegation also has regular contacts with important multilateral donor organisations such as World Bank, UNDP and ADB as well with non-EU bilateral donors like Canada; Australia; Norway and Japan. In the areas of renewable energy, for example, an informal donor group meets regularly in order to exchange information and discuss specific topics. The Ministry of Commerce (MOFCOM) furthermore convenes annual donor co-ordination meeting.

In some areas, co-operation between donors goes beyond information exchange. Some donors and projects organise joint events or launch joint initiatives and, in a few instances, projects or programmes are jointly implemented. Examples are the EU-China Biodiversity Programme, a joint action between the European Commission, the UNDP and China's State Environmental Protection Administration (SEPA), which will associate further key donors and stakeholders through a co-financing mechanism, and the recently started EU- China River Basin Management Programme, which is implemented jointly by European Commission, the World Bank and the Government of China. A further joint project with the UNDP, Governance for Equitable Development, was financed in 2006. An example of co-operation with Member States is the NZEC project financially supported by the UK and in part through the EU research budget. The Commission intends to engage with China on co-ordination regarding China's own co-operation with developing countries.

2 THE EC RESPONSE STRATEGY 2007-2013

2.1 Justification

Europe has a major economic and political interest in supporting China's sustainable development and successful transition to a stable, prosperous and open country. The co-operation programme is an important mechanism for supporting this interest and for strengthening the relationship between the Community and China. Given the pace of China's development the response strategy nevertheless has to recognise that the country is increasingly moving away from the status of a traditional ODA recipient towards that of a strategic partner with whom the EU engages on a wide range of

policy issues.²⁹³ China is itself becoming an increasingly important source of ODA, with whom international development partners, the EU included, are looking to co-ordinate and co-operate. Efforts are made to engage with China of sustainable development, particularly in Africa, in the framework of the co-operation programme.

While China has resourced to cover its own longer- term development needs and is, step-by-step, putting in place the necessary laws, regulations and administrative structures, the response strategy must nevertheless take account of the duality of its character: on the one hand that of a developing country in terms of some traditional indicators, and on the other of major players on the world stage in terms of this commercial weight, FDI flows, consumption of natural resources and contribution to global warming. This combination of different and at times contradictory characteristics therefore justifies a particular strategy.

In recognition of the above and of the analysis provided in Annex 3.2 and 3.3 the objectives of the response strategy are to:

- (1) Provide support for China's reform programme in areas covered by sectoral dialogues, where EU experience can provide added value;
- (2) Assist China in her efforts to address global concerns over the environment, energy, and climate change;
- (3) Provide support for China's human resources development.

Given the limited resources available for the co-operation programme, this strategy can best be achieved through capacity-building, where China's need to innovate in order to attain sustainable development continues to create opportunities for support in areas where the EU has strong experience, and through the formulation of activities to maximise the multiplier effect, through targeting interventions at the appropriate level and through the development of pilot activities to support policy development. In all areas enhanced co-operation with Member States shall be pursued.

Cross-cutting issues including governance, the environment, human rights and gender will be mainstreamed where possible in the programme.

2.2 The Strategy

In order to meet the objectives specified in 2.1 above, three areas of intervention are proposed for the period of the SP- Indicative funding for the seven-year period amounts to 224 million euro.

2.2.1 Support to Areas covered by Policy Dialogues

²⁹³ While the level of ODA to China between 2000 and 2005 remained stable at around US\$ 6 billion per year, FDI during the same period grew from some US\$ 300 billion to around US\$ 960 billion per year, thus reducing the ODA share of GDP from 2,0 to 0,6%.

Policy dialogues provide a coherent policy mix between development objectives and EU

internal and external policies.

2.2.1.1 Trade co-operation

In the area of trade, further intervention will be required to back up the continued engagement with China on the implementation of its commitments associated with WTO membership, to support China's further integration into the world economy, to promote further trade and economic liberalisation, and to support regulatory reform that impacts on trade. China's significance in international trade is now such that the country must demonstrate its ability to ensure competition on a fair and equitable basis, commensurate with its weight as a trading nation.

The current 15 million euro EU-China Trade Co-operation Programme (EUTCP) will continue until 2009, and support China in the context of the trade policy dialogue established in 2003 to strengthen bilateral exchanges in the context of the rapid expansion of trade and economic relations. The EUTCP focuses on six areas of activity: customs and import/ export regulatory system; agriculture and agro-food; technical barriers to trade/sanitary and phytosanitary measures; services; legislative and legal aspects of domestic implementation, IPR enforcement; and policy development.²⁹⁴ While a new 10 million euro programme on the enforcement of IPR legislation, financed in 2006, will in principle run until 2011, continued broad support for the trade-related objectives outlined above will be required from 2009 onwards.

The EUCTP will also temporary bridge the gap between the current Financial Services co-operation projects (EC contribution 8,5 million euro), which initially ran from 2002 to 2005, later extended to the end of 2006, and a new co-operation programme for the financial services sector starting in 2008.

2.2.1.2 Transport Co-operation: Civil Aviation

It is recognised that a well- developed civil aviation sector is an essential platform for development and reform in the area of market and territorial integration. Exchanges with China in this sector have taken place against a background of annual sector grown of 30% to 40% and a strong commitment from the Civil Aviation Authority of China (CAAC) to improve China's regulatory framework for air transport and to maintain safety levels.

China will soon become the largest Asian market and leading hub for air passenger traffic and international air cargo, and the Chinese authorities are keen to develop closer co-operation with major civil aviation partners in order to benefit from their

²⁹⁴ Activities have also been undertaken with the Ministry of Commerce (MOFCOM) in the framework of trade co-operation projects to analyse the statistical discrepancies highlighted in section 2.2 of the Cp, and offer a possibility for more formal policy dialogue on the subject.

experience and to incorporate it into the national regulatory framework and operations. The CAAC has expressed satisfaction with the assistance provided by EU so far in this area wishes to deepen this co-operation.

The EU-China Civil Aviation Co-operation Project, financed before the preparation of the 2002-2006 Country Strategy Paper, aimed at facilitating co-operation in the sector, and focuses on production management, customer support, air traffic management, training in airline and industry management, and pilot inspection. With a total budget of 23.5 million euro, of which the EC contribution amounted to 12.5 million euro, the project started in 1999 and terminates in 2006.

The EU-China Aviation Summit held in Beijing in 2005 provided a further opportunity for the EU to demonstrate its substantial capacity and potential to mobilise partners involved in the field of civil aviation and to further develop co-operation in this field. Such co-operation is proposed under the SP and would be complementary to discussions taking place with the Chinese authorities on measures to ensure with Community law. The possibility of negotiations a more comprehensive Community-level agreement is also being explored.

Future co-operation could include the exchange of information and assistance in a range of areas including aviation security, aviation safety, competition law and economic regulation, and air traffic maintenance. I will take account of international co-operation policy under the EU Research Framework Programme, particularly in the areas of greener air transport and safety.

2.2.1.3 Financial Service

In the broader area of macroeconomic policy, trade in services between the EU and China has been growing in importance.

The EU- China Financial Service co-operation project which ended in December 2006 aimed to assist the Chinese government in its effort to reform and restructure the financial service sector. The project provided policy advice for the sector's regulators and supervisors and training.

Further intervention will be required to built directly on these achievement and enhance professionalism and competence in the financial services sector, while also creating sector-awareness in the general public. Such co-operation is proposed under the Sp and would be sector. Experience has shown that cross-sector initiatives produce the best potential for co-operative in this area.

2.2.1.4 Social Protection

Current Chinese policymaking concentrates on the development of what Government refers to as a "harmonious society", which implies achieving more balance between rich and poor, urban and rural, coastal and inland provinces, and generally between grown and equity. In policy terms, this concerns mainly employment, social security, and regional policies, though health and education policies are also key areas.

The EU can be considered a laboratory of 27 different experiences and models for all these areas, which a wide variety of lessons relevant to China in different ways, including those from countries that have long experience as market economies, and other have managed transition over the last 20 years.

As China develops its own model of social provision, it is relevant for the country to examine the main European social models and to see how the EU addresses issues such as, for example, labour markets, social exclusion, and pension sustainability. This is already proving beneficial in the current “social security” project treats three specific areas: pensions, unemployment benefit, and medical insurance.

The objective of further co-operation in this area will be to assist China in reducing the negative social side-effects of economic reform, to contribute to poverty alleviation, and to implement the Decent Work Agenda. This could be done through supporting the development of health and safety insurance schemes, the improvement of regional policy, institutional strengthening of the agencies charged with managing social provision systems, and the extension of pension and unemployment insurance coverage to the urban private and informal sector.

2.2.1.5 Sectoral Dialogues

An increasing number of sectoral dialogues have been established with the Chinese Government in a wide range of sectors. A summary of the subjects presently by the dialogues is given in Annex 3.12. The number of dialogues has expanded rapidly in recent years, reflecting the opportunities for China and the EU to learn from each other through the exchange of information, and providing common ground for co-operation.

The dialogues and exchange are supportive of China’s reform and development. The Chinese Government shows keen interest in broadening and intensifying these dialogues. They provide a forum for exchange between policymakers. Some are linked to global sustainable development issues, where China and the EU both face challenges, and where China can benefit from strategies developed by the EU.

In the 2005-2006 NIP 6 million²⁹⁵ euro was allocated for a Policy Dialogue Support Facility (PDSF) to support policy dialogues and exchanges between the Commission’s services and the Chinese authorities. This will create link between the co-operation programme and the reform-oriented exchanges that take place. Engagement in exchanging at provincial level will be promoted. While the performance and results of the PDSF will be evaluated in due course, follow-up activity will be required during the period of the SP maintain impetus and support for these activities.

Some additional element for consideration in the formulation of further PDSF-related activities is the provision of short-term training for senior Chinese nationals from

²⁹⁵ Of which 1.4 million euro for the continuation of the EU-China Interpreter Training Programme (EUCIPT)

government and civil society who have a potential role to play in the direction of China's future political, economic, social and administrative environment. Some higher education institutes in the EU are well suited to providing high-level exposure to EU policy issues of direct relevance to China.

2.2.2 The environment, energy and climate change

Policymakers in China increasingly see environmental protection as a major challenge, and environmental developments in China frequently have impact at global level. Here is a genuine wish among policymakers in China to learn from EU experience and, over the last decade, contacts and co-operation on environmental and energy issues between the Commission and China have increased substantially through established ministerial-level dialogues, through working group contacts and through the EU-China co-operation programme.

Of particular pertinence is the issue of climate change. As a major emitter of greenhouse gases, China's active participation in the debate on this subject is vital. Much work has been done on projecting China's emissions and their potential impact on global warming, as well as on the likely impact of climate change in China, and the Chinese Government is aware of its global responsibilities that are increasing in parallel with the country's economic growth. In recognition of this, the 2005 EU-China Summit established an EU- China Partnership on Climate Change, which now has an agreed Work Programme and has led to further increase in co-operation. The flagship project under the Partnership is an agreement to develop a NZEC demonstration plant with carbon capture and storage in China by 2020.

At the 2005 EU- China Summit both sides confirmed their commitment to the objectives of the UN Framework Convention on Climate Change and Kyoto Protocol, and agreed to set up a partnership to strengthen co-operation and dialogue on climate change including clean energy, and to promote sustainable development. In this context it was agreed that key areas for technical co-operation would be energy sector reform (efficiently, conservation, new and renewable energy, clean coal, methane recovery and use, carbon capture and storage, hydrogen and fuel cells, and power generation and transmission); implementation of the Clean Development Mechanism (CDM); adaption to climate change, and related research and technological development.

Energy sector reform and effective promotion of energy saving and efficiency would further reduce China's energy demand on the world markets.

In addition to the area of co-operation indicated above, other areas of key interest would be pollution control and natural resources management, including biodiversity conservation. The issue of water management is high on the Chinese political agenda, where China is considering alternative approaches which may include aspects of the EU Water Framework Directive. There is also potential for co-operation in the area of air pollution since China suffers from severe air pollution problems in its urban

areas and makes a significant to hemispheric transport of pollutants such as mercury. Opportunities also exist for co-operation in the area of vehicle emissions, where China has already adopted some EU standards, and in integrated waste management. These are all areas in which the EC has already co-operated with China, and where there are opportunities to build on available experience. More generally, co-operation on environmental legislation and standards, in particular where they impact on trade, should be continued. The Chinese Government is also keen to explore ways to improve the implementation of such legislation, and is actively promoting public participation. There is, furthermore, interest in using economic instrumental in environmental and energy policies, where EU experience can be shared with Chinese partners in this areas.

2.2.3 Human Resources Development

2.2.3.1 Higher Education

In the higher Education sector Chinese postgraduate students have been extremely successful in taking up scholarships to undertake masters courses in the EU under the Erasmus Mundus Programme, through both the worldwide core funding for the programme and a special 9 million euro “China Window” financed under the 2004-2006 NIP to provide additional scholarships for Chinese students during the academic years 2005/2006 to 2007/2008. The total intake of Chinese Erasmus Mundus masters students for the first three years of programme implementation is approximately 285, of which 120 under the general scheme and 165 under the China Window.

The strong Chinese interest in developing co-operation with the EU in the field of higher education has been demonstrated in the context of the EU-China Higher Education Dialogue which took place in Beijing for the first time in November 2005 as well as, more recently, in the Joint Statement of the Helsinki EU- China Summit where the Chinese side expressed interest in making further progress with the EU on this topic. It is proposed that financial resources continue to be allocated to this sector under the SP to provide scholarships for Chinese students to further promote their studying in the EU. In addition to the purely educational and developmental benefits that this support provides, it would also contribute substantially towards the improvement of people-to-people links between EU and China.

The scholarships provided will build on the capacity being created through ongoing EC higher educational regional cooperation activities such as Asia-Link; the 6th Framework Programme for Research and Technological development (RTD), and EU Member States’ promotional exercise geared to the development of partnerships, network, contacts student exchanges.

The new 23 million euro EU-China Management Exchange and Training Programme (METP) financed under the 2002-2004 NIP (EU contribution 17.2 million euro) was launched in 2002, and will run until 2010.

7.4. EU-China Joint Statement²⁹⁶

Brussels, 30 January 2009 Brussels, 30 January 2009

At the invitation of Mr. José Manuel Barroso, President of the European Commission, Premier Wen Jiabao of the State Council of the People's Republic of China paid an official visit to the Headquarters of the European Commission on 30th January 2009. The visit successfully promoted mutual trust and bilateral cooperation.

The leaders took stock of developments in bilateral relations and expressed their satisfaction with progress made in their cooperation. The leaders stated that the EU-China relationship has served as a strong driving force for the development of both China and the EU and was making an important contribution to a more peaceful and prosperous world.

Leaders emphasised that in a globalised and rapidly changing international context, EU-China relations transcend the bilateral scope and acquire a growing global strategic significance. They thus agreed it is particularly necessary to further enhance the EU-China comprehensive and strategic partnership. This meets the shared aspiration and the fundamental interests of both sides.

Leaders reaffirmed their commitment to further develop the EU-China comprehensive and strategic partnership, and pledged to step up their dialogue so as to improve mutual understanding, appropriately manage differences and expand and deepen cooperation in all fields on the basis of the principles of equality, mutual trust and respect.

The two sides stated that they are prepared to take pro-active measures to enhance macro-economic policy coordination, overcome the financial crisis and to further promote and liberalise trade and investment, emphasising that an open, free and fair trade and investment environment and the creation of business opportunities are essential means to counter the global financial and economic crisis. In this context, the leaders looked forward to the second meeting of the High Level Economic and Trade Dialogue Mechanism between the European Commission and the State Council of China (in April) to further advance the economic and trade relationship from a strategic, forward-looking and plan-setting perspective and through concrete steps on both sides.

The two sides expressed commitment to work together to meet global challenges such as climate change, energy and food security, and work for positive result at the Copenhagen Climate Change Conference,. They agreed to strengthen cooperation in

²⁹⁶ Webseite des Außenministeriums der VR China, <http://www.fmprc.gov.cn/chn/pds/ziliao>,
Webseite der Europäischen Union,
http://eeas.europa.eu/china/docs/joint_statement_300109%20en.pdf

the field of crisis management, implement the UN Millennium Development Goals and promote the world's sustainable development.

The two sides pledged to strengthen coordination and cooperation on international and regional issues, strengthen the UN's leading role in international affairs and seek to resolve international disputes through dialog and consultation.

7.5. Deutsch-Chinesisches Gemeinsames Kommuniqué zur umfassenden Förderung der Strategischen Partnerschaft²⁹⁷

Auf Einladung des Ministerpräsidenten des Staatsrates der Volksrepublik China, Wen Jiabao, stattete die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, vom 15. bis 18. Juli 2010 der Volksrepublik China einen offiziellen Besuch ab. Sie führte Gespräche mit Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao, in denen zu vielen wichtigen Fragen Übereinstimmung erzielt wurde. Im Zuge der Bewältigung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise haben sich die deutsch-chinesischen Beziehungen weiter vertieft. Als Staaten mit Einfluss in den jeweiligen Regionen und in der Welt, als die dritt- und viertgrößten Volkswirtschaften und als wichtige Handels- und Exportnationen haben Deutschland und China umfangreiche gemeinsame Interessen und tragen große Verantwortung bei der Bewältigung globaler Herausforderungen. Beide Staaten setzen sich gemeinsam dafür ein, die Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen in allen Bereichen weiter zu stärken, die dynamische Entwicklung der deutsch-chinesischen Strategischen Partnerschaft umfassend voranzutreiben, Frieden und eine nachhaltige Entwicklung weltweit zu fördern und zur Lösung der globalen Herausforderungen beizutragen.

I. Politik

1 Beide Seiten messen den vielfältigen hochrangigen Kontakten große Bedeutung für die bilateralen Beziehungen bei. Sie streben an, regelmäßige Kontakte der Führungspolitiker und die vereinbarten jährlichen Treffen der Regierungschefs fortzuführen, um die Zusammenarbeit auf höchster Ebene zu intensivieren.

2 Beide Seiten betonen, im Geist des gegenseitigen Respekts, der Gleichberechtigung, der aktiven Zusammenarbeit und des beiderseitigen Nutzens, die Kerninteressen der jeweils anderen Seite zu berücksichtigen und das gegenseitige Verständnis und politische Vertrauen zu stärken, um die langfristige und stabile Entwicklung der bilateralen Beziehungen sicherzustellen. Die deutsche Seite bekräftigt ihr Festhalten an ihrer Ein-China-Politik und ihre Achtung der territorialen Integrität Chinas; dies würdigt die chinesische Seite.

3 Beide Seiten messen Dialogformaten, wie dem Strategischen Dialog, dem Rechtsstaatsdialog und dem Menschenrechtsdialog große Bedeutung für die weitere Entwicklung ihrer Strategischen Partnerschaft bei. Sie sind sich darüber einig, den Strategischen Dialog auf höherer Ebene fortzuführen. Beide Seiten betonen, dass die Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte für die Entwicklung beider Staaten wichtig sind. Beide Seiten betrachten den Rechtsstaatsdialog, der seit zehn Jahren durchgeführt wird, als großen Erfolg und werden ihn regelmäßig fortsetzen.

²⁹⁷ Webseite des Außenministeriums der VR China, <http://www.fmprc.gov.cn/chn/pds/ziliao>

4 In multilateralen Gremien wie den Vereinten Nationen und den internationalen Finanzinstitutionen werden Deutschland und China ihre Zusammenarbeit verstärken. Beide Seiten unterstützen eine Reform der Vereinten Nationen. Deutschland und China werden ihren Erfahrungsaustausch zu Peacekeeping Operations verstärken sowie beim Wiederaufbauprozess in Afghanistan weiter zusammenarbeiten.

5 Beide Seiten unterstreichen ihre Absicht, im Rahmen der deutschchinesischen militärischen Zusammenarbeit den Dialog über sicherheitsund militärpolitische Fragen fortzusetzen, um auf dieser Grundlage das gegenseitige Vertrauen zu vertiefen, und die Kontakte zwischen den Streitkräften schrittweise auszuweiten. Das gemeinsame Engagement im Rahmen der Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika wird von beiden Seiten ausdrücklich gewürdigt.

6 Die chinesische Seite begrüßt die Fortschritte bei der europäischen Integration und eine aktive Rolle der Europäischen Union in den internationalen Angelegenheiten. Deutschland und China setzen sich für einen zügigen Abschluss der Verhandlungen über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und China ein, um die europäisch-chinesischen Beziehungen allseitig zu erweitern und zu vertiefen. Hiervon werden auch die deutsch-chinesischen Beziehungen profitieren.

II. Wirtschaft

7 Beide Seiten sind der Ansicht, dass die internationale Finanzkrise die langfristige Tendenz des Wachstums der Weltwirtschaft nicht beeinträchtigt hat und dass Lehren aus dieser Krise gezogen werden müssen. Derzeit erlebt die Weltwirtschaft eine allmähliche Wiederbelebung, es zeigen sich Trends zu Stabilisierung und Wachstum, jedoch sind die Grundlagen der Wiederbelebung noch nicht nachhaltig gesichert.

8 Beide Seiten werden ihre wirtschaftspolitischen Konsultationen und ihre Zusammenarbeit im Bereich der Makroökonomie intensivieren und sich gemeinsam darum bemühen, in beiden Ländern und weltweit ein umfassendes, nachhaltiges und ausgewogenes Wirtschaftswachstum zu fördern. Die chinesische Seite unterstützt die Maßnahmen der Europäischen Union zur Stabilisierung der Wirtschaft und der Finanzen, schätzt die wichtige Rolle Deutschlands in diesem Prozess und ist überzeugt, dass die Länder der Eurozone bestehende Schwierigkeiten überwinden und ein stabiles Wirtschaftswachstum erreichen werden. Deutschland wird sich tatkräftig für die Stärkung der europäischchinesischen Wirtschaftsbeziehungen einsetzen. Deutschland wird die zügige Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus für China durch die EU weiterhin aktiv unterstützen. China wird zu dieser Frage den bestehenden Dialog mit der EU intensiv weiterführen.

9 Beide Seiten sind bereit, Kommunikation und Konsultation innerhalb der G20 zu intensivieren, die Reform der Global Economic Governance voranzutreiben, die

Rolle der G20 als Hauptforum der internationalen Wirtschafts- und Finanzkooperationen zu stärken und deren Repräsentativität, Gleichberechtigung und Effektivität zum Ausdruck bringen. Beide Seiten sind bereit, die Funktionen der internationalen Finanzinstitutionen für Entwicklung und Armutsbekämpfung zu stärken und die Quotenreformen des Internationalen Währungsfonds parallel zu weiteren Governance- und Strukturreformen voranzutreiben, um die von den Staatsoberhäuptern und Regierungschefs der G20-Länder vereinbarten Ziele fristgerecht vor dem Gipfel in Seoul zu erreichen. Beide Seiten sind bereit, die Aufsicht über die makroökonomische Politik der entwickelten Volkswirtschaften mit wichtigen Finanzzentren zu intensivieren und die Reform des globalen Finanzsystems voranzutreiben.

10 Beide Seiten lehnen Handels- und Investitionsprotektionismus in jeglicher Form ab. Sie setzen sich gemeinsam ein für eine strikte Einhaltung der Regeln der Welthandelsorganisation und den Abbau von Handelshemmnissen. Ein Erfolg der Doha-Runde wäre ein wichtiges Signal für die Offenheit der Weltwirtschaft und ein Wachstumsimpuls. Deutschland begrüßt die Bemühungen Chinas bei den Verhandlungen zum Government Procurement Agreement der WTO.

11 Beide Seiten begrüßen, dass die Zentralbanken beider Seiten ihre Zusammenarbeit durch eine Fachtagung, das "Deutsch-Chinesische Forum über Finanzstabilität", weiter verstärken werden und gemeinsam die Finanzstabilität schützen.

12 Die chinesische Seite betont, dass der europäische Markt nach wie vor zu den wichtigsten Investitionsmärkten Chinas gehört. Die deutsche Seite begrüßt chinesische Investitionen in Deutschland ausdrücklich. Ein weiterer Ausbau der gegenseitigen Investitionen sowie eine Verstärkung von Austausch und Zusammenarbeit im Bereich Exportfinanzierung werden begrüßt.

13 Beide Seiten messen der Realwirtschaft einen hohen Stellenwert bei der wirtschaftlichen Entwicklung bei. Die deutsche Seite ist der Meinung, dass die Maßnahmen der chinesischen Regierung zur nachhaltigeren Gestaltung des Wirtschaftswachstums, zur Ausweitung der Binnennachfrage und zur Förderung regionaler Wirtschaftsentwicklung wichtige Chancen für eine noch engere Zusammenarbeit zwischen chinesischen und deutschen Unternehmen bieten. Durch Mechanismen wie das regelmäßig tagende „Deutsch-Chinesische Forum für wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit“ wollen beide Seiten die Zusammenarbeit, auch auf Unternehmensebene, in den Bereichen Infrastruktur, Erhöhung der Energieeffizienz der industriellen Produktion, Rohstoffe, Stahl, Automobilindustrie, Medizinwirtschaft, Biotechnologie, Energie und Umwelttechnik, Chemie sowie Informations- und Kommunikationstechnik fördern. Beide Seiten wollen ihre Zusammenarbeit im Bereich der Luftfahrtindustrie ausbauen.

14 Beide Seiten werden ihre Konsultationen im Rahmen des Deutsch- Chinesischen Gemischten Wirtschaftsausschusses intensivieren, das Niveau des Waren- und Dienstleistungsaustauschs heben und eine zusätzliche Arbeitsgruppe „Förderung der Zusammenarbeit in der Dienstleistungswirtschaft“ einrichten.

15 Deutschland und China werden ihre erfolgreiche Zusammenarbeit in den Bereichen Normung und Standardisierung, Lebensmittelsicherheit, Messwesen, Produktsicherheit und Zertifizierung u.a. intensivieren.

16 Die deutsche Seite unterstützt China auf dem Weg in eine moderne, technologisch orientierte Volkswirtschaft. Beide Seiten wollen die Zusammenarbeit auf dem Gebiet moderner industrieller Technologien weiterhin verstärken. Sie stimmen überein, dass Technologietransfer dem Prinzip der Freiwilligkeit folgen sollte. Der Schutz der Rechte an geistigem Eigentum liegt im Interesse beider Seiten und soll konsequent weiter vorangetrieben werden. Die deutsche Seite begrüßt den Einsatz der chinesischen Seite für den verstärkten Schutz geistigen Eigentums, beide Seiten sind bereit, ihre Zusammenarbeit auf diesem Gebiet weiter zu vertiefen.

17 Beide Seiten erklären ihre Partnerschaft auf dem Gebiet der Energie- und Umweltzusammenarbeit. Beide Seiten verstärken die Technische Zusammenarbeit und den Politikaustausch im Energiebereich und treiben die Kooperation und Anwendungsdemonstration im Bereich der erneuerbaren Energien voran. Durch die deutsch-chinesischen Umweltforen, den strategischen Umweltdialog sowie die Arbeitsgruppen zu Umweltschutz & Kreislaufwirtschaft und Energie im Rahmen des Deutsch- Chinesischen Forums für Wirtschaftliche und Technologische Zusammenarbeit und die Arbeitsgruppe Kohle des Deutsch-Chinesischen Gemischten Wirtschaftsausschusses stärken beide Seiten ihre Zusammenarbeit im Umweltschutz, zur Kreislaufwirtschaft und zur Energieeinsparung sowie ihre Wirtschafts- und Handelszusammenarbeit in diesen Bereichen. Beide Seiten werden ihre Zusammenarbeit in den Bereichen globale biologische Vielfalt und Schutz von Ökosystemen verstärken. Beide Seiten werden die gemeinsame Einrichtung deutschchinesischer Öko-Parks in wirtschaftlich-technischen Erschließungszonen auf nationaler Ebene in China unterstützen. Unter den Gesichtspunkten Klimaschutz und Energieeffizienz wird die Zusammenarbeit im Gebäudesektor verstärkt. Beide Seiten bewerten die Zusammenarbeit im Rahmen der „Vereinbarung über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit im Bereich Geowissenschaften“ positiv und werden die Zusammenarbeit im Bereich Geowissenschaften und Bodenschätze verstärken.

18 Mittelständische Unternehmen tragen in beiden Ländern in hohem Maß zu Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Bei der Zusammenarbeit von kleinen und mittleren Unternehmen beider Länder besteht ein erhebliches Potenzial. Beide Seiten wollen die mittelstandspolitischen Konsultationen fortsetzen, Orientierungshilfen zur Lösung von praktischen Fragen

erarbeiten und die Zusammenarbeit stärken.

19 Ein angemessenes Vorgehen gegen den Klimawandel liegt im Interesse beider Länder. Beide Seiten betonen erneut ihr Festhalten am Prinzip der „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“. Sie bestätigen, dass das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und das Kyoto-Protokoll angemessene und wirksame Grundlagen der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Klimawandels sind. Beide Seiten würdigen die aktiven Maßnahmen beider Regierungen gegen den Klimawandel. Die erste Sitzung der deutschchinesischen Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Klimawandels wird im Herbst 2010 stattfinden. Beide Seiten werden die praktische Zusammenarbeit ausbauen.

20 Alternative Antriebe haben für die Lösung von Klima-, Umwelt- und Mobilitätsproblemen große Bedeutung. Beide Seiten unterstützen die Einrichtung einer „Deutsch-Chinesischen Plattform für alternative Antriebe“ zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Elektromobilität.

21 Beide Seiten würdigen die 30jährige erfolgreiche und vertrauensvolle Entwicklungskooperation einschließlich der positiven Wirkungen der bisherigen finanziellen Zusammenarbeit für eine ausgewogene Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, für die Bekämpfung des Klimawandels und für andere Bereiche. Sie sind bereit, gemeinsam die Zusammenarbeit in Bereichen weiter zu entwickeln, die erhebliche künftige gemeinsame Interessen berühren: Umwelt, Klima, Energie, Ernährung und Landwirtschaft, Finanzen, regionale Kooperation, Rechtsstaatsdialog, etc. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der KfW Entwicklungsbank im Bereich der Förderkredite zum Nutzen beider Länder soll mit dem Schwerpunkt Klimaschutz fortgesetzt werden. Beide Seiten sind bereit zur Unterzeichnung eines „Memorandums of Understanding zur Zusammenarbeit im Finanzsektor“ zwischen den Finanzministerien beider Länder.

22 Beide Seiten werden die internationale Entwicklungszusammenarbeit vorantreiben und den Entwicklungsländern, insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern und Regionen weiterhin Unterstützung und Hilfe gewähren. Beide Seiten werden darauf hinarbeiten, dass die diesjährige hochrangige Konferenz zu den UN-Millenniumszielen ein handlungsorientiertes, positives Ergebnis erzielt, damit zur Erreichung der UN-Millenniumsziele weltweit ausgewogene Fortschritte gemacht werden können. Beide Seiten sind der Ansicht, dass eine Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Ernährung und Landwirtschaft sich positiv für die Sicherung der Welternährung auswirken wird.

III. Kultur und Gesellschaft

23 Beide Seiten sind sich einig, dass die Förderung der deutsch-chinesischen

Strategischen Partnerschaft eine ständige Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit und des Austauschs auf der gesellschaftlich-kulturellen Ebene beider Länder erfordert. Beide Seiten begrüßen die im Mai 2010 unterzeichnete Vereinbarung über die Fortführung des Deutsch- Chinesischen Dialogforums.

24 Beide Seiten stimmen überein, dass die Veranstaltungsreihe "Deutschland und China - Gemeinsam in Bewegung" das gegenseitige Verstehen und die Freundschaft der Bürger beider Länder sehr gefördert hat. Die Staatsoberhäupter beider Länder übernehmen die Schirmherrschaft über die Ausstellung „Kunst der Aufklärung 2011“ in Peking, die von einer Reihe von Foren zum Thema „Aufklärung im Dialog“ begleitet wird. Die deutsche Seite unterstützt das für 2012 geplante Chinesische Kulturjahr in Deutschland. Hierin zeigt sich erneut die große Wertschätzung, die beide Seiten dem Kulturaustausch beimessen. Beide Seiten sind bereit, Austausch und Zusammenarbeit bei der Kulturförderung der öffentlichen Hand, der Kulturindustrie und der Personalausbildung im Kulturmanagement weiter auszuweiten.

25 Beide Seiten würdigen den Erfolg des "Deutsch-Chinesischen Jahrs der Wissenschaft und Bildung" und sind sich einig, in Zukunft in den Bereichen Wissenschaft und Forschung noch enger als bisher zusammenzuarbeiten; sie ermutigen zur Einrichtung gemeinsamer Forschungszentren und Laboratorien an Universitäten, Forschungsinstituten und in Unternehmen. Beide Seiten werden ihre Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten im Rahmen des Deutsch-Chinesischen Gemischten Ausschusses für Wissenschaft und Technologiekooperation ausbauen.

26 Beide Seiten wollen den bestehenden Studenten- und Schüleraustausch kontinuierlich ausbauen, weitere Schulpartnerschaften begründen und die Zusammenarbeit in der Berufsbildung intensivieren. Sie wollen das gegenseitige Verständnis insbesondere durch die Förderung der deutschen Sprache in China, der chinesischen Sprache in Deutschland und durch die Initiative "Schulen: Partner der Zukunft" gemeinsam vertiefen.

27 Beide Seiten unterstützen die Einrichtung des Forums „Deutsch- Chinesische Zukunftsbrücke“, in dem deutsche und chinesische junge Führungskräfte aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens sich bei regelmäßigen Begegnungen austauschen und vernetzen. Der Austausch im Managementbereich wird fortgesetzt. Beide Seiten würdigen die positive Rolle des Jugendaustausches für die Förderung der zukunftsorientierten Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Beide Seiten wollen neue Kontakte zwischen Jugendverbänden, Jugendorganisationen und Jugendeinrichtungen initiieren, um die enge Freundschaft und Zusammenarbeit der jüngeren Generation zu fördern.

28 Beide Seiten ermutigen die im Medienbereich tätigen Institutionen beider Länder aktiv zur Aufnahme von Austausch und Zusammenarbeit. Beide Seiten sind sich

einig über die Etablierung eines Mediendialogs, an dem sich Journalisten, Verleger, Vertreter staatlicher Institutionen, die Wirtschaft und sonstige Akteure aus dem Medienbereich gemeinsam beteiligen sollen.

7.6. Deutsch-Chinesische Erklärung über gemeinsame Anstrengungen zur Stabilisierung der Weltwirtschaft²⁹⁸

Die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, und der Ministerpräsident des Staatsrates der Volksrepublik China, Wen Jiabao, hoben anlässlich seines offiziellen Besuches am 29. Januar 2009 in Berlin die erfreuliche Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen hervor und bekräftigten erneut, diese in allen Bereichen weiter zu intensivieren.

Beide Seiten betonten ihren Willen, sich auch für die dynamische Fortentwicklung der europäisch-chinesischen Beziehungen einzusetzen. Sie waren sich darin einig, dass beide Staaten – als große Volkswirtschaften und Exportnationen – besonderen Einfluss auf die Bewältigung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise haben und der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China besondere Bedeutung zukommt.

Beide Seiten stimmen deshalb wie folgt überein:

1. Beide Seiten werden sich stärker über Grundzüge der Wirtschafts-, Handels-, Geld- und Finanzpolitik austauschen. Beide Regierungen haben umfangreiche Maßnahmenpakete zur Stabilisierung des finanziellen und nichtfinanziellen Sektors der Wirtschaft auf den Weg gebracht, um gemeinsam zur Wiederbelebung der Weltwirtschaft beizutragen. Beide Seiten sind bereit, im Rahmen des Möglichen die von der anderen Seite gemäß ihren eigenen Verhältnissen zur Belebung des Wachstums ergriffenen Maßnahmen zu unterstützen.
2. Beide Seiten werden auf der Grundlage ihrer Zusammenarbeit nach neuen Kooperationsbereichen suchen, um dem Wachstum neue Impulse zu geben. Besonders die Zusammenarbeit in den Bereichen Klimawandel, Energie, Umwelttechnik und Kreislaufwirtschaft, Medizintechnik und Biotechnologie, Infrastruktur, Verkehrswirtschaft und Logistik, Finanzdienstleistungen, Informations- und Kommunikationstechnologien wird ausgebaut. Beide Seiten werden Mechanismen wie den "Deutsch-Chinesischen Gemischten Wirtschaftsausschuss" und das "Deutsch-Chinesische Forum für Wirtschaftliche und Technologische Zusammenarbeit" weiterentwickeln um die Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse und zum gegenseitigen Vorteil, besonders im Bereich innovativer Technologien, zu intensivieren.
3. Beide Seiten werden konkrete Maßnahmen ergreifen, um eine ausgewogene Entwicklung des bilateralen Handels zu fördern. Beide Seiten werden Unternehmen bei der Teilnahme an Technologie- beziehungsweise Produktmessen unterstützen, den Schutz geistigen Eigentums garantieren und durchsetzen, sowie Geschäftsleuten

²⁹⁸ Webseite des Außenministeriums der VR China, <http://www.fmprc.gov.cn/chn/pds/ziliaq>,
<http://www.china-botschaft.de/det/jmwl/t562726.htm>

beider Länder nach Möglichkeit Erleichterungen im Reiseverkehr gewähren. Sie stimmen überein, dass der Technologietransfer als wichtiges Instrument der Zusammenarbeit dem Prinzip der Freiwilligkeit folgen und ermutigt werden sollte. Der Austausch von Statistiken über den Dienstleistungshandel wird verstärkt und weitere Maßnahmen zum Ausbau des Dienstleistungshandels werden geprüft.

4. Beide Seiten werden gegenseitige Investitionen der Unternehmen fördern und unterstützen, um die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen durch verstärkte Investitionstätigkeit zu beleben. Beide Regierungen werden inländische und ausländische Unternehmen entsprechend WTO-Regeln und im Einklang mit ihrem bilateralen Investitionsschutz- und Fördervertrag gerecht und gleich behandeln.

5. Beide Seiten unterstützen die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den kleinen und mittleren Unternehmen beider Länder und werden ihnen Erleichterung und Unterstützung in den Bereichen Investition, Finanzierung, Steuern, Handel und so weiter gewähren. Beide Seiten intensivieren die Zusammenarbeit in Normungsfragen.

6. Die für Tourismus zuständigen Behörden auf beiden Seiten werden sich dafür einsetzen, die Zusammenarbeit der Tourismuswirtschaft hinsichtlich Investition, Ausbildung und Werbung zu verstärken und sich nach Möglichkeit um weitere Erleichterungen für touristische Reisen in das jeweils andere Land bemühen.

7. Beide Seiten sprechen sich für den Abbau von Handelsschranken und gegen Handels- und Investitionsprotektionismus in jeglicher Form aus. Beide Regierungen setzen sich dafür ein, dass die WTO Doha-Runde möglichst bald mit umfassenden, ambitionierten und ausgewogenen Ergebnissen abgeschlossen wird und damit auch die Ziele der Entwicklungsrunde verwirklicht werden.

8. Beide Seiten werden auf der Grundlage eingehender Beratung den Konsens des G20-Gipfels in Washington umsetzen, die Reform des internationalen Finanzsystems fördern und aktiv dazu beitragen, den G20-Gipfel in London zu konkreten Ergebnissen zu bringen.